



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 9. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 13. Oktober 2022, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E.800
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite

Zeugenvernehmung

Gregory Bledjian

9

Ehem. Gesandter in der Deutschen Botschaft Kabul
(Beweisbeschluss Z-4)

L [REDACTED] S [REDACTED]

88

Ehem. Referent in der Deutschen Botschaft Islamabad
(Beweisbeschluss Z-5)

Zeugenvernehmung Geheim
siehe Stenogr. Protokoll 20/9 II

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.16 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere 9. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 3. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit in jeder Weise hergestellt ist, und begrüße herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten - außer einer -, die als Zeugen in Betracht kommen. Das ist ein wichtiger Hinweis - deshalb will ich es noch mal ausdrücklich sagen -: Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen hier im Raum aufhalten als Zuschauerinnen oder Zuschauer, die als spätere Zeugen in Betracht kommen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen:

Erstens. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Eine Ausnahme davon besteht für den Fotografen des Deutschen Bundestages. Diesem hat der Ausschuss durch einen einstimmigen Beschluss für heute gestattet, Fotos anzufertigen, unter der Bedingung, dass keine Zeugen, keine Unterlagen und keine Personen in der zweiten Reihe aufgenommen werden. Alle, die in der ersten Reihe sitzen, wissen das.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Zeugenvernehmung

Gregory Bledjian

Ehem. Gesandter in der Deutschen Botschaft Kabul
(Beweisbeschluss Z-4)

L S

Ehem. Referent in der Deutschen Botschaft Islamabad
(Beweisbeschluss Z-5)

O S

Referent in der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel
(Beweisbeschluss Z-6)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Der weitere in der Tagesordnung angekündigte Zeuge wurde auf den 20. Oktober 2022 umgelanden. Er wird also erst am nächsten Donnerstag vernommen.

Vernehmung des Zeugen

Gregory Bledjian

Unser erster Zeuge, Herr Bledjian, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Bledjian, Sie haben den Erhalt der Ladung am 6. Oktober 2022 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich will für die Mitglieder und die Öffentlichkeit noch sagen, dass wir die Sitzung heute werden unterbrechen müssen für Abstimmungen im Deutschen Bundestag, namentliche Abstimmungen, bzw. Wahlvorgänge. Nach Lage der Dinge, wenn der Ablauf sich nicht gravierend ändert, wird es gegen 14.20 Uhr eine längere Unterbrechung geben, weil um 14.50 Uhr dann auch noch eine Wahl stattfindet; ungefähr dann. Ansonsten werden wir regelmäßig kleinere Pausen einlegen, sodass alle allen Bedürfnissen, die sie haben, nachkommen können und wir hier konzentriert miteinander tagen können. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sekretariat verfolgt die Geschehnisse im Bundestag, sodass wir auch nicht überrascht werden, wenn sich das zeitmäßig ändert.

Dann, Herr Bedjian, bin ich zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Sie verstehen, dass ich solche Hinweise jedem Zeugen gegenüber hier vortragen muss.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um eine Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr

Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und, ich füge hinzu, dass Sie sich auch in der Nähe des Mikrofons aufhalten, weil das sonst schwer zu verstehen ist. Das gilt übrigens für die Fragenden bitte auch. Wer hier protokollieren will, der muss das verstehen können, und unsere Zuschauer und Zuhörer auch. Also möglichst nah am Mikrofon und das Mikrofon eingeschaltet haben; dann funktioniert das.

Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen dann vor der endgültigen Fertigstellung auch übersandt, sodass Sie das noch mal auf Korrektheit überprüfen können.

(Die Jalousie wird
heruntergelassen)

- Das ist nur der Sonnenschutz. Das ist ein akustisch und optisch beeindruckender Vorgang;

(Heiterkeit)

aber der ist auch demnächst beendet.

Mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich will aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass das hier ein Regel-Ausnahme-Verhältnis ist. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat Verfassungsrang und ist in Artikel 44 des Grundgesetzes verankert. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Darauf wird der Ausschuss achten, der das ja auch festzustellen und im Zweifelsfall mehrheitlich zu beschließen hat.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich nach diesen notwendigen Vorbemerkungen zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder falls Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dieses geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Das ist allen vertraut, sodass ich das hier nicht noch mal vortragen muss. Und Sie werden es ja heute auch mehrmals erleben, dass das bestens funktioniert.

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter in Jahren, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen dienstlichen Anschrift vorzustellen. Bitte schön.

Zeuge Gregory Bledjian: Mein Name ist Gregory Bledjian. Ich bin 49 Jahre alt, Bundesbeamter, und die Adresse lautet Werderscher Markt 1 in Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr Bledjian, Sie können nun, wenn Sie es wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Gregory Bledjian: Ich würde mich in meinem Eingangsstatement auf den Zeitraum und die Aufgaben meiner Tätigkeit in Kabul beschränken. - Soll ich beginnen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön, Sie haben das Wort.

Zeuge Gregory Bledjian: Ich war als Ständiger Vertreter an die Botschaft Kabul abgeordnet im Zeitraum Mai 2020 und bin Mitte Juni 2021 ausgereist. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich zuvor als Ständiger Vertreter am Generalkonsulat Masar-i-Scharif eingesetzt war, bin aber dort am 20.03.2020 ausgereist. Es besteht also eine Einige-

Wochen-Überschneidung mit dem Beginn des Untersuchungszeitraums.

Die Aufgaben als Gesandter der Botschaft war in erster Linie die Leitung der Botschaft mit allen Verwaltungs- und Personalaufgaben, die damit einhergehen. Es gab ein Rotationsprinzip mit dem Botschafter. Das heißt, ich war immer der Chargé d’Affaires, der Geschäftsträger der Botschaft, weil wir uns bei der Leitung der Botschaft abgewechselt haben. Die Standzeit betrug circa sechs Wochen jeweils.

Inhaltlicher Schwerpunkt waren die Innenpolitik, die Außenpolitik, die Sicherheitslage und die Entwicklungspolitik. Da ging es um die Beziehungen zu Regierung, Opposition, Zivilgesellschaft, zur internationalen Gemeinschaft, internationalen Institutionen, einzelnen Mitgliedsstaaten und einzelnen Botschaften. Zum Aufgabenspektrum gehörte die Pflege auch der Beziehungen zu deutschen Organisationen, Durchführungsorganisationen wie die GIZ, Entwicklungsorganisationen und auch das deutsche Polizeiprojekt, Stiftungen usw.

Personalverantwortung bestand für rund 22 Entsandte. Davon waren aber ungefähr 16 Sicherheitskräfte an der Botschaft, und der Rest waren Beamte des Auswärtigen Amts mit der Ausnahme auch eines Kollegen oder einer Kollegin des BMZ.

Hinzu kommt, dass ich Sicherheitsbeauftragter der Botschaft war.

Und inhaltlich spielten die Regierungsbildung, die Präsidentenwahl in Afghanistan, der einhergehende Machtkampf eine große Rolle, die Friedensarchitektur in Kabul, die fortlaufende Evaluierung der Sicherheitslage, der Friedensprozess, allerdings nur aus Kabuler Sicht - in Doha war ich nicht in den Friedensprozess involviert -, und dann mit der Entscheidung des Truppenabzugs der US-Regierung, auch mit den Auswirkungen des Truppenabzugs und der Umsetzung des Doha-Abkommens befasst.

Kultur, Wirtschaft und Protokoll spielten keine große Rolle. Die Covid-Pandemie beschäftigte



Nur zur dienstlichen Verwendung

mich auch als Leiter der Botschaft, mit allen eingehenden Maßnahmen und der Gesundheitsversorgung in Kabul - - spielte das auch eine große Rolle. - Dabei würde ich es belassen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr Bledjian, die Mitglieder des Ausschusses haben nunmehr die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Wenn dabei Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechenden Unterlagen vorlegen.

An dieser Stelle möchte ich die Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, dass sie bei Aktenvorhalten bitte die MAT-Nummer und die Blattzahl nennen. Das erleichtert das Verfahren enorm.

Ich würde jetzt auf Fragen anfänglich verzichten. Und danach geht das erste Fragerecht an die SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Guten Tag, Herr Zeuge! Schön, dass Sie heute bereit sind, auszusagen. - Ich würde gern mit meiner ersten Frage noch mal zurückkommen auf Ihre ursprüngliche Tätigkeit in Masar-i-Scharif. Nach unserer Kenntnis waren Sie der Stellvertreter des Generalkonsuls und auch der stellvertretende zivile Vertreter im Hauptquartier Nord der NATO Resolute Support Mission. Die Frage lautet: Ist das so zutreffend? Und können Sie uns bitte noch näher erläutern, welche Aufgaben Sie innerhalb der beiden Funktionen wahrgenommen haben?

Zeuge Gregory Bledjian: Als stellvertretender Generalkonsul habe ich ungefähr die gleichen Aufgaben wahrgenommen, die ich als Gesandter in Kabul wahrgenommen habe, natürlich mit einem besonderen regionalen Fokus auf den Norden und Nordosten. Der Amtsbezirk umfasste neun Provinzen im Nordosten Afghanistans. Der Bewegungsspielraum war sehr stark eingeschränkt. Insofern war ich vor allem in dem Camp Marmal - das war quasi in der Nordspeiche unter deutschem Kommando - - war das integriert in die NATO-Strukturen oder Bundes-

wehrstrukturen, das Konsulat. Ich hatte aber regelmäßig die Möglichkeit, in Masar-i-Scharif meine Kontaktpflege durchzuführen, und war auch einige Male in Kunduz im dortigen Camp Pamir.

Als ziviler Berater der NATO bestand meine Aufgabe in erster Linie darin, teilzunehmen an den sehr regelmäßigen Sitzungen der NATO. Da gab es Briefings vom General Miller aus Kabul. Wir hatten jeden Tag einen Austausch mit der Führungsriege der Bundeswehr und auch der dort vertretenen Nationen. Ich weiß nicht mehr, wie viele das waren; aber es waren, glaube ich, sogar über 20 teilweise. Aber vor allem handelte es sich um Vertreter der Vereinigten Staaten und Deutschlands. Und dann hatte ich noch regelmäßigen Austausch im Sinne eines Jour fixe mit dem Brigadegeneral Brötz und würde meine Aufgabe so ein bisschen als diplomatischer und politischer Berater des General Brötz bezeichnen. Aber es war im Prinzip eher ein informeller Austausch über die Entwicklungen.

Wenn Besucher kamen, habe ich gewisse Protokollaufgaben erfüllt. Sowohl Besuche aus dem BMVg als auch Besuch aus dem AA wurden eng koordiniert mit den dortigen Stellen und Programme durchgesprochen. Wir haben gemeinsame Besuche gemacht von Institutionen; beim Gouverneur waren wir; wir waren gemeinsam in Kunduz usw. usf. Also, im Prinzip war eine klare Trennung zwischen diesen beiden Hüten oder diesen beiden Rollen nicht möglich. Das ging ineinander über. Aber das war so im Kern mein Aufgabenspektrum.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich komme vielleicht später noch mal darauf zurück. - Aber hatten Sie genau in dieser Zeit bereits Einblick in Lagebewertungen zum Beispiel unserer eigenen Streitkräfte, aber auch von NATO-Partnern?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, die hatte ich, fast täglich.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie sind dann später nach Kabul gewechselt. Wir haben die Daten von Ihnen gerade erfahren. Gab es dafür einen be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

stimmten Grund? Oder war das eine turnusmäßige Versetzung aus diesem Außenbereich Richtung Hauptstadt Afghanistan?

Zeuge Gregory Bledjian: Das war mein Wunsch. Der Posten in Kabul wurde frei. Mein Vorgänger war zwei Jahre in Kabul auf dem Posten gewesen. Und es war einfach mein Wunsch, auch nach Kabul versetzt zu werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben bereits beschrieben, dass Sie in einer Art Rotationsverhältnis dort gearbeitet haben mit, wenn ich es richtig gehört habe, sechs Wochen turnusmäßigen Wechseln. Ist es richtig, dass entweder Sie oder der Botschafter dann jeweils physisch vor Ort in Kabul waren?

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist korrekt. Wir waren fast überhaupt nicht zeitgleich vor Ort. Es war eine Verpflichtung, überhaupt keine Lücke zu lassen. Das heißt, wir haben uns tatsächlich am Flughafen gesehen und uns auch ausgetauscht und sonst aber schriftlich und per Telefon die Übergabe gemacht. Aber sonst stimmt es so, dass entweder er oder ich vor Ort waren.

Jörg Nürnberger (SPD): Das war eben die anschließende Frage, die Sie damit beantwortet haben. Es gab also tatsächlich einen Wissenstransfer. Ihrer Meinung nach wurden auch alle Informationen ordnungsgemäß jeweils an den dann wieder Diensthabenden übergeben.

Zeuge Gregory Bledjian: Das kann ich natürlich nur bedingt beurteilen, ob mir alle Informationen weitergegeben wurden; aber ich kann sagen, dass ich nach bestem Wissen und Gewissen alle wesentlichen, relevanten Informationen dem Botschafter mitgeteilt habe. Ich muss aber noch hinzufügen, dass, selbst als ich auf der sogenannten Familienheimfahrt war, ich meistens in den Mail-Verteilern auch drin war und habe nicht gar nicht gearbeitet, sondern war quasi immer beteiligt als stiller Mitleser. Und deswegen war eine Übergabe gar nicht so wahnsinnig notwendig. Wir haben vor allem über konkrete kurzfristig operativ anstehende Dinge gesprochen, während ich ja im Prinzip ziemlich genau wusste, was auch in meiner Abwesenheit lief.

Jörg Nürnberger (SPD): Wie ein pflichtiger deutscher Beamter das eben tut, auch in seiner Freizeit immer an den Dienst zu denken. - Vielen Dank für diese Auskunft. Damit erübrigt sich meine nächste Frage.

Ich möchte dann übergehen zur Art und Weise der Zusammenarbeit der Auslandsvertretungen sowohl in Ihrer Zeit bei dem Konsulat in Masar-i-Scharif als auch in Kabul mit der Zentrale, mit dem Auswärtigen Amt in Berlin. Können Sie uns das im Zusammenhang etwas näher darstellen, wie das ablief und mit welchen Stellen Sie dauerhaft in Kontakt waren und wo Sie Ihre Informationen hingemeldet haben?

Zeuge Gregory Bledjian: Das hing maßgeblich von den Inhalten ab. Ich würde das aber dahingehend beantworten, dass die erste Anlaufstelle, so wie das insgesamt im Auswärtigen Amt üblich ist, das Länderreferat war. Das war dann AP 05, hieß das im Auswärtigen Amt. Das heißt immer noch so. Der ganz überwiegende Teil meiner Berichte oder des Schriftverkehrs ging auch damit an AP 05. Aber es gab natürlich immer wieder auch Themen, wo andere Referate, andere Arbeitseinheiten angeschrieben wurden; aber das war dann quasi die Ausnahme. Die Regel war das Länderreferat.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Das Referat 311 - ich glaube, da sind Sie dann später hingewechselt - hat mit Afghanistan nichts zu tun, weil da ja ausdrücklich nur der Mittlere Osten und die Arabische Halbinsel aufgeführt ist. Ist das richtig?

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist richtig mit der Ergänzung, dass der Iran auch noch dazugehört. Also, Iran, Arabische Halbinsel.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, seit Ihrer Rückkehr ins Auswärtige Amt sind Sie nicht mehr mit Afghanistan befasst?

Zeuge Gregory Bledjian: Fast überhaupt nicht. Es gibt eine, ich weiß nicht, 900 Kilometer lange Grenze zwischen Iran und Afghanistan. Und es gibt die Migrationsproblematik. Es gibt Afghanen, die über die Landgrenze in den Iran fliehen, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

dort - und dann komme ich sozusagen ins Spiel als Referatsleiter Iran - lese ich sozusagen mit. Ich bin nicht unmittelbar befasst mit Visafragen; aber da geht es ja um die Ausreise auch von Afghanen. Und es gibt natürlich auch grenzbedingte Ereignisse. Mich interessiert die iranische Außenpolitik auch zum Nachbarn. Aber das ist ein ganz, ganz geringer Teil meiner Arbeit.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sowohl in Ihrer Zeit in Masar-i-Scharif wie auch in Kabul haben Sie regelmäßige Wochenmeldungen und die DKOR-Berichte an andere Auslandsvertretungen, auch an die zuständigen Referate in Berlin im AA verschickt. Frage: Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt eine direkte oder auch indirekte politische Einflussnahme auf die inhaltliche Seite Ihrer Berichte wahrgenommen?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, das habe ich nicht wahrgenommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Der zweite Fragenkomplex - vielen Dank für diese Beantwortung der einleitenden Fragen - bezieht sich auf die Folgen des Doha-Abkommens. 29. Februar 2000 [sic!], noch zu Ihrer Zeit im Camp Marmal, Masar-i-Scharif, haben Sie eine Mail an die Botschaft in Kabul geschrieben, das Referat AP 05 im Auswärtigen Amt und den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan, den Herrn Botschafter Markus Potzel; MAT A AA-2.34, Blatt 5 bis 6. Und in dieser Mail schreiben Sie, dass der Truppenabzug bereits am 1. März begonnen habe. Haben Sie damit den Abzug der US-Truppen aus dem Camp Marmal gemeint?

Zeuge Gregory Bledjian: Könnte ich diese Mail einmal einsehen? Könnte mir die vorgelegt werden? - Ich meine, ich kann vielleicht ganz generell sagen, dass der Truppenabzug nicht an einem bestimmten Tag begonnen hat, sondern der Truppenabzug ist ja ein über Jahre erfolgter Prozess gewesen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Wir waren ja, als ich da war, weiß nicht, 2 000 oder so; in früheren Zeiten waren auch schon

mal 4 000 Bundeswehrsoldaten allein im Norden. Also, ich glaube nicht, dass man einen bestimmten Tag identifizieren kann, an dem der Truppenabzug begonnen hat, sondern das war quasi eine fortlaufende Entwicklung. Jetzt würde ich aber ganz kurz, wenn Sie mir kurz eine Sekunde geben, meine Mail mir mal ansehen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sehr gerne.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir halten die Zeit an; insofern ist das völlig in Ordnung.

Jörg Nürnberger (SPD): Sehr gerne. Es würde nur helfen, den Inhalt der Frage genau zu berücksichtigen beim Lesen. Es geht darum, ob das den Truppenabzug der US-Truppen dort betrifft, nicht unsere eigenen Truppen.

(Der Zeuge liest in den ihm
vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Gregory Bledjian: So wie ich die Mail verstehe, ist eindeutig der Abzug der US-Truppen gemeint.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Hat es Sie überrascht, dass die USA so kurz nach dem Abschluss des Doha-Abkommens bereits mit dem Abzug von Truppen begonnen haben?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, das hat mich nicht überrascht; denn es war ja klar, dass die Truppen irgendwann abziehen. Im Doha-Abkommen ist ja auch ein Datum genannt worden. Und die Militärs haben schon - das war auch immer wieder Gegenstand dieser Briefings und der Sitzungen - die Ausplanung dieses Abzugs - und da wurden sehr frühzeitig auch Truppeneinheiten identifiziert, die nicht wesentlich waren für den Bestand der Mission - - Und da wurde einfach schon sehr frühzeitig auch überlegt: Womit können wir beginnen, mit welchen Truppen können wir abziehen? Deswegen wundert mich das nicht. Ich sehe ja hier „Phase A (light)“. Es gab da so auch Schemata und Zeitleisten, wann welche Truppen in welcher Höhe reduziert werden. So wie ich das in Erinnerung habe, sollten alle nicht unbedingt notwendigen Truppen für die Mission



Nur zur dienstlichen Verwendung

frühzeitig abgezogen werden, um dann den Gesamtabzug möglichst effektiv gestalten zu können.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich habe dazu zwei ergänzende Fragen, die man im Zusammenhang beantworten kann. Haben Sie damals damit gerechnet, dass dieser beginnende Truppenabzug direkte Auswirkungen auf die Tätigkeit der deutschen Institutionen in diesem Camp Marmal haben wird?

Und ich darf Sie noch mal an diese E-Mail erinnern und sie zitieren. Auf Blatt 5 und 6, MAT A AA-2.34 stellen Sie am Ende die Frage nach der Bedeutung der Entwicklungen für das Generalkonsulat in Masar-i-Scharif. Sie schreiben, dass die Zeit für die Errichtung einer neuen Liegenschaft kaum ausreiche und ein Verbleib im Camp ohne die Kräfte der Resolute Support Mission voraussichtlich nicht möglich sei. - Können Sie uns das noch etwas näher erläutern, bitte?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, das kann ich gerne. Also, Sie müssen sich das so vorstellen, dass das ein riesiges Militärlager war mit mehreren Tausend Soldaten, und mittendrin war das Generalkonsulat Masar-i-Scharif. Wir hatten zwar eine Mauer - also wir waren eingefriedet und umgrenzt -; aber es war für keinen jemals denkbar, dass wir alleine, ohne den Schutz, den uns die NATO-Truppen - gerade was den Außenschutz angeht, aber nicht nur den; es ging ja auch um Überwachung aus der Luft, und es ging um Aufklärung, um Information, um vieles - - dass das Generalkonsulat aus Sicherheitsgründen nicht auf eigenen Füßen dort im Camp, was übrigens - so war, glaube ich, die Planung - den Afghanen auch übergeben werden sollte - - Quasi in einem afghanischen Militärlager dann das Generalkonsulat weiterzuführen, war schlicht, glaube ich, von niemandem angenommen worden.

Jörg Nürnberger (SPD): Sehen Sie dann in diesem Zusammenhang auch Ihre Mail, die Sie am 16. März verschickt haben - die können wir Ihnen auch gern vorlegen -, MAT A AA-8.280, Blatt 124 bis 128? Da schreiben Sie an den Herrn Krüger, den wir nächste Woche vernehmen werden und der bei AP 05, das Sie bereits erwähnt

haben, gearbeitet hat, und übermitteln einen Zeitplan für den Abzug aus dem Hauptquartier Nord der NATO RSM. Können Sie uns anhand dieser Mail, die Sie geschrieben haben, noch einmal die einzelnen Schritte des Truppenabzugs aus dem Bereich TAAC Nord beschreiben?

Und zu den Auswirkungen schreiben Sie dann, dass Sie eventuell aus Sicherheitsgründen - und das ist der entscheidende Punkt aus meiner Sicht - noch vor 2020 aus dem Camp Marmal rausmüssen. Können Sie das in Ergänzung der Beantwortung der vorherigen Frage noch einmal erläutern, bitte?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja. - Das Abzugsdatum, was im Doha-Abkommen genannt war, 30.04. oder 01.05., hieß ja nicht, dass wir bis zum Schluss im Konsulat bleiben können, sondern das ist ja ein sukzessiver Abbau. Da gab es ja unzählige Pläne, was wie wo abgebaut wird, sodass wir natürlich nicht bis zum Ende bleiben konnten, sondern Wochen oder gar Monate vorher das Konsulat schließen mussten. Und dann hätte man in einem sehr sicherheitskritischen Umfeld auch eine neue Liegenschaft finden müssen. Ich habe einfach nur auf diese Problematik hinweisen wollen.

Jörg Nürnberger (SPD): Meine letzte Frage in dieser ersten Runde; ich glaube, die Zeit nähert sich dem Ende.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein bisschen ist noch.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein bisschen ist noch, wunderbar. - Wenn Sie sich an die Zeit zurückerinnern um den Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens herum: Wie haben Sie aus Ihrer lokalen Sicht - Sie waren ja damals vor Ort in Masar-i-Scharif - dieses Doha-Abkommen bewertet und seine Auswirkungen wahrgenommen? Welche Konsequenzen und Erwartungen für die zukünftige Entwicklung in Afghanistan haben Sie mit diesem Abkommen verbunden? Welche Einschätzungen hatten Sie?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe mich, offen gestanden, sehr viel intensiver erst in Kabul mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Doha-Abkommen befasst. Ich kann Ihnen jetzt nicht genau trennen, wann ich in Masar welche Meinung - - und wann ich in Kabul hatte; aber ich kann gern eine etwas allgemeinere Einschätzung über das Doha-Abkommen geben. Ich hatte das ja, glaube ich, auch in Berichten immer wieder auch der Zentrale mitgeteilt, wie es gesehen wird in Afghanistan und wie ich das auch selbst gesehen habe. Ich habe das Doha-Abkommen sehr kritisch gesehen, aus einer ganzen Reihe von Gründen.

Irgendwo hatte ich gelesen, dass ich irgendwie etwas von „Geburtsfehler“ gesprochen hatte, und damit meinte ich, dass die US-Regierung und die Taliban dieses Doha-Abkommen verhandelt haben und abgeschlossen haben. Und es heißt zwar irgendwie „Bringing Peace to Afghanistan“, hat so einen sehr friedensgeneigten Namen; aber im Prinzip war es ein Truppenabzugsabkommen für die US-Amerikaner. Und die Taliban haben gewisse Gegenleistungen dafür erbringen müssen. Darüber hinaus gab es natürlich die Bestimmung, dass ein Friedensprozess beginnen sollte, aber - - Ich weiß nicht, wie viel Zeit Sie haben, weil das ist wirklich ein etwas weiteres Feld; aber ich will mal versuchen, es ein bisschen auf den Punkt zu bringen.

Also, es war erstens ein Vertrag zulasten Dritter. Wenn ein Frieden mit der afghanischen Regierung, mit der afghanischen Republik abgeschlossen werden sollte, sollte sie auch am Verhandlungstisch sitzen. Die Verbündeten, einschließlich der Bundesregierung, waren nicht beteiligt an diesem Doha-Abkommen. Wir wurden also sozusagen vor vollendete Tatsachen gestellt. Es wurden Verpflichtungen der afghanischen Regierung - - sind in dieser Vereinbarung enthalten, bei der die afghanische Regierung nicht beteiligt war. Ich will da beispielhaft die Entlassung von 5 000 Talibangefangenen nennen, von denen einige gar nicht Taliban waren, sondern Schwerstkriminelle.

Die Verpflichtungen der US-Regierung waren relativ präzise formuliert in diesem Abkommen, die Verpflichtungen der Taliban eher vage. Das

ist eine weitere strukturelle Schwäche des Abkommens, die dann in der Umsetzungsphase zu großen Problemen geführt hat.

Ich will Ihnen ein ganz, ganz wesentliches Beispiel nennen. Die Taliban haben sich verpflichtet dazu - - „Reduction in Violence“ haben wir das damals genannt - so stand es, glaube ich, drin -, also eine Reduktion der Gewalt. Und überall dort, wo sie klar definiert war - kein Angriff auf internationale Truppen, kein Einnehmen von Provinzhauptstädten in Afghanistan -, daran haben sie sich gehalten - im Übrigen nicht. Das heißt, die Taliban haben das eher eng oder legalistisch, dem Wortlaut nach ausgelegt, dieses - - Ich würde gar nicht mal sagen, dass die dagegen verstoßen haben; aber sie haben - so wurde beklagt von US-Seite - gegen den Geist des Abkommens verstoßen, was natürlich für einen Juristen nicht ganz befriedigend ist, gegen den Geist eines Abkommens zu verstoßen. Es waren aber keine Parameter festgelegt worden, worin die Reduktion der Gewalt aus - - Das ist auch nur ein - - Also, ich könnte noch weitermachen; aber ich glaube, Sie möchten wechseln.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben ziemlich perfekt die Zeit eingeschätzt. Jetzt ist genau das Fragekontingent erschöpft; aber wir kommen ja auf die Dinge wieder zurück. - Das Fragerecht geht an die CDU/CSU-Fraktion. Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, sehr geehrter Herr Bledjian, ich möchte auch noch mal ganz kurz zurückkommen auf Ihre Zeit in Masar-i-Scharif. Können Sie uns kurz erklären, warum eigentlich zusätzlich zur Botschaft in Kabul dieses Generalkonsulat im Norden unterhalten wurde? Lag es daran, dass wir mit den deutschen Bundeswehrsoldaten in der nördlichen Region stark präsent waren? Und was war der Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit dort? Also - Sie haben es vorhin ein bisschen geschildert -, ging es im Wesentlichen um die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben, auch gerade für die deutschen Staatsangehörigen, die als Truppen dort stationiert waren? Oder ging es auch oder im Wesentlichen um die Gewinnung zusätzlicher Informationsquellen



Nur zur dienstlichen Verwendung

für die Einschätzung der politischen und Sicherheitslage in Afghanistan?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, zur ersten Frage, warum wir dort vertreten waren. Ich glaube, Sie hatten es in Ihrer Frage schon angedeutet: weil wir eine sehr starke Präsenz im Norden und Nordosten Afghanistans hatten, in zweifacher Hinsicht. Erstens hatten wir die Verantwortung für das sogenannte TAAC North, also quasi die Nordspeiche. Die Nordostprovinzen waren immer unter deutscher militärischer Führung. Es waren kaum Truppen im Rest des Landes, auch in Kabul nur sehr wenige Vertreter der Bundeswehr. Also, der Schwerpunkt der Bundeswehrmission war im Nordosten. - Erstens.

Zweitens gilt das nicht gleichermaßen, aber tendenziell auch in besonderem Maße für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe und die Stabilisierungsbemühungen sowohl des Auswärtigen Amts als auch des BMZ. Ich habe jetzt keine Zahl - also bitte legen Sie mich nicht fest -, aber ich würde Pi mal Daumen sagen: Zwei Drittel unserer Gelder gingen in den Norden und Nordosten. Wir hatten auch im ganzen Land Projekte, wir hatten auch - - waren auch in Kabul engagiert; aber ganz klar lag der Schwerpunkt unserer EZ und unserer Stabilisierungsbemühungen im Nordosten. Und da würde ich einfach mal schlussfolgern, ohne dass ich weiß, welche Entscheidungen zu einer Öffnung in Masar-i-Scharif geführt haben - - Um nix Falsches zu sagen, würde ich jetzt mal mutmaßen, dass das die Gründe sind, warum gerade in Masar-i-Scharif ein Generalkonsulat unterhalten wurde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der zweite Teil der Frage war ja Erkenntnisgewinnung, zusätzliche. War das auch aus Ihrer Sicht Motivation für die Öffnung - - können Sie ja nicht sagen. Aber war das ein Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit vor Ort?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, das war definitiv ein Schwerpunkt der Tätigkeit. Um die Frage nach den konsularischen Tätigkeiten abzuräumen: Die gab es nicht. Also, es gab keine konsularischen Serviceleistungen für Bundeswehrangehörige. Wir hatten auch keine Visastelle, haben da nicht diese typischen Leistungen aus dem Visa- oder

aus dem Rechts- und Konsularbereich erbracht. Es gab schon - aber das wäre eher was Anekdotisches, vielleicht nicht für den Untersuchungsausschuss - natürlich einzelne Konsularfälle; einzelne deutsche Touristen haben sich tatsächlich verirrt in den Norden, und die haben wir dann auch so schnell wie möglich wieder außer Landes gebracht, weil es einfach sehr gefährlich war. Das sind aber wirklich nur punktuelle Dinge gewesen.

Im Großen und Ganzen ging es um eine Berichterstattung, eine Berichterstattung mit besonderem Fokus aus dem Norden. Ich hatte - das unterschied meine Tätigkeit von meiner Tätigkeit in Kabul - sehr viel mehr Kontakt zu GIZ, zu KfW, zu deutschen Entwicklungsorganisationen. Wir haben einen Deutschen Tisch organisiert, regelmäßig, in dem alle Entwicklungsorganisationen an einem Tisch saßen. Ich habe viel häufiger Projektbesuche gemacht. Also, da war quasi das zivile Engagement - - spielte anteilig zur politischen Berichterstattung eine größere Rolle. Das habe ich in Kabul eher selten gemacht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich da in dem Zusammenhang noch mal nachfragen? Sie haben eben eine Vielzahl von Institutionen benannt, mit denen Sie vor Ort in Gesprächen waren und eben aus denen Sie auch die Erkenntnis für Ihre Berichte gewonnen haben. Gehörte dazu auch der Bundesnachrichtendienst in Masar-i-Scharif?

Zeuge Gregory Bledjian: Der Bundesnachrichtendienst war natürlich regelmäßig zu Gast bei uns im Generalkonsulat. Ich habe ein gutes Verhältnis mit dem dortigen Leiter gehabt. Wir haben uns eher informell auch ausgetauscht, aber nicht im Sinne von Übergabe von irgendwelchen Dokumenten oder so. Da gab es einen relativ strengen Dienstweg. Das musste quasi über Berlin wieder zurückgespiegelt werden und dann über ein Kryptofax als Verschlusssache zu mir kommen. Aber wir haben uns natürlich über die Sicherheitslage da unterhalten und über Entwicklungen im Land. Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mögen Sie dem Ausschuss vielleicht noch mal kurz schildern,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie Ihre damalige Einschätzung zur Sicherheitslage im Umfeld des Abschlusses des Doha-Abkommens, also um den Februar 2000 [sic!], gewesen ist?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass ich sozusagen nur drei Wochen im Untersuchungszeitraum tatsächlich in Masar-i-Scharif war. Es gab keine lineare Entwicklung, es gab Wellenbewegungen. Es gab immer Zeiten mit weniger Anschlägen. Aber grundsätzlich, muss ich sagen, war ein ganz klarer Trend erkennbar: Die Sicherheitslage hat sich kontinuierlich verschlechtert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Jetzt würde ich den Sprung wagen in Ihre Zeit in der Botschaft in Kabul. Und da muss ich einfach Wissensfragen stellen, weil ich aus den Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt worden sind, nicht so richtig schlau geworden bin. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement gesagt, dass 22 Dienstposten vorhanden waren, wenn ich das richtig mitgeschrieben habe, von denen 16 mit Sicherheitskräften besetzt waren. Verbliebene 6 sozusagen für eigentliche diplomatische Tätigkeiten. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Gregory Bledjian: Bitte, nageln Sie mich nicht fest auf diese Zahlen, weil immer alle ständig hin- und herrotiert sind. Nicht alle zur gleichen Zeit. Bis auf die Covid-Zeit, wo Charterflüge wirklich die Hälfte - - Da gab es ein A- und B-Team. Aber normalerweise - - Einige haben auch alle vier Wochen rotiert. Es waren auch nicht immer die gleichen Personen vor Ort. Insofern ist es unheimlich schwierig. Ich habe das irgendwo aus den Unterlagen gefunden. Insofern gibt es aber sicherlich - das kann man sicherlich auch nachliefern - ganz genaue Zahlen, wie viel Entsandte und wie viel Ortskräfte - - Das sozusagen vorab als Disclaimer - - stimmt es aber ungefähr.

Ich meine, wir haben ja acht Personenschützer gehabt. Allein wenn ich rausgefahren bin, brauchte ich vier Personenschützer mit zwei sondergeschützten Autos. Die brauchten ja auch Pausen. Dann mussten immer Leute auch tracken, wo ich dann war. Manchmal sind wir sogar zu

zweit rausgefahren. Und es gab acht KSAVs, haben wir die genannt, also ich sage mal untechnisch: Bundespolizisten, die die Liegenschaft geschützt haben. Das waren die beiden Gruppen. Und sonst sechs Diplomaten - - noch weniger eigentlich. Da waren ja auch Verwaltungs- - Ich weiß nicht, wie Sie jetzt „Diplomaten“ genau definieren wollen. Aber wir hatten, sagen wir mal, wenn wir jetzt einmal BMZ und bis zu drei - - Also ungefähr vier Referenten waren da noch außer meiner Wenigkeit gleichzeitig vor Ort, manchmal auch weniger, manchmal auch nur drei. Und dann hatten wir noch ein Verwaltungsteam von drei Personen, die meistens zeitgleich vor Ort waren, drei bis vier. Oder sagen wir mal: zwei bis vier. Das sind aber sozusagen - - Weil es sehr volatil war, der Personenbestand, sind das die Größenordnungen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nur damit ich das verstehe: Das ist die Zahl nach Rotation? Oder sind diese vier Referenten plus Ihnen dann sozusagen noch zusätzlich in der Präsenz gemindert gewesen, weil sie rotiert sind? Also, sind von sechs drei rotiert? Oder waren diese sechs immer da und es waren eigentlich zwölf? - Verstehen Sie die Frage?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich verstehe die Frage. Aber ich muss kurz nachdenken und rechnen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, ist das brutto oder netto?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, ich verstehe die Frage. Wahrscheinlich irgendwas dazwischen, weil ich eher so aus meiner Erinnerung das - - Ich will es mal so sagen: Es waren im Prinzip ein BMZ-Referent, ein politischer Referent, ein Leiter des Rechts- und Konsularwesens, der auch die Sicherheitspolitik oder Teile der Sicherheitsfragen gemacht hat. Also, ich hatte im Prinzip drei Referenten dauerhaft vor Ort. Aber das muss man dann doppeln. Das heißt: netto drei, brutto sechs, Pi mal Daumen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Auch eine Wissensfrage: Rotieren heißt ja ein- und ausreisen. Aber das heißt ja nicht Teilzeit. So verstehe ich das. Das heißt, wenn Sie in Berlin gewesen sind



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Wege der Rotation, dann haben Sie Ihre eigentliche Tätigkeit weiter wahrgenommen, nur an einem anderen Dienstort. Habe ich das Prinzip der Rotation so richtig verstanden?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, ist nicht zutreffend. Wir hatten tatsächlich frei. Ich habe natürlich aus Gründen, die ich vorhin genannt habe, immer ein Ohr und ein Auge auf das Geschäft in Kabul gehabt, weil ich einfach, ja, dieses persönliche Interesse hatte und auch nicht nach sechs Wochen - - hätte ich ja nicht einfach so weitermachen - - Ich musste quasi da - und ich glaube, die anderen haben das genauso gemacht, die rausrotiert sind - - Aber das wurde auch begründet - aber das können Ihnen andere Leute besser erzählen - mit den enormen Überstunden, die wir gesammelt haben. Ich habe ja teilweise sieben Tage die Woche dort gearbeitet. Und das führte eben dazu, dass das eine Mischung aus Urlaub, aus Sonderurlaub für einen Krisenposten und Überstundenabbau war. Und so kam man dann auf diese auf den ersten Blick, würde ich sagen, relativ langen Auszeiten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Ich bin immer noch in meiner eigenen Erkenntnisphase. Ich habe den Unterlagen entnommen, dass es zusätzlich im Afghanistan-Referat ein sogenanntes Inlandsteam gegeben hat, im Auswärtigen Amt. Ich hatte bisher angenommen, dass Sie, wenn Sie rotiert sind, dann irgendwie in dieses Inlandsteam gewechselt sind; aber das gab es noch offensichtlich on top. Können Sie uns kurz schildern, wie die Zusammenarbeit mit diesem Inlandsteam gewesen ist? Hatten Sie Kontakt zu denen? Was war sozusagen die Schnittstelle, und was war die Aufgabe?

Zeuge Gregory Bledjian: Das kann ich Ihnen leider nicht so genau sagen, weil ich nichts Falsches sagen will, weil ich persönlich mit diesem Inlandsteam wenig bis gar nichts zu tun hatte. Da ging es um Dinge wie Ortskräfteverfahren, da ging es um Rechts- und Konsularfragen. Das war eine sehr technische - - Dinge, die auf Arbeitsebene erledigt wurden. Für meine primäre Tätigkeit ohne gesteigerte Relevanz. Deswegen: Ich habe mit dem Inlandsteam kaum was zu tun gehabt. Ich kannte die auch gar nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann zur Tätigkeit in der Botschaft noch weiter die Frage: In dem Ordnungsplan, in dem die Tätigkeiten beschrieben sind, taucht bei dem Botschafter und bei Ihnen auf unter anderem „Wahrnehmung deutscher Sitze in bi- und internationalen Konsultativ- und Steuerungsgruppen“. Hat es solche Sitze überhaupt gegeben, und haben Sie solche Tätigkeiten wahrgenommen?

Zeuge Gregory Bledjian: Das gehörte zu den Kernaufgaben, die ich dort wahrgenommen habe. Auf dem Papier war Kabul ein bilateraler Posten; faktisch hatte das eine sehr starke multilaterale Prägung. Ich kann Ihnen da ein paar Beispiele nennen. Wir hatten regelmäßige Treffen, wöchentlich beispielsweise, im sogenannten „Breakfast Club“, haben wir den genannt, mit USA, VN, der britischen Botschafterin, dem EU-Botschafter und dem NATO-Botschafter oder dem Senior Civilian Representative, das heißt dem zivilen Vertreter der NATO. Da gab es so eine Gruppe. Ich weiß nicht genau, was Sie mit diesem internationalen Steuerungsgremium meinten; aber das waren eher informelle Sitzungen. Aber das war so ein Beispiel.

Dann hatten wir natürlich - das gibt es aber in vielen anderen Ländern auch - die sogenannten HoMs-Treffen, Heads of Missions der EU-Staaten, der EU-Mitgliedsstaaten, zumindest jener, die in Kabul auch vertreten waren; nicht alle Mitgliedsstaaten hatten da Botschaften. Dann gab es natürlich zahlreiche auch mit der afghanischen Regierung und auch nur im Geberkreis, also dem gesamten Bereich Entwicklungszusammenarbeit, Stabilisierung, gerade auch im VN-Kontext. Es gab im Prinzip jeden Tag irgendwelche Sitzungen mit internationalem Personal, und da war Deutschland, würde ich jetzt einfach mal ins Blaue hinein behaupten, fast überall dabei, weil wir einfach ein sehr, sehr großer Geber waren in Afghanistan. Und wir waren im Prinzip an allen internationalen Steuerungsgremien, auch Aufbau Polizei, ANA Trust Fund - - Weil wir einfach überall sehr engagiert waren, gehörte das mit zu den Kernaufgaben. Und nicht immer war ich darin. Das hing ein bisschen von der Ebene ab, auch protokollarische Gründe, aber auch inhaltli-



Nur zur dienstlichen Verwendung

che Gründe. Aber durchaus auch die Referentinnen und Referenten nahmen an diesen Sitzungen teil.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Also, es geht nicht um formale Gremien nur, sondern Sie verstehen diese Aufgabe auch, dass es solche selbstorganisierten Absprachetermine in Form von Frühstücken oder Austauschrunde gegeben hat.

(Der Zeuge nickt)

- Okay.

Dann taucht in der Aufgabenbeschreibung auch auf - Sie hatten es vorhin auch erwähnt -, dass Sie Sicherheitsbeauftragter gewesen sind. Bedeutet das, dass Sie für die Sicherheit der Botschaft und der Beschäftigten in der Botschaft zuständig waren? Oder ist mit „Sicherheitsbeauftragter“ eine Aufgabe gemeint, die die Beurteilung der Gesamtsicherheitslage in Afghanistan umschreibt?

Zeuge Gregory Bledjian: Ersteres. Ich habe - zumindest war das mein Verständnis von meiner Aufgabe - als Sicherheitsberater für die Sicherheit insbesondere der Beschäftigten, der Bediensteten der Botschaft - - während ich quasi mit dem Hut des stellvertretenden Botschafters eher die Sicherheitslage im Land bewertet habe. Es ließ sich natürlich alles nicht trennen, weil man kann nicht Sicherheitsbeauftragter sein, ohne quasi täglich die Sicherheitslage mitzubewerten. Aber so habe ich die Trennung wahrgenommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Diese Zuständigkeit für die Sicherheitslage, umfasste das auch die Sicherheitslage für die Ortskräfte vor Ort?

Zeuge Gregory Bledjian: Es gab keine eigene Kategorie, Betrachtungskategorie „Sicherheit für Ortskräfte“. Da ist zunächst einmal die Frage, was mit Ortskräften überhaupt gemeint ist. Also, es gab natürlich die Ortskräfte der Botschaft. Lassen Sie mich mal ganz kurz schauen.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Ich glaube, 34 habe ich mir hier notiert. Aber bitte diese Zahlen mit ein bisschen Vorbehalt. Irgendwo hatte ich das in den Akten gesehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, es gibt mal 34, mal 45; aber ungefähr diese Größenordnung taucht in unseren Unterlagen auf.

Zeuge Gregory Bledjian: Ah, okay. Gut. Ich hatte jetzt hier 34 und 53, weil es gab ja noch den Compound 2. Die hatten ja auch Ortskräfte. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was mit „Compound 2“ gemeint ist. Jedenfalls unsere eigenen Ortskräfte - - Es war übrigens - - Eine kleine Vorbemerkung: Ich habe kaum jemals jemanden von denen gesehen, weil das in der Hochzeit der Pandemie war. Die durften alle nicht kommen. Wir haben da ein ganz, ganz strenges Trennungsregime gehabt und kaum physischen Kontakt gehabt und, wenn, nur draußen mit großem Abstand. Aber das sei nur am Rande bemerkt.

Natürlich, wenn es einzelne Sicherheitsvorfälle gab, fühlten wir uns selbstverständlich als im Rahmen der Personalfürsorge verantwortlich für die Sicherheit der lokal Beschäftigten der deutschen Botschaft. Ich habe allerdings vor dem Untersuchungszeitraum ganz konkrete Fälle, allerdings in Masar-i-Scharif, gehabt, wo es zu Bedrohungen gegenüber Ortskräften kam. Und da haben wir auch entsprechend reagiert. Solche Fälle sind mir nicht aufgefallen. Aber es hat, soweit ich mich erinnern kann, keine wirklich konkreten Bedrohungsszenarien gegeben im Sinne einer konkreten Gefahr. Was die abstrakte Gefahr angeht, ist es natürlich völlig anders. Grundsätzlich muss man sagen, dass ein erhöhtes abstraktes Gefährdungsniveau für all jene Afghaninnen und Afghanen herrschte, die für internationale Organisationen oder internationale Missionen gearbeitet haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich dazu noch mal ergänzend nachfragen: Waren Sie dann zuständig oder Empfänger von sogenannten Gefährdungsanzeigen von Ortskräften? Und haben Sie Gefährdungsbeurteilungen von Ortskräften durchgeführt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Kann ich beides verneinen. Ich habe nie diese Gefährdungsanzeigen bekommen. Ich wurde schon informiert. Gerade in Masar-i-Scharif war das halt so; da waren wir eine sehr viel kleinere Gruppe. Da habe ich mich sehr viel intensiver - das liegt allerdings vor dem Untersuchungszeitraum - mit den Gefährdungsanzeigen befasst. Im Zeitraum, in dem ich in Kabul war, ist mir keine konkrete Gefährdungsanzeige in Erinnerung. Und ich wäre auch nicht damit befasst gewesen. Das lief auf einer eher niedrigschwelligeren Arbeitsebene und folgte auch einem relativ - - übrigens schon seit vielen, vielen Jahren bestehenden Verfahren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Fiel in Ihre Zuständigkeit auch ein Teil des sogenannten Ortskräfteverfahrens? Also, waren Sie als Stellvertreter des Botschafters - so habe ich das verstanden - auch zuständig dafür, Ortskräfte listen zu führen, Erreichbarkeiten sicherzustellen und gegebenenfalls auch im Bedrohungsfall Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich war mit dem Ortskräfteverfahren im engeren Sinne nicht befasst, nein, weil es war einfach ein eingespieltes Verfahren, was einem sozusagen dreistufigen Verfahren auch folgte, und hatte auch mit den Gefährdungsanzeigen nichts zu tun.

Darüber hinaus hatte ich im Rahmen der Personenfürsorge natürlich eine Sicherheitsverantwortung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Botschaft und damit natürlich auch die lokal Beschäftigten. Aber da gab es, wie gesagt, bis Mitte Juni, wo ich ausgereist bin, keine konkreten - - Es gab natürlich immer die Diskussion, ob es möglich ist, Ortskräfte auch nach Deutschland zu verbringen von unseren Ortskräften; aber das war sozusagen ein allgemein, bei praktisch allen Afghanen, mit denen ich zu tun hatte - - wurde dieser Ausreisewunsch früher oder später mal geäußert, unabhängig von einem konkreten Ereignis.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hier endet fürs Erste das Fragerecht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach Mensch!

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ist schon vorbei. - Jetzt haben die Kollegen von den Grünen das Fragerecht. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, guten Tag! Auch herzlich willkommen von mir! - Sie haben ja schon zu einigen Dingen ausgeführt. Ich würde jetzt noch mal den Fokus auch legen auf die Verwendung in der Botschaft in Kabul. Da haben Sie in einer DKOR, das Sie auch gerade selbst schon angesprochen haben, vom 10. Juli ausgeführt:

Das **US/TLB-Abk.**, das immerhin den Weg zu IAV

- innerafghanischen Friedensverhandlungen -

weit geebnet hat, erweist sich als **Hypothek für den FP.**

- Friedensprozess.

Vom „Geburtsfehler“ abgesehen, dass die AFG Reg. nicht Vertragspartei ist, zeugt der in zentralen Punkten unbestimmte Texte von nur bedingter Praxistauglichkeit.

Für die Kollegen: Das ist MAT A AA-2.43, Blatt 53. - Können Sie noch mal - also, zum „Geburtsfehler“ haben Sie schon ausgeführt - aber auch zu der mangelnden Praxistauglichkeit ausführen aus Ihrer Erinnerung? - Das wäre meine erste Frage.

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, gerne. - Man kann beispielsweise die Frage der Gefangenenfreilassung - - Da stand nicht drin, dass 5 000 Gefangene und 1 000 Gefangene freigelassen werden, sondern bis zu. Das führt ja dann auf der einen Seite dazu, dass die Zahl deutlich niedriger liegen sollte; aber die Taliban haben, wie gesagt, das ausgereizt immer, den Wortlaut, und haben gesagt: Es müssen ganz genau 5 000 sein. - Es war nicht klar, wer die bestimmt. Wer sucht die eigentlich aus, die Gefangenen? Die afghanische Regierung hatte natürlich ein Interesse daran, eher niedrigschwelligere, unwichtige Kämpfer zu entlassen; die Taliban wollten natürlich möglichst hochrangige Taliban und auch Menschen



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit Geschäftsinteressen freilassen. - Das war ein Beispiel.

Ein weiteres Beispiel war - das hatte ich, glaube ich, auch schon gesagt - Reduction in Violence. Das war eine ganz, ganz wichtige und das war vielleicht die Hauptbelastung für den Friedensprozess - - war, dass, während verhandelt wurde, einfach weitergekämpft wurde und immer heftiger weitergekämpft wurde. Da war nicht definiert worden, worin diese Reduktion der Gewalt bestehen sollte. Das sind vielleicht zwei Beispiele, die von Interesse sind.

Ferner auch noch der Punkt der Anerkennung der afghanischen Regierung. Die Gefangenen waren ja beispielsweise in afghanischem Gewahrsam. Trotzdem haben die Taliban nicht mit der afghanischen Regierung verhandelt und mit der afghanischen Republik, sondern immer nur wollten sie mit den Amerikanern sprechen. Letztlich auf technischen Ebenen gab es dann irgendwie, vermittelt vom Roten Kreuz usw. - war ich auch nicht unmittelbar beteiligt -, eben doch diese direkten Kontakte. Aber ein großes Problem war die Nichtanerkennung der afghanischen Regierung durch die Taliban, also das Legitimitätsproblem. Die wurden immer als Kabuler Administration oder, wenn es polemisch wurde, „Marionette der Amerikaner“ bezeichnet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sprechen die Amerikaner gerade selber an. Ich zitiere noch mal aus einer E-Mail von Ihnen, die schon einige Monate vorher, nämlich am 9. März 2020 - für die Kollegen: MAT A AA-2.34, Blatt 12 - - Da sprechen Sie vom Resolute Support Commander Miller und sagen: Er

...zeigte sich erneut sehr enttäuscht darüber, das TLB ihre mündlichen (!) Zusagen von Doha bzgl. RiV

- „Reduction in Violence“ ist das hier, glaube ich, die Abkürzung -

nicht einhalten.

Können Sie dazu noch mal ausführen - Sie haben auch vorhin davon gesprochen, dass Sie diese Breakfast Meetings hatten -, wie denn die internationale Bewertung auch insbesondere der Amerikaner selbst zu dem Abkommen bei Ihnen angekommen ist?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, zur ersten Frage: Das ist dann so, wie ich das berichtet habe. Ich war ja nicht in Doha. Wir haben nicht mit Taliban gesprochen. Sollten wir nicht, wollten wir nicht, durften wir nicht, weil wir die ja auch nicht anerkannt haben, teilweise auch gelistete Personen. Die große Ausnahme war Doha. Ich war nie in Doha, zumindest nicht in dieser Funktion und in dieser Zeit, und deswegen ist das natürlich aus zweiter Hand. Aber wenn ich das so aufgeschrieben habe, dann hat das der Miller auch so gesagt, dann haben die Taliban ihm offenbar mündliche Zusagen gegeben. Aber das ist ja auch ein bisschen die Krux des Abkommens: Warum nicht gleich reinschreiben ins Abkommen vom 20. Februar? Das waren eben mündliche Zusagen, und die Taliban haben sich ganz offenkundig an diese mündlichen Zusagen entweder nicht gehalten, oder sie haben sie auf ihre eigenwillige Art einfach interpretiert, weil das, wozu sie sich verpflichtet haben, daran haben sie sich ja gehalten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben jetzt Doha auch noch mal angesprochen und ja auch in Ihrem Eingangsstatement darauf verwiesen, dass Sie in Doha nicht involviert waren. Aus den Akten ergibt sich auch, dass es durchaus eine unterschiedliche Einschätzung gibt von Ihnen und Herrn Potzel, der sehr wohl in Doha involviert war und von dort aus sozusagen auch berichten konnte. Wie haben Sie diese unterschiedlichen Einschätzungen zu dem Doha-Abkommen und der Bewertung, wie gut es oder schlecht es läuft, im Nachhinein in Erinnerung?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, mir sind da keine wesentlichen unterschiedlichen Bewertungen in Erinnerung. Ich kann nur auf meine Berichterstattung von damals verweisen. Ich habe das halt aus einem anderen Blickwinkel gesehen. Ich meine, Herr Potzel war natürlich vor Ort. Der hat mit den Parteien sprechen können in Doha. Da



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann ich auch nur auf die Berichterstattung aus Doha verweisen, die ich auch mit großem Interesse gelesen habe, aber zu der ich natürlich hier nicht aussagen kann. Ich habe mit dem Verhandlungsteam der afghanischen Republik in Kabul Kontakt gesucht und auch gefunden. Ich kannte viele, viele Vertreter dieses sogenannten Republican Negotiation Teams oder wie die hießen. Das heißt, ich habe das alles sehr stark aus Kabuler Sicht wahrgenommen und habe berichtet, wie ich insbesondere die Einschätzungen, Stimmungen und Wahrnehmungen in Kabul empfunden habe. Und die waren durchaus insgesamt etwas negativer als das, was in Doha gelaufen ist, was verschiedene Gründe hatte.

Erstens. Dieses Verhandlungsteam war ja ein relativ harmonischer, geschlossener Kreis, die ja auch trainiert wurden; das war ein Team, was zusammengewachsen ist. Das haben die mir auch berichtet in Kabul, in, ich möchte schon sagen, relativ großem Kontrast zur innenpolitischen Situation in Kabul. Die politische Landschaft war tief gespalten und von Misstrauen und vielem mehr - - Ich weiß nicht, ob dazu noch Fragen kommen, aber das nur sozusagen zur Einordnung. Das heißt, die Sicht auf den Friedensprozess in Kabul war negativer als die Sicht auf den Friedensprozess in Doha. Da würde ich aber jetzt nicht daraus die Schlussfolgerung ableiten, dass Herr Potzel und ich da unterschiedliche Schlussfolgerungen draus gezogen haben. Wir hatten einfach nur unterschiedliche Perspektiven und Wahrnehmungen, er aus Doha, ich aus Kabul.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo bei - die Bemerkung sei mir erlaubt - im Nachhinein die aus Kabul ja näher an der Realität dran war als die aus Doha.

Ich bin jetzt nicht ganz sicher, wie Sie es final einschätzen, ob es einen Dissens gab oder nicht oder ob man das „Perspektive“ nennt. Vielleicht ist es auch die diplomatische Sprache. Wir hatten das letzte Mal Vertreter des BMVg hier. Da ist es immer ein bisschen einfacher für mich als Verteidigungspolitikerin.

Ich würde Ihnen aber noch zwei Vorhaltungen dazu machen. Die erste ist MAT A BMZ-3.51, Blatt 220. Da wird nämlich berichtet von Markus Potzel, der da schreibt:

Dieser Samstag (12.09.2020) könnte in die AFG Geschichte eingehen. Erstmals trafen in offiziellem Rahmen Vertreter der AFG Regierung/Zivilgesellschaft mit Vertretern der TLB zusammen, um offizielle Friedensgespräche einzuleiten.

Und ich ergänze noch dazu, dass der Referatsleiter im BMZ auch eine interne E-Mail zu den beiden DKORs schrieb am 14. September - MAT A BMZ-3.51 - und sagte:

Der SoBe der BuReg Markus Potzel berichtet ergriffen live aus Doha vom Tag der Eröffnungszere monie, der in die Geschichte Afghanistans eingehen könnte. Etwas zurückhaltender die DKOR aus Kabul, die unterstreicht, dass es bis zu einer möglichen Eini gung oder auch nur zu einer Waf fenruhe noch ein weiter Weg sein wird.

Sie haben in einer DKOR vom 11.09.2020, also jetzt wieder ein bisschen weiter Richtung Herbst, folgende Einschätzung gemacht - das ist jetzt ein bisschen länger; MAT A AA-8.280, Blatt 324 -:

Die Rahmenbedingungen für Verhandlungen sind überwiegend günstig...

Allerdings ist der Fortgang eines Verhandlungsprozesses mit **Risiken** behaftet:

- Der Weg vom US-/TLB Abk. vom 29.02.20 bis zum Beginn der Verhandlungen war steinig. Der für den 10.03.20 im Abkommen vorgesehene Auftakt wurde unzählige Male verschoben. Die **Unnachgiebigkeit der TLB** bei der Gefangenfrage und das bis heute **andauernde hohe Gewalt-niveau** mit täglich zahlreichen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Todesopfern lassen harte Verhandlungen erwarten. Ein einziger großer Anschlag könnte den Prozess empfindlich beeinträchtigen. Das nur knapp gescheiterte Attentat auf den ersten Vizepräsidenten Saleh am vergangenen Mittwoch hat diese Sorgen verstärkt.

- Die **politische Einigkeit in AFG hat erste tiefe Risse bekommen**, das Misstrauen zwischen den Lagern wächst. Es gibt begründete Zweifel, ob Präs. Ghani überhaupt an raschen Ergebnissen interessiert ist oder er die Beendigung seiner Amtszeit als prioritär ansieht.

Ich habe die DKOR gut gelesen, und ich fand, dass da außer diesem Abschnitt auch noch einige andere Sachen drin sind, die - wenn ich das mal so sagen darf, ohne Ihnen schmeicheln zu wollen - eine sehr kluge Analyse der Lage darstellen. Und trotzdem empfehlen Sie eine aktive Rolle bei der Unterstützung des Friedensprozesses. Was wären dann die Handlungsempfehlungen gewesen, wenn Sie sagen: „Es gibt Geburtsfehler, der Text taugt nichts“? Sie haben das jetzt ja auch vor uns noch mal mehrfach ausgeführt, was da für strukturelle Probleme drinliegen. Und trotzdem regen Sie an, sozusagen als Handlungsempfehlung nach Berlin, sich da irgendwie noch einzubringen?

Zeuge Gregory Bledjian: Es steht mir natürlich nicht zu, Gegenfragen zu stellen. „Aber was wäre denn die Alternative?“, stelle ich mal als rhetorische Frage, wenn Sie gestatten. Uns war doch allen bewusst, selbstverständlich auch Herrn Potzel, dass dieser Friedensprozess und dieses Doha-Abkommen an erheblichen strukturellen Mängeln litten. Meine Aufgabe war es, auf die Risiken einfach hinzuweisen, die mir auch in - - Ich könnte sogar noch ein paar weitere Dinge hinzufügen, insbesondere das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung, die tiefe Skepsis der Zivilgesellschaft, die Rolle Pakistans und vieles mehr. Es gab einfach wahnsinnig viele Dinge, die quasi als Spoiler - oder sogenannte - Steine dem Friedensprozess in den Weg legen, und trotzdem war es

der einzige Friedensprozess nach, ich muss sagen, fast 40 Jahren Konflikt in diesem Land. Es gab kein anderes Forum, keinen anderen Weg, keine andere Möglichkeit, dass sich die Parteien - - Das war insofern schon historisch - das würde ich auch unterstreichen -, dass sich Taliban und afghanische Regierung nach 20 Jahren Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnlichen Entwicklungen in Afghanistan erstmals an einen Tisch setzen in Doha und sich damit natürlich auch in gewisser Weise faktisch zumindest - nicht de jure, aber de facto - irgendwo auch anerkennen oder sich zumindest als Gesprächspartner akzeptieren. Ich will jetzt das schreckliche Wort der Alternativlosigkeit nicht bringen; aber es war natürlich ein stark von den Amerikanern geprägter Prozess.

Ich frage mich, was wir hätten machen können. Wir hätten natürlich als Deutsche einen eigenen Friedensprozess probieren können. Aber wir haben ja das getan, was wir tun konnten, Stichwort Berghof-Stiftung; wir haben die Verhandlungsmitglieder trainiert; wir haben natürlich versucht, so weit wie möglich trotz aller Schwächen diesen Friedensprozess, einfach weil es der einzige war, zu unterstützen. Und ich sehe da, offen gestanden, keinen Widerspruch drin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht. Manchmal ist das so. An den spannendsten Punkten muss man wechseln. - Und jetzt geht es zu Herrn Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Bledjian, herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind. - Sie haben einen Bericht verfasst, der am 2. August 2020 in die Zentrale des Auswärtigen Amts geschickt wurde, der auch vom Botschafter Zeidler abgezeichnet war. Fürs Protokoll: Das ist Fundstelle MAT A AA-7.03, Blatt 3 ff. Da schreiben Sie unter anderem:

Die schlechte Sicherheitslage, weit verbreitete Korruption, tief verwurzelte traditionelle Praktiken und ein ineffizientes Exekutiv- und Justizsystem verhindern die Durchsetzung und Wahrung formell existierender Rechte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Davon betroffen ist insbesondere die **Lage der Frauen und Kinder**. Staatliche Akteure aller drei Gewalten sind häufig nicht in der Lage oder aufgrund tradierter Wertvorstellungen nicht gewillt, Frauen- und Kinderrechte in der Praxis umzusetzen und zu schützen. Die parlamentarische Verabschiedung eines Kinderschutzgesetzes scheiterte im Dezember 2019 am Widerstand konservativer Kreise gegen die Anhebung des Ehemündigkeitsalters.

Ja, das bringt ja wieder zum Ausdruck, dass es hier tief verankerte Praxis ist, dass Familien ihre Kinder verheiratet haben. Hat sich das aus Ihrer Sicht während der Anwesenheit westlicher Kräfte und insbesondere dem deutschen Engagement vor Ort geändert und verbessert?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, definitiv. Wir haben ja viele, viele Jahre in dem Bereich - - waren wir auch tätig. Wenn man sich anschaut, wie 2001 die Lage der Frauen in Afghanistan war und wie sie zum Zeitpunkt des Abzugs war, auch wenn es natürlich riesige Rückschritte gab - - Ich kann jetzt auch nur bis Mitte Juni, bis zu meiner Ausreise, sprechen. Aber da gab es schon eine kontinuierliche Verbesserung auf sehr, sehr niedrigem Niveau; das stimmt. Gerade in ländlichen Gebieten herrschten noch die alten Traditionen vor; aber in den urbanen Gebieten - das sah man auch im Stadtbild - gab es eine sehr viel modernere afghanische Gesellschaft, eine jüngere, gebildetere, liberalere, moderne Gesellschaft. Das waren richtige und gute Ansätze. Es gab Änderungen, es gab Verbesserungen. Aber man kann eine doch so traditionelle Gesellschaft - - Und gerade weil wir aufgrund der Sicherheitslage kaum in den Raum, in die Fläche hineinwirken konnten - auch das will ich hier offen sagen -, kann man auch gar nicht erwarten, mit unseren Instrumenten da einen grundlegenden Sinneswandel und einen Kulturwandel herbeizuführen. Aber ich würde die Frage dahin gehend schon beantworten, dass es nicht umsonst, zumindest zu dem Zeitpunkt - und um den geht es ja; rückblickend mag sich das anders darstellen; aber das ist ja heute nicht die Fragestellung - - würde ich schon sagen, dass

es zumindest den Versuch gelohnt hat, da was zu ändern. Ja.

Stefan Keuter (AfD): Aber diese desaströse Lage vor Ort, die haben ja nicht die Taliban herbeigeführt, das waren ja auch diese Gesetzesverweigerungen, über die wir gerade sprachen. Das war ja ein Parlament, wo wir gesagt haben: Das ist demokratisch legitimiert, und wir als westliche Wertegemeinschaft, wir unterstützen das. - Und selbst unsere demokratischen Partner in Afghanistan haben es ja nicht geschafft oder waren nicht willig, diese Werte von uns umzusetzen.

Zeuge Gregory Bledjian: Immerhin gab es ein Parlament und eine Demokratie, immerhin gab es eine Gewaltenteilung, es gab eine Gerichtsbarkeit - bei aller Fehlerhaftigkeit, die man natürlich feststellen konnte. Ich will Ihnen einfach als Beispiel sagen: Wir haben Richter, teilweise oberste Richter des dortigen Gerichts durchs Max-Planck-Institut ausgebildet. Wir haben versucht, da eine Verfahrensordnung - - Wir hatten eine Kommission, um die Verfassung zu verbessern. Wir haben einfach mit unserem Know-how überall dort angesetzt, wo wir konnten, um diese Situation, die Sie durchaus zu Recht beschreiben, eben zu verbessern. Und das ist uns, glaube ich, auch gelungen. Es gab ja ein fehlerhaftes, aber immerhin ein Rechtssystem.

Früher war das ja anders. Da gab es ja eine informelle Justiz. Da haben sich ältere Männer zusammengesetzt. Eine Frau, die vergewaltigt wurde, wurde dann verheiratet mit dem Vergewaltiger. Das waren einfach auch Dinge, die vielleicht nicht ganz unseren Wertvorstellungen entsprachen. Und genau dort haben wir angesetzt und haben, glaube ich, enorme Erfolge erzielt. Wenn man sich anschaut, wie Afghanistan in den 90er-Jahren unter Taliban-Regierung und 2020, 20 Jahre später, aussah: Das ist ein enormer Modernisierungsschub, den man da verzeichnen konnte, obwohl - -

Stefan Keuter (AfD): Allerdings in der Fläche ja nicht angekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, darf ich mal darauf hinweisen: So sehr sympathisch mir engagierte Diskussionen auch sind, aber es sollte schon so sein, dass die Abgeordneten Fragen stellen, die dann mit Fragezeichen enden, und dann geantwortet wird und wir nicht Standpunkte sozusagen austauschen. Das ist nicht der Sinn der Sache. Ich würde Sie bitten, Fragen zu stellen, und - -

Stefan Keuter (AfD): Also, Herr Vorsitzender, hier muss ich jetzt da mal gegenhalten. Ich stelle Fragen, und das ist mein Befragungszeitraum. Und die Fragen, die ich habe, möchte ich auch gerne mit dem Zeugen abgearbeitet haben, zumal ich ja keine Standpunkte zitiere, sondern aus Berichten dem Zeugen vorhalte. Ich könnte auch eine schriftliche Vorhaltung machen. Nur, wir tagen in der Öffentlichkeit, haben hier Verfassungsrang, und ich denke, dass unsere Zuschauer durchaus das - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam - ich bin der deutschen Sprache auch durchaus mächtig -, dass die letzten beiden Punkte Einlassungen von Ihnen waren, wo der Zeuge Stellung zu genommen hat. Aber wenn Sie eine Frage haben, dann sollte das bitte in Frageform auch geschehen oder in einem konkreten Vorhalt - das geht auch -, und wir machen hier nicht allgemeine Diskussionen. Das ist nicht die Aufgabe, die der Ausschuss hat. - Sie haben weiterhin das Wort.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, und Human Rights Watch berichteten, dass dreieinhalb bis 3,7 Millionen Kinder, darunter 60 bis 80 Prozent Mädchen, keine Schule besuchen, unter anderem aufgrund von Diskriminierung. Können Sie das mal einordnen? Weil das ja auch unter dem deutschen Engagement passiert ist.

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kann die Zahlen jetzt nicht weiter kommentieren. Eine Zahl, die ich im Kopf habe, ist, dass die Einschulungsquote von Mädchen beim Beginn des deutschen Engagements unter 1 Prozent lag und beim Abzug des deutschen Engagements bei 40 Prozent lag.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Lassen Sie uns einmal über die Lage der Journalisten und Berichtersterter vor Ort sprechen. In Ihrem Bericht heißt es weiter - und das hatte mich dann beim Lesen ziemlich schockiert -:

Journalisten beklagen eine **wachsende Kontrolle des Staates über die Berichterstattung** sowie Behinderung von Recherchearbeit durch Regierungsmitarbeiter. Präsident Ghani und seine gesamte Regierung sind nicht bereit, sich den Fragen von Journalisten im Rahmen öffentlicher Pressekonferenzen zu stellen. Einflussnahme und Drohungen durch Parlamentarier, Ministerien, Sicherheitsorgane und lokale Machthaber sind an der Tagesordnung und betreffen in besonderem Maße weibliche Journalistinnen.

Haben Sie da persönliche Erfahrungen mit gemacht, bzw. haben Sie mal mit Journalistinnen gesprochen und können Sie uns von deren Erfahrungen berichten?

Zeuge Gregory Bledjian: Eine Strategie der Taliban waren eine gezielte Einschüchterung und leider auch gezielte Tötungen von Teilen der Zivilgesellschaft. Insbesondere Journalisten rückten da in den Fokus. Die waren immer mehr eingeschüchtert, die Journalisten, und hatten Angst.

Auch wenn ich wieder aufs Doha-Abkommen komme: Da war das nicht verboten, laut Doha-Abkommen, Zivilisten umzubringen oder zumindest Vertreter der Zivilgesellschaft. Insofern kann ich das durchaus bestätigen, dass Medienschaffende unter Druck waren. Jetzt zu den Pressekonferenzen kann ich gerade nichts sagen.

Stefan Keuter (AfD): Sie sprachen gerade eben die Taliban an. Aber wir haben ja Bezug genommen auf Ihren Bericht vom 2. August 2020, wo es ja offensichtlich um Repressionen der afghanischen Regierung ging, nicht der Taliban.

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, auch das habe ich in Erinnerung. Ich müsste dann im Zweifel mir das noch mal vorlegen lassen. Aber es gab unter der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Präsidentschaft von Ghani auch zunehmende Einschränkungen. Zumindest erinnere ich mich an gewisse Maßnahmen, um den Investigativjournalismus einzudämmen. Aber das habe ich jetzt nur noch vage in Erinnerung. Unterm Strich bleibt aber, dass die Pressefreiheit in Afghanistan, gerade auch im regionalen Vergleich, beachtlich war und praktisch alle Nachbarstaaten ein deutlich niedrigeres Niveau an Pressefreiheit hatten. Also, trotz dieser punktuell bedenklichen Entwicklungen: Zur Einordnung halte ich das für sehr wichtig, dass das eine der ganz großen Errungenschaften war auch unseres Engagements, dass da eine freie Presse herrschte.

Stefan Keuter (AfD): Konnten Sie - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht -

Stefan Keuter (AfD): Machen wir gleich weiter. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Vielen Dank. - Herr Bledjian, ich habe mal eine Frage zu einer Antwort. Das fand ich eben ganz interessant: Als der Kollege Röwekamp Sie befragt hatte, sprachen Sie vom Geist des Doha-Abkommens. Sie haben den Begriff Gewaltfreiheit dabei benutzt und dass die von den Taliban verletzt worden ist. Wo nehmen Sie denn diese Einordnung mit der Gewaltfreiheit her, die ja nicht direkt in dem Doha-Abkommen festgehalten worden ist?

Zeuge Gregory Bledjian: Die Gewaltfreiheit war nicht im Doha-Abkommen drin, wenn ich das richtig sehe. Da müsste ich tatsächlich noch mal in die Bestimmungen des Abkommens gucken. Aber nach meiner Erinnerung war eine Reduzierung der Gewalt im Doha-Abkommen enthalten. Die Taliban hatten sich immer auf den Standpunkt gestellt, eine Waffenruhe gibt es erst mit Abschluss, glaube ich, eines Friedensabkommens. Das heißt, es war schon angelegt, dass ein gewisses Niveau der Gewalt weitergeht, im Doha-Abkommen; nur hätte keiner gedacht, dass das rasant ansteigt, insbesondere nach dem 01.05.

Alexander Müller (FDP): War diese Auslegung des Doha-Abkommens in Richtung Gewaltfreiheit damals Ihrer Ansicht nach auch die Auslegung des Auswärtigen Amtes oder insgesamt der Bundesregierung?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, es gab, glaube ich, jetzt keine offizielle Auslegung des Doha-Abkommens. Wir haben durchaus, glaube ich, alle diese Schwächen auch gesehen und auch beklagt. Selbst die Amerikaner haben sie ja beklagt. Es wurde ja von Ihrem Kollegen da Müller zitiert, der immer wieder nach Doha gereist ist und die bekümmert hat, die Taliban, endlich die Gewalt runterzufahren. Aber die haben es halt nicht gemacht. Die haben nur das gemacht, wozu sie sich nachprüfbar verpflichtet haben.

Alexander Müller (FDP): Hatte dieser - je nachdem, wie man es interpretiert - Bruch mit der Gewaltfreiheit durch die Taliban Auswirkungen auf das Handeln des Auswärtigen Amtes, vielleicht auch auf indirekte oder direkte Verhandlungen mit Taliban, dass man denen das vorgeworfen hat, krummgenommen hat in irgendeiner Form? Hatte das politische Konsequenzen?

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, also, man hat es denen sowohl vorgeworfen als auch krummgenommen - das kann ich sagen -, weil das führte ja dazu, dass die Sicherheitslage kontinuierlich erodiert ist, zumindest in dem Zeitraum, in dem ich dann da war, und danach wurde es ja noch viel schlimmer, nach meiner Ausreise. Und das prägte das gesamte Leben und Handeln in ganz Afghanistan. Da wurde ja meistens in mehr als der Hälfte aller Provinzen jeden Tag gekämpft, und es kam zu Todesopfern usw. usf. Also, das was *das* prägende Thema. Jede Besprechung, die ich geführt habe, fing mit der Sicherheitslage an, mit der Bewertung der Sicherheitslage. Das war also absolut omnipräsent, das Thema.

Alexander Müller (FDP): Rückblickend auf Ihre Zeit damals, würden Sie sagen, dass es seitens der Bundesregierung eine Vision, einen Plan, eine Strategie für das Ende des Afghanistan-Einsatzes gab? Und, falls ja, ab wann hatten Sie das Gefühl, da fing die Bundesregierung mit Planung, mit Vorbereitung darauf an?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist ein bisschen die Frage, wie man „Einsatz“ definiert. Meinem Eindruck nach gab es einen großen Unterschied zwischen unserer diplomatischen Präsenz, die ja doch bleiben sollte nach Abzug der Bundeswehrruppen. Unsere gesamte EZ und sonstigen humanitären und Stabilisierungsmaßnahmen waren ja auf Dauer angelegt. Es ging schon, wenn Sie auf das Doha-Abkommen Bezug genommen haben, um den Abzug der internationalen Truppen. Und jedem war natürlich bewusst, dass, wenn die Amerikaner abziehen, wir mit abziehen, weil einfach unsere Präsenz dort maßgeblich auf die Fähigkeiten der US-Truppen - - von denen abhing.

Alexander Müller (FDP): Hatten Sie denn den Eindruck damals während dieser Doha-Verhandlungen, dass die Bundesregierung sich relativ schnell oder das Auswärtige Amt sich relativ schnell darauf eingerichtet hatte: „Wir müssen planen, wir müssen raus, wir müssen Vorbereitungen treffen“? Oder war Ihr Gefühl, dass man eher relativ lange gewartet hatte und die Hoffnung noch hatte, vielleicht die Amerikaner umzustimmen, vielleicht irgendwie den Truppeneinsatz in Afghanistan noch retten zu können?

Zeuge Gregory Bledjian: Das hing weniger mit dem Doha-Abkommen zusammen, sondern mit der Präsidentenwahl in den USA. Die Haltung des abgewählten US-Präsidenten war klar, und dann bestand natürlich schon eine gewisse Hoffnung, dass die neue US-Administration unter Präsident Biden möglicherweise eine andere Politik oder auch eine andere Zeitlinie, was den Truppenabzug angeht, vorschlägt. Da gab es einen monatelangen sogenannten Review-Prozess in Washington. Wir haben alle darauf gewartet. Also, ich möchte das Doha-Abkommen nicht schmälern, aber Abzug der US-Truppen, der ja mit Datum im Doha-Abkommen durchaus versehen war, hing dann letztlich von den Positionen der neuen US-Regierung ab. Und erst dann konnte natürlich entsprechend geplant werden. Aber an anderer Stelle hatten wir ja schon feststellen können, dass relativ früh, nachdem die Entscheidung irgendwie klar war, die Planung auch begonnen hat.

Alexander Müller (FDP): Wie war Ihr Eindruck damals in Ihrer Tätigkeit in Afghanistan? Wann fing die Bundesregierung an, den Abzug der Bundeswehr auch konkret einzuplanen, Maßnahmen zu ergreifen, Vorgaben zu geben? Wie war das aus Ihrer Erinnerung? Wann ging das etwa los?

Zeuge Gregory Bledjian: Kann ich schwer sagen; aber ich bin sicher, dass ich - - Ich habe noch lebhaftere Erinnerungen an Besprechungen der Abzugsplanungen in Masar-i-Scharif, also schon 2019, noch vor dem Doha-Abkommen. Letztlich war ja unter allen US-Präsidenten - da unterschied sich ja Biden von Trump nicht - - Und ich glaube, auch in Deutschland war das Konsens, dass früher oder später wir unsere Truppen dort abziehen werden. Das heißt, eine gewisse Planungsvorbereitung hatte relativ frühzeitig begonnen.

Alexander Müller (FDP): Wegen der Zeithorizonte haben wir ja heute keine Restriktionen vereinbart, zu welchen Zeiten wir fragen. Deswegen: Also, was mich interessieren würde natürlich auch: Wann haben Sie mitbekommen vom Auswärtigen Amt, wann Planungen losgehen, zum einen konkretere Planungen zur Evakuierung sowohl des Konsulats in Masar-i-Scharif wie auch der Botschaft in Kabul wie auch vielleicht Evakuierung von Ortskräften? Ob Sie da von Planungen mitbekommen haben. Können Sie sich da an die Zeithorizonte erinnern, wann die Bundesregierung damit begann?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, die Evakuierungen gingen ja erst los und die Planungen dafür, als die Sicherheitslage sich plötzlich rapide verschlechterte. Das war aber Wochen nach meiner Ausreise. Da habe ich keine - - Als Zeitungsleser habe ich das mitbekommen. Aber dazu kann ich hier in diesem Kreis keine Aussagen treffen. Ich habe als Sicherheitsbeauftragter selbstverständlich die Evakuierung ausgeplant, weil ich auf einem Krisenposten war. Es war eine Krisenvertretung. Wir haben verschiedenste Krisenszenarien auch uns überlegt. Als ich abgereist bin, war die Evakuierungsplanung für Bedienstete der deutschen Botschaft in der Schublade. Das kann man auch nachlesen. Sowohl im Krisenplan als auch - ich glaube, das war schon



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ende 2020 - - hatten wir ja schon so ein Krisenberatungsteam angefordert aus Berlin, weil wir ja auch da Hilfe brauchen, wie so was erfolgen soll. Und da kam eine Delegation, zum Teil aus dem Krisenstab aus dem Auswärtigen Amt, zum Teil aus dem BMVg oder Einsatzführungskommando aus Potsdam. Und da wurden wir, glaube ich, in der ersten Märzwoche beraten, und die Frage der Evakuierung spielte da durchaus nicht die Hauptrolle, aber eine wichtige Rolle, dass wir einfach vorbereitet sind auf ein mögliches Evakuierungsszenario.

Wenn Sie aber nach einer Entscheidung in Berlin fragen: Zu meiner Zeit wurde eine solche Entscheidung nicht getroffen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht. Ich muss das, was der Kollege Müller gesagt hat, noch mal übersetzen, weil das, glaube ich, nicht allgemein verständlich war. Es gab nicht bezogen auf den Zeugen Bledjian, sondern auf einen anderen Zeugen eine informelle Vereinbarung, da der mehrmals geladen werden muss, bestimmte Zeiträume heute nicht abzufragen, was das Fragerecht aber nicht einschränkt, füge ich ausdrücklich hinzu. Nur, das wäre sonst nicht verständlich gewesen. - Jetzt wechselt das Fragerecht zu Herrn Al-Dailami.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Ja vielen Dank. - Herr Bledjian, ich grüße Sie. - Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens, weil es auch jetzt um das Doha-Abkommen ging, waren Sie ja noch in Masar-i-Scharif, ab Mai 2020 dann in der deutschen Botschaft in Kabul. Das heißt, Sie haben die letzten 15 Monate der afghanischen Republik noch miterleben können. Und mich würde Ihre persönliche Einschätzung interessieren, nämlich: Wann haben Sie zum ersten Mal daran gedacht, dass die afghanische Republik, zumindest in der Form, wie sie zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens zwischen den USA und Taliban noch im Februar bestand, salopp gesagt, dem Untergang geweiht ist? Oder noch einmal anders gefragt: Haben Sie in dem Zeitraum März 2020 bis Ende Juli 2021 zu irgendeinem Zeitpunkt gedacht: „Das war es“, und zwar erst einmal unabhängig davon, ob Sie gedacht haben, dass die Taliban die Macht übernehmen werden,

also nur die Erkenntnis: „Die Republik in der jetzigen Form wird so nicht weiterbestehen können“? Gab es diesen Moment? Und, wenn ja, wann war er? Und können Sie vielleicht etwas zu den Umständen ausführen, die Sie zu dieser Erkenntnis gebracht haben könnten?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, es war jedenfalls nicht so, dass ich das eine Erweckungserlebnis hatte und dachte: Jetzt wird die afghanische Republik scheitern. - Wie Sie auch meiner laufenden Berichterstattung entnehmen können, habe ich sehr regelmäßig über gewisse Herausforderungen gesprochen. Nicht nur die Sicherheitslage - über die haben wir jetzt schon gesprochen; aber über die gibt es sehr viel mehr auch zu sagen -, auch das Thema „Moral der Truppe“ war ein riesig großes Thema, die Frage der Abnutzungserscheinungen der afghanischen Militärs, diese Überdehnung, diese Zermürbungsrate, diese Angst auch, dass die internationalen Truppen gehen.

Als dann, glaube ich, Mitte April - müsste ich noch mal in meiner Zeitleiste nachgucken -, aber als der US-Präsident das verkündet hat, den Abzug, ab da fing so ein bisschen der Prozess an, dass sich sehr viele Menschen in Afghanistan, auch Gesprächspartner von mir, sehr fundamentale Gedanken gemacht haben. Als klar wurde - also wenn Sie das quasi ein bisschen zeitlich irgendwo festmachen wollen -, dass die Amerikaner abziehen - und das wusste natürlich jeder, dass damit alle abziehen -, wurden natürlich gewisse existenzielle Fragen gestellt. Und daher auch unser Engagement im Friedensprozess. Das war im Prinzip für mich die einzige Möglichkeit, diesen schleichenden Verfall und die Erosion und die Aushöhlung der Institutionen aufzuhalten.

Mir hat mal jemand gesagt: Das hat doch nichts mit Afghanistan zu tun. Wie wäre es denn bei euch in Deutschland, 20 Jahre militärischer Druck von einer Seite? - Das war einfach schwierig, muss ich auch sagen. Ich möchte die da jetzt nicht in Schutz nehmen. Es gab da viele Fehler auf afghanischer Seite. Aber ich glaube, das war so ein Moment, bei dem schon sehr stark eine ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

wisse Skepsis, vielleicht auch eine Schwarzmalerei immer häufiger zu hören war. Insbesondere in der Zivilgesellschaft fehlte doch immer mehr der Glaube an einen guten Ausgang. Aber ich kann jetzt nicht sagen, dass selbst bei meiner Ausreise Mitte Juni ich gesagt habe: Das war es jetzt, Kabul wird fallen. - Weil - ich hatte es ja auch berichtet - es war eine, wie gesagt, sehr schleichende Erosion. Es wurden immer wieder einzelne Versorgungsrouten, einzelne Distrikte, einzelne Provinzhauptstädte eingeschnürt; aber es war eben ein eher langsamer Prozess. Ich hätte nicht gedacht, dass es dann doch so schnell geht.

Unsere Szenarien, die Sie ja bestimmt auch irgendwo gelesen haben, gehen ja auch ein bisschen von anderen Voraussetzungen aus. Aber es gab nicht, falls das Ihre Frage bezweckt, den einen Moment, wo ich dachte: Das war es jetzt. - Es war, wie so häufig, einfach ein gradueller Prozess.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Da würde ich gerne auch etwas nachsetzen wollen, wenn Sie erlauben. Soweit ich das sehe, haben Sie Ihren letzten Wochenbericht aus Kabul am 9. Juni 2021 verfasst. Im Anschluss übernahm ja dann Ihr Nachfolger Jan Hendrik van Thiel diese Aufgabe, ein Lagebild zu verfassen.

Ich zitiere aus einem Dokument. Das ist MAT A AA-2.36, Blatt 113. Darin schreibt Ihr Nachfolger am 23. Juli 2021 - ich zitiere -:

Fazit vorweg: Die sog. „Republik“ befindet sich militärisch im Endspiel, fraglich ob USA noch eine Verlängerung herbeibomben können

Zitat Ende. - Soweit ich das sehen kann, haben Sie bis zu Ihrer - -

Zeuge Gregory Bledjian: Das habe ich nicht geschrieben. Das kann ich gleich sagen. Das ist nicht meine Sprache.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Nein, das war Ihr Nachfolger, das waren nicht Sie. Aber Sie nehmen ja schon meine Frage etwas vorweg. Soweit

ich das sehen kann, haben Sie bis zu Ihrem Ausscheiden das in Ihren Lageberichten nie so drastisch formuliert; das haben Sie ja gerade bestätigt, dass das nicht von Ihnen ist. Gab es denn bis Juli 2021 einfach keine Situation, in der Sie die Republik im militärischen Endspiel gesehen haben? Oder haben Sie aus Ihrer damaligen Perspektive zwar gesehen, dass es militärisch keinen Sieg der afghanischen Regierung geben kann, es aber nur nicht so formuliert?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, ich habe da nichts unterschlagen. Ich habe auch, gerade wenn Sie auf meinen Bericht vom 7. Juni 2021 Bezug nehmen, glaube ich, einen deutlich pessimistischeren Ton angeschlagen, als das noch vor ein oder zwei Jahren der Fall war. Ich habe einfach die Risiken gesehen und auch feststellen müssen: Wenn es keine Lösung am Verhandlungstisch gibt, dann wird es schwierig. Das war mir schon klar. Das war aber auch uns allen klar, dass schon unsere Hoffnungen auf Doha ruhten, weil auf dem Schlachtfeld hier ein klares Momentum zugunsten der Taliban einfach nicht wegzudiskutieren war. Das waren ja ganz objektive Fakten, territoriale Lage und vieles mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht. Bevor ich die zweite Fragerunde eröffne, will ich Ihnen zum einen mitteilen, dass nach Lage der Dinge es so aussieht, dass die namentliche Abstimmung um 14.30 Uhr beginnen wird. Und zweitens haben uns die Haustechniker gesagt, dass der Sonnenschutz heute jedenfalls nicht mehr hergestellt werden kann. Aber es winken Regentage; also genießen Sie die Sonne auch ohne Schutz.

Ich eröffne die zweite Fragerunde, und das Wort hat die SPD-Fraktion. Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Herr Zeuge, wir sind gerade an einem sehr spannenden Punkt, und ich bitte schon vorab um Verzeihung, falls Sie die eine oder andere Frage in ähnlicher Form bereits gehört haben. Aber ich möchte gern noch mal zu den chronologischen Abläufen in Ihrer Bewertung der Sicherheitslage und der zukünftigen Entwicklung in Afghanistan nachfragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die erste Frage lautet - und das möchte ich für unser Verständnis für alle noch einmal festhalten -: Wenn Sie solche Lageberichte erstellt haben, welche Grundlagen und welche Informationsquellen haben Sie benutzt, um am Ende Ihre Lageentwicklung herzustellen und dann weiterzuleiten?

Zeuge Gregory Bledjian: Wir hatten eine ganze Reihe von Quellen. Es gab jetzt nicht die eine Quelle, auf die ich mich zurückgezogen habe, sondern es ging schon los mit der öffentlich zugänglichen Information. Wir haben natürlich Agenturberichte, Presse sehr genau studiert, soziale Medien ausgewertet. Wir hatten ja auch lokal Beschäftigte, die das auch in den dortigen Landessprachen Paschtu und Dari konnten. Wir haben alle nachrichtendienstlichen Informationen, die uns zur Verfügung standen, genutzt. Wir waren angeschlossen ans sogenannte rote Netz der NATO. Da waren interessante Dinge drin. Wir haben die militärische Lagebewertung der NATO bekommen. Wir haben einen engen Kontakt mit dem Bundesnachrichtendienst gehabt. Wir haben mit dem RMO eng zusammengearbeitet, Risk Management Office der GIZ. Die waren richtig gut, gerade im Norden und Nordosten. Da gab es dann einfach partikuläre Lagebilder. Wahrscheinlich UNAMA, also die VN hatten ihre eigene. Die waren auch sehr interessant, weil die wahnsinnig viele Leute in allen Provinzen hatten. Die waren in der Fläche. Das waren jetzt teilweise keine Sicherheitsprofis, sondern einfach auch Mitarbeiter von VN-Organisationen, von NGOs. Also, wir haben einfach so geschöpft aus allen Quellen, die wir haben konnten, weil das einfach überragend wichtig war, eine belastbare Lagebewertung. Und dann hat man natürlich auch eine gewisse Erfahrung und eine gewisse Routine und kann, glaube ich, dann irgendwann ganz gut einschätzen, wie die Lage aussieht.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Verantwortlichkeit für die Erstellung dieser Berichte lag bei Ihnen und/oder dem Botschafter?

Zeuge Gregory Bledjian: Welche Berichte genau meinen Sie? Ich habe ja keine, sage ich mal, Lageberichte mit „Sicherheitslage“ betitelt.

Jörg Nürnberger (SPD): Zum Beispiel die DKOR, die Diplomatische Korrespondenz.

Zeuge Gregory Bledjian: Genau, die sogenannten DKORs, da gab es keine Vorgaben. Die konnte jeder schreiben, wie er wollte. Wenn ich quasi die Leitung der Botschaft hatte, habe ich die alle unterschrieben und teilweise auch selbst verfasst. Und das Gleiche gilt natürlich erst recht und selbstverständlich für den Botschafter.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben vorhin in Ihren Aussagen ziemlich eindrucksvoll beschrieben, dass es so eine gewisse innere Zerrissenheit, wenn ich das so darstellen darf, gab, dass auf der einen Seite zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens durchaus ein gewisser Optimismus vorhanden war, der aber dann durch die tatsächlichen Entwicklungen oft ins Gegenteil verkehrt wurde.

Ich darf Sie vielleicht mit einem Ihrer DKOR-Berichte vom 9. Juli 2020 - MAT A AA-2.43, Blatt 53 bis 55 - konfrontieren. Die Kollegin Nanni hat bereits daraus zitiert. Da schreiben Sie:

Die **Zivilgesellschaft** kann dem „**verhaltenen Optimismus**“ von Reg. und int. Gemeinschaft **wenig abgewinnen**. Eine Rückkehr der TLB erscheint real, Bart/Burka oder auswandern werden als Optionen genannt. Den immergleichen **AFG Eliten** wird aus Erfahrung **misstraut**, den Absichten der TLB erst recht. Es herrscht **Besorgnis**, das [sic!] IAV demokratische und rechtstaatliche **Errungen-schaften AFG in Frage stellen** werden. Insbes. **Frauen** sind **besorgt**, dass ihre **Rechte** eingeschränkt werden, der von TLB zugestandene Schulbesuch für einige Jahre reicht ihnen nicht.

Ich erkenne daraus, dass dieser Optimismus bereits zu diesem Zeitpunkt mit sehr vielen Fragezeichen versehen war. Ist das richtig?

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist zum einen richtig. Zum anderen, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe: Der Kontext war schon der, dass ich die Meinung der Zivilgesellschaft dort



Nur zur dienstlichen Verwendung

wiedergegeben habe. Es ist ja auch nur eine Gruppe gewesen in Afghanistan. Und ich dachte, das muss ich einfach berichten, dass die Lageeinschätzung der dortigen Zivilgesellschaft deutlich pessimistischer war als die anderer Akteure.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn wir in der Zeitlinie um vier Monate nach vorne gehen, sind wir im September 2020. Da schreiben Sie - MAT A AA-2.43, Blatt 66 bis 68; auch darauf hat die Kollegin bereits rekurriert -:

Mit der Eröffnung der Friedensgespräche in Doha wächst in AFG die **Hoffnung, dass nach Jahrzehnten des Konflikts ein neues friedlicheres Kapitel der AFG Geschichte** aufgeschlagen wird.

Gleichzeitig sprechen Sie in dem gleichen Dokument an, dass der Verhandlungsprozess risikobehaftet sei. Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt den Eindruck, dass es den Taliban ernsthaft um Verhandlungen geht oder sie vorrangig - Sie haben zum Teil schon drauf geantwortet - den Abzug der internationalen Truppen erreichen wollen?

Zeuge Gregory Bledjian: Da müsste ich noch mal genau auf den Zeitpunkt hingucken. Also, es war schon so, dass bei Beginn der Verhandlungen ich überwiegend hoffnungsvoll war, einfach weil es tatsächlich auch ein historischer Moment war, dass sich Taliban und afghanische Regierung oder afghanische Republik - ist ja viel genauer - an einen Tisch gesetzt haben. Aber wie Sie vielleicht auch der Berichterstattung entnehmen können, zog sich dieser Verhandlungsprozess relativ ergebnislos über viele, viele Monate hin, und damit ging natürlich auch eine gewisse Ernüchterung auch bei mir und meiner Berichterstattung einher.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir können das gleich noch weiter fortsetzen, dieses ständige Hin-und-hergerissen-Sein.

Im Dezember, wieder einige Monate später - und das wurde auch bestätigt durch die Sachverständige Frau Dr. Ellinor Zeino in unserer Anhörung - war ein gewisser Optimismus zu sehen,

dass es historisch sei, dass eine Einigung zwischen afghanischer Republik und den Taliban über Verfahrensfragen, zumindest mal über Verfahrensfragen, erreicht wurde. In diesem Bericht sagen Sie auf der anderen Seite wieder, dass der Friedensprozess weder für Präsident Ghani noch für die Taliban Mittelpunkt ihres strategischen Handels sei. Also, immer so einen halben Schritt vorwärts und dann wieder zwei Schritte zurück. Ist dieser Eindruck richtig, der sich mir aufdrängt?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, natürlich, ist zutreffend. Aber so war nun mal die Realität. Es wurde ja verhandelt; allerdings gab es wenig Ergebnisse. Und ich habe mich immer nach den wahren Motiven der Taliban gefragt. Ich habe das übrigens auch mit Blick auf den afghanischen Präsidenten - ich kann das deswegen sagen, weil ich das ja auch aufgeschrieben habe -, ob es ihm wirklich nur um die Erfüllung seiner Amtszeit - weil jeder weiß, dass, wenn es zu einem Friedensschluss gekommen wäre, hätte das eine Übergangsregierung, eine Machtteilung, aber jedenfalls keinen Präsidenten Ghani mehr bedeutet - Und da spielte eine ganze Reihe auch innenpolitischer Dinge, die ich gerne ausführen kann, noch mit eine Rolle. Aber wenn Sie jetzt die Vermutung haben, dass mein Optimismus graduell abgenommen hat, ist diese Einschätzung zutreffend. Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich komme jetzt für diese Runde zu dem Punkt, den ich wirklich herausarbeiten möchte. Wir reden von einer gewissen Euphorie, die aber auch mit realistischer Bewertung der Fakten zum Teil sich nicht bestätigen ließ. Es gibt Fortschritte bei den Friedensverhandlungen, dass Fortschritte zumindest in der Luft lagen. Wir haben aber in der letzten Sitzung aus dem Bereich des Militärischen Nachrichtenwesens von einem Zeugen mit Bezug zum BND erfahren, dass bereits zum gleichen Zeitpunkt, nämlich im Dezember 2020, durch diese Institution das Szenario einer Machtübernahme durch die Taliban und das Entstehen eines „Emirats 2.0“ als das wahrscheinlichste Szenario betrachtet worden ist. Ich beziehe mich da auf MAT A BMVg-3.65, Blatt 100 und 101. Wahrscheinlichstes Szenario: Machtübernahme durch



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Taliban, Dezember 2020. - Erste Frage: War Ihnen diese Einschätzung bekannt?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, sie war mir bekannt.

Jörg Nürnberger (SPD): Teilen Sie diese Einschätzung?

Zeuge Gregory Bledjian: Wie ich ja in laufender Berichterstattung gesagt habe: Wenn keine wesentlichen Faktoren sich ändern, liegt das Momentum aufseiten der Taliban. Das war ja immer meine Rede. Wir reden hier über Zeitläufe, Zeiträume. Ich hätte nicht einen derart schnellen Kollaps erwartet; aber der Trend war klar, wenn es am Verhandlungstisch keine Fortschritte gibt. Ich bin mir jetzt nicht sicher - diese Berichte, die ich übrigens nicht noch mal gelesen habe, sondern von damals noch so in Erinnerung habe wegen dieses doch etwas eindrücklichen Begriffs „Emirat 2.0“ -, für welchen Zeitraum diese Prognose gestellt wurde. Aber ich möchte ganz offen sagen, dass mir das etwas zu pessimistisch - jetzt natürlich nicht im Rückblick - zur damaligen Zeit - - und befand mich damit aber auch in guter Gesellschaft, weil ich habe mich natürlich täglich mit allen möglichen Akteuren, auch internationalen Akteuren, ausgetauscht über genau diese Frage und die Resilienz des afghanischen - ja, nicht Regierung, aber der afghanischen Republik und seiner Institutionen.

Jörg Nürnberger (SPD): Soweit ich mich erinnern kann, sprach diese Quelle damals von einem Zeitraum von zwei Jahren. Ist das realistisch?

Zeuge Gregory Bledjian: Da kann ich eigentlich nur wiederholen, was ich eben gesagt habe. Aber zwei Jahre sind eine sehr lange Zeit, ja, zwei Jahre ohne Fortschritt am Verhandlungstisch, klar. Ich hätte sogar einen eher kürzeren Zeitraum mir vorgestellt, aber eben nicht wenige Wochen, was dann auch tatsächlich passiert ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt angesprochen, dass Sie sich auch auf andere Quellen beziehen, die andere Szenarien für wahrscheinlich gehalten haben. Können Sie uns da präzisieren, welche Sie da genau meinen? Denken Sie zum

Beispiel an Stellungnahmen aus der US-Regierung?

Zeuge Gregory Bledjian: Da weiß ich nicht ganz genau, worauf Sie, auf welche Stellungnahmen der US-Regierung Sie anspielen. Ich kann Ihnen aber nur sagen, dass ein Szenario, was eben nicht als das wahrscheinlichste in kurzer Zeit betrachtet wurde - - quasi Sturm auf Kabul, Fall der Regierung. Von vielen war das wahrscheinlichste Szenario ein Weiter-so, aber durchaus im negativen Sinne, also bürgerkriegsähnliche Zustände. Wir waren der Meinung - und da gab es durchaus auch Gründe, diese Auffassung zu haben -, dass die Elitetruppen der afghanischen Regierung die großen urbanen Ballungszentren halten würden. Die Taliban hatten es ja jahrelang nicht geschafft, eine einzige Provinzhauptstadt einzunehmen. Dass das dann alles so schnell ging, hat mich durchaus überrascht. Aber mein persönlicher Eindruck war, dass wir eher auf längere Zeit hin Unsicherheit und bürgerkriegsähnliche Zustände bekommen oder einfach weiter haben werden, haben würden.

Also, das waren aber alles Szenarien. Mehr kann man dazu nicht sagen. Wir wussten ja nicht. Wir konnten nicht in die Zukunft gucken. Aber wir haben mit allen Szenarien letztlich auch gearbeitet, auch mit dem schlimmsten, was unsere Evakuierungspläne angeht.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Nachfrage: Würden Sie es so bewerten, dass die Einschätzung, die Sie uns jetzt hier vorgetragen haben, auch tatsächlich die offizielle Einschätzung des Auswärtigen Amtes war? Oder sind in den Zwischenstufen bis zu der offiziellen Kommunikation aus dem AA, die wieder zurück an Sie gekommen ist, Lageeinschätzungen verändert oder ergänzt worden?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, meine Lageeinschätzung - - Ich habe nie die Zentrale um Erlaubnis gebeten, wenn ich meine wöchentlichen Mails - ich hatte ja Lagebewertung jede Woche gemacht - als auch die DKORs, die hier ja häufig zitiert wurden - - Die habe ich immer nach bestem Wissen und Gewissen gemacht und nie um Erlaubnis gefragt in Berlin dann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Wir gehen ein bisschen nach vorne in der Zeit. 16. Mai 2021. Sie schreiben in MAT A AA-8.12, Blatt 178: Die Sicherheitslage wird wieder schlechter. Ich zitiere:

Aus dem Nato-██████ wird festgehalten:

...

- Das Warnmeldeaufkommen sei derzeit sehr hoch („spike in threat reporting“)
- Es gebe in der TLB-Führung eine anhaltende Diskussion, ob internationale Kräfte angegriffen werden sollen.

...

- TLB mit offensiver Kommunikationsstrategie an ANDSF, dass im Falle von Kapitulationen von ANDSF Verbänden keine negativen Konsequenzen oder Gewaltanwendung zu befürchten sei. RS befürchtet Wirksamkeit dieses Ansatzes

Zudem gäbe es

- Sorge über TLB-Einnahme des Bezirks Nerkh (Provinz Maidan) direkt an der Grenze zur Provinzgrenze von Kabul

- also kurz vor den Toren von Kabul -

... rd. 40 km von der Stadt ... entfernt

- Die Einnahme von Kabul-nahen Distrikten war bisher als ein „trigger“ für eine bedenkliche Sicherheitsentwicklung festgelegt

Dann wird das noch weiter zitiert:

- Der in von AFG Seite als „tactical retreat“ bezeichnete Rückzug der ANDSF aus Nerkh war in Wahrheit eine kampflose Aufgabe von Stellungen

Und wir reden von dem Zeitpunkt 16. Mai. Können Sie sich in diesem Zusammenhang - - Können Sie sich an diese Zusammenfassung aus dem NATO-██████ erinnern?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kann mich erinnern, als die ich Akten hier, die dem Untersuchungsausschuss übermittelt wurden - - erinnere ich mich, dass ich diesen Text gelesen hatte. Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie beschreiben, dass Sie das Fallen von Kabul-nahen Distrikten als Triggerindikator für eine bedenkliche Sicherheitsentwicklung gewertet haben. Wir reden ja von einem Zeitpunkt Mai; da ist es nicht mehr so weit bis in den Sommer und den August. Haben Sie ab diesem Zeitpunkt zumindest erwarten können oder haben Sie persönlich erwartet, dass weitere Stellungen in der Nähe von Kabul und in der Folge auch Angriffe auf Kabul tatsächlich realistisch werden?

Zeuge Gregory Bledjian: Also würde ich jetzt so nicht sagen. Die Entwicklung war sehr, sehr bedenklich. Es sind ja außerdem so ein bisschen zwei Dinge, die Sie ansprechen. Erst mal die Frage der Kapitulationen. Die haben zugenommen. Es wurden immer mehr Checkpoints beispielsweise kampflos geräumt. Da kamen die Taliban, die haben dann denen einfach über so die „Elders“, also so ältere Herren, die dann denen das mitgeteilt haben: Wenn ihr Material und alles dalasst, dann tun wir euch nichts - - Das hat gewirkt, und viele Stellungen wurden - Stichwort „Moral der Truppe“ - einfach kampflos geräumt. Das war eine sehr bedenkliche Entwicklung - und nicht ein Mal, sondern leider häufiger passiert.

Zweitens, was Sie zuletzt gesagt haben: Ja, Distrikte mit strategischer Bedeutung, die auf irgendwelchen wichtigen Verkehrswegen und Versorgungsrouten lagen und quasi eine Autostunde von Kabul entfernt, haben uns sehr besorgt gemacht, vor allem, als dann die Ankündigungen der Regierung, dass sie bald wiedererobert würden, diese Distrikte, nie in die Tat umgesetzt wurden. Also, das waren ja sehr bedenkliche Entwicklungen. Kann ich nicht anders sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Und dennoch schreiben Sie - ich darf zitieren aus MAT A AA-2.44 - am 7. Juni, also noch einmal einen Dreiviertelmonat später:

Die **Szenarien "Emirat 2.0" oder der "Sturm auf Kabul"** gelten als **unwahrscheinlich** in den nächsten Monaten.

Und Sie begründen das dann - im Widerspruch zu dem, dass Sie bereits vom BND im Dezember mit der Information konfrontiert worden sind, dass das kommen kann, oder zumindest im scheinbaren Widerspruch. Wir können es auch gerne vorlegen, wenn Sie möchten.

Zeuge Gregory Bledjian: Nee, den Bericht habe ich mir sogar ausgedruckt. Es war, glaube ich, mein letzter DKOR aus Kabul, der, wenn ich das doch mal sagen darf, sehr, sehr negativ und pessimistisch ist. Ich glaube, die Wortwahl ist auch nicht zufällig. „Szenarien „... 2.0“ und „Sturm auf Kabul“ gelten als **unwahrscheinlich**“. Damit habe ich natürlich die nach wie vor überwiegend vorherrschende Meinung und das Stimmungsbild vor Ort wiedergegeben und habe das auf den Zeitraum in den nächsten Monaten auch beschränkt. Der ganze andere Text, glaube ich, zeigt schon, dass es an allen Ecken und Enden sehr, sehr, sehr schwierig gerade auf dem Schlachtfeld ist.

Ich habe es begründet, und ich fand die Begründung damals plausibel. Ich muss sagen: Im Rückblick hat sich das so nicht bewahrheitet; aber dass die Taliban - und da habe ich auf Erfahrungswerte zurückgreifen können - vor allem in den paschtunischen Gebieten sehr stark waren und in vielen Gebieten, die durch die tadschikische Minderheit, die Hazara und andere ethnische Minderheiten - - waren die teilweise nie besonders stark. Selbst zu den Hochzeiten der Taliban haben sie pro forma das Land zwar beherrscht - - Aber das war so die Überlegung plus - ich weiß nicht, ob das hier steht; aber das würde ich dann einfach noch hinzufügen - die Ankündigung von vielen lokalen Milizenführern, auch lokalen Widerstand zu leisten, viele Powerbroker, die einigen hier auch bekannt sein werden. Also,

da gab es eine ganze Reihe von Hinweisen, dass das so schnell nicht gehen würde. Aber gut, rückblickend, muss ich sagen, wurden diese Elemente vielleicht ein wenig überbewertet.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich noch die letzte Frage zu diesem Komplex - - Zwei Tage später - 7. Juni hatten wir gerade, jetzt sind wir am 9. Juni - haben Sie Ihren letzten Wochenbericht abgeliefert. In diesem Wochenbericht - MAT A AA-8.15; nicht 08/15, 8.15 - berichten Sie über ein Briefing mit dem US-Commander für die Resolute Support Mission, Herrn [REDACTED]. Und der hat sich nach Ihrer Mail wie folgt geäußert:

Unklar, ob Palast den Ernst der Lage

- ich nehme an, der afghanische Präsidentenpalast -

vollständig begriffen habe. Selbst Kabul nicht 100% sicher.

Wie haben Sie damals diese Aussage verstanden? Und hat es Ihre Bewertung der Situation noch einmal verändert, zwei Tage, nachdem Sie den vorherigen Bericht abgegeben haben?

Zeuge Gregory Bledjian: Das hat die allgemeine Lageeinschätzung, die ich hatte, erstens bestärkt und zweitens noch ein Stück weit verdüstert. Aber das, was Sie ansprechen mit der Wahrnehmung der Realität im Palast und der Regierung Ghani - haben wir ja noch nicht viel darüber gesprochen heute -: Da war unsere Einschätzung durchaus, dass sie ein wenig entrückt waren von der Realität, sich mit ganz wenigen Beratern umgeben haben und viel zu optimistische - teilweise habe ich mich da durchaus einlullen lassen - - von den gut ausgebildeten Spezialkräften, die die urbanen Zentren halten - das kam ja auch aus dem Palast alles -, Sicherheitssektorreform und Ähnliches - - Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass der Blick aus dem Palast und des Präsidenten und seiner Entourage besonders zutreffend war. Das war auch wieder ein Prozess, der sich über viele Monate hinzog - - wurde durch eine sehr gewichtige Stimme, die ich sehr respektiert habe, den General Miller, einfach noch verstärkt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber das war jetzt nichts Neues für mich, muss ich Ihnen dazusagen. Ich habe es vielleicht dann erst berichtet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Jetzt wechselt das Fragerecht zur CDU-Fraktion. Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Bledjian, ich möchte mit Ihnen noch mal zurückspringen in die Botschaft und habe dazu noch eigentlich drei Nachfragen. Die erste Nachfrage betrifft noch mal das Afghanistan-Inlandsteam. Ausweislich des uns unter MAT A AA-5.12, Blatt 5 vorliegenden Organigramms ist Leiter des Kabul-Inlandteams - ich glaube, den Namen kann ich sagen, weil er nicht Geheim ist - Herr Prügel als Botschafter. Sie sind ja sein Vertreter gewesen. Sie haben aber nun vorhin gesagt, mit dem Inlandsteam haben Sie nicht so viel zu tun gehabt oder nicht so viele Berührungspunkte gehabt. Deswegen frage ich noch mal nach: Wenn Sie Vertreter des Botschafters sind und der Leiter dieser Sondereinheit, sage ich jetzt mal, im Auswärtigen Amt ist, haben Sie trotzdem nichts von dieser Tätigkeit - - also keine Berührungspunkte zu dieser Tätigkeit gehabt?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, doch, im Mail-Verkehr habe ich immer wieder - das war irgendwie KIT, das KIT-Team oder so hieß das, wurde das abgekürzt - die auch gesehen, die Kollegen. Wir haben ja täglich Dutzende von Mails gesehen und geschrieben. Aber ich habe selber mit denen kaum was zu tun gehabt. Mit dem Herrn Prügel war ich übrigens nur zehn Tage oder so zugleich auf Posten. Das war auch die einzige Zeit, wo wir auch beide da waren. Also, als ich angefangen habe, ist Herr Prügel gerade gegangen. Das heißt, das Organigramm müsste auch etwas veraltet sein, weil danach war ja Herr Zeidler auch noch Botschafter und danach Herr Jäger.

Jedenfalls ändert das nichts. Vielleicht ist das jetzt ein Führungsversagen meinerseits gewesen, dass ich mich um das Inlandsteam nicht gekümmert habe. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Nee, die Wahrheit ist, dass ich mit dem Inlandsteam kaum was zu tun hatte. Es gibt sicherlich Mails, die Sie auch finden werden, wo

ich mal cc gesetzt war; aber ich kann mich beim besten Willen einfach an keine Interaktion mit denen erinnern und weiß auch nicht ganz genau, was die gemacht haben. Ich habe vermutet, das war eher in Richtung konsularische rechtliche Dinge, die dann auch viel mit der Zentrale einfach zu tun hatten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das auch deswegen noch mal nach, weil ausweislich des Geschäftsverteilungsplans für das Kabul-Inlandsteam - das ist MAT A AA-5.06, Blatt 742 - gehörten Sie diesem Inlandsteam an. Ihr Name wird da genannt, und deswegen frage ich noch mal. Sie gehören einem Team an, von dem Sie - -

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, ich gehörte dem Auslandsteam an, nicht dem Inlandsteam.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, es heißt - ich will es ausdrücklich sagen - im Geschäftsverteilungsplan: Referat AP05-KIT, Kabul-Inlandsteam, Vorzimmer usw., und dann tauchen Sie als Mitglied dieses Teams auf.

Zeuge Gregory Bledjian: Könnte ich das mal sehen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Klar.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Die Bezeichnung ist auf der ersten Seite.

Zeuge Gregory Bledjian: Also, meine erste Vermutung ist, dass das das gesamte Team ist, Inlands- plus Auslandsteam; das gesamte Team der Botschaft ist dadrin. Da ist zufälligerweise, würde ich mal vermuten - - steht da einfach nur drüber „Referat AP05-KIT“. Das sind alle, übrigens auch Hassmann - - Das ist uralt; das kommt also auch noch hinzu. Da sind aber nicht nur uralte, sondern das sind sozusagen auch aktuelle Daten. Das heißt, es ist eine Mischung aus alten und neuen Mitarbeitern. Da sind ja allein drei Botschafter, vier Botschafter hier aufgeführt. Ich weiß jetzt nicht ganz genau, was der Mehrwert



Nur zur dienstlichen Verwendung

dieses Papiers ist. Das müsste ich dann einfach noch mal verstehen. Aber ein Hinweis, der mir prima facie doch ins Auge sticht, ist - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich noch mal sagen: Der Stand ist Oktober 2020. Also, wenn Sie sagen, es sei uralt - - Wir reden ja über diesen Zeitraum hier im Untersuchungsausschuss. Deswegen will ich das noch mal sagen. Wenn Sie sich das nicht erklären können, wie das zustande kommt, dann ist es so, dann müssen wir jemand anderes fragen aus dem Auswärtigen Amt. Aber mir ist nur der Widerspruch aufgefallen, dass Sie sagen: „Ich habe außer in cc eigentlich von denen nichts gehört, mit denen nichts zu tun gehabt“, und Sie tauchen als Mitglied dieses Teams auf. Das ist erst mal ein Widerspruch. Deswegen - -

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, ja, klar. Aber auch der Botschafter Hassmann, der ja vor Prügel noch auf Posten war, war definitiv nicht am 06.10. Botschafter und auf jeden Fall nicht parallel zu Zeidler und Prügel usw. Das heißt, ich kann Ihnen das nicht erklären, will ich offen sagen. Und Ihre Nachfrage ist sicher auch völlig berechtigt. Ich selber frage mich genau, wie ich das zu verstehen habe.

Aber einen kleinen Hinweis könnte ich vielleicht geben; das ist aber spekulativ: Es gibt gewisse E-Mail-Adressen, wo drinsteht „AP05-KIT-RK“. Und es gibt diejenigen Kollegen, die ich nicht kenne - - haben diese KIT-Adresse. Alle anderen, die ich kenne und die mit mir im Ausland gearbeitet haben, haben diese KIT-Adresse nicht. Das könnte ein Hinweis sein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. Sie brauchen aber nicht zu spekulieren. Ich frage Sie ja nur nach Ihrer Kenntnis und was Sie - -

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, ich weiß nicht. Ich kann mir das, ehrlich gesagt, nicht erklären.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber Sie haben sich nie als Mitglied eines Teams, des KIT, gefühlt so?

Zeuge Gregory Bledjian: Auf keinen Fall, nein. Und das -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann haben wir das geklärt. Danke.

Zeuge Gregory Bledjian: - war ich auch definitiv nicht. Das wüsste ich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, dann werden wir der Frage an anderer Stelle noch weiter nachspüren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Röwekamp, Sie hatten die Nummer genannt, ne?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sonst muss er erklären, ob es ein Originaldokument ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist ein Originaldokument. Ja, ja, das gibt es.

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kann das gerne zurückgeben.

(Der Zeuge bringt
Abg. Thomas Röwekamp
(CDU/CSU) die zuvor
vorgelegten Unterlagen
zurück)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja. Wenn Sie die Nummer noch fürs Protokoll noch - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, ich hatte die genannt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber ich kann sie gerne noch mal nennen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das wäre, glaube ich, ganz gut; denn das muss ja irgendwie geklärt werden, was das ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das habe ich nicht selbst geschrieben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, nein. Das wirkt ja wie eine Kollage.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist MAT A AA-5.06, Blatt 739.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay. Danke schön.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut, dann eine zweite Frage. Wie gesagt, ich bin gedanklich noch mit Ihnen in der Botschaft, und wir haben über die personelle Besetzung zu dieser Zeit, die Rotation und - - gesprochen. Nun liegt uns ja auch für die Botschaft aus dieser Zeit ein Organisationsplan vor, und zwar unter MAT A AA-1.01, Blatt 147 f. Und da tauchen, natürlich geschwärzt, auch Mitarbeiter/-innen von Compound 2, nehme ich mal an, auf. Also, der BND hat geschwärzt, vermute ich mal. Da komme ich darauf, dass da 27 Mitarbeiter verzeichnet sind. Jetzt ohne dass wir ins Detail gehen - also Namen dürfen wir sowieso nicht nennen, geschwärzte sowieso nicht -, können Sie vielleicht einfach mal sagen im Verhältnis, wie würden Sie die Präsenz des Bundesnachrichtendienstes zahlenmäßig im Verhältnis zu Ihrer eigenen Vertretung als Auswärtiges Amt bewerten? Waren das mehr als Sie?

Zeuge Gregory Bledjian: Das kann ich leider nicht beantworten. Ich habe die Leiterin und vorher den Leiter sehr regelmäßig getroffen und kannte auch zwei, drei weitere Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes. Die waren regelmäßig bei uns zu Gast, sowohl dienstlich als auch privat. Aber was hatten Sie gesagt? ■ Entsandte?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich zähle ■ Schwärzungen.

Zeuge Gregory Bledjian: ■ Schwärzungen, ja. Also, da müsste man natürlich mal hingucken, ob das lokal Beschäftigte sind oder auch Entsandte. ■ Entsandte, würde ich jetzt spontan sagen, kommt mir sehr viel vor; aber wenn die natürlich wie wir so viele Sicherheitskräfte hatten, vielleicht dann doch nicht. Aber da müssen Sie mich verstehen, da kann ich wirklich nichts zu sagen.

Ich kannte auf jeden Fall nur einen Bruchteil davon. So viel kann ich Ihnen definitiv sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Würden Sie ungefähr sagen, zu vielen Mitarbeitern des BND Sie Kontakt hatten? Waren es eher ■ Eben, meine ich, hätten Sie ja - -

Zeuge Gregory Bledjian: ■ ist eine gute Zahl ungefähr.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut, vielen Dank. - Dann hätte ich noch eine Nachfrage zum Ortskräfteverfahren. Sie haben vorhin, glaube ich, von drei Phasen oder drei Stufen - so genau weiß ich das nicht mehr - des Ortskräfteverfahrens gesprochen. Können Sie uns noch mal kurz sagen, welche drei Stufen und Phasen das sind?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, da gibt es übrigens Aufzeichnungen, wo das ganz, ganz genau aufgeschlüsselt ist. Die habe ich jetzt auch nicht hier vorliegen. Kann ich nur gern drauf verweisen. Ich meine, die auch in den Akten gefunden zu haben. Aber ganz grob: erstens die Gefährdungsanzeige, zweitens Prüfung der Gefährdungsanzeige - das ging teilweise mit Interviews einher usw.; es musste quasi ein Antrag gestellt werden, es musste geprüft werden -, drittens Visumsverfahren. Das waren so die drei Stufen.

Da gab es natürlich ganz viele Überlegungen, beispielsweise Kriterien. Ich erinnere mich - das wurde allerdings aufgegeben, dieses Kriterium -, man muss irgendwie - - die Anstellung bei der deutschen Institution durfte nicht zwei Jahre zurückliegen. Und da gab es einfach sehr viele Kriterien, die ich nur unvollständig wiedergeben kann. Und auch die Gefährdungsstufen, da gab es eine latente Gefahr, eine abstrakte Gefahr, eine konkrete Gefahr. Also, da müsste ich selber, ehrlich gesagt, mir das auch vorlegen lassen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Habe ich das Verfahren, Herr Bledjian, richtig verstanden, dass die Gefährdungsanzeige an den Arbeitgeber abgegeben werden musste?

Zeuge Gregory Bledjian: Das denke ich. Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und ich habe Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie in Ihrer Tätigkeit in der Botschaft wie viele Gefährdungsanzeigen bekommen haben von Ortskräften?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe keine einzige bekommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen, weil uns liegt - nicht aus dem Auswärtigen Amt, sondern aus dem Bundesinnenministerium - ein Vermerk über eine Telefonkonferenz zum Ortskräfteverfahren Afghanistan vor. Das ist MAT A BMI-3.02, Blatt 213 f. Da heißt es:

Herr Dr. Gerdes begrüßt alle ...
Teilnehmer ...

Das ist egal.

Herr B. ■■■■■ schildert die Auffassung BMVg zur möglichen Lageentwicklung bzw. zur unsicheren Zukunft in AFG

- also, das war am 13.05.2020, muss ich dazu noch vielleicht ergänzen -

und die Konsequenzen für ehemals bei DEU Akteuren beschäftigten Ortskräften (OK). Wie sich die Lage konkret entwickeln wird (und ob zB vielleicht auch eine Folgemission gibt) könne derzeit niemand voraussagen. Wenn die Entscheidung der NATO zum weiteren Vorgehen (Abzug ohne Folgemission als worst case) frühestens ab Mitte Juli 2020 feststeht und verkündet wird sollten DEU Arbeitgeber von Ortskräften auf die Situation im Rahmen des aktuellen oder modifizierten Ortskräfteverfahrens vorbereitet sein und sollten auf eine sich höchstwahrscheinlich deutlich erhöhende Anzahl an Gefährdungsanzeigen afghanischer Ortskräfte unmittelbar reagieren können.

Es stelle sich die Frage, wer die individuelle Gefährdung vor Ort dann noch beurteilen soll.

Und in dem Zusammenhang wird ein Vorgehen vereinbart. - Und dann heißt es am Schluss:

AA AP05

- das ist ja das Afghanistan-Referat des Auswärtigen Amts -

weist darauf hin, dass Möglichkeiten der Botschaft, Aufgaben im OK Verfahren zu übernehmen derzeit, aber auch in absehbarer Zukunft aufgrund der Rahmenbedingungen vor Ort nicht realistisch seien.

Meine Fragen sind: Haben Sie Kenntnis von dem Inhalt dieser Telefonkonferenz oder dass sie stattgefunden hat? Haben Sie die Information an das Referat AP 05 gegeben, dass Sie keine Möglichkeit in der Botschaft haben, im OK-Verfahren Aufgaben zu übernehmen? Und weshalb konnten Sie solche Aufgaben eigentlich nicht übernehmen?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kann mich an diese Telefonkonferenz nicht erinnern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung, Sie selbst haben nicht teilgenommen; zwei weitere Mitarbeiter von AP 05 haben teilgenommen. Deswegen. Also, Sie sind nicht selber Teilnehmer gewesen.

Zeuge Gregory Bledjian: Okay, gut. Das beruhigt mich, weil ich mich eben nicht dran erinnern kann. Aber ich will einräumen, dass mir die Inhalte durchaus natürlich geläufig sind. Mit der sich verschlechternden Sicherheitslage haben wir natürlich mehr Gefährdungsanzeigen - -

Ich muss übrigens das vielleicht noch mal kurz modifizieren, was ich eben gesagt habe, damit ich nicht lüge. Ich meine, es hat da Gefährdungsanzeigen einer Außenstelle des BND aus ■■■■■ gegeben. Ich weiß nicht, ob ich das jetzt hier so ausbreiten soll. Aber wir selber - - Ich selber kann mich nicht an eine Gefährdungsanzeige erinnern, die ich bekommen habe. So möchte ich das formulieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ja, das ist mir natürlich bekannt, und natürlich habe ich die auch geteilt, die Befürchtung, dass, je schlechter die Sicherheitslage wird, gerade der Abzug der Soldaten, der Bundeswehrsoldaten - - Da waren ja auch gerade in Masar-i-Scharif ganz viele Ortskräfte beschäftigt, und die hatten natürlich alle auch ein Interesse daran, nach Deutschland zu kommen, ungeachtet einer möglichen Gefährdung im Einzelfall.

Und zu Ihrer zweiten Frage, dass wir begrenzte Möglichkeit sehen. Wir haben ja über die Personalausstattung in der Botschaft gesprochen. Die ist ja natürlich nicht besonders groß gewesen. Wir haben im Rechts- und Konsularbereich zwei Leute gehabt, jeweils rotierend. Eine Person war also immer vor Ort, die sich mit so Dingen beschäftigt hat wie Kabul Security, Sicherung der Green Zone, Quick Reaction Forces, Sicherung Kabuls und unserer Botschaft, also viele, viele andere Aufgaben hatte, gesamte Polizeieinsätze betreut hat und Ähnliches. Also, das klassische Konsulargeschäft, da hatten wir gar keine personellen Kapazitäten.

Hinzu kommt noch: Ich hatte ja die drei Stufen genannt. Die dritte Stufe war das Visumsverfahren. Für Visumsverfahren braucht man ganz besondere bauliche Ausrüstungen. Seit dem Anschlag 2017 hatten wir keine Visastelle mehr. Insofern haben wir auch gar nicht die bauliche - - Sie müssen sich das so vorstellen, dass man Hunderte von Metern durch Schleusen fährt, immer wieder kontrolliert wird, mit Stacheldraht, hohen - - Also, das ist nichts für Publikumsverkehr.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich darf noch mal nachfragen. Es ist uns bekannt, dass die Visaverfahren nicht mehr in Kabul stattgefunden haben, sondern sogar außerhalb des Landes, wenn ich das richtig gesehen habe. Also, es haben gar keine Visaverfahren, auch nicht für Ortskräfte der Botschaft selbst, stattgefunden. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist meine Erinnerung und mein Kenntnisstand, dass wir gar keine Visa ausstellen konnten, schon technisch nicht.

Da braucht man ja auch gewisse Einrichtungen für.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und wenn in diesem Telefonat, an dem Sie nicht teilgenommen haben, aber wo Sie sagen: „Ich habe Kenntnis vom Inhalt“, die Aussage getroffen wird, dass Möglichkeiten der Botschaft, Aufgaben im OK-Verfahren zu übernehmen, derzeit nicht realistisch seien, bezieht sich das dann auf die Gefährdungsanzeigen eigener Mitarbeiter, oder bezieht sich diese Aussage: „Wir können nicht noch für andere Arbeitgeber von Ortskräften hier zusätzliche Aufgaben wahrnehmen“ - -

Zeuge Gregory Bledjian: Kann ich Ihnen nicht definitiv beantworten. Meine Vermutung wäre, dass sich das auf andere bezieht, weil wir selber hatten ja gar nicht so viele Ortskräfte. Aber die Ortskräfte, wenn man die auch noch erweitert, den Kreis, auf GIZ und Entwicklungsorganisationen - das sind ja vierstellige Zahlen gewesen -: ganz unmöglich. Und wir hatten ja auch durchaus die IOM, diese Organisation, auch gebeten, uns da auch zu unterstützen bei der Antragsannahme usw.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Eine wirklich abschließende Frage jetzt: Gab es bei Ihnen in der Botschaft eigentlich eine Liste oder eine Aufstellung aller Ortskräfte, also nicht nur der eigenen, in der Botschaft unmittelbar beschäftigten Ortskräfte, sondern aller Ortskräfte? Oder gab es an einer anderen Stelle Ihrer Kenntnis nach irgendwo eine Liste, wo sämtliche Ortskräfte, gegebenenfalls auch mit Erreichbarkeit, verzeichnet waren?

Zeuge Gregory Bledjian: Da bin ich mir nicht ganz sicher. Was die eigenen Ortskräfte angeht, kann ich das definitiv bejahen. Selbstverständlich haben wir Listen von unseren Mitarbeitern gehabt; wir haben die ja auch bezahlt und mit denen zusammengearbeitet. Und auch die Erreichbarkeit war immer mehr oder weniger gewährleistet.

Jetzt die Listen von Mitarbeitern beispielsweise der GIZ in der Fläche, ob wir die alle in der Bot-



Nur zur dienstlichen Verwendung

schaft hatten, muss ich Ihnen ehrlich gesagt sagen, weiß ich nicht. Ich kann es mir nicht vorstellen, aber es könnte sein. Aber dafür hatten wir auch das RMO. Das heißt, es gab immer, würde ich ganz stark vermuten, verschiedene Stellen, die dann in ihrer Gesamtheit alle diese Listen hatten. Ob - darauf zielt ja, glaube ich, Ihre Frage ab - jemand das zentral zusammengefasst hatte - - Ich muss Ihnen aber auch gestehen, das war auch jetzt nicht meine primäre Aufgabe, so was zu wissen und solche Listen à jour zu halten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ist nur konkret gewesen. Sie haben eine solche Liste aller Ortskräfte deutscher Arbeitgeber nicht gehabt; so habe ich Sie verstanden. Sie haben natürlich eine Liste der eigenen gehabt, klar, aber nicht aller. Und haben Sie Ihre Ortskräfte an eine Stelle gemeldet, wo alle Ortskräfte verzeichnet sind?

Zeuge Gregory Bledjian: Nicht dass ich wüsste. Aber bei der Erstellung des Krisenplans denkt man über so was nach, und das müsste ich vielleicht auch noch mal recherchieren. Aber mir ist das im Moment nicht bewusst, dass es eine solche Stelle gab, die da Buch geführt hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. - Da die Zeit fast erschöpft ist, übergebe ich nicht mehr an den Kollegen Erndl, sondern gebe ab.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die Abstimmungen im Deutschen Bundestag würde ich jetzt die Sitzung bis 15.15 Uhr unterbrechen. Ich weiß nicht, ob hier Lüftungsmöglichkeiten bestehen. Wenn ja, dann sollten wir dem nähertreten. Ansonsten sehen wir uns um 15.15 Uhr wieder.

Den Zeugen bitte ich um Geduld. So ist das Leben. Um 15.15 Uhr sind wir wieder da.

(Unterbrechung von
14.24 bis 15.16 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sonne hat sich jetzt endgültig

verdrückt. Sie haben sich hoffentlich ein bisschen bewegen können. Ich begrüße Sie zurück zu unserer Sitzung.

Wir waren, wenn mich nicht alles täuscht, angekommen beim Rederecht für die Kollegin Nanni, Bündnis 90/Die Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen gestärkt, glaube ich, gehen wir alle jetzt in die nächste Runde. Für mich heißt das: Wir haben Ihre Einschätzung zum Doha-Abkommen und zum Friedensprozess schon gehört. Das war sehr wertvoll. Vielen Dank dafür.

Jetzt würde ich gerne mit Ihnen darüber reden, wie Ihre Einschätzungen zu den Zielen der Taliban waren, und ich habe zwei Vorhaltungen, die ich machen kann. Einmal betrifft das MAT A AA-2.34, Blatt 13. Da gibt es ein Briefing durch Resolute Support, und davon berichtet die Botschaft Kabul am 08.03.2020 per E-Mail an das Afghanistan-Referat des Auswärtigen Amtes hier in Berlin. Sie sind im cc. Ich zitiere:

Zu RiV erneut Hinweis, dass TLB systematisch ihre Verpflichtungen missachten würden. Gewaltniveau nun wieder wie vor RiV, sogar leicht über „historical average“. Angesichts der Zahl der Getöteten könnten ANDSF und USA nicht mehr lange zurückhaltend bleiben.

Und eine zweite Vorhaltung, MAT A AA-2.34, Blatt 22. Das ist eine E-Mail des Generalkonsulats in Masar-i-Scharif, Herr Horst in dem Fall, vom 13.07., also einige Monate später. Da waren Sie auch im cc.

TLB-Kalkül

Bereits im morgendlichen RS-O/I

- ich weiß nicht genau, wofür die Abkürzung steht, gebe ich zu; aber das muss das Briefing gewesen sein von Resolute Support -

(ohne Miller) wurde zu RS-Sicht auf ggw. TLB-Kalkül/Taktik gebrieft: Grundlegende Ziele seien,



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Druck auf die ANDSF zu erhöhen, die Sicherheitslage weiter zu erodieren und GIRoA zu delegitimieren. Taktische Ziele seien

1. Kundus von Kabul isolieren,
2. Kabul von Süd-AFG isolieren,
3. Eigene Versorgungsrouten nach PAK aufrechterhalten, 4. TLB-Kräfte im Süden, insbes. Kandahar schützen, 5. TLB-Hochburg im Westen von MeS sichern. RS-O/I konstatierte, ANDSF hätten aufgrund des US-TLB-Abkommens die taktische Initiative an die TLB verloren.

So viel sagend. - Wie haben Sie denn in 2020, also sowohl im März als auch später im Juli, die Chancen der Taliban eingeschätzt, ihre Ziele, die Ihnen ja bekannt waren durch die Briefings, zu erreichen?

Zeuge Gregory Bledjian: Aufgrund des mehrfach auch heute besprochenen und auch laufend berichteten Momentums und des Trends und der Entwicklungen habe ich das durchaus für nicht unrealistisch gehalten, dass die Taliban ihre Ziele erreichen, und vieles von dem, was Sie da vorgelesen haben, ist ja auch passiert und wurde ja auch gemacht. Isolierung von Provinzhauptstädten: Kunduz ist - ich weiß nicht, dreimal oder was - gestürmt worden, niemals eingenommen worden. Aber Kunduz war stetig unter Druck. Kunduz hat ja auch - die Provinz Kunduz - eine starke paschtunische Minderheit oder sogar Mehrheit teilweise, sehr untypisch für den Norden. Da waren sie immer sehr stark.

Auch Kabul isolieren - hatten wir auch schon drüber gesprochen -, Provinzen, die nicht weit von Kabul lagen, strategisch günstig lagen - - Das ist jetzt natürlich immer eine Frage der zeitlichen Schienen. Mit der taktischen Initiative - ich habe mir jetzt nur einzelne Notizen gemacht; ich kann mir das allerdings gerne noch mal detaillierter durchlesen -, auch da hatte ich eigentlich immer den Eindruck, dass die Initiative eher aufseiten der Taliban liegt. Das lag allerdings auch am Doha-Abkommen, dass die Sicherheitskräfte eben keine großen Offensivaktionen gemacht - - nur so

eine robuste Selbstverteidigung. Aber die Initiative lag ganz klar bei den Taliban.

Dann war - - Ich glaube, am Anfang hatten Sie was vorgehalten zu der Missachtung von Verpflichtungen. Da sind wir letztlich wieder beim Wortlaut des Doha-Abkommens. Das kann man so und so sehen. Definitiv gegen die allgemeine, nicht weiter definierte Verpflichtung verstoßen, vernünftig zu verhandeln, zu Ergebnissen zu kommen und vor allem, die Gewalt zu reduzieren. Gegen nachweisliche Verpflichtungen im Doha-Abkommen habe ich persönlich keine Verletzungen feststellen können.

Und was die US-Zurückhaltung angeht: Die US-Streitkräfte - das habe ich ja selber in diesen Briefings miterlebt - haben doch immer wieder mal auch robuste Aktionen gestartet gegen die Taliban, um wahrscheinlich auch entsprechende Botschaften zu versenden. Aber das war natürlich - - Die Resolute-Support-Kräfte waren ja kaum noch im Feld vertreten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sprachen die Einschätzung der internationalen Kooperationspartner selber an. Das, was ich mich frage, ist, mit welchen Szenarien in diesen Runden - Sie haben die Frühstücksrunde angesprochen, aber auch in den Resolute-Support-Briefings im Jahr 2020 - denn da nicht gearbeitet wurde, aber welche Szenarien wurden vielleicht diskutiert. Also, hat das mal jemand zu Ende gedacht, wenn die Taliban ihre Ziele erreichen, dann ist sozusagen das Ende der afghanischen Republik eingeläutet? Wurde das in der internationalen Bubble, sage ich jetzt mal - - wie wurde das dort diskutiert?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, da muss differenzieren. Bei Resolute-Support-Briefings gab es keine derartigen Diskussionen. Das lief alles zackig-militärisch, sehr faktenbasiert. Da war, sage ich mal, kein Raum für akademische Diskussionen.

In der Breakfast-Runde und auf vielen anderen Veranstaltungen, gerade so mit Thinktanks usw., ja, wurden durchaus verschiedenste Szenarien diskutiert. Aber ich glaube - darüber hatten wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja auch schon gesprochen -, dass dieses Szenario eigentlich von niemandem so richtig ausgeschlossen wurde. Es war immer die Frage, erstens, für wie wahrscheinlich man das hält, und zweitens, wie früh sich dieses Szenario realisieren lassen würde aus Sicht der Taliban. Aber es war schon immer Thema. Nur, unsere ganze Präsenz, alles, was wir da getan haben, militärisch und vor allem auch zivil, war ja - und das war allen klar - damit infrage gestellt. Das heißt, das war immer unser Worst-Case-Szenario gewesen, und wir haben im Prinzip alles getan, um das zu verhindern, also wir Zivilisten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin schon dargelegt, warum es sozusagen bis auf das Prinzip Hoffnung, dass in den Verhandlungen doch noch etwas bei rumkommt, eigentlich keine Alternativen gab. Sie sprachen selbst von „alternativlos“.

Für mich stellt sich schon die Frage, warum 2020, wo sowieso schon ein großer Teil der richtigen Analyse bei Ihnen vorlag, aber auch bei den internationalen Partnern vorlag, es trotzdem keine Debatte darüber gab: Was machen wir denn, wenn dieser Funke Hoffnung erlischt, also wenn der letzte Strohalm, den wir haben - es kommt doch noch irgendwas bei den Friedensverhandlungen rum -, nicht greift und wir sozusagen da politisch verdursten? Weil das muss man ja schon sagen, dass 2020 retrospectiv die Zeit wäre, wo man noch hätte Dinge vorbereiten können, um eine Evakuierungsmission der Bundeswehr - ich glaube, die gefährlichste, die unsere Kameraden jemals hinter sich gebracht haben - zu vermeiden.

Deswegen die Frage an Sie: Welchen Handlungsdruck haben Sie da in der Zeit gespürt? Haben Sie vielleicht die Prozesse der Abstimmung mit dem Haus hier in Berlin hinterfragt? Haben Sie vielleicht überdacht, noch mal anzuregen, dass es so etwas wie Krisenrunden gibt? Haben die vielleicht auch stattgefunden? Haben Sie überlegt, neue Produkte herzustellen, wie man so schön im Beamtensprech sagt, also Analysen, die über das hinausgehen, was wir jetzt aus den DKORs kennen, und noch mal eine etwas alarmierende

Sprache auch ermöglicht hätten? Vielleicht können Sie dazu kurz ausführlich.

Zeuge Gregory Bledjian: Sie hatten ja Bezug genommen auf 2020, auf die Zeit dort. Das war ja natürlich dann kurz nach Abschluss des Doha-Abkommens. Da hatten, glaube ich, die Verhandlungen noch gar nicht begonnen. Die sind, glaube ich, im September erst losgegangen. Das heißt, die Zitate, die Sie mir vorhalten, sind zeitlich vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen gelegen. Da war natürlich der Pessimismus, der sich angesichts der ausbleibenden Erfolge dann irgendwann eingestellt hat, zu dem Zeitpunkt noch gar nicht vorhanden, trotz der Sicherheitslage, die damals schon schwierig war; keine Frage. Aber da hatten wir noch keinen unmittelbaren, drängenden Anlass, solche Planspiele vorzunehmen, außer natürlich, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Und das war ich ja als Sicherheitsbeauftragter. Ich hatte ja die Evakuierungspläne alle gemacht. Also, ich war selbst auf das Szenario vorbereitet, mit dem ich nicht primär gerechnet hatte in Kabul.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Bemerkung sei dazu gesagt. Also, dass Sie sozusagen als Hausherr in Kabul vorbereitet waren auf die Evakuierung Ihres eigenen Personals, ist ja ein Teil der Verantwortung.

Zeuge Gregory Bledjian: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein anderer Teil ist, sozusagen stellvertretend für die Bundesregierung auch solche Prozesse mit anzuregen, wo man auch mal überlegt, wie wir im Großen und Ganzen sozusagen auf den Worst Case vorbereitet sind. Ich weiß das jetzt aus meiner Abgeordnetenerfahrung der letzten zehn Monate, dass das Auswärtige Amt immer gerne die Koordinierungsrolle einnimmt. Das wäre ja vielleicht auch so ein Punkt gewesen, wo man sagt: Wir koordinieren die Tätigkeit der Deutschen vor Ort insgesamt und nicht nur für die eigene kleine Zuständigkeit. Gab es da solche Bemühungen, das zu machen, ressortübergreifend zu einer gemeinsamen Einschätzung zu kommen, ob man irgendwas tun muss?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Also, da bin ich vielleicht der Falsche, den Sie da fragen. Wir hatten ja die Staatssekretärsrunden. Das sind ja so grundlegende Sachen dann auch eher zentral noch besprochen werden.

Wir haben natürlich das Tagesgeschäft gemacht. Wir haben berichtet von vor Ort. Wir haben über die zunehmende Sorge - allerdings bin ich jetzt schon im nächsten Jahr 2021, denke ich - schon berichtet, über die große Beunruhigung der Ortskräfte, was den drohenden Abzug angeht. Da fing es ja im Prinzip an, ernst zu werden, als klar wurde, dass die internationalen Truppen abziehen, und dann hatte man ja auch noch einigermaßen Zeit. Also, das ist sozusagen mal einfach keine drängende Notwendigkeit gewesen.

Dennoch müsste ich da auch noch mal durch die Unterlagen gehen, ob es nicht doch so was gegeben hat, weil es wurde immer über alles gesprochen. Ich erinnere mich zum Beispiel - ich weiß aber nicht genau, wann der stattgefunden hat - über Szenarien mit externer Hilfe sogar - irgendwas mit „Oxford“ hieß die Organisation; habe ich auch in den Unterlagen gesehen -, eine Szenarienanalyse beispielsweise und Schlussfolgerungen daraus, und da war, meine ich, das Szenario, auf das Sie jetzt abstellen, auch als eine mögliche Arbeitshypothese enthalten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde jetzt - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber leider - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon erschöpft?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht ist erschöpft.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, schade. Nächste Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, aber es kommt ja wieder. - Es wechselt jetzt zu Herrn Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Lassen Sie uns einmal über die afghanischen Sicherheitskräfte sprechen, das heißt Militär und Polizei. Der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel war es wichtig, herauszustellen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte von Deutschland substanziell finanziell unterstützt werden, darunter auch die afghanische Polizei; Fundstelle MAT A AA-8.285, Blatt 285. Das war auf dem NATO-Gipfel 2016 in Brüssel. Wir haben ja damals den Medien entnommen, dass da alles gut läuft und wir die Polizei ausbilden und die Sicherheitskräfte. In den Akten haben wir jetzt allerdings verstörende Fundstellen gefunden. Sagt Ihnen der Begriff „Baccha Baazi“ etwas?

Zeuge Gregory Bledjian: Sind das diese „Tanzungen“?

Stefan Keuter (AfD): Diese was?

Zeuge Gregory Bledjian: Oder - - Nein, mir sagt es im Moment nichts.

Stefan Keuter (AfD): Sie waren, glaube ich, auf dem richtigen Weg. Was sagten Sie gerade?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe „Tanzungen“ gesagt. Es gab - -

Stefan Keuter (AfD): „Tanzungen“? Können Sie uns sagen, was Sie unter „Tanzungen“ verstehen?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich weiß nicht, ob das der Terminus technicus ist, aber es gab - - Das ist ein allgemeines kulturelles Phänomen, dass einflussreiche Männer junge Knaben in irgendeiner Form - - Was da genau gelaufen ist, weiß ich nicht, aber das wurde von, ich glaube, entweder VN-Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen vereinzelt berichtet, dass es da so Vorfälle gab, dass diese Gefährten - so jüngere Männer oder auch Jugendliche oder Kinder, ich weiß es nicht -, ja, irgendwie da als Begleiter von älteren Herren unterwegs waren, aber - - Wenn Sie darauf anspielen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Ja. Die Aktenlage spricht von afghanischen Militäroffizieren, die sich männliche Jugendliche als Sexsklaven gehalten haben sollten. Und ich habe so mehr den Eindruck, dass sexuelle Übergriffe in den afghanischen Sicherheitskräften an der Tagesordnung waren. Wenn ich mir die Aktenlage weiter an-
gucke, dann komme ich auf ein STC, Sergeant Training Center. Sagt Ihnen das was?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, das sagt mir was.

Stefan Keuter (AfD): Sind Ihnen da sexuelle Übergriffe draus bekannt geworden?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kann mich an einen Fall erinnern. Da ging es allerdings nicht um diese eben genannte, erwähnte Gruppe, sondern da ging es entweder um sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung von weiblichen Mitgliedern der Sicherheitskräfte. Und da haben wir sehr, sehr heftig und klar reagiert und vorgesprochen und auch die sofortige Entlassung und Ermittlungsverfahren gefordert.

Stefan Keuter (AfD): Hatten diese Forderungen Erfolg?

Zeuge Gregory Bledjian: Zum Teil, denke ich, schon. Ja.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie uns sagen, wer sich hinter dem Aktenkürzel „V.“ verbirgt?

Zeuge Gregory Bledjian: „Pfau“ oder nur „V“?

Stefan Keuter (AfD): „V“, Victor.

Zeuge Gregory Bledjian: Victor. Also, der Vertreter ist häufig der „V“. Also, v@kabul.de ist meine - -

Stefan Keuter (AfD): Herzlichen Dank, da haben Sie uns weitergeholfen.

Zeuge Gregory Bledjian: ... (akustisch unverständlich) Das wäre dann ich oder je nachdem, in welchem Zusammenhang - - Alle Stellvertreter heißen „V“.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Damit haben Sie uns geholfen. Das ist schon mal eine Erkenntnis, die wir gewonnen haben.

Am 15. März 2021 soll es laut einer Mail Ihres Kollegen Schrieverhoff zu einem Gespräch zwischen einer Person, mit „V“ abgekürzt - das ist dann wahrscheinlich der Vertreter -, und dem afghanischen Innenminister gekommen sein. Dann macht das wieder Sinn, dass der Vertreter mit der Regierung gesprochen hatte. Sie hatten, glaube ich, von dem Innenminister - also „sie“ jetzt kleingeschrieben - das Versprechen erhalten, diesen Vorwürfen bei der Polizeiausbildung nachzugehen. Hatten die Erfolg?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kann es nicht mehr sicher sagen. Ich glaube, teilweise hatten wir durchaus Erfolg. Ich glaube, da sind Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Ich kenne natürlich den Ausgang nicht. Welcher Innenminister war das? Andarabi?

Stefan Keuter (AfD): Ja.

Zeuge Gregory Bledjian: Na, der ist nämlich entlassen worden von Ghani -

Stefan Keuter (AfD): Okay.

Zeuge Gregory Bledjian: - und durch einen Gefolgsmann, einen loyalen Gefolgsmann ersetzt worden. Das ist natürlich dann - - Möglicherweise hat das dann dazu geführt, dass nicht weiterermittelt wurde. Ich weiß es nicht. Ich meine, das ist ja immerhin ein souveränes Land und ein Rechtsstaat. Und was wir machen konnten - - Wir haben, glaube ich, durchaus klar unsere Haltung - - und auch damit gedroht, irgendwie Mittel zu kürzen. Also, da waren wir schon relativ deutlich. Ich habe jetzt die Akte nicht mehr vor Augen, habe ich auch nicht gelesen jetzt zur Vorbereitung, meine aber, mich zu erinnern, dass wir da klar reagiert hätten und dass es auch entweder Entlassungen oder mindestens Wegversetzungen gegeben hat. Also, da hat es auch praktische Maßnahmen gegeben, die tatsächlich erfolgt sind. Ich kann Ihnen das nur nicht mehr sicher sagen, welche das waren. Aber es gab welche.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): In der Expertenanhörung hier am 22.09. hat General Domröse gesagt oder die Äußerung getroffen, wo er sagte: „Wir frugen uns: ‚Wer schützt eigentlich die afghanische Bevölkerung vor der afghanischen Polizei?‘“, sodass offensichtlich bis in höchste Militärkreise Zweifel an der Arbeit der afghanischen Sicherheitskräfte aufkamen. Können Sie das irgendwie einordnen oder uns Ihre Meinung dazu kundtun?

Zeuge Gregory Bledjian: Es hat immer wieder Vorfälle gegeben, dass sich die Polizei nicht ordnungsgemäß verhalten hat. In allererster Linie würde ich Korruption nennen. Ich habe auch von vielen Fällen gehört, dass gerade Frauen sehr ungern zur Polizei gegangen sind, weil sie da Schlimmeres befürchtet haben.

Zu dieser Aussage kann ich jetzt nichts sagen. Scheint mir jetzt vielleicht auch ein bisschen das Bild zu verzerren. Aber es hat Probleme gegeben; überhaupt gar keine Frage.

Stefan Keuter (AfD): Welches Bild zu verzerren? Wir wollen uns ja selbst ein Bild machen. Ich habe jetzt noch keins, gehe da so völlig unvorbelastet rein. Und welches Bild würden Sie mir von den Sicherheitskräften vermitteln?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich meine das Bild, dass die Bevölkerung vor der Polizei geschützt werden muss. Es war aber durchaus so, dass es insbesondere eine Art pandemische Korruption gab, Checkpoints, wo Geld verlangt wurde von den Polizisten. Über sexuelle Übergriffe hatte ich ja schon was gesagt. Aber da ist mir vor allem dieser Fall im STC - - Weil das eben ein von Deutschland finanziertes Projekt war, war uns das sehr, sehr wichtig, dass da sofort aufgeräumt wird. Und darüber hinaus will ich auch nichts schönreden. Die Polizei hatte nicht den besten Ruf in Afghanistan. Das ist richtig, ja.

Stefan Keuter (AfD): Hatten Sie das Gefühl, dass wir - wir jetzt als Ausbilder und großer Geldgeber der Sicherheitskräfte - dieses Problem in den Griff kriegen würden, wenn wir weiter geblieben wären?

Zeuge Gregory Bledjian: Wir haben auf jeden Fall unseren Beitrag geleistet. Wir haben ja viel Ausbildung geleistet. Ohne unser, sage ich jetzt mal, Engagement, vermute ich mal, wäre alles noch viel schlimmer gewesen.

Stefan Keuter (AfD): Die Frage war aber: Glauben Sie, dass wir es in den Griff hätten kriegen können, wenn wir länger geblieben wären? Weil Deutschland hat sich ja für einen condition-based Abzug eingesetzt, wollte entgegen dem Doha-Abkommen ja eigentlich länger im Land bleiben.

Zeuge Gregory Bledjian: Es gab über - - es gab fast 300 000 Sicherheitskräfte, wenn man die verschiedenen Sicherheitskräfte zusammenzieht, und eine überschaubare Polizeimission von - weiß nicht - ein bis zwei Dutzend Ausbildern. Also, ich verstehe nicht ganz, wie jetzt eine kleine Ausbildungsmission ein derart großes Problem in den Griff kriegen sollte. Wir haben natürlich unseren Beitrag geleistet, unsere rechtsstaatlichen Vorstellungen einer zivilen Aufgabe der Polizei in Afghanistan umzusetzen. So viel kann ich dazu sagen.

Stefan Keuter (AfD): Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hier endet auch das Fragerecht. - Ich habe gesehen, dass sich der - - Hat sich erledigt? - Okay.

Dann wechselt das Fragerecht jetzt zur FDP-Fraktion, zur Frau Kollegin Dr. Jurisch. - Bitte schön.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von meiner Seite vielen herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, heute hier zu sein. Ich möchte noch einmal auf einen Punkt zurückgehen. Sie haben vorher gesagt, dass Sie eigentlich die Erwartung hatten oder die klare Erwartung hatten, dass die amerikanischen Truppen und die internationalen Truppen abziehen würden und dass aber eigentlich die Botschaft und auch die EZ perspektivisch bleiben würden, also dass das so ein bisschen die Vorstellung zum Zeitpunkt Doha war. Wie haben Sie sich denn vor Ihrem inneren Auge vorgestellt, wie sich die Sicherheit für die Botschaft und auch für die EZ darstellen würde,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn eben keine internationalen Truppen mehr da seien?

Zeuge Gregory Bledjian: Das optimistische Szenario damals - muss man ja heute so sehen -, war ja, dass der Friedensprozess zu einem Erfolg führt, dass es zu einer Einigung zwischen Taliban und Republik kommt, und damit wäre natürlich die Hauptquelle der Unsicherheit beseitigt gewesen. Dann hätte es nur noch die Terrorgefahr durch den IS, den wir heute gar nicht erwähnt hatten, der aber eine sehr große Gefahr für die Sicherheit war - - noch bestehen geblieben und vielleicht andere Gruppen. Ich meine, Afghanistan war schon lange ein sehr gewalttätiges Land. Aber es war natürlich irgendwo die Hoffnung, dass die zivile Arbeit unter verbesserten Sicherheitsbedingungen weitergeht, und dann letztlich unter diesen sehr schwierigen Bedingungen, die es ja schon vor dem Fall Kabuls gab, haben wir ja schon Stabilisierungsmaßnahmen und EZ umgesetzt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, Sie sind ja fest davon ausgegangen, dass die Amerikaner gehen würden. Sie haben vorher noch gesagt, Sie hätten auf den Review-Prozess gewartet, nachdem Biden - - also nachdem der Regierungswechsel in den USA war. Hatten Sie das Gefühl, dass man darauf warten müsste oder dass das irgend-eine Änderung bringen würde? Also, was war der - - Sie haben vorher dieses Wort „warten“ gesagt. Auf was haben Sie da gewartet?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe darauf gewartet, ob die US-Regierung ihre Truppen zum vereinbarten Zeitpunkt 01.05. abzieht oder möglicherweise, so wie das ja von uns immer wieder auch gefordert wurde, eine Verknüpfung von Fortschritten im Friedensprozess mit dem Abzug der Truppen - - Die hat es nur nie gegeben, und letztlich ist dann mehr oder weniger die Entscheidung geblieben eines Abzugs, ich glaube, Beginn: 01.05., Ende: 11. September, und de facto, glaube ich, dann im Juli. Aber nicht nur ich übrigens oder wir oder die Botschaft, sondern die Amerikaner selber haben auf ihre Regierung gewartet, meine Kollegen: Wie würden der Präsident und seine Berater entscheiden?

Es war keineswegs sicher zum damaligen Zeitpunkt, dass nicht möglicherweise die US-Truppen länger im Land bleiben, die Resolute-Support-Mission weitergeht. Das war damals genauso offen wie die Entscheidung, die dann tatsächlich getroffen wurde.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, Sie hatten die Vorstellung, dass der Friedensprozess, dass da eine Verbindung zu dem Abzug der Truppen von den Amerikanern bestünde.

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, das ist das, was wir für richtig gehalten hätten. Ich meine, ich hatte sozusagen meine Ausführungen zu den Fehlern des Doha-Prozesses noch nicht so richtig umfassend dargestellt; aber das ist ein weiteres Element, was sehr wichtig ist, die Konditionalisierung oder die Konditionalität von Friedensprozess und Truppenabzug. Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, das hätten Sie für richtig gehalten. - Gab es denn, um diesen Prozess zu unterstützen, Kontakte von deutscher Seite, staatlicher Seite, privater Seite, semiprивater Seite mit den Taliban, um diese Verhandlungen zu unterstützen?

Zeuge Gregory Bledjian: Können Sie die Frage noch mal wiederholen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. Also, um diesen Friedensprozess irgendwie von deutscher Seite zu unterstützen, gab es dort von staatlicher Seite, also sprich: über die Botschaft, oder über nichtstaatliche Akteure oder semistaatliche Akteure, sage ich mal, die von uns mitfinanziert wurden, Kontakte zu den Taliban, um diesen Friedensprozess vielleicht mitzumoderieren oder zu koordinieren oder irgendwas zu machen?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, die gab es. In erster Linie fällt mir da die Berghof-Stiftung ein, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurde, ich glaube, auch mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. Da ging es darum, vor allem die Verhandlungsteams auf Republikseite zu trainieren. Aber ich weiß auch, dass es auch - aber da sind andere Zeugen, die Ihnen mehr dazu werden sagen kön-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nen - - Es gab auch direkte Kontakte zu den Taliban, aber nicht durch mich. Ich habe in Kabul vielleicht mit einer einzigen Ausnahme - da habe ich mal einen Ex-Taliban gesprochen; das ist aber auch in den Akten hier drin, ich hatte auch darüber berichtet - - In Doha, wo die Taliban waren und wo ja auch immer einer von uns sozusagen, von AP 05 - - Ich glaube, Herr Krüger und Herr Potzel, die sich da abgewechselt haben in Doha, haben mit allen Beteiligten gesprochen, auch mit der Verhandlungsdelegation der Taliban. Und auch die Berghof-Stiftung hatte, meine ich, auch Kontakte zu denen.

Vielleicht gehe ich noch ein, zwei Jahre zurück. Wir hatten mal so einen informellen Dialog, glaube ich, in Doha oder Dubai oder so über die Berghof-Stiftung auch mit Vertretern der Taliban organisiert. Also, man kannte sich schon. Aber das waren, wie gesagt, diejenigen Taliban, die in Doha auch irgendwo eine öffentliche Exponierung hatten.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Inwieweit ist es denn üblich, zum Beispiel so jemanden wie die Berghof-Stiftung in solche Verhandlungen von unserer Seite aus miteinzubeziehen? Ist das eine übliche Praxis?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich denke, schon, ja. Also, wir sind ja sehr für Konfliktmediation und Konfliktvermittlung. Ich glaube, die Berghof-Stiftung hat auch in vielen anderen Konfliktgebieten in Südamerika und sonst irgendwo diese Erfahrungen gesammelt - - und, glaube ich, auch im außenpolitischen Interesse, bei solchen Konflikten in irgendeiner Form auch unsere Vermittlungsbemühungen anzubieten.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Können Sie sich aus Ihrer Zeit erinnern, welche Bedeutung die Berghof-Stiftung dem Friedensprozess beigemessen hat, im Gegensatz zum Abzugsdatum der amerikanischen Truppen?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, den Bezug jetzt zum Abzugsdatum verstehe ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Relativ sozusagen.

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, die Berghof-Stiftung hatte ja nicht die Aufgabe, den Abzug der amerikanischen Truppen irgendwie zu bewerten. Aber die haben halt insbesondere das Verhandlungsteam in irgendeiner Form trainiert. Ich war auch nicht dabei. Also, das ist auch etwas, was in Doha in erster Linie passiert ist. Da bin ich auch nicht nah genug dran gewesen und nicht der optimale Zeuge, um darüber zu sprechen. Aber ich habe das natürlich mitbekommen, dass es da dieses Projekt in dem Sinne gegeben hat, und das ist natürlich auch alles aktenkundig.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich würde gerne die restliche Zeit noch nutzen, um kurz noch mal auf das Thema „Evakuierung“ einzugehen. Sie haben vorher gesagt, Sie hätten im Dezember 20 ein Beratungsteam zu sich in die Botschaft kommen lassen, um sich zum Thema „Sicherheit“ beraten zu lassen. Was war denn da der Auslöser dazu, oder was war der Anlass? Vielleicht können Sie dazu kurz was sagen.

Und Sie haben dann auch von dem Evakuierungsplan geredet, der in Ihrer Schublade gelegen habe. War der an irgendwelche Kriterien geknüpft, ab welchem Punkt man dann auf den Knopf drückt oder die Schublade aufmacht und den rausholt?

Zeuge Gregory Bledjian: Also erst mal zur Krisenberatungsreise. Die hat, glaube ich, in der ersten Märzwoche 2021 stattgefunden und wurde Ende des Vorjahres angefordert. Das ist ein übliches Verfahren, da gibt es so verschiedene Modelle, KUP-Team, KVT usw. Da kam eben eine Beratungsmission. Und es gab jetzt nicht den einen Trigger, wie wir sagen, den einen Auslöser, aber nach der sozusagen - - Das Doha-Abkommen sah ja letztlich den Abzug der Truppen vor, und die Fähigkeiten der Resolute-Support-Mission waren integraler Bestandteil des Sicherheitskonzepts der Botschaft und der Green Zone, Stichwort: Evakuierung, Stichwort: medizinische Versorgung, Checkpoints, Ausbildung der diplomatischen Polizei, der Eingreiftruppen.

Auch wenn das in erster Linie die afghanischen Sicherheitskräfte waren, standen die da unter



Nur zur dienstlichen Verwendung

ganz, ganz enger Aufsicht internationaler Experten. Und wenn diese ganzen Fähigkeiten wegfallen, haben wir uns einfach sehr grundlegende Sorgen und Gedanken gemacht, wie wir diese Fähigkeiten ersetzen. Unsere Arbeitshypothese war ja, die diplomatische Präsenz bleibt, zumindest bis zu meiner Ausreise. Und da brauchten wir natürlich durchaus einfach professionelle Beratung. Und es gab aber nicht den einen Auslöserpunkt, die wurde täglich neu bewertet, die Lage, und auch dieser Krisenplan lag auch nicht nur in der Schublade, sondern durchaus auch draußen, und da gab es ja ganz viele verschiedene Szenarien. Es war ja nicht nur das Szenario.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind mit dem Fragerecht zum Schluss gekommen.

Ich bin eben noch mal aufmerksam gemacht worden auf ein Versäumnis, das ich gerne noch mal ansprechen will. Wenn wir hier wörtlich zitieren, dann muss das nachvollziehbar sein. Wir sind dem Stenografischen Dienst dankbar, dass sie hier alles wörtlich mitschreiben, aber es muss nachvollzogen werden können, wenn wörtlich zitiert wird. Bei Ihren Fragen, Herr Keuter, ist das jedenfalls teilweise nicht angekommen, worauf Sie sich bezogen haben. Meine Bitte wäre also, dass Sie das nachreichen, sodass man das nachvollziehen kann. Das war mein Versäumnis. Ich hätte es bemerken sollen.

Dann geht das Fragerecht weiter an Die Linke.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Ja, vielen Dank. - Ich würde an die Frage der FDP noch mal anknüpfen, wo es um den Kontakt mit den Taliban ging. Dazu möchte ich, wenn Sie erlauben, aus einer E-Mail Ihres Nachfolgers vom 23. Juli 2021 zitieren; das ist MAT A AA-2.36, Blatt 113. Darin schreibt er unter dem Punkt „Handlungsempfehlungen“ - ich zitiere -:

Müssen wir jetzt primär mit den TLB konkret zur Sicherheit der Botschaft ins Gespräch kommen und zwar auf zwei Ebenen, mit der Führungsebene in Doha oder

PAK und im Land. Letzteres könnte Botschaft leisten ...

Jetzt waren Sie zu diesem Zeitpunkt ja nicht mehr selbst in Afghanistan. Ich möchte Sie aber dennoch fragen, ob es derartige Überlegungen konkret schon im Vorfeld zu Ihrer Zeit gegeben hat. Und Sie sprachen, wenn ich nicht irre, selber von einem sporadischen Kontakt. Da würde mich interessieren: Gab es Gespräche mit den Taliban über die Sicherheit der deutschen Botschaft?

Zeuge Gregory Bledjian: Es gab diese Kontakte nicht in Kabul, bis auf diesen einen. Aber das war einer, der offen gelebt hat als Ex-Taliban in Kabul. Ich weiß nicht, irgendeine Funktion hatte der, Staatsanwalt oder so was. Das, was mein Nachfolger da geschrieben hat, war gar nicht möglich zu der Zeit, wo ich in Kabul war. Da gab es ja noch keine Taliban - zumindest nicht offen - in Kabul. Da gab es also gar keine Gesprächspartner, mit denen wir über die Sicherheit hätten sprechen können. Insofern gab es einfach - - Die Frage stellte sich nicht, und da gab es nur Kontakte, wie eben beschrieben, in Doha.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Ich würde gerne noch aus einer E-Mail Ihres Nachfolgers zitieren, und zwar vom 23. Juli 2021; das ist MAT A AA-2.36, Blatt 113/114. Darin schreibt er unter der Überschrift „Abschließender Kommentar“ - ich zitiere -:

Insgesamt gilt was Si-Experten sagen: Wenn wir auf ein Notfall-evakuierung zu steuern ist im Vorfeld das meiste schief gelaufen. Anders herum, wenn wir evakuieren wollen, müssen wir anfangen, wenn wir - mit Überwinterungsteam - bleiben wollen ... müssen wir uns politisch und praktisch ... darauf vorbereiten.

Würden Sie die Einschätzung Ihres Nachfolgers teilen, dass die Planungen zur Notfallevakuierung komplett schiefgelaufen sind? Das betrifft ja hauptsächlich auch die Zeit, in der Sie noch in der Botschaft waren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Kein Kommentar. Ich war da nicht mehr im Land.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Gut. - Nächste Frage: Wie würden Sie die Einschätzung bewerten, dass Herr van Thiel am 23. Juli noch dafür plädierte, mit einem Überwinterungsteam in Kabul zu bleiben?

Zeuge Gregory Bledjian: Tut mir leid, ich kann einfach nichts zu einem Zeitraum sagen, wo ich schon ausgereist bin. Mir liegen einfach keine exklusiven Informationen vor zu dieser Zeit. Also, ich kann bis Mitte Juni, als ich noch aktiv in der Botschaft tätig war, Stellung beziehen.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Aber würden Sie dann sagen, dass Ihre Pläne zur Evakuierung so weit okay waren und ausgereift waren?

Zeuge Gregory Bledjian: Zumindest haben das das Einsatzführungskommando des BMVg und der Krisenstab des Auswärtigen Amtes so beurteilt. Ja.

Es gab allerdings eine lange Liste mit Hausaufgaben, die wir teilweise auch wirklich gemacht haben. Wir sollten ein MoU mit den Amerikanern abschließen, damit wir deren Hubschrauberflotte - einfach nur als ein Beispiel - nutzen können, weil wir sicher waren, dass wenn es zu einer krisenhaften Zuspitzung kommt, die einzige Straße zum Flughafen völlig verstopft sein wird usw. Also solche Überlegungen: Wie lange reicht Strom? Wie lange reicht Wasser? Wie lange - - usw. usf. Also, wir haben uns - - Wie viele Leute können wir aufnehmen? Wie lange können diese Leute autark auf dem Botschaftsgelände bleiben? Wie sieht es mit der Gesundheitsversorgung aus? Wo sind die Sammelpunkte? Welche Sammelpunkte? Wie viele Leute? - Einfach diese klassischen - - Sozusagen die Liste der Evakuierungen weltweit sind wir einfach durchgegangen und haben versucht, für Afghanistan geeignete Lösungen zu finden. Ja. Und das haben wir einfach so gemacht, wie es gemacht werden muss.

Ich glaube, mein Nachfolger meinte, dass in einer, ja, krisenhaften - nein, das ist rein spekulativ - - dass es dann häufig in der Realität schwer umsetzbar ist, was man sich vorher überlegt. Aber das, was man vorher machen kann, haben wir gemacht. Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt ist die Zeit abgelaufen. Das heißt, jetzt kommt die nächste Runde. - Das Fragerecht geht an die SPD. Gülistan.

Gülistan Yüksel (SPD): Ja, vielen Dank auch von meiner Seite. - Ich würde gerne noch mal zur Evakuierung von Ortskräften zurückkommen und Sie fragen: Als die Entscheidung über den Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und damit auch der Bundeswehr getroffen wurde, stellte sich ja die Frage, wie es mit den Ortskräften der Bundeswehr weitergeht. Sie haben diese Frage bereits am 2. März 2020 und damit direkt nach dem Doha-Abkommen angesprochen. Das ist auch zu finden in MAT A AA-2.34, Blatt 5 und 6; diese Mail, die Sie an die Botschaft in Kabul, also an das Referat 05 im AA und an den Sonderbeauftragten Potzel adressiert haben. Sie fragen dort nach den Erwartungen hinsichtlich des Ortskräfteverfahrens und weisen darauf hin, dass es einen deutlichen Anstieg von Anträgen geben könnte. Können Sie uns zunächst über den Status-quo des Ortskräfteverfahrens zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens berichten? Und meine zweite Frage wäre: Was waren die Voraussetzungen, um als ehemalige Ortskraft nach Deutschland kommen zu können? - Danke.

Zeuge Gregory Bledjian: Also, was den Status angeht, bitte ich Sie, die Kollegen des BMVg zu fragen. Das waren ja die Ortskräfte auch des BMVg. Aber es lag natürlich irgendwo auf der Hand - deswegen habe ich das wahrscheinlich auch aufgeschrieben -: Weil das Ortskräfteverfahren ja im Auswärtigen Amt zumindest teilweise lief - das war, glaube ich, ein ressortübergreifendes Verfahren -, habe ich einfach immer versucht, zu antizipieren, was auf uns zukommt. Und es ist ja logisch, wenn die Botschaft - - wenn die Bundeswehr geht, Hunderte von Ortskräfte keine Arbeit mehr haben, möglicherweise auch Gefährdungstatbestände vorliegen, dass dann mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

einem verstärkten Antragsaufkommen zu rechnen ist.

Zweite Frage, die Voraussetzungen für das Verfahren - das hatte ich ja schon erwähnt -: Das war eine Gefährdungsanzeige, Prüfung der tatsächlichen Gefährdung und dann drittens das Visumverfahren.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie zum Visumverfahren noch mal zwei Sätze sagen, bitte?

Zeuge Gregory Bledjian: Wir haben ja keine Visa ausgestellt vor Ort. Da ich ja selber nicht unmittelbar damit befasst war, kann ich Ihnen jetzt nicht ganz genau sagen, wie es lief. Ich glaube, da kommt dieses KIT, Inlandsteam, irgendwie ins Spiel. Da ich nicht unmittelbar damit befasst war, weiß ich nicht - - Ich weiß, dass einige, viele Visa einfach über Islamabad und Nachbarländer liefen.

Wie die Ortskräfte jetzt quasi darangekommen sind - - Was wir machen konnten, ist, so einen Ausreiseersatzausweis sozusagen ausstellen. Aber das ist kein Visum, das ist kein - - begründet keinen Aufenthaltstitel. Man muss mit diesem Papier dann direkt zur Ausländerbehörde gehen und das quasi legalisieren, nachträglich. Da müsste ich mich noch mal schlaumachen. Aber da können Ihnen andere Kolleginnen und Kollegen wirklich mehr dazu sagen.

Ich habe quasi auf der politischen Ebene einfach versucht, Probleme zu antizipieren, habe gesehen: Da wird es einen Anstieg an Ortskräfteverfahrensanträgen geben. Und ich meine, das ist dann auch so passiert.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank. - Dann würde ich noch mal eine andere Frage stellen. Und zwar wissen wir, dass in anderen europäischen Ländern die nichtmilitärische Evakuierung teilweise früher geplant und auch umgesetzt wurde als bei uns in Deutschland, zum Beispiel in Frankreich. Können Sie sagen, wie das im Auswärtigen Amt bewertet wurde, und wurden da auch Konsequenzen daraus gezogen?

Zeuge Gregory Bledjian: Nach meinem Eindruck waren die Franzosen eigentlich die Einzigen, die, zumindest mit dieser Konsequenz, so früh Ortskräfte tatsächlich, ich will gar nicht sagen: evakuiert haben, sondern eben präventiv ausgeflogen haben. Aber gut, wir wollen uns nicht über Begrifflichkeiten unterhalten.

Das ist natürlich gar nicht vergleichbar. Erstens war das die Ausnahme. Alle anderen, soweit ich das weiß - ich glaube, die Australier haben auch relativ früh zugemacht - - Aber mehr oder weniger die ganz überwiegende Mehrheit hat das nicht so gesehen wie die Franzosen. Ich habe auch intensiv mit den Franzosen, auch mit dem französischen Botschafter darüber gesprochen, über diese Thematik.

Was man halt wissen muss, ist, dass das Engagement Frankreichs und das Engagement Deutschlands nicht in Ansätzen vergleichbar ist. Das deutsche Engagement in Afghanistan war um ein Vielfaches größer und höher und wichtiger, und wir hatten ein Vielfaches von Ortskräften dort. Die Franzosen hatten die Bedenken, die wir hatten, einfach nicht. Unsere Bedenken waren: Wenn wir unsere Ortskräfte ausfliegen - mal radikal gedacht: alle auf einmal und alle miteinander, zu Friedenszeiten -, dann hätten wir unsere Bundeswehrmission einstellen können, unsere gesamte Entwicklungszusammenarbeit, unsere gesamten Stabilisierungsbemühungen usw. usf. Wir brauchten ja die Ortskräfte, solange die Arbeitshypothese war: Wir bleiben. Aber das Wichtigste von allem ist vielleicht das Signal, das psychologische Signal, was wir auch gesandt hätten an die afghanische Regierung, an die afghanische Republik und vor allem an die Bevölkerung: Die Deutschen, ausgerechnet die Deutschen, die uns 20 Jahre die Treue gehalten haben, so engagiert waren - - Wenn wir gegangen wären - und das würde das bedeuten; wir hätten vielleicht auch die Botschaft halten können mit unseren dortigen Ortskräften - - Aber wenn wir unsere Ortskräfte vorher rausgezogen hätten, wäre das gleichbedeutend gewesen mit einem Ende des deutschen Engagements.

Gut, dazu ist es dann gekommen; das ist mir auch klar. Aber zum damaligen Zeitpunkt waren es



Nur zur dienstlichen Verwendung

insbesondere die gravierenden politischen Auswirkungen einer solchen Entscheidung, die uns davon abgebracht haben, so wie die Franzosen - - Das, was die Franzosen gemacht haben, das hatte ganz einfach nicht eine besonders große Resonanz im Vergleich zu dem, was passiert wäre, wenn die Deutschen das gemacht hätten.

Gülistan Yüksel (SPD): Also, ich verstehe das so, dass Sie sich dann auf den DKOR-Bericht vom 20. Juni, was der Botschafter Zeidler geschrieben hat, beziehen, wo dann also drinsteht, dass er dringend davon abrate, Ortskräfte der Bundeswehr in Masar-i-Scharif mit Charterflügen nach Deutschland auszufliegen, weil diese Flüge als weiterer klarer Punktsieg für die Taliban wahrgenommen werden würden. Beziehen Sie sich darauf?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe mich jetzt gerade nicht auf eine bestimmte -

Gülistan Yüksel (SPD): Ja, ich sage Ihnen das deshalb - -

Zeuge Gregory Bledjian: - diplomatische Korrespondenz bezogen, sondern auf eine allgemeine Haltung.

Gülistan Yüksel (SPD): Das steht in MAT A AA-2.44, Blatt 94 bis 96.

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, ja, ich glaube Ihnen das. Also, das, was Sie gerade zitiert haben vom Botschafter Zeidler, ist jetzt etwas, was - - Bedenken, die viele hatten, in Kabul als auch in Berlin: Wenn wir anfangen, die Ortskräfte auszufliegen, zu einem Zeitpunkt, wo diese drängende Notwendigkeit noch gar nicht gesehen wurde - - Das kann man jetzt natürlich anders - rückblickend - bewerten; aber zum damaligen Zeitpunkt, als es ja noch eine relative Stabilität gab, wären die politischen Auswirkungen - - das Signal an die Afghanen, an alle anderen, übrigens auch an unsere Verbündeten, an unsere sogenannten Like-minded-Verbündeten in NATO, bei den VN, unsere europäischen Partner - - Wenn wir damit begonnen hätten - wir hatten so eine wichtige Rolle dort -, das hätte wahrscheinlich sogar einen Dominoeffekt zur Folge gehabt. Wir haben einfach

nur die gravierenden politischen und sonstigen Auswirkungen im Blick gehabt. Und deswegen: Zumindest bis Mitte Juni - bis ich dort Verantwortung trug [sic!] - war das keine Option, die wir befürwortet haben.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank. - Dann würde ich noch mal zum Sicherheitskonzept der deutschen Botschaft in Kabul einige Fragen stellen. Und zwar: Am 8. November 2020 verschickte der Botschafter Zeidler unter anderem an Sie einen Vermerk zur Sicherheit der deutschen Botschaft in Kabul. Es ist zu finden in MAT A AA-8.13, Blatt 101 bis 109. Als Schlussfolgerung hält der Botschafter Zeidler am Ende unter anderem Folgendes fest:

Andererseits müssen die konkreten Fragen vor Ort angegangen werden, allerdings mit Blick darauf, dass durch die vorgegebene Rotation der MA der StV

- ich gehe davon aus, dass die Abkürzung „StV“ „Stellvertreter“ heißen soll -

regelmäßig während seiner Anwesenheit vor Ort Leiter der Vertretung ist, und insofern seine Funktion als Sicherheitsbeauftragter nur sehr eingeschränkt und keinesfalls, wie es erforderlich wäre, vorübergehend mit ganzer Arbeitskraft wahrnehmen kann. Gleiches gilt für die Kanzlerin und deren Vertreter.

Das klingt irgendwie so, als wäre es für Sie eigentlich nicht möglich gewesen, die Funktionen als stellvertretender Botschafter und als Sicherheitsbeauftragter parallel auszuführen. Deswegen meine Frage: Ist das so zutreffend, und wie sind Sie mit dieser Situation umgegangen?

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist nicht zutreffend. Ich habe beide Rollen vollumfänglich ausgefüllt.

Gülistan Yüksel (SPD): Eine Anschlussfrage. Es sind ja doch sehr viele Aufgaben, und es war ja auch eine komplizierte Lage. Deswegen meine Frage noch mal: War die Botschaft ausreichend



Nur zur dienstlichen Verwendung

aufgestellt? Hätte man vielleicht ein bisschen mehr Personal gebraucht, und, wenn ja, wurde das zu irgendeiner Zeit angegangen?

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, wir hatten schon auf die Sollstärke - glaube ich, zehn Personenschutz, zehn Liegenschaftsschützer - immer wieder mal hingewiesen. Letztlich haben wir immer acht bekommen. Das war immer ein Dauerthema. Aber im Großen und Ganzen waren wir weit mehr als fast alle anderen Botschaften. Das muss man sich auch noch mal vor Augen halten, dass wir seit dem Anschlag 2017 alles geändert haben. Die ganzen schönen Wohnungen standen frei, die durften wir auch nicht benutzen seit dem Anschlag, sondern wir haben in Containern gelebt, hinter dicken Stahlwänden. Wir haben jede Woche eine Übung gemacht, unangekündigt, recht spektakuläre Simulationen. Wir haben jeden Monat - - jede Woche medizinische Trainings für Erste Hilfe bekommen. Wir waren von Tag eins an eine Vertretung im absoluten Krisenmodus, und jedes neue Bedrohungsszenario - - Es wurde eine Drohne gesichtet; wir haben ein Training bekommen, wie wir mit Drohnen umgehen. Also, wir waren - darauf habe ich als Sicherheitsbeauftragter - - durchaus auch gesorgt - - Natürlich in enger Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsberater - der eigentliche Profi; ich bin ja quasi nur ein Diplomat gewesen - haben wir aber alles das getan, was wir tun konnten, um quasi die Resilienz der deutschen Botschaft zu halten und zu erhöhen.

Gülistan Yüksel (SPD): Noch mal eine Frage: Dieser Vermerk - Sicherheit der deutschen Botschaft - - Der Botschafter Zeidler schickte ja auch diesen Vermerk an das Auswärtige Amt in Berlin. Welche Folgen hatte dieser Vermerk? Können Sie sagen, wie die Zentrale darauf reagiert hat?

Zeuge Gregory Bledjian: Dann würde ich gerne, dass Sie mir den Vermerk vorlegen, weil den habe ich gar nicht mehr in Erinnerung. Auch die Aussage, dass ich irgendwie beiden Aufgaben da nicht nachkommen könnte, kann ich jetzt so nicht ganz nachvollziehen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
blättert und liest in diesen
Unterlagen)

- Das ist aber ein langer Vermerk. - Ja, also, was der Botschafter hier sagt, ist, dass man an einer Botschaft wie Kabul die Rolle des Sicherheitsbeauftragten quasi als Vollzeitstelle einnehmen muss. Das konnte ich natürlich nicht leisten. Ich hatte quasi beide Hüte auf. Persönlich habe ich aufgrund der wichtigen Rolle des Sicherheitsberaters und auch weiterer 16 sehr gut geschulter Sicherheitskräfte durchaus den Eindruck gehabt, dass ich meinen vom Auswärtigen Amt vorgegebenen Aufgaben als Sicherheitsbeauftragter nachgehen würde. Aber worum es ihm geht, ist der letzte Satz:

Insofern empfiehlt sich die
(zügige) Prüfung der Entsendung
eines im Zuschnitt entsprechend
angepassten Krisenvorsorgeteams
...

Und Sie hatten ja gefragt nach der Auswirkung oder nach den Reaktionen im Auswärtigen Amt. Dieses Team kam ja dann in Form einer Krisenberatungsreise Anfang März.

Gülistan Yüksel (SPD): Sie haben das ja jetzt genannt: Die Krisenkurzberatung war im März 21. Das war ja sicher die Reaktion auf den Vermerk, was Sie gerade auch bestätigt haben.

Vom 5. bis 8. März gab es dann ausweislich der Akten eine ressortgemeinsame Krisenkurzberatung in Kabul. Dieser Abschlussbericht der Krisenkurzberatung ist dann auch zu finden in dem Dokument MAT A AA-8.268, Blatt 9 bis 29. Ausweislich des Vermerks haben Sie während dieser Krisenberatung an vielen Gesprächen teilgenommen und haben auch den Botschafter vertreten. Können Sie vielleicht kurz den Ablauf dieser Krisenberatungen noch einmal näher erläutern? Und welche Unterstützung haben Sie während dieser Beratung vom Kriseninterventionsteam des Auswärtigen Amtes erhalten? Das wäre vielleicht noch mal wichtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Also, die Unterstützung bestand darin, dass das alles eben erst mal natürlich vom Krisenreaktionszentrum oder Referat 040 im Auswärtigen Amt organisiert wurde. Der damalige Leiter plus noch weitere Kollegen - eine Kollegin mindestens - kam auch mit. Und auch Kollegen des BMVg/Einsatzführungskommandos waren Teil dieser Delegation. Das ist also die Unterstützung gewesen, wobei ich jetzt von der Begrifflichkeit nicht ganz genau weiß, was ein „Kriseninterventionsteam“ ist. Ich kenne ein Krisenunterstützungsteam, so ein KUT-Team, und noch dieses KV-Team; das ist, glaube ich, ein bisschen weniger, so eine Krisenberatungsreise.

Und, ja, was passiert da? Also, ohne Anspruch auf Vollständigkeit - sonst würde ich mir halt diesen Vermerk, der damals erstellt wurde, Ende März, noch mal vorlegen lassen -, aber aus dem Kopf kann ich sagen, dass wir erst mal alles vorbereitet haben, lange Fragenkataloge ausgefüllt, unsere Hauptanliegen dargelegt haben, dass unser gesamtes Sicherheitskonzept abhängt vom Sicherheitskonzept von Resolute Support. Was die Gesundheitsver- - Wir hatten halt einen Medic, also so eine Art Sanitäter de luxe, oft an der Botschaft, aber keinen, der langfristig schwerwiegende Verletzungen behandeln kann. Dazu bräuchten wir die Infrastruktur entweder im NATO-Hauptquartier oder sogar ein sogenanntes Role-3-Krankenhaus auf Bagram Airfield - das ist ein richtiges Krankenhaus, wo Sie dann auch Leute notfalls sogar ausfliegen konnten -, zweitens die Schutzpolizei der Green Zone und vieles mehr. Ich glaube, das würde jetzt zu weit führen. Einiges hatte ich auch schon gesagt.

Das war sozusagen Anlass der Reise, dass wir die fehlenden Fähigkeiten ersetzen. Aber es war eine - - Viele interne Besprechungen gab es natürlich. Unser Krisenplan, den ich damals erstellt hatte und im Anschluss an die Krisenberatungsreise noch mal auf den neuesten Stand gebracht habe, plus Empfehlungen, was wir alles machen können - da gab es eine lange Liste von Dingen, die wir so tun konnten, alles ein bisschen à jour bringen - - Ich hatte, glaube ich, erwähnt - das ist sozusagen schön zu veranschaulichen -, dass wir mit den Amerikanern ein MoU abgeschlossen ha-

ben, dass die uns mit den Hubschraubern raus-holen. Da stand irgendwie drin als Empfehlung, was wir schon irgendwie begonnen hatten, ein Helipad in der Außenstelle, dass Hubschrauber da auch landen können, mit einem großen „H“, also ganz viele praktische Maßnahmen, die da-raus folgten.

Wie lief so was ab? Also, wir haben alle mög-lichen Termine mit denen gemacht. Die hatten auch Experten dabei, die nicht immer mit mir waren, sondern die ihre eigenen Wege gegangen sind, jemand, der die Liegenschaft genau ange-guckt hat, die Sicherheitsvorkehrungen, die Ka-meras, die Außeneinfriedung, die Mauern, die Resilienz der Gebäude.

Ich persönlich war dabei bei den Gesprächen der Leitung dieser Beratungsreise. Lassen Sie mich aus dem Kopf sagen: Wir haben auf jeden Fall mit UNAMA gesprochen. Wir haben mit den Bri-ten gesprochen. Wir haben mit den Amerikanern gesprochen. Ich weiß jetzt gar nicht, ob wir mit der afghanischen Regierung gesprochen haben. Kurzum - - Ich glaube, Japan auch. Aber das kann man alles nachlesen; ich habe es, glaube ich, sogar hier dabei. Wir haben jedenfalls auch die Sicherheitskonzepte der Nachbarvertretungen - - Wir grenzten ja auch beispielsweise an die japanische Botschaft, hinter uns war die indische Botschaft, am Eck war die britische Botschaft, und wir hatten ja gemeinsame Checkpoints. Das waren jetzt nicht nur die Schleusen der Deut-schen, sondern wir hatten ja auch gemeinsame Sicherheitsvorkehrungen. Und wir waren letzt-lich maßgeblich auch von den Amerikanern - mit denen haben wir natürlich auch gesprochen, mit der amerikanischen Botschaft - - Wir wollten wissen, ob die uns auch ausfliegen, notfalls. Die Helikopter, da ging es nur darum, zum Flughafen zu kommen. Aber wenn der Flugverkehr lahm-gelegt wird, fliegen die uns mit großen Maschi-nen raus? Wie sieht es mit der medizinischen Versorgung aus? Also eine lange, lange Liste von Dingen, die wir einfach technisch besprochen ha-ben.

Wir haben die Kabul Security Working Group ge-gründet, nicht zuletzt auch auf deutsches Drän-gen, mit den Kanadiern und den VN-Experten



Nur zur dienstlichen Verwendung

zusammen, um eben Verantwortung auch zu übernehmen für die Sicherheit der Green Zone - um Ihnen einfach mal so ein bisschen ein Bild zu geben, aber, wie gesagt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben einfach sehr viele Gespräche geführt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zeit für eine Abschlussfrage - die würde ich Ihnen gerne stellen -: Wenn man hört, dass Sie ja doch mit großem Engagement hier vor allen Dingen begründet haben, was es für politische Folgen gehabt hätte, wenn Deutschland abgezogen wäre, auch im Vergleich mit anderen, kann man daraus schlussfolgern, dass die etwas kritischeren Einschätzungen, zum Beispiel der Franzosen oder anderer, was die Sicherheitslage angeht, in der Gewichtung sozusagen demgegenüber weniger Berücksichtigung gefunden haben? Oder, um es andersrum zu sagen: Wir haben in der letzten Befragung die Einschätzung eines Zeugen, einen Vermerk gelesen, wo gesagt wurde, man müsse der deutschen Öffentlichkeit - es gab ja immer Parlamentsmandate dafür - das „in homöopathischen Dosen“ nahebringen, dass es jetzt gefährlicher wird. Aber war sozusagen der politische Wille, zu bleiben, eigentlich das ausschlaggebende Moment aus Ihrer Sicht, vielleicht Sicherheitsbedenken weniger stark zu gewichten als andere?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich könnte nicht sagen, dass Sicherheitsbedenken zu irgendeinem Zeitpunkt gering bewertet wurden. Es gab halt natürlich diese politische Absicht, nach so langem Engagement vertreten zu bleiben im Land, auch ohne militärische Präsenz. Aber dass Sicherheitsbedenken missachtet wurden, das kann ich so nicht nachvollziehen. Aber das ist auch - Die Bewertung in der Zentrale, dazu kann ich nichts sagen. Ich kann nur dazu was sagen, was ich berichtet habe aus Kabul, und, ich glaube, gerade zur Sicherheitslage habe ich versucht, so klar und deutlich und ungeschönt zu schildern, wie ich die Sachlage gesehen habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke. - Das Fragerrecht wechselt zur Union und zu Herrn Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Bledjian, ich hätte noch mal

ein paar Fragen zum Doha-Abkommen selber und sozusagen der Bewertung durch die afghanische Regierung. Welche Erkenntnisse hatten Sie eben zu der Frage, wie die afghanische Regierung das Abkommen einschätzt?

Zeuge Gregory Bledjian: Die afghanische Regierung hat das Doha-Abkommen schon allein deswegen sehr kritisch gesehen, weil sie es nicht mitverhandelt hat, aber Verpflichtungen enthalten waren, die sie selber erfüllen musste. Ich glaube, ganz zu Anfang hatte ich das mal erwähnt, dass sie beispielsweise die Verpflichtung hatte, Gefangene zu entlassen, zu - - Ja, genau.

Die Taliban haben nie die afghanische Regierung anerkannt. Sie wollten nie mit der afghanischen Regierung verhandeln oder mit der afghanischen Republik. Die wollten über die Zukunft Afghanistans immer nur mit den Amerikanern verhandeln. Das war der afghanischen Regierung ein Dorn im Auge.

Während der Verhandlungen gab es einen großen Streit, ob es eine Bezugnahme aufs Doha-Abkommen geben solle in der Präambel oder so. Das einfach nur jetzt als Beispiel, wie sensibel das Thema war. Die Taliban wollten das natürlich, weil dann natürlich Abzug der internationalen Truppen und vieles mehr irgendwo Teil der Friedensverhandlungen wird.

Also, die - - Ich kann Ihnen sagen, dass die das sehr, sehr kritisch gesehen hat, das Doha-Abkommen, und sogar so weit gegangen ist, dass sie unter großen Druck gesetzt wurden, da mitzumachen und das so zu akzeptieren, wie es ohne ihre Mitwirkung verhandelt wurde.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - War der afghanischen Regierung eigentlich mit dem Doha-Abkommen klar, dass es zu einem kompletten Abzug der internationalen Truppen früher oder später kommen wird?

Zeuge Gregory Bledjian: Ob das der afghanischen Regierung klar war? - Ja, das war ihr klar. Stand ja drin, bis zum 01.05. sollen alle Truppen abgezogen werden. Es war quasi Teil des Abkommens. Es war - ich glaube, ich hatte es an anderer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stelle erwähnt - die starke Hoffnung, dass mit der Biden-Administration dieser Zeitraum nach hinten verlängert wird. Aber dass die US-Truppen abziehen, das war immer jedem zu jeder Zeit klar.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut, es steht da drin; aber sozusagen auch in unserer Bewertung war immer auch ein Szenario dabei, wo es hieß: Wir werden irgendwo einen Fuß in der Tür behalten, weil die Taliban auch auf westliche, finanzielle Unterstützung etc. angewiesen sind, und das gibt uns sozusagen den Hebel, da weiter einen Fuß in der Tür zu behalten. Also die Einschätzung, dass sozusagen ein Komplettabzug und letztendlich ein Entzug sämtlicher Unterstützung damit verbunden ist, war wahrscheinlich der afghanischen Regierung nicht klar. Ist das der Eindruck, den Sie da auch hatten?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe die Frage nicht ganz verstanden. Der Abzug der Truppen hat ja nicht bedeutet Einstellung der Unterstützung, der zivilen Unterstützung.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja, aber es war ja immer ein Szenario, mit einer weiteren Komponente - militärisch, UN, wie auch immer - im Land präsent zu bleiben, im Bereich des Möglichen, würde ich mal sagen. Und am Schluss kam es ja sozusagen zum Komplettrausziehen sowohl der militärischen als auch der zivilen Unterstützung und der finanziellen. - Gut, aber jetzt sind wir sozusagen im Statementbereich. Das war nicht die Absicht.

Noch mal zurück zum Doha-Abkommen. Zu dem Zeitpunkt, als das geschlossen wurde, waren die afghanische Armee und die ganzen Sicherheitskräfte aus der damaligen Perspektive - Frühjahr 2020 -, von der Größe, Ausstattung und Ausbildung her betrachtet, in der Lage, da auch einen ausreichenden Sanktionsdruck für die Verhandlungen mit den Taliban darzustellen?

Zeuge Gregory Bledjian: Sie meinen, ob die afghanischen Sicherheitskräfte in der Lage waren, Druck auf die Taliban auszuüben, oder?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ob die Sicherheitskräfte einen ausreichenden Hebel auch gebildet hatten für die Regierung, um sozusagen auch in den Verhandlungen als ernsthafter Partner teilzunehmen. Wenn sozusagen der militärische Erfolg der Taliban damals schon klar gewesen wäre, dann wäre die Situation oder das Kräftegewicht natürlich anders verteilt gewesen. Also, war aus Ihrer Sicht sozusagen die militärische Kraft auch ausreichend, den Taliban da entgegenzutreten? Aus der Sicht 2020, Frühjahr, sozusagen.

Zeuge Gregory Bledjian: Also, es gab ja knapp 300 000 Truppen, wenn man die NDS-Truppen, Militär und Polizei zusammenzieht. Und es gab da auch kleinere Anteile von angeblich sehr gut ausgebildeten Truppen. Das heißt, rein auf dem Papier würde ich das bejahen. Wir haben ja auch sehr viel Arbeit reingesteckt in Ausbildung und Training dieser Truppen; wobei, da kenne ich mich nicht im Detail aus. In der Theorie würde ich das jetzt bejahen, in der Praxis allerdings schon ein Fragezeichen dahintersetzen. Zumindest so, wie ich das Verhalten der Taliban bewerten würde, schien das nicht ein besonders beeindruckendes, sage ich mal, Druckmittel der afghanischen Regierung zu sein. Und das lag eben auch daran, dass tendenziell die afghanischen Regierungstruppen in der Defensive waren, wobei ich schon sagen muss, dass die natürlich auch einen schweren Stand hatten. Die waren ja sichtbar, die hatten Uniformen an, die hatten Infrastrukturen zu bewachen, die haben sich gezeigt. Taliban sind nachts gekommen, ohne Uniform, haben asymmetrische Kriegsführung begonnen, haben keine Bedenken gehabt, Zivilisten umzubringen.

Also: Es war einfach ein hoher Druck gegen die Sicherheitskräfte da; aber, wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, ein besonders wirksames Druckmittel in den Verhandlungen waren die Sicherheitskräfte, die afghanischen, auch angesichts des eher beklagenswerten Zustandes der Sicherheitskräfte nicht. Nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Danke. - In einer Reihe von Mails aus dem März - die Nummer ist MAT A AA-2.34, Blatt 5 bis 13 - berichten Sie unter anderem über das steigende Gewaltniveau



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Taliban gegenüber den ANDSF-Kräften. Ihr Kollege C [REDACTED] P [REDACTED] berichtete zudem in einer E-Mail, in der Sie auf cc waren - das ist MAT A AA-2.34, Blatt 8 -, dass die gesteigerten Angriffe auf ANDSF-Kräfte zur Untermauerung des Narrativs führen könnten, dass die USA die afghanische Regierung mit dem Doha-Abkommen verkauft haben. Teilen Sie die Einschätzung, dass durch die zunehmende Gewalt und die zunehmenden Angriffe auf die ANDSF dieses Narrativ genährt wurde?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich teile die Einschätzung, dass dieses Narrativ vorhanden war, und durchaus auch, dass es genährt wurde, womit ich nicht sagen will, dass ich dem zustimme, dass die Amerikaner die quasi verkauft haben. Das würde ich mir nicht zu eigen machen. Aber ich kann bestätigen, dass dieses Narrativ relativ verbreitet war sogar.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und auch in afghanischen Regierungskreisen sozusagen - -

Zeuge Gregory Bledjian: Insbesondere dort.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Insbesondere dort. - So, wir haben ja auch einen Moralverlust der Sicherheitskräfte gesehen. War der sozusagen schon mit dem Doha-Abkommen eingetreten, oder kam der erst sozusagen durch die Zunahme des Gewaltniveaus und der gewaltsamen Auseinandersetzungen und Angriffe?

Zeuge Gregory Bledjian: Auch da wieder ist mein Eindruck, dass es sich nicht um einen zeitlich definierten Beginn, eine Entwicklung handelt, sondern eine letztlich über Jahre sich fortsetzende Entwicklung, die aber seit dem Doha-Abkommen einfach eine besondere Wirkung entfaltet hat, weil die Afghanen sich ja immer auf die westlichen Unterstützer verlassen konnten. Und das hat ja sehr praktische Auswirkungen. Wir haben ja, oder - - Was heißt „wir“? Die NATO oder die Resolute Support hat ja sehr viel geleistet, von Versorgung über Munition über Aufklärung. Luftangriffe waren natürlich eine ganz, ganz große Überlegenheit der amerikani-

schen Luftanschläge. Und es gab auch noch andere Dinge, über die ich vielleicht jetzt hier nicht so sprechen sollte.

Also, es war im Prinzip eine sehr große Hilfe für die afghanischen Kräfte. Von dem Zeitpunkt, wo klar war - also im Prinzip seit Doha -, dass wir dann tatsächlich alle abziehen - - Das hat natürlich der Moral der Truppe in Afghanistan nicht geholfen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Den General Miller hatten wir schon angesprochen und den Ausdruck der Enttäuschung über dieses steigende Gewaltniveau. Wie schätzen Sie das ein? Welche taktischen und strategischen Ziele verfolgten die Taliban mit der Verschärfung der Gewalt? Also, haben die sozusagen aus der Analyse des Doha-Abkommens heraus genau die Lücke gesehen, die sie dann auch militärisch machen, oder war das sozusagen eine Dynamik, die aus der allgemeinen Situation heraus war?

Zeuge Gregory Bledjian: Definitiv kann ich natürlich nicht über Motive von Leuten sprechen, die ich persönlich nie getroffen habe. Ich habe, glaube ich, in meiner Berichterstattung ein bisschen anklingen lassen, wohin meine Spekulation geht oder zumindest, dass ich mir die Frage stelle, worin genau die Motivation besteht.

Erst mal haben wir über die, sage ich mal, sehr enge Auslegung des Doha-Abkommens - - Das heißt, die haben einfach das gemacht - - Alles war erlaubt, was nicht verboten war. Sie haben eine Strategie des Redens und Schießens verfolgt. Für mich mit die größte Belastung für den Friedensprozess, dass einfach, während verhandelt wurde, diese hohe Gewalt - -

Es gibt quasi zwei Denkschulen. Es gibt diejenigen, die sagen: Die hatten von vornherein nie die Absicht, ernsthaft zu verhandeln, die haben es bewusst verzögert, um dann sozusagen Zeit zu gewinnen - taktische Geduld haben sie immer wieder bewiesen, die Taliban, das muss man ihnen schon zugestehen -, um dann den 01.05. und ein paar Folgemonate abzuwarten. Und dann, wenn die Amerikaner und die anderen weg



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind, dann geht es richtig los. - So ist es ja letztlich auch passiert. Ob das der Plan von Anfang an war? Sage ich Ihnen ganz ehrlich: Ich weiß es nicht, bis heute übrigens nicht.

Oder ob sie wirklich zweigleisig gefahren sind, gesagt haben: Wir haben die Strategie, auf dem Verhandlungstisch was zu erreichen, und wir haben die Strategie, auf dem Schlachtfeld was zu erreichen. Wir haben zwei Hölzer sozusagen im Feuer, und wir schauen halt, was funktioniert. - Das ist eine Frage, die ich mir bis heute stelle.

Ich bin mir auch gar nicht sicher, ob die Frage selbst in Talibankreisen so klar beantwortet war. Es gab da auch Berichte. Es war unheimlich schwierig, die Denke der Taliban - - Es war ja auch Quetta und Peschawar ... (akustisch unverständlich) Afghanistan, war deren Shuren. Worauf ich hinaus will, ist: Auch da gab es Flügel. Es gab den militärischen Flügel. Es gab das Haqqani-Netzwerk. Es gab die Leute um Mullah Baradar, die zumindest nach außen hin moderater wirkten, die auch mit unseren Partnern verhandelt haben in Doha. Ob es da nicht auch viele verschiedene Strömungen gab und vielleicht sich die Hardliner auch bei den Taliban durchgesetzt haben - - Also, ich versuche, Ihnen einfach nur sozusagen meine Gedankenwelt darzulegen. Was nun genau die Motivation der Taliban war, weiß ich nicht. Aber die Entwicklung, sage ich mal, spricht schon ein bisschen dafür, dass sie doch zumindest irgendwann klar auf einen militärischen Sieg gesetzt haben, ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Eine Frage zum Abzug und der Sicherheit der deutschen Vertretungen. In einer E-Mail vom 3. März 2020 aus Masar-i-Scharif berichten Sie - das ist MAT A AA-2.34, Blatt 5 und 6 - unter anderem über den Zeitplan für den Abzug der internationalen Truppen. Dabei sprechen Sie auch an, dass der Verbleib des Generalkonsulats in Masar-i-Scharif bei einem Abzug der Truppen voraussichtlich nicht möglich ist, wenn die afghanische Armee das Camp übernimmt. Daher die Frage: Erfolgte mit dem Truppenabzug sozusagen eine komplette Neubewertung der eigenen Lage und der Aufgaben für die deutschen Vertretungen? Und wie sah diese aus?

Zeuge Gregory Bledjian: Sie meinen deutsche Vertretung Generalkonsulat Masar-i-Scharif oder deutschen Vertretungen inklusive Botschaft?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich würde das inklusive der Botschaft sehen. Welche Aufgaben müssen in Afghanistan dann noch erfüllt werden?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, die Botschaft - das hatte ich ja, glaube ich, schon gesagt -, da hatten wir immer die Absicht, zu bleiben, und waren der Meinung oder hatten die Hoffnung, dass wir eine diplomatische Präsenz nach Abzug der Truppen halten können.

Masar-i-Scharif: Es war schon irgendwann, relativ frühzeitig klar, dass das Konsulat dann zumindest nicht mehr da bleiben kann, im Camp Marmal, wo es vorher war. Das hat von den Zeiten her nicht hingehauen. Und dann - - Ich würde es jetzt ungern sagen, weil ich nicht sicher bin, wann; aber irgendwann wurden dann halt die Entscheidungen - nicht, als ich da war, danach - - aber dann irgendwann wurde die Entscheidung getroffen, dass das Konsulat dann geschlossen wird. Das heißt also: Ja und nein, in Masar ja, in Kabul nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, wir sind sozusagen bereits Anfang März 2020 davon ausgegangen, dass afghanische Sicherheitskräfte nicht in der Lage sein werden, ausreichend Sicherheit für ausländische Vertretungen zum Beispiel in einer Großstadt wie Masar-i-Scharif zu gewährleisten?

Zeuge Gregory Bledjian: Genau. - Deswegen: Ja, Schließung Masar-i-Scharif; nein, Kabul, weil da waren völlig andere Bedingungen. Ich hatte ja schon Green Zone angesprochen und vieles mehr. Unsere Sicherheit beruhte maßgeblich auf den Fähigkeiten der NATO und der Bundeswehr im Norden.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. - Dann letzter Fragenteil von meiner Seite: Sie berichten aus dem Abschiedsgespräch von Botschafter Prügel beim afghanischen Außenminister in einer E-Mail, nehme ich an; MAT A AA-8.459, Blatt 25. Demnach wollte die afghanische Regie-



Nur zur dienstlichen Verwendung

zung den Taliban Deutschland für eine kombinierte Rolle als Sekretariat und Fazilitator in den Friedensgesprächen vorschlagen. Daher meine Frage: Wie ist Ihre Einschätzung? Wie wurden Deutschland und die deutsche Vertretung in Afghanistan durch die afghanische Regierung wahrgenommen, und wie würden Sie sozusagen die diplomatischen Beziehungen zu den afghanischen Regierungsvertretern bewerten? Und wurden neben Deutschland auch andere Nationen in Betracht gezogen von afghanischer Seite, oder hatten wir da eine besondere Rolle?

Zeuge Gregory Bledjian: Beides. Deutschland war, aber wirklich nur zeitweise - ich würde sagen, maximal ein paar Monate -, im Gespräch. Die Afghanen waren sehr unzufrieden mit Doha als Standort. Das hatte zwei Gründe: Erstens war das die Heimat der Verhandlungsteams der Taliban; die haben tatsächlich in Doha auch gelebt. Zweitens wurden die Kataris nicht als die ehrlichen Makler gesehen, die sie aus Sicht der afghanischen Regierung sein sollten. Friedensverhandlungen in Deutschland waren in der Tat eine Zeit lang im Gespräch gewesen. Es gab ja die große Bonn-Konferenz, die Petersberg-Konferenz. Es gibt da eine gewisse Tradition in der deutschen Diplomatie, große Konferenzen zu Afghanistan durchzuführen.

Ich glaube, Sie hatten auch sehr allgemein gefragt nach unserem Ruf. Wir hatten einen exzellent guten Ruf in Afghanistan, muss ich sagen, gerade auch im Vergleich zu den Amerikanern und anderen, waren in jeder Hinsicht hoch angesehen. Ich selber habe als lediglich Gesandter der Botschaft jeden Termin bekommen, den ich bekommen wollte in dem Land, mit jedem. Insofern, die Zugänge waren da. Das Vertrauen war da. Aber gut.

Der dritte Teil Ihrer Frage. Es gab auch tatsächlich andere Länder, die auch durchaus noch aktiver - - Wir waren ja ganz bescheiden, haben immer gesagt: Na ja, wenn ihr wollt, wenn alle Parteien einverstanden sind, einschließlich die Taliban, wären wir bereit, da irgendwas zur Verfügung zu stellen in Deutschland. - Aber ich kann mich schon erinnern an gewisse, eher werbende Maßnahmen von gewissen anderen Ländern, die

auch gerne die Friedensverhandlungen in ihrem Land gehabt hätten. Das ist aber - - Da ist ja alles nichts draus geworden. Selbst Afghanistan selber war vom Präsidenten ins Gespräch gebracht worden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssen Sie auf die nächste Runde vertrösten, Herr Kollege Zippelius. - Jetzt wechselt es erst mal zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni, bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke. - Ich fange mit einer kleinen Frage an, die vielleicht fürs weitere Verständnis eine größere Bedeutung hat. Sie haben von Checklisten gesprochen, die Sie durchgegangen sind, inwiefern die Botschaft vorbereitet ist auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage. Gab es da auch eine Checkbox für die Frage „Zugang zum Flughafen Kabul und Ausreisemöglichkeit über den Flughafen Kabul“?

Zeuge Gregory Bledjian: Absolut. Das war absolut zentral, die Frage. Ich hatte es ja schon angesprochen: Wir hatten Angst, dass wir bei einer krisenhaften Zuspitzung gar nicht den Landweg hätten nehmen können nach Kabul, zum Flughafen Kabul. Es gibt da eine große Straße dahin und - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mit dem Hubschrauberlandeplatz hatten Sie schon ausgeführt.

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, ja, ganz genau.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber vom Kabuler Flughafen raus.

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, das war - - Da haben wir damals - - Ich glaube, heute machen es die Emiratis, aber damals waren die Türken quasi - - Die waren ja - - Es war ja ein Speichenmodell, und quasi nicht die Speiche, sondern die Nabe des Rads war ja Türkei. Das heißt, die Türkei hatte im Rahmen der Resolute-Support-Mission die Verantwortung für Kabul und damit auch für den Flughafen. Und das war so ein bisschen, glaube ich, die Idee, wobei die Türken da immer noch Hilfe und Unterstützung verlangt



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben. Aber das waren die Gespräche, soweit ich mich da erinnere, dass die Türken - natürlich zusammen mit den Amerikanern; die Amerikaner sind immer und überall gewesen - das Ausfliegen - -

Also, erst mal: Man musste den ja sichern im Krisenfall, den Flughafen - ich meine, so ist es ja letztlich auch ein bisschen passiert -, den Flughafen sichern, um dann auszufliegen. Und für den Fall, dass keine kommerziellen Flugzeuge mehr gehen, hatten wir auch schon, glaube ich, mit den Amerikanern die Zusicherung, dass zwei große Frachtmaschinen, wo auch Personen reinkönnen, uns alle ausfliegen können. Ich muss aber zugeben, dass das vor allem für das Botschaftspersonal und lokal Beschäftigte eigene - - nicht für alle, die jemals für deutsche Institutionen gearbeitet haben. In diesen Dimensionen haben wir damals noch gar nicht gedacht - ich zumindest nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben auch ausgeführt gerade bei den Fragen der Kolleg/-innen, dass Sie für die eigenen Ortskräfte schon Listen hatten, also grundsätzlich wussten, wen Sie sozusagen als Ortskraft im Haus hatten, der dann eventuell auch ausreiserechtigt sein kann. Sie haben auch ausgeführt auf die Fragen der Kollegen - und das kann ich auch nachvollziehen -, dass man, wenn man im großen Stil ankündigt: „So, und jetzt alle Mann nach Deutschland!“ - - dass das nicht unbedingt zur Stabilisierung vor Ort beiträgt.

Es stellt sich trotzdem die Frage: Es gibt ja zwischen „tatsächlich durchführen“ und „es nicht tun“ noch die Stufe der Vorbereitung. Also, wie detailliert war Ihre Vorbereitung für die Möglichkeit der Ausreise? Also, neben den Listen, die Sie angesprochen hatten, von denen Sie gesagt haben, dass Sie für Ihr Haus das hatten: Haben Sie die Ausreise organisatorisch vorbereitet für den Ernstfall? Haben Sie die Einreisebedingungen formal versucht zu klären für die Ortskräfte? Und haben Sie eventuell auch schon solche Fragen wie „Wenn Familie mitsoll, weil sie auch bedroht ist, wer gehört dann zur Kernfamilie?“ und so was für die zuständigen - - für das Personal, für das Sie zuständig waren, mitgedacht?

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, das sind jetzt sehr, sehr grundsätzliche Fragen. Erst mal die Frage: Was verstehen Sie denn unter „Ortskräften“? Ich meine, die lokal Beschäftigten der deutschen Botschaft?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer steht denn auf der Liste?

Zeuge Gregory Bledjian: Das sind halt die - was hatten wir gesagt? - 34 oder so, aber - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sagen wir mal, für diese 34.

Zeuge Gregory Bledjian: Das war in der Tat mitgedacht worden. Das hätten wir auch noch stemmen können. Wir haben ja gerechnet, wie viele Leute wir unterbringen können im Krisenfall. Aber man darf ja nicht vergessen, dass wir ein Verfahren hatten. Dass das Verfahren nicht durchgeführt wurde am Ende, das ist eine andere Sache. Aber bis Mitte Juni, solange ich Verantwortung getragen habe, gab es das Ortskräfteverfahren mit Gefährdungsanzeige usw. usf. Das heißt, man hätte ja den Gefährdungstatbestand auch bejahen müssen.

Wir haben aber jetzt die Szenarien noch viel weiter gedacht als die, die tatsächlich dann gekommen sind, auch für alle Doppelstaatler, für alle GIZ-Mitarbeiter, für Tausende von Leuten. Und das war einfach schon damals für uns zumindest, nach den Möglichkeiten, die wir hatten, nicht durchführbar, zumindest auf dem Botschaftsgelände. Und die waren ja zentral Teil unserer Evakuierungsstrategie. So viele Leute konnten wir natürlich nicht aufnehmen.

Jetzt dieses Szenario, was sich da am Flughafen später ereignet hatte, das wurde so nicht ausgeplant, nee. Und zu ausländerrechtlichen Fragestellungen kann ich jetzt botschaftsseits auch nichts sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, weil die Kapazitäten für die - ich sage das jetzt mal - erste Krisenreaktion „Ihr kommt alle zu uns“, etwas schlicht gesagt - - weil die Kapazität begrenzt ist, haben Sie auch für alle weiteren



Nur zur dienstlichen Verwendung

Personengruppen, von denen man grundsätzlich glaubte, dass sie im Krisenfall betroffen sein könnten, keine weitere Planung zu alternativen Safe Houses oder Evakuierungsplänen gemacht, weil das schon im Flaschenhals Botschaft dann sozusagen gar nicht möglich gewesen wäre, die erste Stufe zu machen. Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich war, wie gesagt - ich hatte es ja schon mehrfach gesagt -, mit Details dieser Planung nicht befasst. Ich hatte eine klare Aufgabenbeschreibung. Meine Aufgabe war es, mich in erster Linie um die Bediensteten der deutschen Botschaft zu kümmern, um die lokal Beschäftigten der eigenen Botschaft, um deutsche Staatsangehörige in Afghanistan.

Es waren Tausende von Ortskräften; mit Familien sind wir schon bei Zehntausenden. Ganz ehrlich: Also, mit der Ausreise von Zehntausenden von Menschen haben wir damals noch nicht geplant. Aber die Sicherheitslage hat sich auch nicht so rapide verschärft, als dass irgendwer auf die Idee gekommen wäre, dass das auch im Detail auszuplanen sein müsste. Irgendwann mal - da gebe ich Ihnen komplett recht, aber das ist jetzt außerhalb meiner Zeit -, als sich die Sache zuspitzte, ist das natürlich ein Thema gewesen, aber - - Na ja, gut, okay. Ich lasse es mal dabei.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme noch mal zu der Zeit, wo Sie da waren; das wäre nämlich direkt mein nächster Punkt. Wir hatten vorhin die Erfolgsaussichten der Taliban in 2020 besprochen, als das Doha-Abkommen schon abgeschlossen war, die Friedensverhandlungen aber noch nicht begonnen hatten.

Jetzt würde ich gerne einmal auf den 7. Juni 2021 gucken. Das ist MAT A AA-2.44, Blatt 86/87, eine längere Vorhaltung. Über die Situation vor Ort im Juni 21 schreiben Sie Folgendes:

Praktisch alle Repräsentanten
AFG rechnen mit einer weiteren
Verschlechterung der Sicherheits-
lage ...

Außerdem gibt es die „**Einsicht, dass TLB gesprächs- aber nicht kompromissbereit** sind und ihren Kampf fortsetzen werden“. Zudem spreche „wenig dafür, dass die AFG Sicherheitskräfte in der Lage sind, das Siegesnarrativ der Taliban zu erschüttern“. Und grundsätzlich gäben maßgebliche Faktoren wenig Raum für Hoffnung für eine politische Lösung, so schrieben Sie.

Bisher haben TLB weder nennenswertes Entgegenkommen am Verhandlungstisch etwa bei der Reduzierung des Gewaltniveaus gezeigt, noch Vorschläge zu den Fragen künftiger Machtteilung und Verfasstheit des Landes vorgelegt.

... ANDSF haben der unerklärten Frühjahrsoffensive der TLB bisher nur wenig entgegensetzen, die Moral der Truppe ist angeschlagen, Geländeverluste setzen sich fort ...

... PAK gestattet weiterhin der TLB-Führung Schutz, ihren Kämpfern medizinische Versorgung und Trainingslager.

Aus dieser Ausgangssituation - wir reden jetzt von Juni 21 -, also Verschlechterung der Sicherheitslage, keine Kompromissbereitschaft der Taliban, kontinuierliche Geländeverluste und angeschlagene Moral der afghanischen National Defense and Security Forces, wenig Raum für politische Lösungen, leiten Sie dann allerdings folgende Handlungsempfehlungen ab - also, wie gesagt, im Juni 2021 -:

- Trotz schwieriger Rahmenbedingungen bleibt eine tatkräftige (DEU) Unterstützung des Friedensprozesses notwendig, ...
- Gewalt der TLB sowie Unnachgiebigkeit bei den Verhandlungen in persönlichen Gesprächen und öffentlich weiterhin kritisieren

Das waren Ihre Handlungsempfehlungen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

In der Vorbereitung hat unser Team jetzt hier viele Fragen dazu einzeln aufgeschrieben, aber mir bleibt eigentlich nur eine: Warum waren das Ihre Handlungsempfehlungen?

Zeuge Gregory Bledjian: Wir waren wohl der Meinung, dass das Gewaltverhalten der Taliban verurteilungswürdig ist, und haben das dann auch offen gesagt. Würde ich heute genauso empfehlen - und das tun wir auch in allen anderen Konfliktszenarien -, dass brutale Gewalt gerade gegen Zivilisten öffentlich verurteilt werden sollte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, das ist unbestritten. Die Frage ist, warum das die einzigen waren. Ich habe ein Indiz in den Akten, die mir vorliegen. Das ist MAT A AA-2.44, Blatt 83 zunächst. Da heißt es:

Entscheidend wird sein, ob es unter US-Führung gelingt, die wegfallenden RS-Fähigkeiten zum **Schutz des Diplomatenviertels durch eine Folgemission zu ersetzen** - die Vorzeichen stimmen zuversichtlich.

Und später:

Die Hoffnungen ruhen auf ein Abflauen der Kampfhandlungen im Herbst/Winter.

Können Sie dazu ausführen, warum Sie am 7. Juni 2021 davon ausgegangen sind, dass es Hoffnung gibt für ein Abflauen der Kampfhandlungen im Herbst und Winter?

Zeuge Gregory Bledjian: Weil das die letzten 20 Jahre davor auch der Fall gewesen war. Es gab immer die Frühjahrsoffensive der Taliban. Im Winter zogen sich die Kämpfe - übrigens im letzten Winter; vorher ist das nicht passiert, und das war ein bedenkliches Zeichen, dass - - oder zumindest nur teilweise. Aber traditionell haben sich die Kampfhandlungen im Winter stark verringert. Das liegt schon in einigen Provinzen an der Witterung. Vieles ist zugeschnitten, viele Wege sind gar nicht mehr passierbar. Und die Taliban

haben sich meistens nach Pakistan zurückgezogen, um sich da - ich weiß auch nicht - zu regenerieren oder die Frühjahrssaison abzuwarten oder Schutz zu suchen. Insofern: Das Abflauen der Kämpfe war jetzt begründet mit den Erfahrungswerten der Vergangenheit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind leider am Ende der Befragungszeit angekommen. - Winter folgt dem Herbst, und den Grünen folgt jetzt die AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Bledjian, bei uns hat hier im Ausschuss ein Sachverständiger, der Herr Professor Zerbin, der in Afghanistan als Feldjäger eingesetzt war, über Phänomene von Gewalt und Selbstjustiz innerhalb von staatstragenden Organen gesprochen, die es in der Zeit der Islamischen Republik Afghanistan gegeben haben soll. Er berichtete unter anderem - und ich zitiere aus dem Sitzungsprotokoll der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 22.09., Seite 74/75 -:

Zu mir ist mal der afghanische Sicherheitschef der Polizei ins Büro gekommen und hat sich ganz fürchterlich beschwert, dass der dortige Warlord, Nasir Mohammed, den Kripochef verprügelt hat. Ich saß da wie ein begossener Pudel, ich habe mich so fremdgeschämt, und ich wusste gar nicht, was ich ihm sagen sollte. Leider sind diese Warlords von der politischen Seite und auch von der Generalität hofiert worden. Es war sehr schwierig, dann Vertrauen von der Bevölkerung zu bekommen.

Zitat Ende.

Ich muss Ihnen sagen - wenn Sie mir die kleine Seitenbemerkung erlauben -: Als jemand, der selber 2019/2020 über den Jahreswechsel in Kunduz und Masar-i-Scharif eingesetzt war, sind mir ähnliche Fälle bekannt. Haben Sie in Ihrer Dienstzeit in Afghanistan ähnliche Phänomene wahrgenommen? Sind Ihnen ähnliche Fälle von Übergriffen von Vorgesetzten bekannt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Es hat sicherlich Vorfälle gegeben, aber jetzt speziell - - Ich meine, wir haben täglich von Gewaltvorfällen berichtet oder die zumindest registriert und mindestens mehrmals wöchentlich, mehrmals in der Woche von teilweise jeden Tag mehr als 100 Gewaltvorfällen berichtet, gerade auch aus dem Umfeld von Warlords, nicht nur vom Schlachtfeld. Es gab da einige Warlords. Ich denke jetzt mal an Dostum; da gab es auch viele Vorwürfe im Raum.

Also: Ja, das war jetzt nicht ungewöhnlich, dass es da relativ ruppig zugeht. Aber so viel Einfluss hatten die Warlords gar nicht mehr in meiner Endzeit. Das war früher noch ganz anders.

Hannes Gnauck (AfD): Wenn Sie jetzt von über 100 Meldungen täglich, glaube ich - - haben Sie gerade davon gesprochen.

Zeuge Gregory Bledjian: Sogenannte sicherheitsrelevante Zwischenfälle. So haben wir die genannt.

Hannes Gnauck (AfD): Ja, genau. Das bezieht sich aber auf den Konflikt als solches und nicht innerhalb der ANDSF-Streitkräfte.

Zeuge Gregory Bledjian: Meinen Sie jetzt Vorfälle innerhalb der Streitkräfte oder unter Warlords?

Hannes Gnauck (AfD): Das frage ich Sie.

Zeuge Gregory Bledjian: Nee, nee, ich muss die Frage verstehen. Fragen Sie nach Warlords oder nach - -

Hannes Gnauck (AfD): Innerhalb der Streitkräfte, innerhalb der afghanischen Streitkräfte.

Zeuge Gregory Bledjian: Nee, da habe ich jetzt nicht so häufig von Gewalt - - Innerhalb der Streitkräfte: Sie meinen untereinander?

Hannes Gnauck (AfD): Genau.

Zeuge Gregory Bledjian: Es gab sicherlich viele Vorfälle; aber Sie müssen auch sehen, dass ich da nicht unbedingt der Adressat wäre. Das war

wahrscheinlich unterhalb meiner Wahrnehmungsschwelle. Aber das ist mir jetzt nicht - - Würde mich übrigens nicht wundern, aber es ist mir nicht so bekannt geworden, dass es da zu besonderen Vorfällen gekommen ist. Nein.

Hannes Gnauck (AfD): Wissen Sie, mir taten diese Kräfte der ANDSF immer so ein bisschen leid. Im Camp Pamir in Kunduz, da gab es ja eine provisorische deutsche Feldküche, und gegenüber war das deutsche Feldlazarett. Also, es arbeiteten oder es dienten dort deutsche Ärzte. Und ein Vorfall war sehr prägend. Ein junger Mann, Ende 20, kam in dieses Feldlazarett von den ANDSF, von den dortigen Streitkräften, und ihm fehlte ein Bein. Das war nur feldmäßig abgebunden mit einem Tourniquet, und er wollte sich aber von der Ärztin nicht behandeln lassen, weil er gesagt hat, sie soll sich keine Arbeit machen, er möchte nicht von ihr ausgezogen werden.

Also, ich habe diese Kämpfer doch als sehr stolze Kämpfer wahrgenommen. Gleichzeitig hat man immer wieder von - ich habe es gerade schon mal angesprochen - Gewaltfällen von Offizieren, von der Generalität gegenüber den unterstellten Soldaten gehört. Nun haben Sie gerade gesagt, Sie sind nicht der richtige Adressat dafür. Ihnen sind also keine Fälle bekannt vom Hörensagen oder von persönlichen Erfahrungen, über die Sie berichten können, innerhalb der ANDSF-Streitkräfte?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein. Wie gesagt, also, mich würde es überhaupt nicht wundern, wenn es da zu häufiger Gewalt gekommen ist.

Hannes Gnauck (AfD): Ja.

Zeuge Gregory Bledjian: Aber mir sind da keine Fälle jetzt gerade in Erinnerung, und auch nach der Sichtung der paar Akten, die ich Zeit hatte zu sichten, sind mir keine Vorfälle jetzt - - Ich meine, wir hatten jetzt STC, den Fall, angesprochen; das war ja letztlich auch innerhalb der Streitkräfte.

Hannes Gnauck (AfD): Genau, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Das war der eine Fall, über den wir gesprochen hatten. Aber darüber hinaus sind mir jetzt keine Fälle präsent. Nein.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank. - Haben Sie sich denn einmal mit diesem besagten Nasir Mohammed getroffen, und, wenn ja, was können Sie uns über die Zusammenarbeit der deutschen Botschaft mit diesem Mann sagen?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kenne den Namen Nasir Mohammed nicht.

Hannes Gnauck (AfD): Am 16. Februar 2021 erhielten Sie eine Mail von Katrin Ramírez, offenbar eine Kollegin aus dem AA; Fundstelle: MAT A AA-4.51, Blatt 73. Es ging um einen Twitter-Trend #get_out_of_Afghanistan. Hierin wurde der Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan gefordert, offenbar eine erfolgreiche, gezielte Kampagne. Ramírez stellte fest, dass dieser Hashtag durchaus geeignet sei, „einen Teil der Bevölkerung in und außerhalb Afghanistans anzusprechen, was Verwendungen/Retweets auch von seriösen/bekannten Personen zeigt“, hier als Beispiel genannt Emran Feroz, in Österreich lebender afghanischer Buchautor. Ist Ihnen von dieser Twitter-Kampagne noch irgendwas in Erinnerung geblieben?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, habe ich jetzt nicht mehr in Erinnerung.

Hannes Gnauck (AfD): Am 8. März 2022 schrieben Sie eine E-Mail an Andreas Krüger und andere, in der Sie Auskunft über in Kabul geführte Gespräche gaben. Hierin heißt es unter anderem - ich zitiere -:

Bislang keine belastbaren Erkenntnisse zur intensiv diskutierten Frage der Loyalität der ANDSF-Verbände im Norden. Corps-Kommandeure loyal ggü. AG.

- Ghani.

Bekanntlich war die deutsche Bundeswehr immer im Norden Afghanistans eingesetzt und bildete während der Mission RS im Norden aus.

Hatte man deutscherseits Angst oder Sorge, dass sich die Verbände der von der Bundeswehr ausgebildeten afghanischen Armee aufgrund des Machtkampfes zwischen Ghani und Abdullah womöglich auflösen oder deutlich reduziert werden könnten? Und haben Sie Kenntnis von Fällen von Fahnenflucht?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darf ich Sie bitten, noch die Fundstelle des Zitats zu nennen?

Hannes Gnauck (AfD): Ja. MAT A AA-2.34, Blatt 12.

Zeuge Gregory Bledjian: Fahnenflucht gab es ständig und jeden Tag, also die sogenannte - ich weiß nicht - Zermürbungs- - „Attrition Rate“ haben wir das genannt, die entweder mit Todesfällen oder mit Fahnenflucht oder Desertationen passierte. Das war so ein tägliches Phänomen innerhalb der afghanischen Streitkräfte.

Worauf Sie, glaube ich, ansprechen, ist die Zeit zwischen den Präsidentschaftswahlen - das müsste irgendwann im Herbst 2019 gewesen sein - und der Regierungsbildung Mai 2020 oder so. Da hat sich ja der Oppositionsführer, der vermeintlich oder angeblich unterlegene Kandidat Abdullah Abdullah, selbst auch zum Präsidenten - - Wir hatten ja eine Zeit lang zwei Präsidenten in Afghanistan. Und in der Zeit - in der Tat - gab es eine gewisse Sorge, dass sich im Norden, wo gerade wenig Paschtunen - mit Ausnahme von Kunduz, Faryab und einigen anderen Provinzen -, eine ganz überwiegend tadschikische oder zumindest nichtpaschtunische Minderheit - das sind Usbeken, Hazara und Tadschiken da im Norden - - dass sich die dortigen Verbände der Sicherheitskräfte möglicherweise in einem, sage ich mal, Loyalitätskonflikt befinden und eventuell auch die Seiten wechseln könnten. Dazu wurden sie teilweise auch offen aufgerufen von den dortigen Warlords und Powerbrokern und was weiß ich.

Das hat sich nie wirklich materialisiert. Ich kann mich auch nicht erinnern an irgendwelche Berichte, die ich dazu geschrieben hätte. Aber jetzt, sozusagen wo ich drüber nachdenke, erinnere ich mich, dass eine gewisse Skepsis da vorhanden



Nur zur dienstlichen Verwendung

war, dass sich da gewisse Korps oder zumindest kleinere Einheiten abspalten, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht -

Zeuge Gregory Bledjian: Aber nicht passiert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - zu den Freien Demokraten. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank. - Ich möchte noch mal ganz kurz zurückkommen auf die Berghof-Stiftung. Können Sie vielleicht noch mal ganz kurz auch den Modus Vivendi zwischen Botschaft und der Stiftung darstellen, wie der sich in Ihrer Zeit - - wie das war?

Zeuge Gregory Bledjian: Es gab da kaum einen Modus Vivendi zwischen Botschaft und Stiftung, weil die Botschaft*, wie gesagt, sehr stark in Doha präsent war und das Verhandlungsteam, glaube ich, dort trainiert hat. Ich will aber einräumen, dass hier und da mal Vertreter der Berghof-Stiftung da waren. Zumindest an einen konkreten Besuch kann ich mich erinnern, wo zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berghof-Stiftung in Kabul waren, und die habe ich dann auch empfangen, mit denen gesprochen, sogar auch einige Termine mit denen gemacht. Daran erinnere ich mich noch sehr gut.

Darüber hinaus hatten wir, wie gesagt, nicht so viel mit der Berghof-Stiftung zu tun - wir als Botschaft, sage ich, nicht wir als AA -, weil die einfach nicht so präsent waren. Die waren vor allem in Doha.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann noch kurz eine andere Frage zu der Übergabe Ihrer Amtsgeschäfte kurz vor der Evakuierung. Zu dem Zeitpunkt haben Sie ja aufgehört und auch - - Also, es war ja dann insgesamt so eine Umbruchsituation bei Ihnen in der Botschaft. Können Sie noch mal sagen, warum das so war? Ich meine, das war ja eine hoch heikle Situation, und es waren dann eigentlich wenig Leute, wenig Führungspersonal in der Botschaft da. Woran lag das?

Zeuge Gregory Bledjian: Dass ich ausgereist bin, meinen Sie, oder - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, und - - Sie waren ja der Vertreter des Botschafters in Kabul und damit der Vorgänger von Herrn Thiel, der circa einen Monat nach Ihnen sein Amt antrat. Und aus der Personalübersicht der Botschaft geht hervor, dass erst Sie und dann einen Monat später, am 11.07., auch Botschafter Zeidler Ihren Dienst in Kabul beendeten.

Zeuge Gregory Bledjian: Also zu mir - ich kann jetzt nur für mich sprechen -: Ich war zwei Jahre in Afghanistan gewesen. Ich war ja vor allem in Masar-i-Scharif. Länger als zwei Jahre dürfen wir gar nicht aus - weiß nicht -, ich glaube, Personenfürsorge- oder Gesundheitsgründen oder weil es einfach ein sehr belastender Krisenposten ist. Aufgrund dieser belastenden Lebensumstände möchte, glaube ich, das Auswärtige Amt nicht, dass man länger als zwei Jahre auf dem Posten ist. Das heißt, für mich stand die Ausreise ohnehin zumindest irgendwann zum sogenannten eVt, also einheitlichen Versetzungstermin. Mitte 2021 war klar, dass ich das Land verlassen muss. Selbst wenn ich noch ein Jahr gerne geblieben wäre, hätte ich es nicht gedurft.

Dass ich Mitte Juni schon ausgereist bin, das hat nur damit zu tun, dass ich wahnsinnig viele Überstunden hatte, die ich noch abbauen musste, und wir ja diesen recht großzügigen Urlaubsanspruch da hatten. Und ich musste Anfang August als Referatsleiter „Mittlerer Osten“ ja beginnen. Insofern passte das ganz gut, hätte es für mich gar keinen Sinn gemacht, wieder zurückzukommen.

Alexander Müller (FDP): Okay, danke. Ich übernehme mal. - Sie haben eben von Szenarien gesprochen, also die Szenarien, was passiert, wenn das Doha-Abkommen umgesetzt wird, und hatten gesagt, Sie hatten damals mit allen Szenarien gearbeitet, auch mit dem schlimmsten. Was wäre denn aus Ihrer Sicht - aus Ihrer damaligen Sicht - das schlimmste Szenario gewesen?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, das ist eine sehr gute Frage. Jedenfalls nicht unbedingt der Sturm



Nur zur dienstlichen Verwendung

auf Kabul und der Fall des Regimes, sondern es gab durchaus ernstzunehmende Stimmen, die gesagt haben, dass ein anhaltender Bürgerkrieg und damit auch eine anhaltende Gewalt das möglicherweise schrecklichere Szenario gewesen wäre. Aber es ist halt die Wahl zwischen Pest und Cholera. Ich meine, jetzt haben die Taliban übernommen, es ist einigermaßen ruhig, keine kriegesischen Auseinandersetzungen, aber trotzdem ein ganz, ganz enorm hoher Preis, wenn man sich Frauen und Mädchen anguckt und Freiheit und vieles mehr, Bildung.

Insofern gab es da verschiedene nicht so positive Szenarien. Aber wir haben auch jetzt nicht in dem Sinne diskutiert: „Das ist das ganz schlechte, und das ist das fast so schlimme“ oder so. Es gab einfach Szenarien, die wir neutral, also relativ sachlich da diskutiert haben. Aber diese beiden Szenarien waren auf jeden - - gehörten einfach zu den weniger guten Szenarien.

Alexander Müller (FDP): Was waren denn damals Ihre Planungen in den verschiedenen Szenarien? War es die, dass man gesagt hat: „Wenn die Taliban Kabul übernehmen, dann sind wir hier weg“, oder gab es da noch Abstufungen oder auch noch differenziertere Szenarien in Ihren Überlegungen damals?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, das war mein Verständnis gewesen: Wenn sie übernehmen durch Anwendung von Gewalt, dann sind wir auch weg. - Das war ja immer das, was wir gesagt haben: Wenn ihr internationale Anerkennung wollt, kriegt ihr die auch, aber nur über den Weg des Verhandlungstisches, über eine Machtteilung. Ihr könnt sozusagen nicht den ganzen Kuchen haben, sondern nur den halben. - Und damit haben wir natürlich - - Wahrscheinlich, muss ich rückblickend sagen, ein überschätzter Hebel, aber damals haben wir das als wichtigen Hebel empfunden, die internationale Anerkennung, die natürlich eine ganze Reihe von Auswirkungen hat, auch auf internationale Gelder usw., bei denen wir wussten, dass die Taliban sie auch benötigen.

Aber mir ist jetzt zumindest hier kein Szenario bekannt: Die Taliban übernehmen mit Gewalt,

und wir bleiben trotzdem, als wäre nichts gewesen, und erkennen die auch noch an. - Also, das Halten der Liegenschaft ist ja eine andere Sache. Ich denke jetzt quasi in völkerrechtlichen Kategorien einer diplomatischen oder auch völkerrechtlichen Anerkennung einer Regierung.

Alexander Müller (FDP): Was hatte denn damals das Auswärtige Amt in seinen Szenarienbetrachtungen für den Fall eines Wahlsiegs von Joe Biden einkalkuliert? Hatte man damals damit gerechnet, dass dann eventuell vielleicht doch nicht alle Amerikaner gehen oder dass es anders kommen würde, als wenn Trump bleibt?

Zeuge Gregory Bledjian: Es war auf jeden Fall in Erwägung gezogen worden. Aber ich erinnere mich schon sehr gut daran, dass viele amerikanische Kollegen und Freunde von mir gesagt haben: Pass auf, Biden war schon immer jemand, der lieber früher als später aus Afghanistan abziehen wollte, selbst als Vizepräsident schon. - Er stand, glaube ich, dem Afghanistan-Engagement noch skeptischer als viele andere Demokraten gegenüber. Aber gut, das ist vielleicht auch jetzt nicht unser Thema.

Jedenfalls hatten wir mit allem gerechnet. Wir sind nicht davon ausgegangen, dass auf jeden Fall die Truppen länger bleiben. Ich gebe zu: Das war unsere Hoffnung gewesen, weil ich ja, wie gesagt, das für richtig gehalten hätte, die Truppen erst dann abzuziehen, wenn es substanzielle Fortschritte gibt, weil ich einfach den Taliban nicht getraut hatte damals. Ich dachte, wenn wir abziehen, werden sie stärker als bisher auf die militärische Karte setzen; das ist ja auch genauso gekommen. Aber wir haben allen Ernstes nicht gewusst und die Amerikaner - einschließlich amerikanischer Botschafter, einschließlich Thinktanks, die wirklich, wirklich die Irrungen und Wirrungen sozusagen der US-Administration kennen - wussten nicht, wie die Review der Biden-Administration tatsächlich ausgeht. Wir wussten es einfach nicht. Keiner wusste es, auch Miller nicht. Also, auch Leute, die sehr viel näher an der US-Regierung dran waren, konnten uns nicht sagen und auch keinen Fingerzeig geben, ob die Truppen länger bleiben oder nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Alexander Müller (FDP): Sie haben diesen Review-Prozess in Washington angesprochen. Können Sie darauf noch mal eingehen? War das ein Prozess, der in der Amtszeit von Biden schon lief oder vor einer Übernahme Bidens? Können Sie uns so den Review-Prozess ein bisschen beschreiben, was das für ein Prozess war?

Zeuge Gregory Bledjian: Das kann ich Ihnen nicht beschreiben. Das ist auch nichts, was in Kabul oder in Afghanistan stattgefunden hat, sondern in Washington. Das ist für Experten der amerikanischen Innenpolitik was. Ich habe da auch erst gelernt, dass es Review-Prozesse gibt, also dass bestimmte Politikfelder des Vorgängers isoliert betrachtet so ein bisschen einer Überprüfung und Neubewertung unterzogen werden. Und genau diesen Prozess hat es gegeben. Die hören irgendwelche Experten an usw. usf., und dann wird entschieden, wie die neue Afghanistan-Politik der US-Administration aussieht. Das hat Monate gedauert. Wir haben natürlich alle auf heißen Kohlen gesessen und darauf gewartet, weil das natürlich entscheidend wichtig war. Aber zu den Strukturen und Ablauf des Review-Prozesses kann ich Ihnen einfach nichts sagen.

Alexander Müller (FDP): Sie hatten eben auch beschrieben, dass, nachdem dann Biden tatsächlich den Abzug angekündigt hat, also auch den konkreten Plan - - wie dann in der afghanischen Bevölkerung Sorge und Furcht zugenommen hatten. Erinnern Sie sich noch, welche Maßnahmen das AA bzw. die deutsche Botschaft damals unternommen hatten, um gegen diese Furcht und Panik anzukämpfen?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich erinnere mich an eine DKOR, glaube ich, wo wir über die gezielten Tötungen gesprochen hatten. Und ich meine, da hatten wir auch konkrete Vorschläge gemacht, die in Richtung Schutzräume gingen, auch Ausreisen. Man kann ja über § 22 Ausländergesetz humanitäre Aufnahmen von Leuten, die unter Druck sind - - Da hatten wir uns schon das Instrumentarium angeguckt, wie wir die vulnerablen Gruppen in Afghanistan schützen können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht wieder zum Kollegen Al-Dailami.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Ja, vielen Dank. - Ich möchte anknüpfen an die Fragen von Frau Nanni bezüglich der Ortskräfte. Ich möchte einen Vorhalt machen. Das ist MAT A AA-9.120, Blatt 59, eine Mail vom 20. Juni 21, also zwei Monate vor Schließung der Botschaft in Kabul. Das ist eine E-Mail vom Botschafter Zeidler unter anderem an AP 05 im Auswärtigen Amt. Im Betreff steht - Zitat -:

Mögliche Folgen öffentlichkeitswirksamer Evakuierung von AFG Staatsangehörigen im Ortskräfteverfahren [sic!] mittels Charterflügen

... Bitte um eilige Weiterleitung an BKAm, BMVg, BMI, BMZ.

Zitat Ende. - In der Mail heißt es - neues Zitat -:

Es ist davon auszugehen, dass eine DEU Entscheidung zum massenhaften Ausfliegen von Ortskräften eine starke Signalwirkung entfalten und als DEU Einschätzung einer baldigen Machtübernahme durch die TLB aufgefasst würde, und könnte so indirekt auch dazu beitragen, den Migrationsdruck aus Afghanistan in Richtung Europa zu erhöhen. Perzeptionen sind wirkmächtiger als Realitäten, auch in AFG.

Zitat Ende.

Also, zunächst, muss ich sagen, finde ich etwas verstörend, dass Herr Zeidler hier im Zusammenhang mit der Evakuierung von Ortskräften, die für Deutschland gearbeitet haben, von „Migrationsdruck“ spricht. Meine Frage ist, ob Sie von dieser Mail Kenntnis hatten, und ich möchte fragen, wie Sie diese Mail mit Blick auf die Evakuierung von Ortskräften bewerten. Das klingt ja eher danach, als ob man mindestens die Evakuierung verzögern wolle mit der Begründung, dass das einen wie auch immer gearteten Migrationsdruck erzeugen könne.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Ich weiß gar nicht, ob Herr Zeidler das so meinte, dass die Verknüpfung der Ortskräfte tatsächlich - - dass das als Migrationsdruck bezeichnet wurde. Dass aber der Migrationsdruck gestiegen ist, das war ja nun wirklich unbestreitbar, und das schon seit Langem. Ich meine, Sie müssen sich einfach nur mal die Statistiken in Deutschland angucken. Da sind ja Afghanen immer, glaube ich, unter den Top drei oder fünf oder so.

Ich glaube, ich war am 20. - - Ich will mal gucken, ob ich überhaupt noch da war, ob ich diese Frage beantworten muss. Ich glaube, ich bin dann schon ausgereist gewesen. Lassen Sie mich mal schauen. - Steht gar nicht hier. „Mitte Juni“, habe ich mir selbst notiert.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ja, ich meine, der hat schon einen Punkt, der Zeidler, nicht? Das - -

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Wollen Sie
wissen, wann Sie
ausgereist sind? - Weiterer
Zuruf: Am 13. sind Sie
ausgereist!)

- Bitte?

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Am 13. Juni!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ist das eine BND-Quelle, oder ist das - -

(Heiterkeit)

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Aber weil die Zeit voranschreitet - -

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich bin sowieso beeindruckt, was hier alles gewusst wird.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Ich würde nachsetzen wollen. - Den Akten ist auch zu entnehmen, dass es ja irgendwann einen Punkt gab, an dem es sehr unterschiedliche Zahlen mit Blick auf die zu evakuierenden Ortskräfte gab. Wir wissen

heute, dass alle Zahlen nicht so ganz den Realitäten entsprachen. Aber aus damaliger Perspektive: Was waren denn die Zahlen, mit denen Sie in der Botschaft in Kabul gerechnet hatten? Hatten Sie da eine Zahl im Auge, im Kopf?

Zeuge Gregory Bledjian: Eine Zahl in Bezug auf was genau?

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Auf die Ortskräfte, die zu evakuieren sind, weil Sie sagten vorhin - Zitat - „Tausende“ auf die Frage von Frau Nanni.

Zeuge Gregory Bledjian: Es ist ja immer die Frage, wie man Ortskräfte auch erst mal definiert. Also, ich hatte ja die Zahl genannt, oder ein freundlicher Abgeordneter hatte mir die Zahl genannt. Ich hatte sie mir eigentlich irgendwo notiert.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Gut, sagen wir so: Gibt es eine konkrete Zahl, die Sie für diese Ortskräfte - - Egal wie man sie definiert: Es muss ja eine Zahl geben, wie viel man evakuieren muss oder möchte. Da muss es ja irgendeine geartete Zahl geben.

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, „muss“? Da sind wir auf ganz, ganz anderem Gebiet -

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Na, Sie hatten ja vorhin gesagt - -

Zeuge Gregory Bledjian: - über rechtliche Verpflichtungen. Eigentlich hatten wir eine - ich würde fast sagen: jahrzehntelange - andere Praxis. Die ist irgendwann geändert worden.

Ali Al-Dailami (DIE LINKE): Anders gefragt: Wenn was - - Also, gab es eine Planung, und beinhaltete diese eine Anzahl, die man da präferiert hat?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, natürlich haben wir immer wieder auch Zahlenspiele gemacht. Gerade im Zuge der Evakuierungsplanungen - Stichwort „Krisenplan“ - haben wir uns immer überlegt: Wie viele Ortskräfte? Wie viele arbeiten für das Polizeiprojekt, wie viele für die Bundeswehr usw. usf.?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Da gab es natürlich immer wieder Überlegungen, Kalkulationen: Welchen Faktor nimmt man? Dürfen die Familienmitglieder - - Welche Familienmitglieder? - Das ist ja auch ständig geändert worden, das Verfahren, muss ich dazusagen. Es hieß ja lange erst mal nur: Kernfamilie. - Das wurde ja dann noch erweitert usw. Ich will es gar nicht bewerten. Ich möchte einfach nur feststellen, dass es da doch eine gewisse, sehr häufige Veränderung der Voraussetzungen gab. Irgendwann wurde ja auch, glaube ich, gar nicht mehr geprüft - ging auch nicht mehr; will ich auch gar nicht kritisieren -, die Voraussetzungen, Gefährdung und Anzeige und Prüfung usw. Aber wir hatten schon irgendwelche Vorstellungen, und wir haben, glaube ich, einen Faktor „mal fünf“ genommen.

Nur, das Problem war: Was verstehen Sie unter Ortskräften? Einfach ein Beispiel: Das Ortskräfteverfahren früher war: Man muss - - Die Beschäftigung darf maximal zwei Jahre zurückliegen, die letzte Beschäftigung bei einer deutschen Institution. Was ist mit denen, die vor vier oder vor sechs oder vor acht Jahren für eine deutsche Institution - Bundeswehr oder GIZ oder wen auch immer - gearbeitet haben? Das heißt, es ist jetzt nicht so, dass das eine mathematisch exakte Definition ist, die Zahl, sondern: Wenn sich die Kriterien ständig ändern, ändern sich natürlich auch die - - ändert sich der Personenkreis, der sozusagen kommen darf. Insofern ist das alles - ich rede zu lang, nicht? - - ist es ein bisschen schwierig, da zu kalkulieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit beende ich diese Runde. - Ich will zwei Anmerkungen machen, nämlich die eine, dass wir möglicherweise - das wird sich zeigen - - aber jedenfalls aus einigen Fraktionen den Hinweis haben, dass eventuell die nächste Befragungsrunde die letzte sein könnte. Das stellen wir aber dann noch fest. Aber es gibt Hinweise, dass das so sein kann.

Und zweitens wollte ich Sie darauf aufmerksam machen, Herr Zeuge, dass wir Ihnen natürlich keine Vorhalte machen können bezogen auf Zeiten, wo Sie nicht anwesend waren in Kabul, aber dass wir Sie natürlich sehr wohl zum gesamten

Befragungszeitraum des Untersuchungsausschussgegenstands befragen können. Also, insofern ist der Tag Ihrer Abreise sozusagen individuell von hoher Bedeutung; aber es ist durchaus auch für uns möglich, zu späteren Zeitpunkten zu fragen.

Dann würde ich die nächste Runde eröffnen, und das Fragerecht geht an die SPD.

Jörg Nürnberger (SPD): Und ich will in dem Zusammenhang den Ball wieder an den Herrn Vorsitzenden zurückspielen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Genau das wollte ich nämlich jetzt tun,

(Heiterkeit)

Sie befragen im Kontext mit - - Sie haben vorhin ja sehr knapp und präzise und klar geantwortet, als Ihnen der Vermerk des Botschafters vorgehalten worden ist. Sie haben den noch mal gelesen und haben gesagt, na ja, der beziehe sich hauptsächlich darauf, dass man eigentlich für die Stelle des Sicherheitsbeauftragten eine ganze, volle Stelle haben müsse, und die hatten Sie nicht, weil Sie auch andere Aufgaben hatten; Sie seien Ihren Aufgaben aber jederzeit vollständig und perfekt nachgekommen. - So ähnlich habe ich das wahrgenommen, was Sie ausgeführt haben.

Und mal unabhängig von diesem Vermerk: Wenn Sie das Ergebnis der Evakuierungsaktion betrachten und das Sicherheitskonzept ja maßgeblich sozusagen von Ihnen mitgestaltet worden ist, wie Sie ja auch ausgeführt haben, und in vielen Übungen und all den Dingen entwickelt worden ist, würden Sie die Bewertung aufrechterhalten, die Sie jetzt eher bezogen auf Ihre Person formuliert haben? Aber ich sage es mal bezogen auf dieses Sicherheitskonzept: Hat sich das aus Ihrer Sicht als genügend erwiesen?

Zeuge Gregory Bledjian: Also zunächst der Hinweis, dass ich gesagt habe, dass ich meinen Pflichten vollumfänglich nachgekommen bin, nicht perfekt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay.

Zeuge Gregory Bledjian: So viel Selbstlob würde ich mir nicht anmaßen.

Zweitens. Unser Sicherheitskonzept bezog sich zu keinem Zeitpunkt darauf, Zehntausende von Menschen in einem völlig chaotischen Zustand mit einem ungesicherten Flughafen quasi in wenigen Tagen auszufliegen. Nein, das ist kein Szenario, was wir vor Augen hatten, war auch Mitte Juni kaum vorstellbar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich die Frage mal eingeschränkt beziehen auf das Botschaftspersonal. Es gibt öffentliche Berichte - deswegen kann man das, glaube ich - hier darauf Bezug nehmen -, dass bei dem Versuch, das Botschaftspersonal zu evakuieren, auch durch deutsche Hubschrauber, die dort in der Gegend gewesen sind oder die deswegen da waren - jedenfalls für zwei Tage -, es nicht gelungen ist, das Botschaftspersonal zu orten, also nicht [sic!] festzustellen, wo die sich aufhalten. Das ist ein öffentlich berichteter Vorgang. Was bedeutet das denn bezogen auf ein Sicherheitskonzept, was sich auf die Botschaftsmitarbeiter bezieht? Ich rede jetzt gar nicht von Hunderten von Ortskräften, sondern den Botschaftsmitarbeitern.

Zeuge Gregory Bledjian: Alle Botschaftsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter haben auf der Liegenschaft der deutschen Botschaft gelebt, gearbeitet. Jede einzelne Ausfahrt wurde besprochen, mir auch vorgelegt, getrackt mit elektronischen Maßnahmen. Man musste immer ein Funkgerät dabei haben, selbst beim Besuch der - beim Duschen oder auch beim Schlafen. Es ist mir völlig unverständlich, wie das Botschaftspersonal nicht zu jeder Zeit erreichbar sein konnte. Auch wenn ich Sport gemacht habe - und jeder hat das gemacht - Und es wurde auch angemahnt, zumindest als ich Verantwortung getragen habe. Jeder musste zu jeder Zeit erreichbar sein. Deswegen kann ich mir das nicht erklären, die Vorhaltung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich gern noch mal zurückkommen zu dem Punkt, den wir bei der letzten Sitzung mit Blick auf den Vermerk eines Kollegen aus dem BMVG-Bereich

erörtert haben. Ich will mich gar nicht auf die Wortwahl beziehen, aber es spielte eine große Rolle - auch in der Befragung anderer Zeugen -, dass ausgeführt worden ist, dass es notwendig sei, gegenüber der deutschen Öffentlichkeit das, was sich dort de facto als Sicherheitssituation ergibt, „in homöopathischen Dosen“ zu vermitteln. Der Deutsche Bundestag hat ja, wie Sie wissen, die Verpflichtung, Mandate immer zu verlängern unter bestimmten Bedingungen.

Das ist nicht Ihre Wortwahl; deswegen will ich Sie nach der nicht fragen. Aber finden Sie sozusagen persönlich das eine geeignete Form, die Sicherheitsverhältnisse in Afghanistan der deutschen Öffentlichkeit zu übermitteln? - Fänden Sie das? Ich sage es im Konjunktiv; Entschuldigung.

Zeuge Gregory Bledjian: Worauf genau beziehen Sie sich jetzt?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Na ja, ich beziehe mich darauf, dass Sie vorhin ja sehr deutlich dargelegt haben, dass Sie die politischen Konsequenzen eines Abzugs der Deutschen als besonders verheerend mit Blick auf unsere Rolle, die wir dort hatten - Und mir geht es darum, zu prüfen, wie stark das - oder zu hinterfragen, wie stark das handlungsleitend gewesen ist, diesen politischen Effekt zu vermeiden, dass Deutschland abzieht, als Land mit der Größenordnung engagiert, wie Sie das ja hier mehrmals, in mehreren Fragen deutlich gemacht haben. Deswegen interessiert mich, ob Sie der Auffassung sind, dass es eine richtige Einschätzung sein könnte, zu sagen: Das mit der Lage in Afghanistan muss man der deutschen Öffentlichkeit - ich sage es jetzt mal mit meinen Worten - schonend und allmählich beibringen.

Zeuge Gregory Bledjian: Gut, ich verstehe. - Ich habe es ja versucht nicht schonend, sondern so wenig schonend und so ungeschönt wie möglich zu berichten für die Kommunikation an die deutsche Öffentlichkeit. Das habe ich nie als meine Aufgabe begriffen. Wenn Sie andeuten, dass vielleicht ein bisschen der stark ausgeprägte Wunsch nach einer Fortsetzung unseres Engagements ir-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gendwo auch unser Urteilsvermögen beeinträchtigt haben könnte: Ja, vielleicht. Konnte sich vielleicht auch keiner vorstellen, was dann passiert ist. Aber bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ich ausgereist bin, war die begründete Hoffnung noch vorhanden, dass wir eine zivile Präsenz - und damit meine ich nicht nur die Botschaft - halten konnten, auch nach Abzug der Truppen. Das war jetzt nicht quasi ein Fantasiegebilde, sondern das war unsere aufrichtige Annahme, zumindest meine, dass wir bleiben können. Ich habe mir Mitte Juni nicht vorstellen können, was Mitte August passiert ist, sage ich Ihnen ganz offen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann habe ich eigentlich nur noch eine Frage. Ich beziehe mich noch mal auf das, was zu Beginn der Befragung der Kollege Nürnberger Sie gefragt hat. Er hatte Sie gefragt, ob es jemals in der Zeit, in der Sie verantwortlich waren, politische Einflussnahmen gegeben hätte auf Berichte, die Sie angefertigt haben. Das haben Sie verneint. Ich will umgekehrt fragen: Hatten Sie den Eindruck, dass Ihre Einschätzungen höheren Orts geteilt worden sind, also die Sie weitergegeben haben?

Zeuge Gregory Bledjian: Schwer zu sagen. Also, ich habe zumindest nicht das Gegenteil irgendwie empfunden. Es hat mir jetzt keiner aktiv gesagt: „Wir teilen deine Einschätzung“, aber meine Berichterstattung wurde nicht übermäßig kritisiert, eher gelobt. Ich hatte das Gefühl, dass sich jeder gut informiert fühlt. Aber darüber hinaus kann ich eigentlich Ihre Frage belastbar nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann habe ich doch noch eine Frage, nämlich - Sie sind ja Vertreter des Auswärtigen Amtes -: Sind Ihnen andere Einschätzungen anderer Ministerien oder des Bundesnachrichtendienstes zur Einschätzung der Situation bekannt, oder hatten Sie den Eindruck, dass es eine übereinstimmende Sicht der Dinge gibt bei den verschiedenen Ressorts, die betraut waren mit den Verhältnissen?

Zeuge Gregory Bledjian: Doch, da gab es immer sehr viele Einschätzungen, auch unterschiedliche. Sie hatten, glaube ich - - oder irgendjemand hatte das „Emirat 2.0“ erwähnt. Das war doch

eine sehr negative Einschätzung, an die ich mich gut erinnere. Ich hatte das Gefühl, dass teilweise - ich weiß jetzt nicht, wie offiziell das war - einzelne Vertreter des BMVg durchaus auch eine sehr, sehr kritische Einstellung hatten, vielleicht kritischer als das Auswärtige Amt; mag sein. Aber für mich spielte das in dem Sinne keine Rolle, was jetzt nun einzelne Beamte für Einschätzungen hatten. Es gab halt eine ressortübergreifende Politik der Bundesregierung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Das waren meine Fragen. - Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich habe noch eine Frage zu Ihrer Einschätzung über die Wirksamkeit und die Einsatzbereitschaft der afghanischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte. Wenn ich Ihren Aussagen bisher entnehmen kann, dass Sie davon ausgegangen sind, dass eine weitere Aktivität in Afghanistan auch nach Abzug der amerikanischen Truppen und der übrigen NATO-Staaten möglich sein könnte, würde das ja voraussetzen, dass die afghanischen Truppen diese Sicherheitsaufgaben zumindest rudimentär erfüllen konnten. Welche Informationen haben Sie im Zusammenhang mit den afghanischen Sicherheitskräften, in welchem Umfang Korruption, die Nichtzahlung von Militärsold und Ähnliches Auswirkungen auf die Kampfkraft und die Moral der afghanischen Truppen hatten? Und insgesamt: Welche Rolle spielte Korruption im afghanischen Regierungsgeschehen?

Zeuge Gregory Bledjian: Leider war Korruption sehr weit verbreitet. Es gab viele Bemühungen gerade der internationalen Staatengemeinschaft, dagegen was zu tun, aber auch viele Initiativen und Projekte. Aber letztlich hat es da keine wirklich substanziellen Fortschritte gegeben; also, Korruption war sehr, sehr weit verbreitet.

Ja, und was die Truppen anging: Rein zahlenmäßig usw. hätten sie in der Lage sein sollen; aber - ich glaube, ich hatte das auch im Laufe des Tages schon mehrmals gesagt - das war mit eine der größten Sorgen, die wir hatten, dass die afghanischen Truppen - wir hatten über die freiwilligen Aufgaben geredet, Versorgung, vieles mehr -



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht unbedingt in der Lage waren, ohne westliche Hilfe, ohne Hilfe von Resolute Support ihren Aufgaben in der Form nachzukommen, wie es notwendig gewesen wäre.

Und vielleicht noch ein weiterer Aspekt, der gerade dem Miller sehr wichtig war, der sagte: Extrem wichtig für die Effektivität und Funktionsfähigkeit eines Militärs ist die Kontinuität, die personelle Kontinuität. - Und es gab ständig Personalwechsel an führenden Stellen: vom Verteidigungsminister angefangen bis hin zu allen Ebenen. Immer hat man mit neuen Leuten zu tun gehabt. Irgendwie konnte die Truppe nicht so richtig zusammenwachsen, und es wurden stark nach Loyalität, weniger nach Leistung Posten vergeben. Und deswegen war meine, ein bisschen Laieneinschätzung, muss ich sagen, des Zustands der afghanischen Sicherheitskräfte sehr bescheiden.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine der Zielsetzungen unseres Untersuchungsausschusses ist auch, Konsequenzen für die zukünftigen Missionen der Bundeswehr und unserer zivilen Hilfsorganisationen abzuleiten. Aus Ihrer Sicht, als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes: Wo sehen Sie Handlungsbedarf für die Zukunft, um solche Einsätze künftig besser zu gestalten und auch deren Ende besser in Griff zu bekommen, als es im Fall von Afghanistan tatsächlich am Ende gelungen ist?

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist vielleicht eine Frage außerhalb meiner Kragenweite, ehrlich gesagt. Ich will mal so viel sagen: Meine Lehre aus Afghanistan ist: Egal was man tut, in einem derart sicherheitskritischen Umfeld ist es schwierig - - also egal, was: Ausbildung, zivile Maßnahmen, bis auf die humanitäre Hilfe, die in solchen Fällen ja dann auch immer die erhoffte Wirkung hat. Alles andere ist einfach schwierig in den Ländern. Das gilt für EZ, das gilt für Stabilisierung, das gilt auch für Ausbildung. Wenn ein konstanter Druck, militärischer Druck, da ist und eine Unsicherheit, ist es äußerst schwierig.

Ich will noch einen weiteren Aspekt sagen, der auch jetzt beim Ukraine-Konflikt sichtbar wird: Moral der Truppe ist wichtig, viel wichtiger als

Technologie. Ich meine, wir hatten ja weit überlegene Technologie gegenüber den Taliban, die meistens nur mit Kalaschnikow bewaffnet werden. Aber es wurde auch das immer besser. Das heißt, auch das ist, glaube ich - - sollte man nicht nur auf Qualität und Quantität, sondern eben auch auf solche Faktoren achten bei künftigen Einsätzen. Aber, wie gesagt, ich sehe mich jetzt eigentlich nicht in der Pflicht, dazu noch weiter was zu sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wissen das aber zu schätzen, dass Sie Ihr Urteilsvermögen anwenden. - Dann waren das die Fragen der SPD-Fraktion, und es wechselt zur Union. Der Kollege Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Es gibt ja eine Ministervorlage von AP 05 vom 18. Mai 2020, in der die Bitte Afghanistans thematisiert wird, wie damit umgegangen werden soll, die Friedensgespräche in Deutschland auszurichten. Es wird hierbei von deutscher Seite vorgeschlagen, Oslo als Ort der Friedensverhandlungen zu unterstützen, mit der Begründung, im Fall von Verhandlungen in Deutschland - ich zitiere -

... wäre das Risiko zu groß, dass wir am Ende an prominenter Stelle, sei es für das Ergebnis der Verhandlungen, sei es für das Scheitern eines Prozesses verantwortlich gemacht werden, dessen Grundlage wir nicht gelegt haben und dessen Verlauf wir nur unzureichend mitbestimmen können.

Zitat Ende. Das ist MAT A AA-8.461, Blatt 10.

Frage an der Stelle: War das Ihrer Meinung nach die interne Hauslinie des Auswärtigen Amtes, und wie war Ihre Ansicht damals dazu?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich habe das Risiko schon geteilt. Ich war eigentlich immer dafür, dass sie nach Deutschland kommen, die Friedensverhandlungen; aber in der Tat war das für mich schon ein gewichtiges Argument. Wir hatten ja viel über die strukturellen Schwächen dieses Friedensprozesses gesprochen. Und jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben nun andere die Weichen gestellt, und wir würden natürlich als Gastgeber dann irgendwo auch verantwortlich zeichnen für ein Scheitern dieses Prozesses. Insofern kann ich das Argument eigentlich auch heute rückblickend noch sehr gut nachvollziehen.

Ich wurde aber als Botschafter zu solchen Überlegungen nicht einbezogen. Mein Job war, zu berichten, dass die Afghanen gerne wollen, dass wir nach Deutschland kommen. Weitere Überlegungen wurden dann in Berlin angestellt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich möchte gerade korrigieren. Wir hatten die falsche Quelle: Es ist MAT A AA-8.514, Blatt 29 f. Ich bitte, das zu korrigieren an der Stelle.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Stenografische Dienst hat das perfekt aufgenommen; deswegen gehe ich davon aus.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Alles gut.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Haben Sie das als Gesandter gegenüber der afghanischen Regierung kommuniziert oder als Repräsentant der Bundesrepublik im Frühjahr und im Frühsommer 2020 in Gesprächen mit Vertretern der afghanischen Regierung, wenn Sie gefragt wurden?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, habe ich. Also, ich kann jetzt nicht genau sagen, gegenüber wem und wann; aber ich weiß schon, dass das immer wieder - - In einer Phase - - Irgendwann war das vom Tisch. Ich glaube, schon letztlich pandemiebedingt mussten die Pläne eingestellt werden, weil dann hieß es aus Deutschland, aus Berlin: Wir können jetzt keine 150 Afghanen mitten im Lockdown hierher bringen. - Also, es ging, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, aus praktischen Gründen überhaupt nicht, dass wir hier Friedensverhandlungen durchführen; deswegen war die Frage recht schnell vom Tisch.

Aber ja, ich habe immer wieder und immer mit eher positiver Resonanz mit allen möglichen Vertretern sowohl der Regierung als auch, sage ich

mal, im weiteren Sinne der Republik darüber gesprochen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay, weil auch Botschafter Prügel in einem Drahtbericht vom 27. Mai 2020 - das wäre MAT A AA-2.43, Blatt 19 - berichtet, dass da eine hochrangige Delegation, angeführt vom ehemaligen afghanischen Präsidenten Karzai, Deutschland darum gebeten habe, dass Deutschland als Gastgeber zur Verfügung für die innerafghanischen Gespräche stehen würde.

Gleichzeitig schreibt Botschafter Prügel in dem Drahtbericht - ich zitiere -:

Ich habe unsere fortgesetzte Unterstützung des AFG Friedensprozesses bekräftigt und auf die wiederholt erklärte Bereitschaft verwiesen, ggfs. auch als Gastgeber von Gesprächen bereitzustehen, wenn dies der ausdrückliche Wunsch aller Parteien sei ...

Zitat Ende.

Und im selben Bericht empfiehlt Botschafter Prügel dem Auswärtigen Amt aber dann - und ich zitiere -:

- Fortgesetzte Bekräftigung unserer Unterstützung für die baldige Aufnahme intra-afghanischer Verhandlungen wie auch unserer Bereitschaft, diese als Fazilitator konstruktiv zu begleiten
- zugleich weiterhin strikte Zurückhaltung, uns als Gastgeber für die IAV anzubieten und bisherige Linie fortzuführen, uns jedenfalls nicht selbst ins Gespräch zu bringen.

Zitat Ende.

Und da ist meine Frage: War das das offizielle Vorgehen, dass man einerseits den Partnern diese Bereitschaft signalisiert hat und intern signalisiert hat, dass man doch davon absehen sollte oder sich zurückhalten sollte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe das jetzt gerade nicht so gelesen. Wir haben uns einfach aus einer grundlegenden Bescheidenheit heraus einfach nicht aktiv ins Spiel gebracht; wir haben nicht für uns geworben. Die kamen auf uns zu, die Afghanen, haben das selber vorgeschlagen; Karzai ist ein sehr prominenter Name in dem Zusammenhang. Und wir haben immer gesagt: Ja, wenn ihr unbedingt wollt, machen wir es gerne, aber wir betreiben das Geschäft nicht aktiv.

Da sehe ich allerdings jetzt keinen Widerspruch zwischen dem, was wir gegenüber den Afghanen kommuniziert haben und was wir nach innen gedacht haben. Es klingt jetzt fast so, als ob wir es eigentlich gar nicht wollten und nur so getan haben, als ob. Also, den Eindruck hatte ich nicht. Ich glaube, da hatten schon einige wirklich Lust auf Friedensverhandlungen in Deutschland.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Mir gefällt der Begriff der grundlegenden Bescheidenheit sehr gut, den Sie gewählt haben.

In einer Nachricht über das Abschiedsgespräch von Botschafter Prügel mit dem afghanischen Außenminister Athmar vom 8. Juni 2020 berichten Sie nach Berlin über den Wunsch der afghanischen Regierung, dass Deutschland eine kombinierte Rolle als Sekretariat und Fazilitator für die Friedensgespräche haben soll. Botschafter Prügel hatte ähnlich schon am 3. Mai 2020 berichtet; das wäre MAT A AA-8.459, Blatt 5 bis 6, bzw. Ihre Nachricht ist MAT A AA-8.459, Blatt 25; 3. Juni wäre MAT A AA-8.459, Blatt 7 bis 8. In diesem thematischen Zusammenhang werden immer wieder vier mögliche Rollen für Deutschland im Friedensprozess mit den Taliban oder zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung erwähnt.

Dieser Zeitraum, also ab Ende Mai 2020: Ist es Ihrer Kenntnis nach das erste Mal, dass die afghanische Regierung offiziell den Wunsch geäußert hat, dass Deutschland eine zentrale Rolle für die innerafghanischen Gespräche übernehmen soll, oder war das auch früher, quasi in offiziellen Gesprächen, schon Thema?

Zeuge Gregory Bledjian: Das kann ich Ihnen ohne Vorhalt oder Aktenstudium nicht ganz präzise sagen, ob das vorher schon Thema war.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Ist Ihnen diesbezüglich bekannt, ob dieser Wunsch, dass Deutschland eine gewichtigere Rolle spielt, an die Hausspitze des Auswärtigen Amts herantragen wurde?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich gehe davon aus, dass wir das nicht den Afghanen anbieten, ohne dass das mit der Leitung abgesprochen ist; aber das können andere, die in Berlin diese Aufgabe hatten, solche Fragen mit der Leitung zu klären, Ihnen beantworten. Ich habe das nicht als meine Aufgabe gesehen, das mit der Leitung direkt zu klären. Da sind wir über den Umweg der Arbeitsebene gegangen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Also, dann kennen Sie auch keine Reaktion auf dieses Angebot. Also, Sie gehen davon aus, dass die Kenntnisnahme - - aber eine Reaktion ist Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, die Tatsache, dass wir den Afghanen irgendwie die Bereitschaft erklärt haben - -

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Gregory Bledjian: Daraus schließe ich, ohne es positiv zu wissen, dass diese Bereitschaft vorhanden war.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - In einer Mail vom 30. Juni 2020 - das ist MAT A AA-8.462, Blatt 4 - berichten Sie an das Auswärtige Amt - und ich zitiere -:

AFG Reg habe einem AFG-led,-owned, und -controlled Prozess zunächst zugestimmt; wenn beide Seiten sich allerdings auf einen Fazilitator einigen, dann müsse es DEU sein.

Sie schreiben hier „müsse“. Das hört sich jetzt so ein bisschen an, als ob die afghanische Verhandlungsdelegation auf die Unterstützung aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland gedrängt hat und auch viel Hoffnung darauf in dieser schwierigen Situation gesetzt hat. War das im Juni/Juli 2020 oder 2020 Ihre Wahrnehmung, die Sie in Ihrer Nachricht an das Auswärtige Amt zum Ausdruck gebracht haben, dass darauf gedrängt wurde?

Zeuge Gregory Bledjian: Kann ich jetzt rückblickend so nicht bestätigen. Also, es wurde schon der nachdrückliche Wunsch geäußert, die - - Einige Afghanen wollten das unbedingt, Karzai, der sowieso einen besonderen Bezug zu Deutschland hat, der ja auch eine Vergangenheit hat mit Deutschland - der ist ja immerhin quasi zum Präsidenten gekürt worden in Deutschland und hat auch familiäre Beziehungen - - Ich weiß es nicht. Also, ich glaube, jeder hat da auch so ein bisschen seine Motive. Aber von den Afghanen gedrängt worden zu sein, nach Deutschland zu gehen, kann ich jetzt so nicht bestätigen. Aber es ist natürlich ein bisschen Wortklauberei. Also, der Wunsch war schon da.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wurde vonseiten der Hausspitze, also Minister, Staatsminister, Staatssekretäre, in dieser Phase mit Kabul gesprochen, und wurde eine aktive Unterstützung für Friedensgespräche irgendwie signalisiert in Deutschland?

Zeuge Gregory Bledjian: Na ja, ich meine, dass eine Unterstützung signalisiert wurde jetzt direkt von Berlin nach Kabul, weiß ich jetzt ehrlich gesagt nicht. Ich habe mir jetzt auch nicht die Mühe gemacht, die Telefongespräche des Ministers im Einzelnen durchzugehen. Das wäre auch noch mal eine dicke Akte, und die Zeit hatte ich einfach nicht wegen der Ereignisse im Iran.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Sagen wir mal so: Hätten Sie das mitbekommen, wenn so etwas stattgefunden hätte?

Zeuge Gregory Bledjian: Schon, ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Gregory Bledjian: Ich kann mich beim besten Willen einfach nicht erinnern.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, alles gut.

Zeuge Gregory Bledjian: Ich persönlich habe das auch immer für nicht entscheidend gehalten. Ich hätte mich immer darüber gefreut; aber für die Sache wäre es genauso gut gewesen in Oslo oder sonst wo.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Nach dem, was wir jetzt gerade besprochen haben, haben Sie in einem Drahtbericht vom 9. Juli 2020 über den aktuellen Stand der innerafghanischen Gespräche an das Auswärtige Amt notiert - das ist MAT A AA-2.43, Blatt 53, 54, 55. - bzw. Sie betonen dabei - ich zitiere -:

Die **AFG Reg.** hat sich klar für **eine Verlegung der IAV nach DEU** nach einem Auftakt in QAT ausgesprochen und wünscht sich **DEU Unterstützung** während der IAV. Auch die **TLB** haben sich dem gegenüber **aufgeschlossen** gezeigt.

Zitat Ende. - Und als Handlungsempfehlung halten Sie fest - und ich zitiere -:

- aktiv AFG Reg. erbetene DEU Unterstützung für die IAV - allein oder mit Partnern - signalisieren

Frage an der Stelle: Ist es dann so zu verstehen, dass Sie in der Phase dann auch quasi den Gedanken, den Sie schon zu Anfang hatten, verschriftlicht hatten, dass diese Bemühungen unterstützt werden sollen?

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, das vermute ich mal ganz stark; sonst müsste ich mir den noch mal vorhalten lassen. Aber ich vermute, dass ich Gespräche geführt habe, mir diese Message mitgeteilt wurde und ich das dann nach Berlin berichtet habe entsprechend.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich möchte noch anfügen - weil ich meine, Sie können das jetzt nicht alles aus dem Gedächtnis wissen -, dass Sie in diesem Drahtbericht auch schreiben, dass sich das Zeitfenster für so was zu schließen droht. Das würde das dann untermauern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Wahrscheinlich, ja. Also, ich kann mir die Sachen sehr gerne vorlegen lassen. Ich wollte einfach auch ein bisschen die Zeit und vielleicht auch die Nerven einfach sparen, dass man immer darauf warten muss, dass ich lese; aber wenn Sie das für wichtig erachten, Herr Vorsitzender, würde ich jederzeit mir das auch vorlegen lassen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie sagen, es ist ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Gregory Bledjian: Ja, genau. Also, bisher - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn es gewünscht wird und hilft, können wir es machen.

Zeuge Gregory Bledjian: Nö. Also, wenn Sie keinen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Zeit haben wir auch.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich übergebe an den Kollegen Röwekamp. - Ich danke Ihnen vielmals.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, wir haben ja schon ganz lange über Ihre Zeit in Kabul gesprochen und in Masar-i-Scharif. Und ich sage mal so, ich habe den Eindruck, das war eine sehr intensive Zeit. Sie haben selber berichtet, dass auch Sie die Auffassung vertreten haben, dass im Zusammenhang mit Ortskräften keine zusätzliche Tätigkeit mehr durch die Botschaft erbracht werden könne. Sie haben gesagt, dass nur wenige Mitarbeiter von den besetzten Dienststellen tatsächlich auch kontinuierlich in der Botschaft waren. Sie haben von Ihrer persönlichen Arbeitsbelastung berichtet: sieben Tage die Woche, viele Überstunden.

Uns treibt natürlich die Frage um, ob in Anbetracht der Fülle der Aufgaben unsere Botschaft in Kabul ausreichend ausgestattet gewesen ist. Also, diese Frage wird Sie jetzt vielleicht auch nicht überraschen; die drängt sich ja nahezu auf. Ich weiß nicht, ob Sie Vergleiche ziehen können mit früheren Verwendungen in anderen deutschen

Auslandsvertretungen. Aber deswegen meine Frage: Meinen Sie oder haben Sie Anknüpfungspunkte dafür, zu sagen: „Wir waren nicht mit dieser Ausstattung in der Botschaft“ - die ja teilweise extern bestimmt war durch die angespannte Situation, die aber auch intern bestimmt war durch das Rotationsprinzip, was eingeführt worden ist und sich auf Ihre Botschaft erstreckte - - „Waren wir eigentlich noch in der Lage, unsere Aufgaben in vollem Umfang zu erfüllen?“ Oder hätten Sie sich auch in Ihrer Funktion als stellvertretender Leiter eine stärkere, auch personelle Unterstützung in der Botschaft in dieser spannenden Phase von Doha bis zum Ende Ihrer Tätigkeit gewünscht?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege, vielleicht können wir die Frage ein bisschen weniger suggestiv formulieren. Das erleichtert, glaube ich, die Beantwortung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie beurteilen Sie die Arbeitsbelastung in Ihrer Botschaft in Kabul?

(Heiterkeit)

Zeuge Gregory Bledjian: Also, die Frage ist einfach zu leicht. Ich nehme die erste.

(Heiterkeit)

Also, ja, ja und groß. Also, ja, ich hätte mir mehr Personal gewünscht; aber fragen Sie jeden zweiten Referatsleiter oder Botschafter in der Welt: Jeder möchte mehr Personal haben. Das ist ganz normal. Ich hätte auch noch die doppelte Menge von Kolleginnen und Kollegen beschäftigen können.

Aber gleichwohl - und ich will darin keinen Widerspruch sehen - - Ihre zweite Frage war: Haben wir, sage ich mal, unser Arbeitspensum erfüllt? - Ja, denke ich schon. Es gab ja auch Dinge, die wir nicht machen mussten. Also, Kultur und Veranstaltungen und Wirtschaft spielten keine Rolle und einige andere Dinge. Es gab kaum Kulturmittler. Wir konnten uns schon so ein bisschen monothematisch auf die Themen, die wir heute



Nur zur dienstlichen Verwendung

gemeinsam hier besprochen haben, auch konzentrieren. Das hat auch funktioniert. Wir konnten mehr oder weniger die internationalen Gremien bestücken; aber ich muss schon sagen, das war schon ein bisschen grenzwertig. Also, teilweise hatten wir Schwierigkeiten, allem, gerade unserer Verpflichtung, in den ganzen internationalen Gremien zu sitzen, nachzukommen. Also, es war auf Kante genäht, keine Frage.

Darüber hinaus gibt es immer Klagen. Und die Arbeitsbelastung war schon sehr groß. Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage, dann würde ich noch mal an den Kollegen Zippelius zurückgeben.

Uns treibt natürlich jetzt insgesamt auch - die Bilder werden Sie auch noch vor Augen haben - die Evakuierungssituation der zivilen Mitarbeiter der Ortskräfte um. Mit dem Wissen von heute frage ich jetzt mal - wir haben ja vorhin - - Hatten Sie Listen? Wer hatte Listen und so? - Meinen Sie, dass wir auf ein schnelles Ende des Einsatzes und sozusagen das schnelle Kippen der politischen Verhältnisse in Afghanistan ausreichend vorbereitet gewesen sind?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, wir waren nicht ausreichend vorbereitet. Aber mir ist kein anderes Land bekannt, das ausreichend vorbereitet war auf die Ereignisse, die sich ja wirklich überstürzt haben. Ich meine, es hatten doch alle im Prinzip die gleichen Probleme wie wir. Ich habe das ja verfolgt über zwei Jahre, das Geschehen, und will mal sagen: Es war keine lineare Entwicklung. Aber der Verlust beispielsweise an Territorium und Distrikten usw. usf. - - Plötzlich, in den Wochen vor dem August, vor dem Ereignis, ist das ja von null auf 100 quasi in die Höhe gegangen. Das kam schon ein Stück weit für alle unerwartet, dass es so schnell ging, zumindest für mich. Man kann immer besser vorbereitet sein; das stimmt. Ja, ich belasse es mal dabei.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich doch noch mal eine kurze Nachfrage ziehen, weil Sie ja eben auch das Benchmark betrieben haben. Meinen Sie, dass beispielsweise die Amerikaner,

auch was ihre zivilen Beschäftigten und Ortskräfte betrifft, besser vorbereitet gewesen sind und es vielleicht auch deswegen besser geschafft haben, ihre Ortskräfte außer Landes zu bringen?

Zeuge Gregory Bledjian: Speziell die Amerikaner? Na ja, die hatten natürlich alle Möglichkeiten: Flughafen und große Flugzeuge und vieles mehr. Aber das ist schwierig für mich zu beurteilen, gerade für die Zeit. Auch wenn ich, wie Herr Vorsitzender klarstellte, auch zu Dingen befragt werden kann, die danach passiert sind, nach meiner Ausreise, weiß ich schlicht nicht, was da genau gelaufen ist. Die Amerikaner hatten wahrscheinlich viel, viel mehr Ortskräfte. Ich bin mir nicht ganz sicher. Außer bei den Franzosen - wir hatten, glaube ich, irgendwie drüber gesprochen, dass die sehr frühzeitig sich drum gekümmert haben - hatten wir alle diese Fragen, und jeder hat auch ein bisschen auf den Nachbarn geguckt. Ob die das so viel besser gemacht haben, kann ich Ihnen eigentlich nicht beurteilen, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich lasse noch eine Frage vom Kollegen Zippelius zu.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke. Das ist dann auch die letzte. - Ich hatte in meiner letzten Frage erwähnt Ihren Drahtbericht vom 9. Juli 2020, Stand der innerafghanischen Friedensgespräche und Ihre Handlungsempfehlungen. Ich zitiere noch mal. Ich sage es auch noch mal: MAT A AA-2.43, Blatt 53, 54, 55. Ihr Zitat:

- aktiv AFG Reg. erbetene DEU Unterstützung für die IAV - allein oder mit Partnern - signalisieren

Letzte Frage an der Stelle: Ist Ihnen bekannt, wann das Auswärtige Amt Afghanistan eine solche Unterstützung zum Beispiel in der Funktion eines Gastgebers aktiv angeboten hat?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, das ist mir nicht bekannt, das genaue Datum. Aber das Zeitfenster muss relativ eng gewesen sein, bis es dann auch nicht mehr ging, so plus/minus der Zeitraum, den Sie gerade genannt haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): 9. Juli plus/minus dann.

Zeuge Gregory Bledjian: Würde ich mal vermuten, ja; aber ich kann Ihnen jetzt nicht ein Datum sagen, wann es den Afghanen zum allerersten Mal angeboten wurde. Es war auch, glaube ich, schon so, dass nicht wir denen das angeboten haben, sondern dass die Afghanen zu uns kamen mit diesem Vorschlag -

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Gregory Bledjian: - und mit dieser Anregung. Und übrigens, schon immer war das irgendwie ein Thema, also unter Bezugnahme auf die Petersberger Konferenz und die Bonner Konferenz.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay, dann drücke ich es anders aus, dass es halt positiv zumindest - was heißt: „beschieden“? - - aber zumindest positive Zeichen gegeben wurden dazu. Ja? - Okay. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es war, glaube ich, akustisch nicht zu hören, weil es nur ein Nicken war; aber Ja war gemeint.

Jetzt wechselt das Fragerecht zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche, möglichst nahtlos anzuschließen an meine Ausführungen von gerade, und ich möchte es auch noch mal ein bisschen zusammenfassen, was wir jetzt schon erfahren haben.

Sie haben eine richtige Analyse gemacht zum Doha-Abkommen, zu den Geburtsfehlern. Sie haben eine richtige Analyse gemacht zu den Erfolgsaussichten der Friedensverhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban, insbesondere mit Blick darauf, dass eigentlich eine No Deal Option für die Taliban überhaupt keine Kosten mit sich bringt. Sie haben auch mitbekommen, dass man unter Biden nicht mit allzu viel rechnen muss, weil er sich immer sehr pro Abzug ausgesprochen hat. Das war sozusagen alles 2020/21.

Und dann, in der finalen Zeit, haben Sie auch beobachtet, dass die Taliban ihre Ziele durchaus militärisch definieren und weiterhin kein Interesse an Verhandlungen haben, sondern versuchen, ihre Ziele militärisch zu erreichen. Sie haben auch beobachtet, dass die Taliban sehr schlau vorgehen, zum Beispiel, wie Sie das nennen, die Elders-Strategie, also durch diese sozusagen Dorfweisen, die dann versuchen, zu verhandeln, und eben dann eine friedliche Übernahme - im Kampf wäre es eine Schlachtfeldplünderung, hier: friedliche Übernahme - von großen Mengen an militärischem Gerät durch die Taliban - - was im Prinzip eine Art Schneeballsystem ausgelöst hat. Und - Sie haben es gerade auch noch mal beschrieben - dass eine Provinz nach der anderen eingenommen wurde.

Und da stellt sich für mich erst mal ein bisschen die Frage, warum Sie nie selber in Ihren Analysen - Sie haben ja auch viel geschrieben über die ganze Zeit bis zum Ende hin - in den Raum gestellt haben, dass die Finalität sein könnte: „Ende der Republik Afghanistan“? Weil eigentlich drängt sich das durch alles, was Sie schreiben, auf, das mindestens für wahrscheinlich zu halten.

Und Sie haben eine Analyse, die meiner Meinung nach sehr gut ist, aber am Ende die falschen Schlussfolgerungen zog, zumindest falsch, wenn man sie auf die Realität abbildet. Und ich glaube, Sie haben auch im letzten Jahr wahrscheinlich dann viel Zeit gehabt, das noch mal so für sich zu reflektieren. Was glauben Sie denn, warum Sie es nicht haben kommen sehen, dass Republik Afghanistan als Konstrukt auch sich dem Ende neigt und wir da nicht einen Bürgerkrieg haben, wo afghanische Truppen gegen die Taliban kämpfen, sondern tatsächlich ein Staatszerfall und eine Machtübernahme der Taliban auch passieren können? Was würden Sie sagen?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe das doch kommen sehen und nichts anderes geschrieben. Ich habe nur die Bedingungen gesagt oder aufgelistet. Ich habe gesagt: Wenn der Friedensprozess keinen Erfolg hat, wird genau das und das und das und das und das passieren, diese Trends. Und das war meine Aufgabe: Entwicklungen. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

komme ja nicht aus der Politik, die sozusagen vom Ende her denkt und sagt: Ja, Alarmismus und, und, und. - Also nicht dass ich Politikern Alarmismus unterstellen will, um das ganz klarzustellen. Nee!

(Heiterkeit)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind Sie bei mir an der richtigen Adresse.

Zeuge Gregory Bledjian: Pardon. Ich wollte keine spektakulären Analysen machen usw.: Kabul steht vor dem Fall usw. - Sie müssen auch ein bisschen die Arbeit und das Handwerk von Diplomaten verstehen. Wir haben Lageberichte, wir haben Analysen gemacht. Es ging jetzt nicht darum, zu sagen, was passieren wird, und irgendwelche dramatischen Szenarien auszuwählen. Ich habe aber durchaus - und das habe ich mir ja die letzten Tage immer wieder angeschaut - sehr klar gesagt, wohin die Reise geht und dass es früher oder später, wenn nicht durch den Friedensprozess in Doha das Steuer herumgerissen wird - - dass letztlich die Entwicklung, das Momentum, der Trend, eindeutig in eine ganz bestimmte Richtung zeigt.

Schlussfolgerungen aus dieser Analyse waren nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe war die Analyse, und die habe ich abgegeben. Und so steht es in den Berichten. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen. Ich weiß nicht, warum ich da falsche Schlussfolgerung ziehe. Ich habe ja ziemlich versucht, so ehrlich und offen zu sagen, was ich für wahrscheinlich gehalten habe, was nicht, welche Zeiträume - - Ich persönlich habe übrigens, als ich das Land verlassen habe - das habe ich jetzt so nicht aufgeschrieben, weil es eben nicht meine Art ist und auch nicht meine Aufgabe -, wenn ich privat gefragt wurde, gesagt: Sechs bis zwölf Monate ist es vorbei.

Es waren dann zwei Monate: viel, viel weniger. Aber wir wussten doch alle, dass letztlich - - Der Trend war doch völlig eindeutig, wohin das geht. Man musste einfach nur meine Berichte lesen. Deswegen bin ich mir nicht sicher - - Oder Sie erklären mir noch mal, was die falschen Schlussfolgerungen daraus waren. Ich war ja auch

nicht - - Es war nicht meine Aufgabe, Schlussfolgerungen aus dem zu ziehen, sondern aufzuzeigen, wohin die Reise geht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe schon einen Vorhalt dazu gemacht. Deswegen nehme ich das jetzt nicht noch mal, dass ich die MAT-Nummer - - alles vorlese. Aber Sie haben schon von möglichen Verbesserungen im Herbst geredet, von einem möglichen Folgemandat und dass sozusagen der militärische Druck - das haben Sie ja auch hier gerade in der Runde noch mal wiederholt - Richtung Winter wieder runtergehen kann. Deswegen ist es schon - - würde ich das jetzt nicht ganz so einschätzen wie Sie; aber da müssen wir auch nicht zusammenkommen. Ich glaube, dass es dann - - Genau.

Sie sagen gerade: Die Schlussfolgerungen zu ziehen, wäre nicht meine Aufgabe gewesen. - Jetzt waren Sie aber natürlich einer von denen, die sehr viel Informationen hatten im Vergleich zu vielen anderen. Wer wäre denn Ihrer Meinung nach die richtige Person, um die Schlussfolgerungen zu ziehen? Das sage ich jetzt auch nicht sozusagen als Fangfrage, sondern tatsächlich: Aus Ihrem Beamtenverständnis heraus, was würden Sie sagen, auf welcher Stufe ist dann die Person, die sagen muss: „So, und jetzt aber dramatische Lagebeschreibung, weil wir auch eine Verantwortung haben für mögliche Handlungen, die daraus folgen müssen“?

Zeuge Gregory Bledjian: Meine Aufgabe war es, Entwicklungen durchaus auch zu antizipieren. Und selbst wenn aus Gründen, die ich ja ziemlich deutlich geschildert hatte, die Kampfhandlungen zurückgehen, die saisonal bedingt sind - das hat nichts mit einem generellen Trend zu tun, den ich ja sehr deutlich beschrieben habe. Da würde ich schon darauf bestehen, klar zu differenzieren. - Das ist ad eins.

Ad zwei: Politische Entscheidungen werden in Berlin getroffen. Das ist so. Wir im Ausland - - Wenn wir im Ausland eingesetzt sind, berichten wir. Aber auf welcher Ebene jetzt politische Entscheidungen getroffen werden, das - - Sie kennen ja die Hierarchien im Auswärtigen Amt. Das ist ja hier für jeden einsehbar. Da muss ich ja jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht sagen, das müsste auf Referatsleiter- oder Beauftragten- oder Abteilungsleiter- oder Staatssekretär, Minister - das ist die Hierarchie - oder sogar noch eine Stufe höher - - Meine Aufgabe ist, eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Entscheidungen werden aber hier getroffen. Und ich glaube, es werden da auch genug Zeugen sein, die dazu auch kompetent Auskunft geben können.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können auch kompetent Auskunft geben zu dem Komplex Ortskräfte. Da haben Sie sich recht früh auch schon an Krüger gewandt in dem Fall. Da ging es um - - Das ist die MAT A AA-2.34, Blatt 6. Das war am 02.03.2020. Da waren Sie noch in Masar-i-Scharif. Da ging es um die Phase A (light) des Truppenabzugs aus Afghanistan. Sie sagen dort:

- Was erwarten wir hinsichtl. des sog. Ortskräfteverfahrens? Es könnte einen deutlichen Anstieg von Anträgen geben. Da die Bundeswehr erheblich mehr betroffen ist (rd. 500 Pers.), wird Abstimmung mit BMVg und BMI (GPPT)

- German Police Project Team -

angeregt.

- Wenn wir mehr Klarheit haben, sollten wir im Sinne der Personalfürsorge unseren LBs

- lokal Beschäftigten -

mitteilen, was sie zu erwarten haben.

Erst mal: Was hat Sie zu der Sichtweise damals konkret veranlasst? Und - das haben wir nämlich in den Akten nicht gefunden - haben Sie irgend-eine Reaktion auf diese E-Mail bekommen aus Kabul oder aus Berlin, wo ja dann, wie Sie sagen, Entscheidungen getroffen werden?

Zeuge Gregory Bledjian: Das ist eigentlich ein perfektes Follow-up, ein Beispiel zu dem, was wir gerade besprochen haben. Ich weise darauf

hin, wie die Sachlage ist, wie ich die Entwicklungen sehe, was ich für Risiken sehe, was auf uns zukommen könnte. Reaktionen - das ist ja so lange her. Ich weiß das nicht mehr aus dem Kopf, ob es da eine Reaktion oder - - Es gab eigentlich immer irgendwelche Reaktionen. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber in dem konkreten Fall, das ist einfach zu lange her. Da müsste ich mir quasi in der Chronologie noch mal die Akten da anschauen.

Aber ja, wir haben natürlich diese Gefahr gesehen und haben auch, glaube ich, weil wir auch viel näher dran waren an den lokalen Beschäftigten - - Das waren ja Leute, mit denen wir tagtäglich zusammengearbeitet haben, mit den Afghanen, und die wollten schon wissen von uns: Was ist denn nun? Was könnt ihr denn für uns tun? - Ich war einfach für eine klare Kommunikation - die konnte ich wiederum nicht alleine machen -: „Keiner kommt nach Deutschland“, „Wir nehmen euch alle auf.“ - Das stand mir einfach nicht zu. Das ist eine politische Entscheidung, wie man damit umgeht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich bin jetzt im Juni 2021, auch wieder Thema sozusagen Sicherheitslage für Menschen vor Ort, aber diesmal aus der anderen Richtung. Wir beziehen uns hier auf MAT A AA-2.44, Blatt 91. Da bezeichnen Sie am 9. Juni im Rahmen eines Abschiebeflugs nach Afghanistan Folgendes:

Trotz der relativ hohen Zahl an Rückgeführten (42, 40 von ihnen Straftäter) war die Stimmung im Terminal ruhig ...

Parallel, zwei Tage vorher in der schon bereits zitierten DKOR vom 7. Juni, AA-2.44, Blatt 87, 88, zitieren Sie: sicherheitsrelevante Zwischenfälle, den Anschlag auf die Mädchenschule - wir hatten das alles schon -, zentrale Verkehrsrouten und Elektrizitätsnetze durch die Taliban unterbrochen. - Wenn man das dann so liest im Aktensstudium hintereinander, kommt einem das ein bisschen komisch vor, dass sozusagen zwei Tage vorher sehr ausführlich die Sicherheitslage noch mal beschrieben wird insgesamt, und das hört sich ganz unruhig an. Und dann ist sozusagen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Stimmung am Terminal war ruhig. - Okay, am Terminal. Aber trotzdem ist es ja so: Das, was Sie auch zurückmelden dann nach Berlin, klingt etwas anders als die Kollegin, die das im April noch gemacht hat, also einige Monate vorher beim vierten Abschiebeflug - sieben gab es insgesamt noch 2021 -, und die dort eben schrieb - MAT A AA-2.44, Blatt 63 -:

In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Sicherheitslage

sei es geboten,

die Aussetzung der Rückführungen im Mai in Betracht ziehen.

Also da hat sozusagen dann die Kollegin aus der Kabuler Botschaft, Pol-3, im April schon rückgemeldet im Rahmen eines Abschiebeflugs: Vielleicht solltet ihr das in Berlin mal überdenken. - Zwei Monate später schreiben Sie nur, dass die Lage ruhig war. Können Sie - - Gibt es da einen sachlichen Grund für, oder glauben Sie, dass die Kollegin sich sozusagen außerhalb ihres Rahmens da verhalten hat, um solche Tipps zu geben?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich muss sagen, so ganz verstehe ich die Frage nicht. Erst mal den vermeintlichen Widerspruch zwischen einer Sicherheitslage, die nicht gut ist, und dass es am Terminal ruhig ist: Es kann auch eine ganz schlechte Sicherheitslage sein und trotzdem ruhig am Terminal sein. Es ist ja nicht so, dass es überall jederzeit laut war. Es gab viele Plätze in Kabul, wo es ruhig war jeden Tag. Es gab halt auch jeden Tag Anschläge. Also insofern, einen generellen Trend mit einer, sage ich mal, isolierten Situation an einem Flugterminal - - sehe ich keinen Widerspruch.

Was jetzt diesen konkreten Bericht angeht: Sagt mir jetzt nichts. Eigentlich sehe ich es nicht als unsere Aufgabe, Berlin zu empfehlen, ob abgeschoben werden soll oder nicht. Aber was sehr gut sein kann, ist: Wenn die afghanische Regierung - - und das hat sie mir gegenüber - ich war ja auch im Flüchtlingsministerium -: „Ihr sollt nicht abschieben aus diesen oder jenen Gründen“,

dann ist es sehr wohl meine Pflicht, das mitzuteilen, meiner Regierung, meiner Zentrale zu sagen: Ihr solltet noch mal die Handlungsempfehlungen bitte überprüfen, weil Abschiebungsflüge zu negativen politischen Auswirkungen im Gastland führen könnten. - Also, wir machen keine Politik, aber wir müssen politische Haltung wiedergeben unseres Gastlandes. Allerdings müsste ich mir dann das genauer angucken, um vielleicht besser zu verstehen, was jetzt da nun genau der Fall war.

Und ich schließe natürlich: Wir sind alle Menschen. Dass vielleicht eine Kollegin möglicherweise so eine Empfehlung auch aus eigener Anschauung gemacht hat, das kann ich nicht beurteilen. Müsste ich mir dann genauer angucken.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hilft auf jeden Fall, das besser zu verstehen. - Ich glaube, wir müssen nicht noch mal in den Text reingehen. Wissen Sie, inwiefern Ihre Lagebeurteilung von vor Ort in die Einschätzung des Auswärtigen Amtes - - Da gibt es ja immer die Länderberichte, wo sozusagen dann auch das BMI sich darauf stützt, wenn es überlegt, abzuschieben oder nicht. Wissen Sie, inwiefern Ihre Einschätzungen von vor Ort auch dort einfließen und wann vielleicht auch eine Review getriggert wird, also das man dann vielleicht schon ein bisschen früher ein Update macht, weil man aus Kabul hört, es gibt Probleme?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, es gibt ja zahlreiche institutionalisierte Berichte. Ich glaube, Sie sprechen den sogenannten Asyllagebericht an.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wahrscheinlich. Es gibt ja immer einen Lagebericht pro Land, um sozusagen eine Grundlage zu haben, ob man abschieben darf oder nicht.

Zeuge Gregory Bledjian: Das müsste der, glaube ich, sein, der Asyllagebericht, weil viele quasi auch Berichte - - der politische Halbjahresbericht und Menschenrechtsbericht usw. Natürlich wird der maßgeblich von der Botschaft geschrieben. Ich hoffe mal, dass das eine wichtige Entscheidungsgrundlage ist für die Zentrale. Aber die letztendliche Entscheidung - ich weiß noch nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal, ob sie im Auswärtigen Amt, ehrlich gesagt, getroffen wird. Ich vermute mal, in einem anderen Ministerium.

Aber unsere Aufgabe ist es, Fakten zu liefern: Wie ist die Sicherheitslage? Sind die Flüchtlinge sicher, die wieder abgeschoben werden? Was ist mit - ich glaube, das war immer ein Thema, wie wir das bewerten - den Alternativen im Land? Die haben Probleme oder werden verfolgt oder sind in Gefahr in der Provinz. Ist es irgendwie zumutbar, in eine andere Provinz zu kommen? Und so weiter. - Also wir versuchen einfach, so neutral und gut wie möglich die Lage im Land zu schildern. Dass die natürlich ganz problematisch war - - Aber ich meine, wir dürfen nicht vergessen, es gab auch friedliche Provinzen in Afghanistan, wo kaum was passiert ist - immer weniger, gebe ich zu. Aber es gab Urlaubs- - Es gab Leute, die Skifahren in Bamiyan gegangen sind. Also, man darf jetzt nicht nur immer so seinen Blick verengen auf die gefährlichen Provinzen. Aber noch mal: Das war nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe - auch im Asyllagebericht - ist es, wirklich ungeschönt und ungeschminkt die Lage zu schildern. Schlussfolgerungen bitte in Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe jetzt, Frau Kollegin, fünf Minuten dazugegeben, weil wir uns in der letzten Runde sozusagen wählten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh Gott! ich habe mich schon gewundert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Deswegen war das außerordentlich großzügig. Insofern, vielleicht geht das ja. Dann würde nämlich das Fragerecht jetzt zur AfD gehen.

Hannes Gnauck (AfD): Ja, vielen Dank. - Ich komme noch mal auf eine Aussage aus der letzten Runde zurück. Sie sagten ja, dass man schon Sorge hatte, dass eben die ANDSF sich ja aufspalten könnten, aufsplintern könnten zwischen den damals beiden handelnden Akteuren Ghani und Abdullah. Dann sagten Sie auf eine Nachfrage des Kollegen Nürnberger, dass Ihre Einschätzung der ANDSF - - oder der Zustand der ANDSF doch sehr bescheiden sei. Und das alles nach 18, 19 Jahren Aufbau und Ausbildung: Stellt man da

nicht sich selber dann doch mal die Frage - - Oder stellt man die Mission als solches da in Frage? Haben Sie das getan?

Zeuge Gregory Bledjian: Welche Mission?

Hannes Gnauck (AfD): Die Mission in Afghanistan, RS, und die Vorgängermission ISAF - -

Zeuge Gregory Bledjian: Resolute Support?

Hannes Gnauck (AfD): Genau.

Zeuge Gregory Bledjian: Ach so. Eigentlich nicht, nein. Das war ja Train, Assist, Advise. Das hatte ja drei Komponenten, diese Mission, gehabt. Eigentlich ist seit der Abzugsentscheidung und Covid-Pandemie nicht mehr viel gelaufen, muss ich gestehen. Ich habe aber durchaus so ein bisschen auch in Masar-i-Scharif mir ein paar Maßnahmen angeschaut. Das bringt schon was. Das war halt der Tropfen auf den heißen Stein, muss man sagen. Also, das war jetzt nicht eine grundlegende Verbesserung. Also, es hätte sie sein können, wenn die anderen Faktoren, die ich aufgezählt habe - die Zermürbung, die Moral der Truppe, die schlechte Versorgung, die Korruption, die Todes- - Ich habe mal ausgerechnet, dass an einem Außencheckpoint die Wahrscheinlichkeit, zu sterben, 5 Prozent beträgt. Das finde ich ziemlich hoch. Also das vielleicht nicht zu Protokoll geben. Das ist einfach nur so eine Rechnung, die ich mal gemacht habe.

Hannes Gnauck (AfD): Das ist zu spät jetzt.

Zeuge Gregory Bledjian: Ach so, das kommt alles ins Protokoll. Okay, gut, dann - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist mit dem Stenografischen Dienst nicht möglich, dass wir - -

Zeuge Gregory Bledjian: Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auslassungen sind mit dem Stenografischen Dienst nicht möglich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gregory Bledjian: Okay. Ich werde meine Worte wägen dann ab jetzt. - Jedenfalls mir persönlich stellte sich schon die Frage deswegen nicht, weil so viel einfach dranhing an der Mission auch in ziviler Hinsicht. Wir waren ja da sehr intensiv engagiert. Es bestand immer die Befürchtung - das haben wir ja auch, glaube ich, sehr ausführlich besprochen -, dass mit dem Abzug der Truppen mit der RS-Mission eben viele andere Dinge auch nicht mehr fortgeführt werden können. Das ist ja dann leider auch so gekommen. Aber früher oder später in Afghanistan hat sich jeder mal die Sinnfrage auch gestellt, na klar.

Hannes Gnauck (AfD): Ich denke, nach 18, 19 Jahren Ausbildung, wenn man sich dann noch Sorgen machen muss, ob die afghanischen Streitkräfte überlaufen, dann muss man doch mal die Mission infrage stellen.

Ich komme zur nächsten Frage. 2016 wurde ja das deutsche Generalkonsulat in Masar angegriffen und 2017 die deutsche Botschaft in Kabul. Können Sie uns sagen, ob die Täter dieser Anschläge im Zuge der 2020 einsetzenden innerafghanischen Friedensverhandlungen freigelassen worden sind und welche Position die deutsche Bundesregierung an dieser Stelle eingenommen hat?

Zeuge Gregory Bledjian: Herr Vorsitzender, ist das eine Frage, die noch gedeckt ist vom Untersuchungsauftrag? Ich kann dazu eh nicht ganz so viel sagen, aber - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Gefangenenaustausch war Teil sozusagen des Zeitraums, über den wir reden, und insofern - - Ob Sie es wissen, das kann ich nicht beurteilen.

Zeuge Gregory Bledjian: Ja. Also, ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber die Frage ist an sich schon gedeckt, ob Ihnen das zur Kenntnis gekommen ist.

Zeuge Gregory Bledjian: Es gab natürlich Gerüchte; aber wir haben nie Listen bekommen, wer

da genau dabei ist. Es gab in der Tat Gerüchte; aber nach meinem Kenntnisstand sind die auch nie vernünftig aufgeklärt worden, alle beide Taten, sowohl 16 als auch 17.

Hannes Gnauck (AfD): Sie haben im Juni 2021 eine Mail an das AA verfasst, in der es um eine Meldung eines KSK-Soldaten in Kabul gegangen sein soll; Fundquelle MAT A AA-8.13, Blatt 212. War das KSK im Juni 21 in Kabul eingesetzt?

Zeuge Gregory Bledjian: Das weiß ich jetzt aus dem Kopf nicht. Also, ich habe schon ein bisschen Kontakt mit dem KSK gehabt, kam ab und zu mal vorbei, und wir haben Kaffee zusammen getrunken. Aber ob die - im Juni 2021 war das? - noch präsent waren, weiß ich nicht. Ich vermute fast nicht, ehrlich gesagt.

Hannes Gnauck (AfD): Zweite Frage dazu: Stimmt es, dass Heiko Maas von Frau Kramp-Karrenbauer angebotene KSK-Kräfte zum Schutz der deutschen Botschaft abgelehnt hat? - Fundstück MAT A AA-8.13, Blatt 213. Haben Sie Kenntnis davon?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, keine Kenntnis.

Hannes Gnauck (AfD): Am 21. Juni 2021 schrieben Sie eine Nachricht an Herrn Krüger, AA, und Potzel, den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan. Darin informierten Sie über Abzugspläne der britischen Botschaft. Dies hätte zur Folge, dass die Sicherheit der deutschen Botschaft in Kabul nicht mehr ausreichend gegeben sei. - MAT A AA-8.12, Blatt 161. - Ist es nicht irgendwie verblüffend, dass solche Probleme entstanden, obwohl man sich ja bereits schon mindestens ein halbes Jahr lang über Sicherheitsfragen nach Abzug der NATO-Truppen ausgetauscht hatte?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich verstehe die Logik der Frage nicht. Es war nicht ein halbes Jahr klar, dass die Briten plötzlich gehen wollen. Das Sicherheitskonzept der britischen Botschaft aufgrund einer räumlichen Nähe und des gemeinsam genutzten Checkpoints hat uns vor - - allergrößte Sorge in uns ausgelöst und war auch überraschend, selbst für die dortige Botschafterin. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

war so ein bisschen der Hintergrund meiner Mail. Das war jetzt nicht etwas, was schon lange feststand.

Hannes Gnauck (AfD): Wir haben in der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 29.09. erfahren, dass für Deutschland arbeitende lokal Beschäftigte bei Dienstaustritt eine hohe Abfindung bekamen. Dies soll Begehrlichkeiten bei Kriminellen geweckt haben, die wussten, dass die lokal Beschäftigten gut verdienen. - Vorläufiges Protokoll, Sitzung Untersuchungsausschuss vom 29.09., Seite 60. Ist Ihnen dieses Phänomen bekannt?

Zeuge Gregory Bledjian: Nein, ist mir nicht bekannt.

Hannes Gnauck (AfD): Gut. - Der Sachverständige Dr. Markus Kaim hat uns hier im Ausschuss vermittelt, dass es der deutschen Bundesregierung hätte klar sein müssen, wie sehr die afghanische Armee noch von den USA abhängig war. Das sei kein Geheimwissen. - Vorläufiges Protokoll der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 22.09.22, Seite 91.

In diesem Zusammenhang sagte er weiter - ich zitiere Dr. Kaim -:

Damit stoßen wir zu der sehr unbequemen Frage vor, die ... für die deutsche Politik zu stellen ist: Wie konnten wir das nicht sehen, oder warum haben wir das nicht gesehen? ... Ich würde zwei Theorien anbieten; ich

- also Herr Kaim -

war ja nicht dabei.

Das Erste. Ich glaube, Afghanistan musste einfach zum Erfolg werden ... Eine Niederlage in Afghanistan ... konnte nicht zugelassen werden ...

Das Zweite ... ist, dass diejenigen befördert werden, die sagen, es läuft gut ...

Ich glaube,

dass [es] das kritische Wissen über die Zustände, die uns vielleicht nicht ... gefallen haben, durchaus gegeben hat. Aber das hat den Weg nach oben aufgrund des gesetzten ... Ziels, des Erfolges, nicht gefunden.

Vorläufiges Protokoll der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 22.09., Seite 91. So weit Dr. Kaim. - Was sagen Sie zu dieser Vermutung, dass die Bundesregierung in ihrem Blick auf die Zustände in Afghanistan nach dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, verfahren ist?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, wir müssen die Fragen schon ein bisschen präziser stellen. Wir wollen jetzt nicht die Zeugen hier zu Mutmaßungen ermuntern.

(Stefan Keuter (AfD): Das ist eine Einordnung!)

Vielleicht kann man die Frage ein bisschen anders stellen, dass da keine Mutmaßungen erfolgen müssen.

Hannes Gnauck (AfD): Das ist keine Mutmaßung.

(Zuruf: Zulässige Frage!)

- Ja. Das ist keine Mutmaßung.

(Stefan Keuter (AfD): Das ist die Bitte um eine Bewertung einer Aussage eines Sachverständigen!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind an so einem Punkt, das ist immer so ein Graubereich. Wir haben jetzt verschiedentlich Fragen oder Zeugenmutmaßungen. Man muss entweder fragen, ob man Kenntnis von Dingen hat, oder es ist mindestens zu erfragen, dass das mit dem Aufgabenbereich des Zeugen zu tun hat. - Herr Kollege Gloßner.

LR I Andreas Gloßner (AA): Danke, Herr Vorsitzender. - Also ich möchte das nur unterstreichen. Sozusagen Spekulationen und dergleichen sind



Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich auch nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt. Also, deswegen kann ich das nur unterstreichen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zu den Liberalen. Herr Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Vielen Dank. - Ich hätte noch mal eine Frage zum Komplex „Emirat 2.0“, die Einschätzung des BMVg. Da hatten Sie ja eben drüber berichtet. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, Sie teilen diese Prognose, diese Einschätzung nicht. Können Sie das ein bisschen erklären, warum Sie eine andere Meinung hatten, dass „Emirat 2.0“ keine realistische Einschätzung war?

Zeuge Gregory Bledjian: Also, ich bringe die nicht mit dem BMVg, sondern mit einer anderen Behörde in Verbindung, die auch mit „B“ beginnt. Aber ich habe das nicht - - Das hatten wir ja eigentlich schon mal versucht irgendwie darzustellen. Ich habe es einfach nicht für das wahrscheinlichste Szenario gehalten, „Emirat 2.0“. Im Prinzip sollte es Übernahme, Machtübernahme der Taliban - - schien mir zu dem Zeitpunkt aufgrund der bis dato erfolgten Entwicklungen, die eine sehr, sehr, sehr graduelle Entwicklung war. Die haben ja langsam so alle paar Tage mal einen Distrikt - es gab irgendwie 700 oder wie viele - - wie sie vorgegangen sind. Dass dann in kurzer Zeit das kippen würde und das „Emirat 2.0“, das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass ich eine Fragmentierung und eine bürgerkriegsähnliche Situation auch für genauso wahrscheinlich, wenn nicht für wahrscheinlicher gehalten habe, weil ich einfach überschätzt - - oder unterschätzt habe, wie stark die Milizen sind, die verschiedenen Stammeszugehörigkeiten, auch die Frage der Verwurzelung der Taliban in nichtpaschtunischen Gebieten und vieles mehr. Also, das war für mich einfach eins von vielen. Aber in dem Bericht - soweit ich mich erinnern kann; ich habe den nie wieder gelesen in den letzten zwei Jahren oder wann das zurückliegt - war das so als einzig denkbare Option - ja, ich gebe zu, einigermaßen hellseherisch - beschrieben worden.

Alexander Müller (FDP): Okay. - Ich habe noch eine Frage. Sie haben jetzt bei der Befragung mehrfach betont, der Trend, wie es weitergeht in Afghanistan, sei ja absehbar und klar gewesen. Jetzt waren Sie im August 21 ja nicht mehr in Afghanistan, aber weiterhin im AA. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum es im August 21 zu einem dermaßen Chaos gekommen ist, sowohl in Afghanistan wie auch zu der Fehleinschätzung vonseiten der deutschen Bundesregierung? Einfach Ihre Einschätzung, warum man das so falsch eingeschätzt hatte, nachdem Sie eben gesagt hatten, der weitere Trend wäre klar gewesen in Afghanistan, was kommen würde.

Zeuge Gregory Bledjian: Ich weiß gerade nicht, auf welche Einschätzung Sie abstellen. Ich kann nur auf meine eigenen Einschätzungen verweisen, und die waren nicht perfekt - das gebe ich zu rückblickend -, aber im Großen und Ganzen zutreffend.

Alexander Müller (FDP): Das heißt, die Einschätzung, wie es in Afghanistan weitergeht, dass die Taliban graduell die Macht übernommen wurden [sic!], war Ihre persönliche Einschätzung und nicht die des AA?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich habe, wie gesagt, Entwicklungen und Trends beschrieben und habe einfach nur von einer Erosion der Sicherheitslage und von einer immer schlechter werdenden Moral der Truppe, von einer anhaltenden Korruption, von einem tiefen Misstrauen in der innenpolitischen Arena, von anhaltenden Machtkämpfen im Land auf Republikseite gesprochen, keine Geschlossenheit, von schleppenden Fortschritten im Friedensprozess, dass das alles keine sonderlich guten Bedingungen für eine Befriedung des Landes sind. Ich bin nun wirklich kein Prophet, der dann wirklich genau vorhersehen konnte, wohin das führt. Aber ich habe zumindest versucht, die Parameter nach bestem Wissen und Gewissen zu beschreiben.

Jetzt rückblickend zu sagen: Wo lag der Fehler der Bundesregierung? - Weiß ich nicht. Ich war nicht mehr in Charge ab Mitte Juni. Ich hätte bestimmt viele Fehler gemacht. Ich möchte da gar nichts sagen. Vielleicht habe ich Glück gehabt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich rechtzeitig da raus bin. Aber bis Mitte Juni hatten wir die Analysen, die wir halt hatten. Und was danach passiert ist, kann ich kaum beurteilen. Auch wenn ich im AA war, war ich nicht mehr in der Kommunikationsschleife des Afghanistan-Geschäfts drin. Da habe ich mich schon auf meinen anderen Posten vorbereitet und auch ein bisschen Zeit mit der Familie verbracht.

Alexander Müller (FDP): Jetzt waren Sie ja im August 21 noch immer auch Mitarbeiter des AA. Hat Sie das denn rückblickend - - Wenn Sie sich zurückerinnern an den August 21: Hat Sie das überrascht, was dort passiert ist? Sie haben ja mitbekommen, wie die Botschaft in Kabul dann panisch aufgegeben worden ist. Diese Ereignisse, wenn Sie sich daran zurückerinnern: Hat Sie das gewundert, oder was waren Ihre Empfindungen damals?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich war überrascht. Ich war total geschockt, ein Stück weit auch kam eine Bitterkeit hoch, weil ich sehr viel auch Arbeit und Herzblut investiert hatte in Dinge, die jetzt dann nicht mehr da waren, das Verhältnis eben zu den Afghanen. Also, es war absolut ein Schock für mich, was passiert ist.

Alexander Müller (FDP): Das war jetzt für Sie persönlich ein Schock, kann ich verstehen, nachdem Sie ja viele Jahre dort auch verbracht haben, viel Arbeit dort reinvestiert haben. Mir ging es aber eher um Ihre Einschätzung, wie das AA die Lage eingeschätzt hatte. War das aus Ihrer Sicht falsch eingeschätzt, dass man das so panisch dann verlassen musste, oder schlecht vorbereitet? Hatten Sie da nicht - - Jetzt außer den Schockgefühlen aus Ihrer persönlichen Betroffenheit - - über Ihre Einschätzung der Arbeit des AA und der Vorbereitung, was dort passiert. Wie haben Sie das denn empfunden damals?

Zeuge Gregory Bledjian: Ich hatte, glaube ich, zur Vorbereitung und auch zur Einschätzung bis Mitte Juni meine Ausführungen gemacht. Ich habe völliges Verständnis, dass Sie das von mir hören wollen, aber ich habe kein gesondertes Wissen mehr danach gehabt. Ich kann nichts zu den Entscheidungen des AA sagen, die ich über-

haupt nicht kenne. Ich weiß nicht, was für Entscheidungen getroffen wurden. Ich weiß auch nicht - - Ich habe mir auch - - Ich habe es kaum geschafft, das zu lesen, was ich selber geschrieben habe, geschweige denn - obwohl es mich wirklich brennend interessiert hätte - die Mails und DKORs der Zeit danach. Aber ich bin einfach auch ausgestiegen; das heißt, ich habe noch nicht mal jetzt rückblickend, obwohl ich den Zugriff und den Zugang gehabt hätte zu den Akten des Untersuchungsausschusses - - es einfach nicht geschafft, mir durchzulesen und mir anzueignen, was danach passiert ist. Und ob ich dann eine persönliche Einschätzung des Verhaltens des AA abgebe, ist dann auch noch eine zweite Frage. Aber in die Verlegenheit komme ich jetzt nicht.

Alexander Müller (FDP): Das heißt, obwohl Sie Referatsleiter „Mittlerer Osten“ waren, hatten Sie in dieser Phase, wo die Taliban dann Stück für Stück das Land erobert hatten, keinen Kontakt zu den Ex-Kollegen in der Botschaft oder zu den Verantwortlichen, dass Sie mit denen auch mal gesprochen hatten über das, was passieren wird. Waren Sie komplett draußen dann aus diesem Vorgang?

Zeuge Gregory Bledjian: Komplett.

Alexander Müller (FDP): Okay. Danke. - Ich habe keine weitere Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Keine Fragen von der Linkspartei. - Dann erlauben Sie mir noch eine Schlussfrage, wenn ich darf, und zwar sind Ihnen ja vorhin von der Kollegin Nanni mehrmals Vorhalte gemacht worden - - oder nachgefragt worden im Kontext mit der Beurteilung der Situation, was Abschiebung angeht, aber auch im Kontext mit den Empfehlungen, die sich aus Ihren ja sehr präzisen Analysen ergeben haben, und Sie haben jeweils geantwortet: Die politischen Entscheidungen haben andere zu treffen, nämlich in Berlin. - Das ist ja auch unstrittig und ist korrekt. Aber als jemand, der selbst exekutive Aufgaben wahrgenommen hat, interessiert mich doch noch mal Ihr Verständnis als Beamter. Ich kenne das so, dass gerade Menschen, die ein hohes Beurteilungsvermögen haben als Mitarbeiter,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen: Das Problem ist wie folgt, die Situation ist wie folgt. Es gibt folgende Alternativen des Handelns; ich empfehle A, B oder C. Die politische Entscheidung liegt bei anderen. - Würden Sie diese Form von Mitarbeiterverständnis teilen, oder finden Sie den Teil „Ich empfehle A, B, C“ nicht zu Ihrem Aufgabengebiet gehörig?

Zeuge Gregory Bledjian: Doch, aber es musste ja zunächst einmal eine Entscheidung getroffen werden ob der politischen Bereitschaft. Es war ja ein hochsensibles Thema. Wenn man etwas berichtet - DKORs kriegen auch Beine -, wenn irgendwie schon eine Aussage der damaligen Verteidigungsministerin in der Presse hier in Deutschland - - Was das für Wellen geschlagen hat in Afghanistan, dass die Kriterien aufgebrochen werden für die Aufnahme von Ortskräften, das war ein hochsensibles Thema. Mir war natürlich die Befürchtung der Ortskräfte sehr bewusst, und natürlich hatte ich auch eine Vorstellung davon, wie viele es sein könnten im Fall der Fälle, weil das ja auch teilweise große Familien sind, die da dranhängen. Und ich glaube, wir haben auch hier und da auf diese Probleme hingewiesen. Ich finde jetzt auch diese DKORs nicht oder irgendwelche Mails. Aber ich denke schon, dass wir das ein bisschen skizziert haben, was passieren könnte.

Wenn es beispielsweise um Evakuierung geht: Das mag sehr unbefriedigend sein; aber ich habe nun mal die Kapazitäten berechnet, wie viele Leute wir rausbringen können. Ich habe von den Amerikanern 2 und nicht 20 Flugzeuge zugesagt bekommen, muss ich einfach so klar sagen. Wir haben gerechnet, wie viele Leute wir wo aufnehmen können, wie viele Leute wir rausbringen können. Die Kriterien waren mir persönlich überhaupt nicht mehr klar für das Ortskräfteverfahren. Die Kriterien, die mir zugrunde lagen, da hatten wir relativ klare Vorstellungen. Das hätten wir auch hingekriegt. Das müssen dann auch andere Leute sagen, warum plötzlich dieser Kreis so groß geworden ist. Also nicht dass ich da nicht dafür bin, aber er ist einfach sehr, sehr groß geworden und wickelt ab von dem, was ich bis Mitte Juni - ich zumindest - als Wissen hatte, wer da zu dem geeigneten Personenkreis gehört. Also rückblickend jetzt Handlungsempfehlungen für

eine Situation, die ich, will ich ganz offen sagen, so auch nicht für möglich gehalten hätte - - Ich meine, wenn ich mir die Bilder von diesem Chaos da im Kabuler Flughafen anschau: Darauf wäre auch ich nicht vorbereitet gewesen, ganz klar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. Dann sind wir mit dem Fragebedarf für heute am Ende. - Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit noch nicht. Vielmehr bekommen Sie das Protokoll der Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, insbesondere für die Kondition, und persönlich alles Gute wünschen.

Ich würde diesen Teil der Befragung abschließen und vorschlagen, dass wir 15 Minuten Pause machen, bevor wir mit der Vernehmung des nächsten Zeugen fortsetzen.

(Unterbrechung von
18.18 bis 18.40 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen

L ■■■ S ■■■

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie wieder herzlich willkommen! Unser zweiter Zeuge, Herr S ■■■, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr S ■■■, Sie haben den Erhalt der Ladung am 10. Oktober bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen, und setze Ihr Verständnis für die Wartezeit voraus.

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Sie verstehen, dass wir

das nicht nur Ihnen vorhalten, sondern allen Zeugen hier?

(Der Zeuge nickt)

Haben Sie dazu noch Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es eine Tonaufnahme geben wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und sich auch in die Nähe des Mikrofons begeben, sodass es gut verstanden wird. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt, sodass Sie auch Irrtümer noch korrigieren können.

Nun mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich weise aber darauf hin, dass es sich da um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Wir haben eine Verfassungsvorgabe, was den Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen angeht. Das ist ausdrücklich in Artikel 44 des Grundgesetzes geregelt. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein und stellen eine absolute Ausnahme dar.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Keine Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen komme ich dann zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten sollten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, also was die Minutenzahl angeht, die fein säuberlich verteilt ist.

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter in Jahren - finde ich kurios; in was sonst? -, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen dienstlichen Anschrift vorzustellen.

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Schönen guten Abend! L [REDACTED] S [REDACTED] mein Name. 36 Jahre alt, Beamter, Referent im Auswärtigen Amt im Referat für Afghanistan und Pakistan. Ladungsfähige Adresse wäre Werderscher Markt 1 in 10117 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Herr S [REDACTED], wenn Sie wünschen, können Sie nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Darauf würde ich zunächst verzichten und freue mich auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das nehmen wir dann so zur Kenntnis. Wenn Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht werden, kann Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Da ich nicht beginnen möchte mit der Befragung, beginnt die SPD-Fraktion, und das Wort hat der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Zeuge! - Ich möchte mit Fragen zu Ihrer Person und Ihrem beruflichen Werdegang beginnen und ganz zu Beginn eine Frage stellen, die wir manchen Zeugen gestellt haben und sie auch Ihnen stellen: Können

Sie uns ganz kurz erklären, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben? Wie sieht es aus, wenn ein Zeuge aus dem Auswärtigen Amt in den Untersuchungsausschuss geladen wird? Was tut er dann?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, kurz noch zum beruflichen Werdegang: Ich beschreibe kurz, welche Positionen ich im Auswärtigen Amt bekleidet habe. Ich bin 2014 in den Auswärtigen Dienst eingetreten, war 2015 bis 17 in Kabul an der Botschaft, aber eben vor dem Untersuchungszeitraum. Dann ein Jahr in Tel Aviv und 2018 bis Sommer 2020 - also schon im Untersuchungszeitraum - an der Botschaft Islamabad für Innenpolitik, aber auch für Pakistan/Afghanistan-Außenpolitik, dieses spezielle Thema. Dann zurück in die Zentrale versetzt, und nach einem halben Jahr in der strategischen Kommunikation seit Januar 2021 dann auf dem Posten des Pakistan-Referenten im Referat für Afghanistan und Pakistan, und diesen Sommer auch gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen in unserem Team mit der Zusammenstellung von Akten auch für diesen Ausschuss betraut.

Damit komme ich dann auch Ihrer Frage schon näher. Mir ist durch die Zusammenstellung dieser Unterlagen natürlich noch mal alles in Erinnerung gerufen worden, was wir auch an Arbeit im letzten Sommer hatten.

Ansonsten zur Vorbereitung: Ich habe mir nochmals aus unserer VSV-Registrierung die Akten vorlegen lassen - dieses Angebot besteht -, habe da durchgelesen. Aber es sind insgesamt eben - das wissen Sie ja auch - viele Daten. Ansonsten gab es viele Belehrungen über den rechtlichen Rahmen des Ganzen, für den ich meinen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar bin, aber was auch teilweise die Ausführungen des Vorsitzenden noch mal widerspiegelt.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung dieser ersten Frage. - Ich habe noch eine ergänzende Frage zu Ihrer Tätigkeit in der Botschaft in Islamabad. Nach den Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, waren Sie dort auf dem Dienstposten Pol-4 mit 90 Prozent und zu den restlichen 10 Prozent auf dem Dienstposten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Pr-3 eingesetzt. Das ist für uns als Außenstehende nicht wirklich nachvollziehbar, was das genau bedeutet. Könnten Sie uns das noch etwas näher erläutern, bitte?

Zeuge L **S**: Gerne. Also je nach Botschaft sind diese Referentenstellen, die meistens auf einen Bindestrich und eine einstellige Nummer enden, mit verschiedenen Portfolios verbunden, die aber je nach Konstellation auch neu umgeschichtet werden können. Also während der gesamten Zeit, die ich dort war - zwei Jahre -, war der Pol-4-Posten - mittlerweile wäre er das nicht mehr - eben pakistanische Innenpolitik und auch eben dann diese Afghanistan-Außenpolitik und noch Projektarbeit an in Pakistan gelegenen Stabilitätsprojekten, also Stabilisierungsprojekten aus Stabilisierungsmitteln der Bundesregierung.

Diese Presse-3-Rolle kommt daher, dass wir immer eine Morgenlage geschrieben haben aus Islamabad, die an die Zentrale verteilt wurde und die praktisch hier zum Dienstbeginn dann vorliegt und verschiedene Themen, die in der pakistanischen Innenpolitik und Außenpolitik des Tages relevant sind, abdeckt. Es gab also die Rolle Presse 1, Presse 2, Presse 3, damit jeder Referent/Referentin formal das auch auf seinem Konto hat. Aber das ist mehr eine organisatorische Sache.

Jörg Nürnberger (SPD): Aus den Unterlagen geht auch nicht ganz genau hervor, wann Sie die Botschaft in Islamabad wieder Richtung AA verlassen haben. Können Sie uns diesen Tag näher bezeichnen?

Zeuge L **S**: Am 4. August 2020.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben erwähnt, dass Sie jetzt zumindest bis Januar 2021 im Referat 607 „Steuerungsgruppe Strategische Kommunikation“ des Auswärtigen Amts eingesetzt waren. Nach dem Geschäftsverteilungsplan waren Sie dort für den Themenbereich Desinformationen zuständig. Jetzt stellt sich mir die Frage: Hatte diese Tätigkeit auch einen Zusammenhang mit dem Gebiet von Afghanistan und/oder Pakistan?

Zeuge L **S**: Das kann ich verneinen.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. Dann erübrigt sich die nächste Nachfrage.

Ab Januar 21 waren Sie dann in diesem Referat AP 05 „Bilaterale und EU-Beziehungen zu Afghanistan, Pakistan“ beschäftigt, und Sie waren dort zuständig für afghanische Innenpolitik, Menschenrechte und die Sicherheitslage. Ist das korrekt?

Zeuge L **S**: Das muss ich korrigieren. Also ab dem 1. Februar 2021 war ich dann im Referat AP 05 für Pakistan zuständig. Ich habe mich vertreten immer wieder mit einem Kollegen, der für afghanische Außenpolitik zuständig ist, und habe dann dessen Vertretung und diese Themen mitbearbeitet. Jedoch wurden natürlich Themen in diesem Referat gemeinsam erörtert, und das versteht sich auch als Team. Aber formal bin ich als Pakistan-Referent nach diesem halben Jahr in der strategischen Kommunikation wieder auf dem Thema eingestiegen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Und diese Tätigkeit üben Sie auch weiterhin aus?

Zeuge L **S**: Ja. Es gab noch eine Verschiebung des Aufgabenplanes in dem Sinne, dass ich auch Teile der pakistanischen Außenpolitik, die vorher noch auf einem anderen Dienstposten waren, mit übernommen habe. Aber das war dieses Frühjahr auch nach dem Abschluss des Untersuchungszeitraumes, der ja im letzten Jahr endete.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr **S**. Das waren die Fragen zu Ihrem persönlichen Werdegang. Für den nächsten Themenkomplex würde ich gerne an die Kollegin Yüksel weitergeben.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank. - Auch von mir noch mal herzlich willkommen und danke, dass Sie sich unseren Fragen stellen.

Ich würde gerne einige Fragen zur Rolle Pakistans als Nachbar von Afghanistan stellen, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwar würde ich gerne wissen: Pakistan und Afghanistan werden ja häufig zusammen genannt. Es gibt ja auch einen Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan und mit dem Referat AP 05 auch ein eigenes Referat im Auswärtigen Amt. Können Sie uns einmal erklären, woher die Verbindung zwischen den beiden Ländern kommt und warum die beiden Länder außenpolitisch eigentlich nur gemeinsam betrachtet werden können?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also ich denke, die gemeinsame Verortung von Afghanistan und Pakistan in einem Referat spiegelt natürlich - - ist historisch gewachsen, spiegelt auch das wider, was wir auch in anderen Institutionen, auch bei den US-Amerikanern, glaube ich, gesehen haben, vor allem zu Beginn der 2010er-Jahre, dass dieses eben gemeinsam gesehen wurde. Kulturell könnte man sicher auch andere Gründe finden, das anders zusammenzustellen. Es zeigt allerdings auch das besondere Interesse und die Zurverfügungstellung von Kapazitäten für den Komplex Afghanistan/Pakistan, da ja hier im Länderreferat nur zwei Länder bearbeitet werden, während andere Länderreferate mit ähnlicher Personalausstattung innerhalb der Abteilung AP - Asien und Pazifik - sozusagen mal fünf oder mal zehn Länder behandeln. Also, das spiegelt sozusagen institutionell und organisatorisch das besondere Augenmerk auf Afghanistan/Pakistan wider, und das findet seine Fortsetzung in der Position des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, praktisch diese Stelle des Sonderbeauftragten, die ja wiederum auch bei den US-Amerikanern oder bei anderen westlichen Partnern zu finden ist.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich hätte noch einmal eine Frage, ob Sie uns sagen können, welches die wichtigsten Interessen Pakistans in Afghanistan sind, vielleicht auch noch, welche Rolle der Konflikt mit Indien - - und welche Prioritäten da gesetzt werden.

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Ja, also das ist natürlich - - Sie sprechen ein Thema an, was natürlich eine Vielzahl von Unterthemen aufmacht. Ganz kurz sollte man sich in Erinnerung rufen - also, es soll jetzt kein geschichtlicher Exkurs werden -

dass durch die sowjetische Invasion in Afghanistan ja sozusagen dieser sowjetische Machtblock eben nah an das damalige Pakistan herankam. Dann gab es eben diese Mudschahedin, später Taliban.

Pakistan - um jetzt sozusagen auch in den Untersuchungszeitraum und die aktuelle pakistanische Politik zurückzukommen -, hat natürlich - und das jetzt wertfrei - ein Interesse an Stabilität seiner äußeren Grenzen. Die westliche Grenze Pakistans grenzt weit über 1 000 Kilometer an Afghanistan, auch an verschiedene sozusagen kulturelle Ecken Afghanistans, an Belutschistan im Südwesten. Dann geht es weiter hoch eben sozusagen ins Swat-Tal. Dann kommt auch diese Durand-Linie ins Spiel, die von den Briten eben in den 1890er-Jahren mehr willkürlich gesetzt wurde und, wie auch an anderer Stelle in der Region, bis heute durch Trennung von Stammesgebieten für Probleme sorgt. Das führt dazu, dass Pakistan erhebliche Ressourcen einsetzt, um diesen Grenzbereich zu kontrollieren, und aus seiner Sicht ein Interesse an einer stabilen und Islamabad - also der Hauptstadt; ich spreche jetzt von Islamabad als politischem Akteur - zugewandten Regierung in Kabul hat.

Im Zeitraum, über den wir jetzt sprechen, war die Beziehung zur Ghani-Regierung nicht immer einfach - das ist auch kein Geheimnis -, verbesserte sich aber so im Zeitraum 2019/2020. Es gab dann wieder verstärkte Freihandelsabkommensbemühungen und Bemühungen, den beiderseitigen Grenzverkehr wieder zu intensivieren. Zeitgleich allerdings wurde auch ein Grenzzaun in Angriff genommen, der aus pakistanischer Sicht dazu dienen sollte, das sozusagen Durchsickern unkontrolliert über das Grenzgebiet hinweg einzudämmen, der zugleich aber auch natürlich alle Folgen für sich freier bewegende Personen hat.

Zum Thema Indien: Könnten Sie noch einmal präzisieren?

Gülistan Yüksel (SPD): Welche Rolle der Konflikt mit Indien gespielt hat und welche Prioritäten dort gesetzt wurden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge L ■■■ S ■■■: Also, ich würde es jetzt eher bezogen auf Afghanistan beantworten. Indien hat auch die afghanische Regierung unterstützt, zum Beispiel beim Bau eines neuen Parlamentsgebäudes, und hat ja auch irgendwie historisch gewachsene - durch das Mogulreich, das seinen Ausgang in Kabul nahm - Kulturraumanknüpfungen an Afghanistan. Allerdings gibt es ja sozusagen keine Landverbindungen zwischen Indien und Afghanistan. Deshalb würde ich das da eher nachrangig betrachten.

Allerdings sind einige afghanische Politiker - - waren nicht nur im pakistanischen oder iranischen oder westlichen Exil auch während der 90er-Jahre, sondern manche haben eben auch familiäre Verbindungen nach Indien. Von daher ist Indien, obwohl es sozusagen durch Pakistan dazwischen eigentlich von Afghanistan abgeschirmt ist, natürlich trotzdem in gewisser Weise daran interessiert, was in seiner regionalen Nachbarschaft passiert.

Gülistan Yüksel (SPD): Herzlichen Dank. - Wir hatten ja eine Sachverständigenanhörung, und da gab es in der Sachverständigenanhörung verschiedene Bewertungen des pakistanischen Einflusses auf Afghanistan. Zum Beispiel hat der Sachverständige Dube davon gesprochen, dass Pakistan immer ein starkes Interesse an einer schwachen Regierung gehabt hätte und deshalb die Taliban massiv unterstützt hat; vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/5, auf Seite 12 zu lesen.

Auch die Sachverständige Jalil sprach von der bedeutenden Rolle Pakistans als Unterstützer der Taliban. Auch das ist im Stenografischen Protokoll auf Seite 68 zu lesen.

Dann sprach der Sachverständige Marty hingegen davon, dass man den Einfluss Pakistans und anderer Staaten auf die Taliban nicht überschätzen dürfe; Stenografisches Protokoll, Seite 72.

Wie bewerten Sie die Rolle Pakistans in Afghanistan?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Also, ich würde praktisch anknüpfen an meine Ausführungen zum

Kontakt der beiden Regierungen. Ich kann auch sagen, wie ich das vor Ort erlebt habe. Der afghanische Staatspräsident Ashraf Ghani war auf Besuch in Islamabad, wurde dort mit höchsten Ehren empfangen. Es gab natürlich auch verbale, öffentlich ausgetragene Zerwürfnisse zwischen den Regierungen beider Länder. Allerdings war auch die afghanische Botschaft der eben gewählten Ghani-Regierung voll funktionsfähig in Islamabad. Und Islamabad hat keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass es die afghanische Regierung als legitimen Vertreter und sozusagen als die Regierung des Nachbarlandes wahrnimmt.

Im Übrigen ist ja auch die sozusagen jetzt sichtbare De-facto-Regierung unter den Taliban als afghanische Regierung nicht von Pakistan akzeptiert worden. Darauf würde ich schon rekurrieren, das auch herauszuheben aus den genannten Gründen. Ich will jetzt die - - Also, es fällt mir jetzt schwer, diese Sachverständigenäußerungen zu kommentieren, da es, glaube ich, wirklich viele Elemente gibt. Vor dem Hintergrund dessen, was ich in Islamabad gesehen habe, von Think Tanks dort gehört habe, vielleicht auch von kritischeren Elementen aus konservativeren Think Tanks: Ich glaube nicht, dass es ein Interesse daran gab, ein schwaches Afghanistan zu sehen, weil Schwäche in Afghanistan zu Fragilität im Grenzbereich führt und zu unkontrollierbaren Auswirkungen bis nach Pakistan hinein. Also, ich glaube nicht, dass es im Kerninteresse Pakistans liegt, eine schwache Regierung zu haben. So wäre meine Einschätzung.

Gülistan Yüksel (SPD): Jetzt würde ich Sie mal fragen: Gab es seitens der pakistanischen Regierung überhaupt ein einheitliches Vorgehen zum Thema Afghanistan? Oder hatten vielleicht auch Regierungen, Geheimdienst oder andere Akteure unterschiedliche Interessen an einem starken bzw. schwachen Afghanistan bzw. an starken oder schwachen Taliban? Können Sie dazu was sagen?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Also im Untersuchungszeitraum - das muss man schon sagen - war es natürlich auch so, dass eine Taliban-delegation zum Beispiel in Islamabad im Außenministerium empfangen wurde. Die kam aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

Doha und war dann zu politischen Konsultationen in Islamabad. Zugleich jedoch haben auch regierungsnahe Think Tanks nördlich von Islamabad zum Beispiel so eine Art - ich will es jetzt nicht Weekend-Getaway nennen - Konferenz veranstaltet, auch mit Neuauflage, bei der Vertreter des gesamten politischen Spektrums Afghanistans eingeladen waren und auch dort sich ausgetauscht haben.

Mein Eindruck war schon, dass es ein Outreach zu allen politischen Akteuren gab. Es erschließt sich mir natürlich nicht vollumfänglich, zu sagen, wie die Sympathien da verteilt sind. Außenpolitisch würde ich es schon so einschätzen, dass Pakistan einen relativ konsistenten Ansatz fuhr, wenn wir zum Beispiel das Thema dieser Durand-Linie nehmen. Deren Akzeptanz oder Als-gegeben-Setzung, dass man sie annimmt als Westgrenze Pakistans, zieht sich durch alle Parteien hinweg. Bei den unterschiedlichen Parteien, die jetzt auch nach dem Regierungswechsel an der Macht sind, hat sich da nichts geändert, während viele politische Parteien in Afghanistan, im Übrigen auch die Taliban, diese Linie nicht akzeptieren und sie eben als von den ehemaligen britischen - na ja, richtige Besatzer waren es nicht - - aber unter dem britischen Einfluss über ihre Köpfe hinweg gesetzte Grenze ansehen. Also, ich denke, außenpolitisch ist das relativ kohärent, das Ergebnis der Politik.

Gülistan Yüksel (SPD): Habe ich noch Zeit für eine Frage?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Frage geht noch.

Gülistan Yüksel (SPD): Genau. - Ja, dann würde ich noch eine Frage stellen. Wie äußerten sich eigentlich Regierungsvertreter Pakistans, mit denen Sie ja im Gespräch waren, zur pakistanischen Unterstützung der Taliban? Hatten Sie den Eindruck, dass Sie ehrliche Antworten auf Ihre Fragen erhalten haben?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, das muss man natürlich trennen. Ich als politischer Referent sitze ja nicht mit Nachrichtendienstvertretern zusammen. Die politischen Beziehungen bestanden

mit der Regierung unter Ashraf Ghani und mit der afghanischen Regierung. Dass natürlich auch Kontakt mit den Taliban bestand, habe ich eben beschrieben. Es ist ja auch bekannt, dass viele Taliban aber im Endeffekt früher schon, 80er- und 90er-Jahre während der Kämpfe und während der Bürgerkriegsauseinandersetzungen in Afghanistan, sich auch in Peschawar oder in Belutschistan angesiedelt haben und dort auch familiäre Verbindungen hatten.

Es sind insgesamt ja dauerhaft 3 Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan in Pakistan, viele auch in Karatschi. Es ist auch einfach schwer, sozusagen das natürlich alles in einen Topf zu werfen. Da sind wirklich von der Familie, die irgendwie displaced ist, bis zu vielleicht auch politischen Akteuren viele dabei. Das ist, glaube ich, ein bisschen schwer, das über einen Kamm zu scheren. Politisch, wie ich beschrieben habe, kam kein Zweifel daran auf, dass mit der legitimen Regierung - und zwar bis zum Fall dieser Regierung - verhandelt und sich regelmäßig ausgetauscht wurde in verschiedenen Formaten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht an die Union. Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr S [REDACTED], auch von meiner Seite vielen Dank, dass Sie Ihren Abend mit uns verbringen wollen. - Meine erste Frage richtet sich noch ein bisschen an Ihre Tätigkeit im engeren Sinne in der Botschaft in Islamabad. Sie haben eben gesagt, Sie seien Referent in der Botschaft gewesen. Können Sie aus der Erinnerung heraus sagen, wie viele weitere Referenten es in der Botschaft in Islamabad gegeben hat?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, es gab einen Referenten für Wirtschaft und Außenpolitik, eine Referentin für Kultur, Presse, also sozusagen jeweils auf eine Person. Dann gibt es zwei Stellen für Abgeordnete Referentinnen/Referenten aus dem BMZ, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Da war teilweise nur eine Stelle besetzt. Dann je nach - - Es kommt ein bisschen auf die Zählart an. Es gab noch einen BKA-Kollegen, der auch referentenwertig



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach Islamabad abgeordnet ist. Und es gab noch den Militärattaché, kurzzeitig auch einen zweiten Militärattaché. Das ist eine relativ gute Ausstattung dann. Und dann gibt es eben den Gesandten und den Botschafter. Also, es kommt ein bisschen auf die Zähl- und Lesart an, ehrlich gesagt. Ich würde sagen, die Arbeit war eher inklusiv. Von daher würde ich den Kreis da eher weiter fassen. Ja, also so war die Personalausstattung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Galt auch für Ihre Tätigkeit in Person und auch für die Botschaft das Rotationsprinzip? Also haben Sie sich abgewechselt in den Tätigkeiten in Islamabad und in Deutschland?

Zeuge L **S**: Also, Rotationsprinzip heißt ja in diesem Fall, dass wir alle zwei bis drei Jahre oder vier Jahre den Posten wechseln.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung. Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir haben vorhin gehört, dass für die Botschaft in Kabul das Rotationsprinzip galt, indem sich die Mitarbeiter im Sechs-Wochen-Rhythmus ungefähr abgewechselt haben, also Botschafter und Gesandter haben sich abgewechselt, die Referenten haben sich untereinander abgewechselt und haben sechs Wochen vor Ort verbracht und dann sechs Wochen in Deutschland. Meine Frage war jetzt: Galt das auch für Islamabad?

Zeuge L **S**: Für Islamabad galt das nicht, weil die Sicherheitslage auch eine andere war. Wir waren fest vor Ort, lebten dort und waren für gelegentliche Urlaube außer Landes. Dann haben wir uns gegenseitig vertreten. Das Modell in Kabul und auch in Bagdad zum Beispiel ist in der Tat ein anderes.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Botschaft in Islamabad hat ja teilweise Tätigkeiten nach dem Anschlag und der eingeschränkten Aufgabewahrnehmung in Kabul wahrgenommen, insbesondere in der Visavergabe nach unserer Kenntnis, aber auch im Bereich Kultur nach meiner Erinnerung. Haben Sie davon in Ihrer Tätigkeit etwas mitbekommen? Können Sie uns etwas dazu sagen, insbesondere zum gesteigerten Visaverfahren?

Zeuge L **S**: Also inhaltlich kann ich da nichts zu sagen, weil ich - - Sozusagen der RK-Visa-Bereich ist auch wirklich abgetrennt. Es nimmt an den Runden immer nur der Leiter/die Leiterin der Visastelle teil, und dann kaskadiert das unten drunter. Auch räumlich waren die Kolleginnen und Kollegen in der British High Commission dann angesiedelt, um dort eben Ausweicharbeitsplätze zu finden, waren also auch sozusagen räumlich nicht bei uns.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn ich Sie jetzt zu Ihrer Kenntnis zur politischen Sicherheitslage in Afghanistan befrage, dann geschieht das ja sozusagen über Eck, weil Sie ja nicht originär zuständig gewesen sind, sondern sozusagen zuständig waren für den pakistanischen Blick auf Afghanistan. Das habe ich richtig verstanden, ja?

Zeuge L **S**: Korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie uns denn sagen aus Ihren Begegnungen, Erfahrungen und auch vielleicht den Berichten, die Sie gefertigt haben, wie die pakistanische Regierung in dem Zeitraum, über den wir hier reden, also rund um das Doha-Abkommen, die Sicherheits- und politische Lage und die Stabilitätslage in Afghanistan eingeschätzt hat?

Zeuge L **S**: Also, ich denke, auch hier stand die pakistanische Regierung nicht ganz allein mit - man könnte sogar sagen - einem politisch gewissen sorgenvollen Blick, da schon sichtbar war ab dem Doha-Abkommen: Jetzt verändert sich da was. Also, idealerweise - so war ja die Idee - kommt es zu so einer Art Inklusion. Dann wäre natürlich immer die Frage gewesen: Wie ist das irgendwie ausbalanciert? Aber es war natürlich eine fragile Phase.

Es war ja auch allgemein bekannt, dass 70 Prozent des Territoriums eben nicht unter Regierungskontrolle stehen. Klar, in vielen Teilen des afghanischen Territoriums ist auch nicht viel. Pakistan betrachtet viel, aber auch aus sozusagen historisch gewachsenem Verständnis durch diese Brille der nationalen Sicherheit. Und deshalb ist es, glaube ich, auch wichtig, sich in Erinnerung



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu rufen, dass ungefähr zwei Drittel der pakistanischen Truppen zur Westgrenze hin orientiert sind und irgendwie in diesen Bereichen gebunden sind, während an der sehr langen indisch-pakistanischen Grenze - also wenn man sich in Erinnerung ruft, dass Indien und Pakistan nicht immer beste Freunde sind - nur ein Drittel der Truppen steht, und das trotz sehr schwieriger Beziehungen. Das zeigt allein, wie das Militär die Lage sozusagen einschätzt und was für Reserven es vorhält, um einen potenziellen Fallout in Afghanistan einzugrenzen. - Also, das einfach wertungsfrei beschrieben.

Ehrlich gesagt, nach diesem Doha-Abkommen - - Das fiel ja zeitlich in diesen ganz schmalen Korridor, bevor dann diese Pandemie alles lahmlegte und überall drüber hinwegrollte. Das muss man sich, finde ich, auch noch mal in Erinnerung rufen. Auch wir an der Botschaft waren dann sehr busy mit Evakuierungsflügen etc. pp. Also, das fiel auch natürlich in so eine Art Vakuum in dem Sinne, dass dann viel der Reisediplomatie, die es vorher auch in Richtung Pakistan gegeben hatte - ich hatte es erwähnt sozusagen mit diesen Oppositionsforen oder dem Besuch einer Taliban-Delegation -, dass dann viel davon ja nicht stattfand nach dem Doha-Abkommen, weil das eben direkt vorgelagert war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn Sie aus Ihrer Kenntnis heraus beschreiben müssten: Wie würden Sie die pakistanische Interessenlage in Bezug auf die Entwicklungen in Afghanistan beschreiben? Also war das ein passives Zuschauen? Gab es aktives Handeln in Bezug auf die Entwicklungen in Afghanistan? Wie war die Einstellung zur Entwicklung insbesondere nach dem angekündigten Truppenabzug der Amerikaner?

Zeuge L **S**: Also, nach dem angekündigten Truppenabzug überwog nach meiner Einschätzung schon so eine gewisse Genugtuung über diesen Abschluss, weil Pakistan durchgehend, aber auch wieder über politische Parteien hinweg der Meinung war, dass das westliche und US-amerikanische Engagement in Afghanistan nicht sozusagen immerwährend sein könnte. Da ist natürlich die Lesart auch in Pakistan eine an-

dere gewesen. Man hätte das natürlich - - Die Argumente, dass sozusagen der Westen auf Einladung der afghanischen Regierung im Verbund mit den NATO-Staaten und Partnern/Verbündeten der afghanischen Regierung dort war, das hätte jetzt nicht jeder - sage ich mal - konservative Think Tanker oder Regierungsnahe so unterschrieben.

Also, Pakistan war natürlich schon kritischer gegenüber der Resolute-Support-Mission. Allerdings fand ich die Reaktion eher verhalten, weil die Annahme ja auch allgemein war und, ich glaube, auch aufseiten der US-Amerikaner, dass es nach diesem Doha-Abkommen zügig weitergeht und sich die Taliban und die afghanische Regierung zusammenfinden und sozusagen in Richtung eines Kompromisses politisch sich jetzt fortbewegen auch unter dem gesteigerten Druck auf die Ghani-Regierung, dass das Mandat zu einem Ende kommen würde. Und ich glaube, in Islamabad - so habe ich das wahrgenommen - war die Hoffnung oder die Erwartung, dass es zu einer Art Einheitsregierung oder so einer Art nationale Einheitsregierung unter Inklusion von mehr Akteuren, also namentlich auch der Taliban, die damals in Doha saßen, kommen würde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat ja die Sicherheitslage in Afghanistan automatisch Auswirkungen auf Flüchtlingsbewegungen, auch in Richtung Pakistan, immer schon gehabt. Deswegen meine kleine Nachfrage zu dem Teil: Inwieweit hat sozusagen diese Aufmerksamkeit auf mögliche Auswirkungen auf Flüchtlingsbewegungen die pakistanische Regierung aus Ihrer Beobachtung heraus bewogen, in die eine oder andere Richtung auf den Prozess in Afghanistan nach dem angekündigten Truppenabzug Einfluss zu nehmen? Also hat es da eine veränderte oder eine besondere Mühewaltung gegeben, sich um dieses Thema stärker zu kümmern?

Zeuge L **S**: Also, Pakistan war an diesem Thema immer dran. Es gab auch leider teilweise unschöne politische Vorkommnisse - aber das war jetzt vor dem Untersuchungszeitraum -, wo die Flüchtlinge, die in Pakistan waren, auch sozusagen als Spielball und Erpres-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sungsmasse versucht wurden zu instrumentalisieren - im Übrigen von beiden Seiten - mit unrealistischen Forderungen, dass eben binnen einer Frist alle Afghaninnen/Afghanen zurückkehren müssten, wo den politischen Akteuren auch klar war, das kann so nicht funktionieren. Deshalb ist da auch nichts passiert, weil viele leben eben schon seit 40, fast 50 Jahren in Lagern oder sind auch schon - sage ich mal - gut aufgegangen in der jeweiligen Community um Peschawar oder Karatschi herum oder auch bis nach Lahore hin.

Man muss sich ja auch vor Augen führen: Die Lage in Afghanistan war natürlich von einem starken Kampfgeschehen, von vielen Verletzten und Toten geprägt, und deshalb war auch aus Sicht Pakistans der Status quo sozusagen Anlass zur Sorge. Klar, auch Pakistan hat sich verschiedene Szenarien vor Augen geführt. Die wurden dann auch diskutiert: Was könnte da passieren?

Ich glaube, Pakistan hätte wie viele Staaten der Erde sozusagen die Sorge geteilt vor einem Kollaps der staatlichen Ordnung und vor einem völligen Zusammenbruch der Versorgung der eigenen Bevölkerung, weil daran einfach fast niemand Interesse haben könnte, weil das würde - - Und das hat Pakistan auch schmerzhaft gelernt hier in den späten 70ern und 80ern. Iran und Pakistan waren damals eben auch stark betroffen und waren ja selber auch noch in wirtschaftlich schwieriger Lage. Und unabhängig davon, wie man das politisch einschätzt, sozusagen wie dieser Stellvertreterkrieg in den 80ern in Afghanistan ausgespielt wurde, sind natürlich die meisten Flüchtlinge nach Iran und Pakistan gekommen, und es war eben eine Herausforderung. Also, das kann man, glaube ich, wertfrei sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich gehe davon aus, dass Sie diese Lageeinschätzungen auch kontinuierlich auf dem Dienstweg an das Auswärtige Amt weitergegeben haben, an das zuständige Referat. Gab es von da aus irgendeine Form der Rückmeldung, in welche Richtung Sie Ihre Gespräche in Pakistan führen sollen? Also gab es politische Leitlinien für Ihre Tätigkeit in der Botschaft?

Zeuge L **S**: Also, an der Botschaft Islamabad jetzt, auch um es darzustellen im Unterschied jetzt zum Beispiel zu einer Botschaft in London - wo man ja hier auch viel in der Zeitung lesen kann: „Was ist da los? Wer ist neuer König?“; das erfährt man ja alles im Endeffekt sofort -: Das ist natürlich auch einfach geografisch und thematisch weiter weg. Von daher war es natürlich schon unsere Aufgabe, auch Informationen einzuholen, uns umzuhören bei verschiedenen Think Tanks. Die sind in Pakistan schon wichtiger vielleicht als auch im politischen Berlin. Das hat dann doch eher was von Washington oder so. Die sind teilweise auch einflussreich. Viele Ex-Generäle tummeln sich, teilweise mit - jetzt nicht in Bezug auf Afghanistan - wirklich schrillen Forderungen, die aber auch einen Teil des Meinungsspektrums abbilden, sodass man immer sozusagen so eine Art Bild bekommt.

Also, wir haben für gelegentliche Besuche sozusagen des Referatsleiters oder des Sonderbeauftragten aus Berlin solche Runden zusammengestellt, haben regelmäßig berichtet, zum Beispiel über Formate, wenn die Opposition auch in Islamabad war für Gespräche oder weil die Taliban dort waren. Diese Informationen haben wir immer versucht einzuholen und weiterzugeben nach unseren besten Möglichkeiten. Und ich meine, vieles davon war auch in den Medien sichtbar, manches nicht so. Ja, also es gab einen stetigen Austausch, und wir haben auch kontinuierliches Feedback bekommen auf unsere Informationsweitergabe.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann gebe ich jetzt ab an den Kollegen Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr **S**, ich würde noch mal auf das Doha-Abkommen selber eingehen, und zwar: Hatten Sie Kenntnisse, wie oder ob die pakistanische Führung sozusagen diese Verhandlungen unterstützt, gefördert hat und die Talibanpositionen unterstützt? Gibt es da Erkenntnisse von Ihrer Seite?

Zeuge L **S**: Also, dass die TPC, die Taliban Political Commission, natürlich Kon-



Nur zur dienstlichen Verwendung

takte zu Pakistan hatte, ist bekannt. Und überwiegend waren diese Personen ja immer in Katar. Es gab natürlich noch andere Machtzentren. In Belutschistan gab es eben die sogenannte Quetta Shura, also auch sozusagen so eine Art Teil des Innertalibangebüges. Das war reichlich black-boxed.

Jetzt im Zeitraum, über den wir sprechen, gab es nach meiner Einschätzung nicht mehr - - Da hat sich alles sehr auf Doha und die dortigen Akteure konzentriert, mit denen ja auch die US-Amerikaner dort viel Austausch hatten. Also, es hat sich im Endeffekt in dem Maße, wie man dem Doha-Abkommen näher kam und wie das Ganze sozusagen mehr auf eine politische Lösung hinauslief, viel von dem, was in den 2010er-Jahren, vielleicht noch früher, irgendwo im Grenzgebiet passiert wäre, verlagert nach Doha hin. Das heißt zugleich, dass Islamabad, anders als in den Dekaden davor, vielleicht auch mehr Zuschauer des Ganzen war zum Ende hin, als es aufs Doha-Abkommen zulief.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wenn Sie sagen, in der Zeit davor - das ist jetzt nicht ganz der Betrachtungszeitraum, aber doch für das Verständnis wichtig -: Welchen Einfluss hatte denn die pakistanische Regierung auf die Taliban? Wie hat da die Zusammenarbeit ausgesehen?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Ich meine, ich will jetzt keinen großen historischen Exkurs starten, aber im Endeffekt sind die Verbindungen in die Mudschahedin-Bewegung der 80er-Jahre, die ja zur Abwehr der sowjetischen Invasion in Afghanistan gestartet wurden, sozusagen der Beginn oder der Vorläufer von Teilen der Talibanbewegung. Da sind natürlich personelle und auch strukturelle Verbindungen damals entstanden, die sich teilweise weitergezogen haben, die aber natürlich auch - ich sage mal - Kontinuitäten und Brüche gleichermaßen widerspiegeln. Also nicht jeder Taliban aus den 80ern muss im Jahr 2010 noch wichtig gewesen sein, und nicht jeder Kontakt vielleicht der Nachrichtendienste in den 80ern war dann später noch relevant. Aber das würde, glaube ich, wirklich zu weit führen. - Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht wechselt zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend auch von mir und herzlich willkommen im 1. Untersuchungsausschuss zu Afghanistan! - Sie haben ja schon ein bisschen generell die Rolle Pakistans in der ganzen Sache eingeordnet. Deswegen würde ich jetzt auf einen Vorhalt direkt zurückgreifen. Es geht um MAT A AA-2.14, Blatt 5. Da schreibt ein Botschaftskollege von Ihnen am 13.03.2020:

Nach Unterzeichnung des USA-Taliban Abkommens ... konnte sich PAK gewisses Triumphieren nicht verkneifen. Der Doha-Deal ist ein großer Erfolg für PAK. Er stärkt und formalisiert die nationale wie internationale Legitimation der Taliban - den Statthaltern von PAK Interessen in AFG. Gleichzeitig blieben IND und dessen Sympathisanten in Kabul außen vor.

Später heißt es:

Doch zwischenzeitlich schwenkte PAK auf eine zurückhaltende Linie und betont konstruktive Haltung zum Friedensprozess um.

Und meine Frage an Sie: Wie bewerten Sie diese Einschätzung des Kollegen?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Könnten Sie mir das gerade noch mal vorlegen? Wäre das möglich?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das geht. Einen Moment. - Ich sage auch noch mal für die Kollegen: MAT A AA-2.14, Blatt 5.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Genau. Wir haben es hier praktisch mit einem kombinierten, noch mal im Rückgriff auch auf einen Besuch des Sonderbeauftragten davor in zeitlicher Nähe angefertigt-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten Bericht zu tun. - Also könnten Sie das präzisieren? Ich würde im Endeffekt die Einschätzung meines Kollegen teilen. Wir haben ja immer zusammengearbeitet, uns auch gegenseitig vertreten. Mir ist das noch einigermaßen erinnerlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nur die Frage, genau. Es kann ja auch mal anders sein, dass man da unterschiedliche Auffassungen hat.

Dann würde ich direkt zu der nächsten Stelle gehen. Das ist auch Blatt 5. Da wird der Botschaftskollege zitiert:

Vorsichtiger Optimismus zum Friedensprozess: Aktuelle Verwerfungen - Streit um Gefangenenaustausch, bröckelige Reduktion in Violence, zwei Präsidenten - aus PAK Sicht Teil AFG-üblicher Verhandlungstaktiken. Gleichzeitig rechnet PAK mit langwierigem Friedensprozess - es brauche Geduld auf allen Seiten.

Da wäre meine Frage: Glauben Sie, dass Pakistan wirklich an einen langwierigen, aber dann doch erfolgreichen Friedensprozess nach Doha geglaubt hat, oder war das nur das gewünschte Szenario? Wie ist da Ihre Einschätzung?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, ich glaube, es wird schon angesprochen - da kann man die pakistanische Sicht wohl teilen -, dass sozusagen die noch ungeklärte Frage um die Präsidentschaftswahlen in Afghanistan, bei der sich ja Abdullah Abdullah zum Gegenpräsidenten ausgerufen hatte, natürlich die Verhandlungen für die afghanische Regierungsseite schwierig machte, da den Taliban, die gestärkt aus dem Doha-Abkommen hervorgingen, ja erst mal sozusagen keine einheitliche Regierung in Kabul gegenüberstand. Das würde ich sozusagen nicht als - - Ich weiß nicht, ob man das sozusagen überhaupt als Werturteil gegen die Regierung oder gegen die Zustände in Kabul sehen kann. Es beschreibt einfach aus Verhandlungslogik, dass ein geschwächtes politisches Kabul sozusagen es schwerer haben wird gegenüber den Taliban. Und ich glaube, das geht daraus recht gut hervor.

Dass der Friedensprozess langwierig sein würde, das ist, glaube ich, eine Einschätzung, die man teilen kann. Ob da ein Wunsch daraus herauszulesen ist, das würde ich jetzt, ehrlich gesagt, verneinen, weil es so viele offene Fragen und Konstellationen gab und das ja dem Doha-Abkommen und den damit gesetzten Fristen so ein bisschen entgegenlief. Die Uhr tickte, und es gab noch so viele offene Fragen, die dann sozusagen die afghanische Regierung, die ja selber auch ein bisschen überrumpelt war von diesem Abkommen, gemeinsam mit den Taliban aufzunehmen hätte. Davon ist die Gefangenfrage, die Frage des Gefangenenaustauschs, nur eine.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Die Alternative zum langwierigen Friedensprozess als Einschätzung der Pakistanis wäre ja zum Beispiel auch eine Alternative gewesen, dass Pakistan die Einschätzung hat, dass der Friedensprozess zum Scheitern verurteilt ist. Das wäre ja auch noch eine Möglichkeit gewesen. Ich meine jetzt gar nicht sozusagen die Qualifizierung „langwierig“ im Vergleich zu „Das kriegen wir schnell hin“, sondern „langwierig“ im Vergleich zu „Das kriegen wir auf gar keinen Fall hin“.

Wir haben in der Sachverständigenanhörung, aber auch bei den bisherigen Zeugenbefragungen schon auch den Eindruck gewonnen - zumindest spreche ich da für unsere Fraktionen -, dass das Doha-Abkommen viele strukturelle Probleme mit sich gebracht hat und der Friedensprozess, der dann aufgedrängt werden sollte, eigentlich von Anfang an nur Druck auf eine Seite ausgeübt hat und nicht auf die Taliban. Aber diese Einschätzung ist Ihnen von pakistanischer Seite in der Zeit, in der Sie da waren, nicht zu Ohren gekommen, dass man auch ein Fragezeichen generell daran gemacht hat, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt, zwischen afghanischer Zentralregierung und den Taliban sich zu einigen im Nachgang zu Doha?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, wenn man Ashraf Ghani als Person einschätzt, dann war, glaube ich, schon eine nicht ganz fernliegende Annahme, dass es schwierig werden könnte, ihn in so ein Abkommen einzubinden, da es schon schwierig war, innerhalb Kabuls eine Regierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu bilden, und das auch in der Vergangenheit immer wieder natürlich langwierige innerafghanische Aushandlungsprozesse zur Folge hatte. Zugleich hätte es hier aber sozusagen unter Erweiterung des Kreises nach der Lösung der Gefangenfrage im Idealfall so weitergehen können, dass sozusagen eben nicht Abdullah Abdullah und Ghani nur verhandeln, sondern der weitere Kreis und die Taliban dann eben eine Partei mehr am Tisch sind. Es gab ja auch das erfolgreiche Beispiel der Rückkehr eines ehemaligen Warlords Gulbuddin Hekmatjar, der aus dem Versteck wieder nach Kabul zurückkehrte und sozusagen in die politische Landschaft wieder aufgenommen wurde.

Also, was man ja nicht sah aus Islamabad - und das, glaube ich, muss man schon unterstreichen -, war eine Ablehnung des Doha-Abkommens. Das sind ja alles nur Nuancen. Es wäre ja auch denkbar, dass das rundheraus abgelehnt wird. Das war aber nicht so. Die pakistanische Sicht war schon, dass es sozusagen den eigenen regionalen Interessen entgegentkommt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie denn selber das Doha-Abkommen eingeschätzt? Welche Chancen für den Friedensprozess haben Sie daraus abgeleitet?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Das kann ich natürlich nicht so sagen, auch aus der damaligen Ferne in Islamabad etwas schwer kommentieren, weil da auch viel eben in Doha lief, was sozusagen - - was ich auch anmerken möchte, was aus unserer Sicht dort natürlich schon sichtbar war. Aber das ist einfach auch wieder ein Problem der Verhandlungslogik. Wenn sozusagen die US-Amerikaner ein Abkommen mit den Taliban abschließen unter Auslassung der eigentlich vom Westen unterstützten und geförderten Regierung, dann fehlt da eine Partei. In der schwierigen Situation, in der sich die Ghani- und Abdullah-Lager dann befanden, sozusagen diesen - - dann von der Trump-Regierung diesen Countdown gesetzt zu bekommen, hat natürlich das Momentum auch auf Seiten der Taliban ein bisschen gebracht. Denn diese waren es ja, die in Doha auch die mediale Öffentlichkeit genossen haben und dort dieses Abkommen bekamen, während sich

Kabul eben damit zurechtfinden musste. Und das war, glaube ich, das große Fragezeichen eben auch, diese offene Stelle damals noch.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie noch einmal kurz ausführen zu der Kommunikation mit anderen westlichen Partnern in Islamabad, die auch Stakes in Afghanistan hatten und inwiefern - - also welche Einschätzungen dort zum Doha-Abkommen geteilt worden sind bezüglich des darauf folgenden Friedensprozesses für Afghanistan.

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Schwer zu sagen im Rückblick, weil das wirklich - - Also, ich kann das nur noch unterstreichen: Es war schon so ein bisschen blackboxed. Im Endeffekt war es natürlich auch räumlich ein bisschen weit weg. Es war in Doha. Da spielte sich das alles ab. In Kabul passierte an dem Tag des Doha-Abkommens ja nichts und auch in Islamabad ja nicht. Das heißt, dieser Deal war ganz woanders. Deshalb ist es schwer, am Tag eins Reaktionen zu beschreiben. Ich würde eher die folgenden Monate und die Zeit danach eher, als dann - - die Entwicklung nach dem Doha-Abkommen, aber natürlich auch mitbegleitet durch das Doha-Abkommen, beschreiben. Also, sagen wir es mal so: Es gab jetzt auch vonseiten der Amerikaner nicht viel Gerede darüber. Das war schon alles relativ close hold und wurde eng gespielt, was aber nicht unüblich ist, wenn man so einem Abkommen näherkommen will. Das war eigentlich zunächst ein gutes Zeichen, dass es eben noch nicht Stadtgespräch in Islamabad war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt jetzt das Fragerecht zur AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr S [REDACTED], auch von mir noch mal einen schönen guten Abend! - Ich komme gleich zur ersten Frage. Am 11. Juli 2021 erhielten Sie eine E-Mail - MAT A AA-2.17, Blatt 56 - von C [REDACTED] B [REDACTED], Beamter der deutschen Botschaft in Islamabad. Hierin vermerkte er eine Notiz zu einem Gespräch mit einem Taliban-mittelsmann über die Lage in Afghanistan. Es war hier auch von Geldzahlungen der Taliban an übergelaufene Männer der afghanischen Armee



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Rede. Diese sollten vom Iran gesponsert worden sein. Thomas de Maizière warnte ja bekanntlich bereits 2012 als damaliger Verteidigungsminister öffentlich davor, die afghanischen Streitkräfte könnten bei Lohnfortzahlungsausfällen plötzlich die Seiten wechseln. Hatten Sie den Eindruck, dass es vielen Angehörigen der afghanischen Armee nicht um ein demokratisches Afghanistan, sondern eigentlich vielmehr um das Gehalt, ums Geld ging?

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Dürfte ich auch dieses Dokument kurz sehen?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich möchte darauf aufmerksam machen: Wir sind hier im wirklichen Grenzbereich dessen, was man an Frage akzeptieren kann. Es ist ja eine hochgradige Mutmaßung, - Sie können sich gern das Dokument angucken, aber ich wäre doch dankbar, wenn Fragen gestellt werden könnten, die die Zeugen aus ihrer Tätigkeit heraus beantworten können.

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Ja. - Also, ich sage kurz etwas zum Dokument. Der Kollege traf eben für diesen Vermerk, also sozusagen Unterebene eines Berichts, eine Taliban-nahe Person, die über die Region Belutschistan, also die südliche Provinz, vermittelt worden war, der aber aufgrund eines Gesundheitschecks in Pakistan war, und dann gab es eben da ein bisschen Austausch. Aber hier würde es ja - - die Frage um Taliban und Iran gehen. Von daher würde ich es jetzt außerhalb meiner Zuständigkeit sehen, weil es geografisch etwas weit jenseits der pakistanischen Westgrenze ist.

Hannes Gnauck (AfD): Können Sie denn was generell zu diesen Gesprächen oder zu diesem Treffen mit Talibanmittelsmännern sagen? Wie muss ich mir so was vorstellen? Wie läuft so was ab? Wie oft findet so was statt? Wer führt so was durch?

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Ich glaube, hier muss man unterscheiden. Natürlich sind die Taliban auch als politische Bewegung - - Man sollte nicht

den Eindruck haben, es gäbe jetzt Treffen mit Kämpfern, weil wir haben es hier mit dem Austausch von Diplomaten, mit Stakeholdern, Interessenvertretern insgesamt zu tun. Das könnten dann theoretisch vielleicht lange schon in Peschawar lebende eher Taliban-nahe Personen sein oder die auch von einzelnen religiösen Schulen her der Bewegung näher stehen. Für die Botschaft ist es natürlich wichtig, so einen Austausch in alle Richtungen zu suchen. Das ist auch unser Auftrag, eben Informationen einzuholen. Sie haben eine Person wie ihn jetzt. Trifft man, denke ich mal, einmal, dann vielleicht noch mal, wenn es sich als interessante Informationsquelle ergibt. Aber das ist jetzt keine hochrangige Person, die direkt irgendwie Einfluss in der Bewegung hätte, auch weil das im Zusammenhang mit dieser Quetta Shura ist, von der ich sprach, die sozusagen schon ein bisschen abseits der Machtverteilung in den Taliban in der 2020er-Dekade steht.

Hannes Gnauck (AfD): In diesem selben Vermerk war von einem möglichen Treffen des deutschen Botschafters in Pakistan und Talibanvertretern in dieser pakistanischen Grenzstadt Quetta die Rede, MAT A AA-2.17, Blatt 56. Können Sie über dieses Treffen berichten, und was die Intention von deutscher Seite war, sich mit den Taliban zu treffen?

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Belutschistan ist die flächenmäßig größte Provinz mit einer Fläche von Deutschland ungefähr, ist aber aufgrund auch der Entwicklungssituation auch als Unruheprovinz bekannt. Deshalb sind Reisen dorthin nur selten möglich. Also im Durchschnitt kann nach langwierigen Vorbereitungen der Botschafter so einmal im Jahr dorthin reisen. Und natürlich ist es dann eine willkommene Gelegenheit, auch mit Taliban-nahen Vertretern, die sich im Umfeld, ein bisschen nördlich vielleicht dieser Stadt, aufhalten, ins Gespräch zu kommen. Ob dieses Gespräch stattgefunden hat, kann ich jetzt nicht kommentieren. Das ist im Endeffekt eine Eruierung, was möglich ist. Man will ja immer für so eine möglicherweise mehrtägige Reise viele Personen im Köcher haben, um dann so ein Programm zusammenstellen zu können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hannes Gnauck (AfD): Jetzt sagten Sie, Sie können über dieses mögliche Treffen nicht - - kommentieren. Also: Fand es nicht statt, oder - -

Zeuge L **S**: Ach so, nein, das entzieht sich meiner Kenntnis, ob diese Reise stattgefunden hat oder ob die später im Jahr 2021 vielleicht stattgefunden hat und wer dann dabei getroffen wurde.

Hannes Gnauck (AfD): Ich komme zur nächsten Frage. Sie haben am 23.02.21 einen Vermerk zu einem Telefonat mit Markus Potzel, dem Sonderbeauftragten für Pakistan und Afghanistan, mit dem pakistanischen Sonderbeauftragten für Afghanistan, Herrn Mohammad **S** erstellt. In dem Gespräch ging es offenbar auch um die Rolle der USA. **S** hat laut Ihrem Vermerk gesagt: Für Pakistan sehe es so aus, als würden sich die USA unter Biden in der Frage des sogenannten innerafghanischen Friedensprozesses nicht mit ihren NATO Partnern abstimmen; MAT A AA-8.547, Blatt 16 bis 17. Können Sie uns darlegen, wie es zu diesem Eindruck **S** gekommen ist?

Zeuge L **S**: Da würde ich auch gern kurz den Vermerk sehen, auch wenn ich mich natürlich grob erinnere, ihn geschrieben zu haben. Aber es ist auch schon etwas her.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Es fällt mir jetzt natürlich schwer, wiederum zu kommentieren, was Botschafter **S** da sagt. Aus meiner Sicht kann ich sagen, dass es natürlich vor Ort in Kabul, aber selbst in Islamabad, regelmäßige Abstimmungen im Bereich der westlichen Verbündeten gab.

Hannes Gnauck (AfD): Ihr Eindruck aus Islamabad auf diesen sogenannten Review-Prozess der USA, der sich über Monate hingezogen hat - - Es ist ein relativ langer Zeitraum, der dann auch für Verwirrung mit - - ich sage mal, nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt gesorgt hat. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Zeuge L **S**: Ich glaube schon, dass natürlich alle gewartet haben, was da rauskommt,

weil es natürlich auch Folgen hatte für die Alliierten und ja auch die Kapazitäten der Bundeswehr natürlich im Verbund mit anderen Alliierten funktionieren. Deshalb war es natürlich ein Interesse, da mehr zu erfahren; aber es war zugleich auch klar, dass dieses Thema nicht am Tag eins der neuen Biden-Regierung entschieden werden wird. Was wir eben gesehen haben: dass man sich dort eben auch praktisch in Washington konsultiert hat, Informationen eingeholt hat und eben erst nach und nach zu einer Entscheidung kam.

Hannes Gnauck (AfD): Diese lange - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Wort geht an die FDP. Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Vielen Dank - Herr **S**, wie würden Sie denn aus Ihrer langjährigen Erfahrung das Verhältnis zwischen der pakistanischen Regierung und den Taliban bewerten? Die ganze Welt hat gewusst, dass die Taliban jeden Winter nach Pakistan eingesickert sind, im Frühjahr zum Kämpfen wieder zurück nach Afghanistan gegangen sind. Das hat die Beziehungen der Pakistanis auch mit dem Westen belastet, mit den USA belastet. Wie war das Verhältnis? Konnten sie das nicht verhindern, weil die grüne Grenze einfach zu offen war? Wollten sie es nicht verhindern? Waren die vielleicht sogar miteinander befreundet, die pakistanische Regierung und die Taliban? Wie war da Ihre Einschätzung?

Zeuge L **S**: Also, das ist jetzt ein bisschen allgemein gehalten. Ich habe, glaube ich, schon einiges dazu gesagt, wie sozusagen politisch die afghanische und pakistanische Regierung zusammengearbeitet haben. Ich glaube auch hier, dass es ein bisschen natürlich so - - Es ist ein interessantes Bild mit Winterquartieren usw. Aber man darf auch wirklich nicht vergessen, dass es große Bewegungen von Zivilisten immer gibt, die teilweise im Sommer in Afghanistan arbeiten und dann im Winter in andere Täler gehen, weil die Stämme einfach grenzübergreifend zusammenhängen. Deshalb war es auch so schwierig, diesen Grenzzaun dann durchzusetzen, für die Pakistanis und hat auch viele Folgen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil natürlich wirklich Regionen durchschnitten werden, als würde man mitten durch Brandenburg irgendwie einen Zaun ziehen oder mitten durch Oberbayern. Also, das ist wirklich teilweise halt ein Stamm, eine Region, und dann ist da plötzlich diese Grenze. Von daher würde ich sagen: Das ist vielleicht ein bisschen verallgemeinert und wirft dann eben doch zu viel in einen Topf.

Also, ich würde es schon so sehen, wenn wir uns auf den Untersuchungszeitraum ein bisschen fokussieren, dass sich viel eben verlagert hatte nach Doha, dass auch durch Freilassungen von Kämpfern, auch in Absprache mit den USA im Übrigen, auch Teile der politischen Bewegung wieder freigesetzt wurden, die teilweise auch von den Pakistanis selber inhaftiert worden waren in den 2010er-Jahren, die aber auch nach Doha zurückgekehrt sind. Es ist natürlich insgesamt schwer darzustellen, aber man darf sich - - Man muss ja auch bedenken, dass es auch unter General Musharraf, dem Militärmachthaber in Pakistan, eine sehr enge amerikanisch-pakistanische Zusammenarbeit in den 2000er-Jahren gab.

Alexander Müller (FDP): Jetzt haben wir über die grüne Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan gesprochen. Nun sind ja auch Ortskräfte ein wichtiges Thema unseres Untersuchungsausschusses. Wie war das denn gegen Ende unseres Untersuchungszeitraumes? Haben Sie da wahrgenommen, dass diese grüne Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan durchlässig genug war, dass Ortskräfte, die nicht mehr über den Flughafen rauskamen, dass die dann nach Pakistan sich durchgeschlagen haben? Hatte die Botschaft Islamabad viel zu tun mit diesen Ortskräften? Erinnern Sie sich noch an diese Zeit? Waren Sie damit befasst?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Im letzten Sommer haben wir dann wirklich alle alles gemacht. Es war Krise. Wir haben wirklich bis in die späten Abendstunden, auch jedes Wochenende, eben alle gemeinsam, daran gearbeitet, natürlich wir im Länderreferat, vor allem den politischen Fall-out sozusagen einzugrenzen. Pakistan war sehr kooperativ, bei den Landausreisen uns zu helfen, Personen ausreisen zu lassen, hat teilweise auch

bei der Evakuierung, bei anderen Ländern, aber von Botschaftsangehörigen nach Islamabad, sogar geholfen. Das ging im Endeffekt nur über Peschawar, über den Grenzübergang Torkham dort. Man muss sich das so vorstellen: Südlich von Peschawar läuft der Kabul River, der durch Kabul durchgeht und dann weiter südlich eben in den Indus geht, so bei Attock, das ist alles so ein bisschen Tiefland. Außen rum kann sich ein ehemaliger Botschaftsangehöriger nicht einfach so durchschlagen, weil das sind 4 000 Meter hohe Berge. Also das ist dann auch sozusagen für - - Es ist ganz praktisch für den urbanen Kollegen, ehemalige Ortskraft aus Kabul. Es ist auch ein bisschen illusorisch. Von daher kam es auch wirklich auf die Straßen einfach an.

Die Sicherheitslage unmittelbar im Nachgang des Falls der Regierung in Kabul war natürlich schwierig; aber Pakistan war kooperativ, und die Botschaft Islamabad hat wirklich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Flüge zu organisieren, Papiere zu organisieren, die rasche Weiterreise von jenen zu organisieren, die eben dann in Islamabad gestrandet waren, weil sie nicht Teil dieser Rückholaktion in Kabul sein konnten.

Alexander Müller (FDP): Wie hatten Sie das letzten Sommer erlebt? War das ein Straightforward-Prozess, dass man die Ortskräfte aus Islamabad, die dort in Pakistan gelandet sind - und es waren einige -, dass man die schnell nach Deutschland zurückgeführt hat? Oder mussten die lange in Islamabad kampieren, weil irgendwelche Papiere gefehlt haben oder die Bürokratie zugeschlagen hat? Haben Sie das mitbekommen, wie das damals gelaufen ist?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Das ging so schnell als nur möglich. Also, Referentinnen und Referenten waren mit am Flughafen. Alle haben da mitgeholfen, um die Leute möglichst rasch rauszubringen. Natürlich kann es allein schon durch das Chartern von Flugzeugen zu teilweise Verzögerungen kommen von einigen Tagen. Aber da hat sich auch ausgezahlt, dass die deutsch-pakistanischen Beziehungen konstruktiv und von einem guten Arbeitsaustausch geprägt sind, weil auch Pakistan gesehen hat, dass eben das Leid der Menschen rasch gemildert werden muss, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch selber ein Interesse daran hatte, dass die Personen rasch weiterreisen können.

Alexander Müller (FDP): Waren Sie in dem Referat - Sie waren letzten Sommer schon in diesem Referat Afghanistan/Pakistan. Waren Sie im AA selbst damit befasst, mit der Evakuierungsmision, die die Bundesregierung damals eingeleitet hatte, um Flüchtlinge aus Afghanistan schnell noch rauszubekommen, im August? Sie erinnern sich: diese zehn Tage, wo wir dort mit eigenen Flugzeugen waren. Hatten Sie organisatorisch damit zu tun damals?

Zeuge L S: Also, es ist mir natürlich sehr präsent, aber ich war damit nicht befasst.

Alexander Müller (FDP): Hast du noch Fragen? - In dieser Runde keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Die Kollegen der Linkspartei haben sich entfernt. Dann starten wir in die zweite Runde, und das Wort geht an die SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Herr S, ich möchte noch mal zurückkommen auf die Wahrnehmung und die Position der offiziellen pakistanischen Stellen zu den Taliban. Würden Sie zustimmen, dass Pakistan ein wichtiges Rückzugsgebiet für die Taliban war?

Zeuge L S: Kommt auf die Definition von „wichtig“ an. Ich glaube, man muss zuvorderst sehen, dass auch im ersten Halbjahr letzten Jahres bis zu 70 Prozent des afghanischen Territoriums unter Talibanherrschaft standen. Von daher war sozusagen die - Also, es bestand in dem Sinne kein Rückzug, sondern sie waren auf dem Vormarsch im Land.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich glaube, wir müssen nicht über den Begriff „Rückzugsgebiet“ streiten, dass der nicht unbedingt mit einem militärischen Rückzug zusammenhängen muss, sondern ein Gebiet, in dem man sich aufhalten kann, ohne sich der Gefahr von Gefechtshandlungen auszusetzen. Hat in diesem Zusammenhang Pakistan

eine bedeutende Rolle im Vergleich zu allen anderen Ländern, die Pakistan umgeben, gespielt?

Zeuge L S: Ich würde sagen: Mir liegen natürlich einige Erkenntnisse vor, die aber eher in dem Bereich VS-V und VS-G fallen würden. Die würde ich dazu eben jetzt hier nicht ausbreiten, einfach aufgrund von Berichten, die ich von anderen Stellen des Bundes gesehen habe. Das muss ich schon sagen. Das könnte ich in anderem Kreise erörtern, was mir da bekannt ist. Generell waren, um jetzt sozusagen auf den VS-NfD-Bereich zu kommen, in Peschawar natürlich ab den 90ern ganz viele flüchtende Afghanen zunächst aufgelaufen, also noch vor den anderen Städten, in die sie sich dann weiter verteilten, und das war auch ein Ort, wo eben konservative Madrasen entstanden sind, unter anderem auch die Madrasede, von der die Haqqanis, die politisch sehr einflussreich sind, jetzt auch in der neuen Taliban-Regierung, ihren ideologischen Ausgang nahmen. Das muss dann nicht zwingend Teil der kämpfenden Bewegung sein, aber es ist natürlich Teil dieses Biotops, aus dem diese Bewegung dann weiter gewachsen ist, sich auch in den 90er-Jahren umgeformt hat, dann wieder zurückgegangen ist nach Kabul und nach Afghanistan, bis sie 2001 neuerlich von dort vertrieben wurde, aber auch mit allen Anpassungen und Veränderungen in dieser Bewegung. So würde ich das politisch beschreiben.

In Belutschistan ist die Lage noch einmal ein bisschen anders, weil die Fläche einfach unglaublich groß ist und die Grenze noch poröser, der Grenzzaun dort viel später in Angriff genommen wurde und es dort generell von, abseits der Taliban, jetzt von Hazara, also der schiitischen Volksgruppe in Afghanistan, seit den 60er-Jahren immer wieder starke Bewegungen gab. Also mehrere Hunderttausend sind sommers wie winters zwischen zwei verschiedenen Quartieren auch aufgrund von Landwirtschaft und anderen Themen gewechselt. Da kommt noch mal eine ganz andere Komponente rein, die auch einfach die Durchlässigkeit dieser Grenze im Süden zeigt, was für Pakistan natürlich auch einfach eine sicherheitstechnische Herausforderung ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es nach Ihren Kenntnissen und immer unter der Voraussetzung, dass die Information nicht eingestuft ist, aktive Unterstützung durch die pakistanische Regierung für die Taliban, die auf pakistanischem Gebiet unterwegs waren?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Ich glaube, man muss das so ein bisschen trennen wiederum. Es gab natürlich einige, auch ehemalige, vielleicht nicht mehr aktive Funktionäre, die dann in Peschawar sich niedergelassen hatten, die natürlich vielleicht auch innerhalb der Talibanbewegung Feinde haben - das ist auch nicht alles so kohärent - und die dann eben in gewissen Stadtvierteln aufgrund Bewertung der pakistanischen Seite eben - - Die Pakistaner wussten natürlich: Wer wohnt da? Was hat derjenige in den 90er-Jahren vielleicht mal in der Regierung gemacht? Das wird dann schon natürlich anders behandelt. Das ist dann auch vielleicht irgendwie eine Liegenschaft oder ein Stadtteil, an dem ich jetzt als Passant nicht vorbeilaufen kann. Das kann man, glaube ich, schon so sagen.

Politisch integriert jetzt als Teil irgendwie der politischen Szene in Islamabad waren die natürlich nicht. Also, da hat man schon immer eine Trennung vollzogen. Es gibt natürlich auch ein politisches Spektrum in Pakistan, was von progressiven Kräften, Marxisten bis hin zu Hardline-Islamisten geht, auch alles vertreten in der Nationalversammlung, aber das ist dann ein eigenes Spektrum.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Das gibt uns ein sehr ambivalentes Bild der Außenpolitik oder des politischen Verhältnisses in Pakistan. Ich möchte einen Schritt nach vorne gehen und Sie zu einem selben Umstand bei der Bewertung des Doha-Abkommens fragen. Wie wurde in Pakistan der Umstand bewertet, dass die USA den Taliban im Doha-Abkommen Unterstützung bei der Freilassung von bis zu 5 000 weiteren Taliban-kämpfern bzw. -gefangenen zusichern? Wie wurde das in Pakistan aufgenommen?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Die angestrebte Freilassung weiterer Kämpfer und ehemaliger oder -

Taliban wurde, glaube ich, überwiegend als positiver Teil gesehen, weil das Verständnis war, dass diese auch - die Idee war gegenseitige Freilassung - der Aussöhnung und dem gegenseitigen Vertrauensbeweis dienen könnte zwischen den verfeindeten Seiten, Taliban und der afghanischen Regierung. Ich habe darüber nicht viele Diskussionen gesehen. Ich glaube, klar war schon, dass es zunächst natürlich als Herantasten um einfachere Kämpfer gehen würde und die Top Shots erst gegen Ende freigelassen werden würden.

Jörg Nürnberger (SPD): Verzeihung, wenn ich ein bisschen zwischen den Themen hin und her springe, aber meine nächste Frage bezieht sich auf eine Mail über ein Gespräch, das Sie mit einem norwegischen Diplomaten geführt haben, bei uns unter den Akten MAT A AA-2.16, Blatt 8. Dort schreiben Sie - und da geht es um den afghanischen Friedensprozess -, dass Norwegen den afghanischen Präsidenten Ghani für den Hauptspoiler des innerafghanischen Friedensprozesses hält. Können Sie das näher erklären, wie der norwegische Diplomat zu dieser Einschätzung gekommen ist und wie Sie das dann in Ihrer Sicht bewertet haben?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Könnte ich das auch kurz sehen, diese E-Mail?

Jörg Nürnberger (SPD): Sehr gerne. Kommt sofort.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge L ■■■ S ■■■: Der norwegische Kollege war vorher auch praktisch in Oslo sehr stark eingebunden in die Kontakte mit den Taliban und eben in den Friedensprozess allgemein. Ich glaube, was er hier beschreibt, ist natürlich etwas, was man da sah, eine gewisse Reaktanz aufseiten der afghanischen Regierung im Nachgang des Doha-Abkommens. Objektiv muss man sagen: Sie waren nicht Teil des Abkommens. Es ergaben sich aber viele Folgefragen, die sie betrafen. Das, was er eben beschrieben hat, war eben schon, glaube ich, ein bisschen vielleicht der Rückzug der afghanischen Regierung natürlich auf ihre



Nur zur dienstlichen Verwendung

Positionen, aber wieder vor dem Hintergrund auch der dortigen schwierigen innenpolitischen Lage. Allerdings hatte sich schon was getan. Es gab schon die ersten Freilassungen von Kämpfern, aber das war mehr so eine Goodwill Gesture, weil es ja noch nicht viele waren.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Das war zu einem relativ frühen Zeitpunkt nach Abschluss des Doha-Vertrages schon am 3. April, als dieses Statement erfasst worden ist.

Ich möchte einen großen Sprung machen. Und zwar geht es um den weiteren Verlauf dieses innerafghanischen Friedensprozesses und die weitere Entwicklung. Der Zeitpunkt ist genau ein Jahr. Für ein Gespräch zwischen Bundesminister Maas und dem pakistanischen Außenminister Qureshi am 12. April 21 haben Sie eine Gesprächsunterlage erstellt. Vielleicht erinnern Sie sich? In den Hintergrundinformationen, die dabei sind, halten Sie die pakistanische Position bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen wie folgt fest - MAT A AA-9.135, Blatt 29 -:

PAK Position: Begrüßt Aussicht auf politische Konfliktlösung, unterstützt v.a. durch enge Kontakte zu und Einfluss auf TLB - z.Zt. ohne erkennbaren Erfolg ... bei Gewaltreduzierung.

Sie haben vorhin in Ihren vorherigen Aussagen sehr vorsichtig über den Einfluss der pakistanischen Regierung auf die Taliban berichtet. Hier sind Sie doch etwas konkreter. Können Sie das in ein Verhältnis rücken?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Dürfte ich das auch kurz noch mal sehen?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Ich muss einleitend dazu sagen, dass ich der Zusammensteller dieser Gesprächsunterlage bin, die Teile zu Afghanistan aber im weiteren Kreise der zuständigen Kolleginnen und Kollegen zugestellt werden. Wahrscheinlich sieht man jetzt natürlich - danke schön - die Genese bei diesem Dokument nicht. - Genau. Aber diesen Sachstand

habe ich zum Beispiel nicht verfasst. Den habe ich nur ins Gesamtkonvolut aufgenommen. Es stammt nicht aus meiner Feder. Deshalb möchte ich jetzt nicht die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen hier kommentieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt - nur damit ich es richtig verstehe -: Die Position der pakistanischen Regierung wird hier nicht von Ihnen wiedergegeben, sondern von anderen Kollegen aus dem AA?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Richtig.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie sich dennoch mit dieser Position in Übereinstimmung erklären, oder würden Sie diese Position inhaltlich so nicht selber geschrieben haben?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, dass Pakistan eine politische Konfliktlösung favorisierte, ich glaube, das kann man schon - - das ist zu begrüßen. Das geht hieraus auch hervor. Ich glaube, es ist eher eine Tatsachenbeschreibung, dass es im Frühjahr 2021 eben zu keiner nennenswerten Gewaltreduzierung gekommen war und dass sich - ich glaube, das muss man auch sagen - - Es waren 13, 14 Monate verstrichen seit dem Doha-Abkommen. Die afghanische Regierung war in sich - - hat sich berappelt. Es gab wieder ein neues Agreement zwischen Abdullah Abdullah und Ghani, was auch Abdullah Abdullah in eine Position gebracht hat, dass er eben weitere Zuständigkeiten für den Friedensprozess hatte. Aber dennoch gingen die Verhandlungen nicht in dem Maße voran, das die relativ engen Fristen, die extern gesetzt worden waren, eigentlich erfordert hätten. Und zugleich waren wir da dann in der Lage, dass auch der Abzug der amerikanischen Truppen immer näher rückte und damit praktisch auch natürlich dieses „in together, out together“, auch das Ende des Bundeswehreinsatzes. Von daher hat die Gesamtlage eher in die Hände der Taliban gespielt, die sich aus mehreren Faktoren zusammensetzte.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben den ersten Teil dieses Statements kommentiert, und Sie haben den letzten Teil dieses Statements jetzt kommentiert. Sie haben aber zum mittleren



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teil keine Aussage getroffen, ob Sie Ihrer Meinung nach auch einen engen Kontakt und einen Einfluss der pakistanischen Stellen auf die Taliban sehen und sich deshalb mit dieser Aussage eines Ihrer Kollegen einverstanden erklären können oder eine andere Schlussfolgerung oder Tatsachenfeststellung hätten.

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Dass sich Pakistan eine starke Rolle für die Taliban im künftigen afghanischen Machtgefüge wünscht, kann man, glaube ich, unterschreiben; aber das wäre auch die Position, die sich konklusiv aus dem Doha-Abkommen ergibt, weil es auch impliziert, dass die Taliban politisch nach Kabul zurückkehren müssen und Teil des Machtgefüges werden. Ich glaube, was man sagen kann: dass die Sympathien gegenüber Ashraf Ghani auf pakistanischer Seite möglicherweise nicht unbegrenzt waren und dass es zugleich natürlich die Hoffnung auf pakistanischer Seite gab, dass das Doha-Abkommen in diese nationale Einheitsregierung mündet, bei denen die Taliban signifikanter Teil der Regierung sein würden.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich versuche es ein drittes Mal; das ist auch der letzte Versuch. Würden diese Schlussfolgerungen, die Sie jetzt gezogen haben, auf den Einfluss der pakistanischen Regierungsstellen auf die Taliban zurück- - zumindest zum Teil zurückzuführen sein?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Ich glaube, was wir seit einigen Jahren gesehen haben, war eine starke Emanzipierung der Talibanbewegung, die eben - - Es macht einen Unterschied, ob eben Pompeo sich mit dem Anführer der Taliban in Doha vor die Weltöffentlichkeit stellt. In dem Maße war auch für die Taliban die Unterstützung - - Es stand und fiel nicht mehr mit der Unterstützung durch gewisse Akteure aus dem Iran oder aus Pakistan. Ich glaube, man sah stark diese Emanzipierung dieser Talibanbewegung, die sehr viel selbstbewusster und losgelöster auftrat, was auch den Versuchen, glaube ich, der US-Amerikaner, über Islamabad auf die Taliban einzuwirken, Grenzen gesetzt hat, weil es diese Einflussmöglichkeiten, auf die Sie abstellen, anders als in den 2010er-Jahren, schlicht nicht mehr gab.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor ich das Wort weitergebe, erlauben Sie mir einen Verfahrenshinweis. Ein Teil dessen, was der Kollege Nürnberger gefragt hat, führte dazu, dass Sie ausgeführt haben, Herr Zeuge, dass das nur in einer vertraulichen Sitzung erörtert werden könnte. Nun haben wir im Untersuchungsausschuss die Gepflogenheit, entweder einen Beschluss darüber zu fassen, dass eine vertrauliche Sitzung stattfinden muss, wenn das strittig ist. Wenn es von Zeugen kommt, wird es in der Regel gemacht, wenn es für erforderlich gehalten wird. Dazu muss immer umgezogen werden, und es findet immer frühestens am Ende des jeweiligen Tages statt. Wir haben heute noch eine weitere Befragung vor uns, und es sieht nicht danach aus, als ob das allzu bald wäre. Deswegen wäre mein Vorschlag, dass die Obleute sich verständigen, ob wir Sie entweder in der kommenden Woche am Ende der nichtöffentlichen Sitzung, die wir vor der öffentlichen Sitzung haben, noch mal laden oder aber zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das für erforderlich gehalten wird - - aber jedenfalls nicht heute stattfindet. Das, finde ich, sollten wir miteinander vereinbaren, dass das klar ist, dass es nicht heute stattfindet, sondern: Gegebenenfalls würden sich die Obleute verständigen, wenn sie einen Bedarf sehen: zu einer späteren Zeit, frühestens jedenfalls am kommenden Donnerstag. Vielleicht wird der Bedarf auch nicht gesehen.

(Jörg Nürnberger (SPD):
Kein Bedarf!)

Da würden sich die Obleute noch einmal darüber verständigen, und entsprechend erginge dann eine zweite Ladung. Wenn Sie so mit dem Verfahren einverstanden sind? Dann wäre jedenfalls klar, dass Sie heute nicht den Rest der Nacht hier noch vor der Tür verbringen müssen. - Wir geben weiter an die CDU/CSU-Fraktion und den Kollegen Erndl

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr S [REDACTED], wir hatten in der letzten Sitzung Zeugen aus dem Militärischen Nachrichtenwesen befragt. Dort wurde



Nur zur dienstlichen Verwendung

deutlich, dass es unterschiedliche Szenarien gab, die man überlegt hat und zusammengestellt hat nach dem Doha-Abkommen: von eben dem Emirat, wie es dann gekommen ist, bis hin zur Zweiteilung, Bürgerkriegszustand etc., etc. Gab es solche Szenarien, Überlegungen auch seitens der pakistanischen Regierung? - Erste Frage. Und: Wie bewertete die pakistanische Regierung das Doha-Abkommen grundsätzlich? Und: Was war das wahrscheinlichste, wenn es Szenarien gab, Szenario, das man aus pakistanischer Sicht angenommen hat?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Ich denke, dass in gleichem Maße, wie innerhalb der Bundesregierung verschiedene Szenarien überlegt und durchgespielt wurden, natürlich auch die pakistanische Seite verschiedene Annahmen hatte, was passieren konnte, also von einem Rückfall in den Bürgerkrieg wie in den 90er-Jahren und einem Kampf aller afghanischen Fraktionen, Partikularinteressen gegeneinander bis hin einer Fortsetzung auch des westlichen Einsatzes noch über weitere Jahre hinweg. Mein Eindruck war, dass auch Pakistan am Ende, zumindest einige Thinktanks dort und Regierungsnähe, schon überrascht waren, dass dann der Westen wirklich abgezogen ist. Die pakistanische Arbeitshypothese war schon immer: Irgendwann muss es doch enden, dass diese ganzen westlichen Staaten in unserer Nachbarschaft sind. Natürlich war die Reaktanz auch innerhalb der Bevölkerung und der Wählerschaft viel weniger hoch gegenüber dem Jahr 2010 oder so, nach dem Surge, als es noch einmal Hunderttausende Truppen dort gab. Am Ende machen 10 000 westliche Truppen nicht einen so großen Unterschied und werden auch von Hardlinern im politischen Milieu in Islamabad anders wahrgenommen. Jetzt über die politischen Parteien sprechend.

Mein Eindruck war, dass am Ende auch in Islamabad jeder überrascht war, wie rasch dann die Taliban vollkommen die Macht übernommen haben und wie komplett die afghanische Regierung verschwunden war. Man sah bei einzelnen politischen Akteuren kurzes Triumphgeheul, also auch beim damaligen pakistanischen Premierminister Imran Khan, der praktisch vor den Medien sagte: „The Afghan people have broken the shackles of

slavery“, was sich aus einer sehr stark natürlich in dem Fall eben antiwestlichen, vielleicht antikolonialistischen Rhetorik speist, was aber von anderen Akteuren auch nicht so richtig aufgenommen wurde. Und mit den politischen Einlassungen war es ein, zwei Tage danach auch vorbei. Pakistan war selber auch überrascht und dann auch sehr schnell auf die Folgen fokussiert, also: Wie ist die Ernährungslage in Kabul, wie ist die politische Lage? Kommen da jetzt Millionen Flüchtlinge an unsere Grenzen? Es wurden Vorbereitungen getroffen, um Flüchtlingscamps entlang der Grenze versorgen zu können. Die hatten eher ein sozusagen Contingency Planning, im Sinne von, dass man Hunderttausende - möglicherweise 1 bis 3 Millionen im größten Szenario - afghanische Flüchtlinge direkt grenznah nach der Ankunft versorgt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich gebe weiter an Herrn Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke schön. - Herr S ■■■, wir haben jetzt auch schon bei anderen Kollegen mitbekommen, dass Sie die innerafghanischen Friedensverhandlungen verfolgt haben. Ich möchte genauer eingehen auf eine Mail von Ihnen vom 10. Juni 2020; das ist MAT A AA-2.16, Blatt 23. Und zwar berichten Sie in dieser Mail, dass ein Kollege der US-Botschaft in Islamabad über die Pakistan-Reise des US-Sondergesandten Khalilzad informiert habe. Meine Frage zielt genauer darauf ab, dass Herr Khalilzad mit nicht namentlich genannten pakistanischen militärischen Schlüsselfiguren Gespräche geführt hätte.

Jetzt ist meine Frage - wir haben schon viel über den Einfluss Pakistans gehört, mir geht es genauer um diese militärischen Schlüsselfiguren Pakistans -: Warum waren diese pakistanischen Militärs entscheidend für den Friedensprozess, hatten Einfluss auf den Friedensprozess? Die weitere Frage wäre, ob diese Militärs die Taliban unterstützt oder beeinflusst oder da gesonderten Zugang hatten.

Zeuge L ■■■ S ■■■: Dürfte ich auch diese Mail kurz sehen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Selbstverständlich.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Ja, wie hier zu lesen ist, war eben Zalmay Khalilzad der Sonderbeauftragte der US-Amerikaner in Islamabad und traf ausschließlich Militärs und traf den Sonderbeauftragten ■■■■, über dessen Gespräch wir ja an anderer Stelle mit Markus Potzel kurz gesprochen haben, nicht. Ich denke, das zeigt natürlich auch, wie die Amerikaner in diesem Doha-Prozess teilweise ihre Ansprechpartner aussuchen. Also, das war zumindest die Auffassung der US-Amerikaner, dass über eben ranghohe Generäle - „GHQ“ steht hier, also in General Headquarters - mehr Einfluss auszuüben sei als über die politische Klasse.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und der Einfluss dieser Militärs auf die Taliban, könnten Sie den noch genauer beschreiben? Fand da eine - - Haben die die Taliban unterstützt, beeinflusst, gesonderter Zugang? Wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Das ist, ehrlich gesagt, in dem Fall schwierig zu beschreiben, weil meine Einschätzung dieses Themas ist, dass sozusagen diese erfolglose Interaktion zeigt, dass es diese Einflussmöglichkeiten, die sich die Amerikaner hier offensichtlich erhoffen - in diesem Fall eben, dass sie den Gefangenenaustausch weiter voranbringen wollen und eben das Gewaltlevel herabsenken wollen - - Das hat ja de facto nicht funktioniert. Die Zahlen zeigen: Es ging ja dann unvermindert weiter, und es war eben schwierig sozusagen, das umzusetzen.

Ich glaube aber, was sich hier zeigt, ist eben eine Fortführung dieser 2010er-Jahre-Logik, die aber dann im Betrachtungszeitraum einfach nicht mehr funktionierte, weil die Taliban eben nicht mehr sozusagen so nahe an gewissen militärischen Kreisen Pakistans waren, wie sie das vielleicht noch einige Jahre zuvor waren, als diese ganzen Entwicklungen ihren Ausgang nahmen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Haben auch hochrangige Vertreter des Auswärtigen Amtes entsprechende Gespräche mit Pakistan geführt, sozusagen im Sinne des Regionaleinsatzes, um den Friedensprozess zu unterstützen?

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Also nicht in dem Maße. Es gab bei Besuchen in Islamabad des Sonderbeauftragten Markus Potzel zum Beispiel ein Gespräch im Militärhauptquartier mit dem Stellvertreter des Militäarchefs, und es gab auch in Deutschland beim Besuch des Armeechefs General Qamar Javed Bajwa im Sommer 2021, der auf Einladung sozusagen des BMVg hier war und für einen Besuch in Hamburg, ein Gespräch zwischen Heiko Maas als damaligem Bundesminister des Auswärtigen und dem Armeechef.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Die Inhalte dieser Gespräche, wurden die an Partner weitervermittelt?

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Partner im Sinne von?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Zum Beispiel US-Partner oder andere.

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Hier in Berlin ist es eher unüblich, dass wir aus solchen Gesprächen umfangreich debriefen. Ich muss sagen, in Islamabad waren die Kontakte sehr gut; aber es ist auch immer davon abhängig, was man eben in Erfahrung bringen kann. Das wäre mir nicht einnehmlich, dass westliche Partner darüber gebrieft worden wären.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Andere Frage: Sie berichteten am 3. April 2020 aus einem Gespräch mit norwegischen Diplomaten. Das hat der Kollege Nürnberger auch schon mal genannt; das ist MAT A AA-2.16, Blatt 8. Da sprechen Sie die sogenannte Shuttle-Diplomatie an. Könnten Sie darauf noch mal genauer eingehen?

Zeuge L ■■■■ **S** ■■■■: Ja, genau; ich habe das Dokument auch noch vor mir. - Ja, was damit gemeint ist: „Shuttle“ in dem Fall meint vor allem Doha-Kabul. Da es ja schwierig war, auch nach dem Ausbruch der Coronapandemie, überhaupt Teile sozusagen - - Problematisch war es



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon, ein Verhandlungsteam der afghanischen Regierung zusammenzustellen oder sozusagen zusammenstellen zu lassen irgendwie. Das ließ alles auf sich warten. Von daher waren physisch keine Vertreter der afghanischen Regierung in Doha präsent. Zugleich - aufgrund der bestehenden VN-Sanktionen und Terrorlisten - war es natürlich auch für die Taliban aus Doha nicht möglich, zu einem spontanen Trip nach Kabul zu kommen. Also, alles sehr erschwert und nicht sehr zuträglich für eine Verhandlungsatmosphäre zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban in Doha.

Und in diesem Rahmen haben sich dann eben Kollegen, also andere westliche Staaten - eben hier der norwegische Sonderbeauftragte -, eingebracht und sozusagen überbrachten dann eben Messages zwischen den beiden Parteien, auch weil die Regierung unter Ashraf Ghani, vorsichtig gesagt, natürlich nicht erbaut war über den Ablauf des Ganzen und sozusagen auf die US-Amerikaner sozusagen auch nicht so gut zu sprechen war, da es ja diesen Vertrag zulasten Dritter in Doha gegeben hatte, unter Auslassung Kabuls. Und da kamen eben dann andere Länder ins Spiel.

Und Islamabad war da eben ein Ort, wo man einfach auch noch mal vorbeigeschaut hat, mit mehreren Staaten. Australier, auch Norweger haben das zunehmend auch von Islamabad aus bespielt. Es gab ja tägliche Flüge mehrfach. Man kam in einer Stunde rüber. Es war einfach geografisch nahe. Deshalb spielte sich da auch dann wieder manches in Islamabad ab.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): War diese Shuttle-Diplomatie auch Kern oder Mittel hochrangiger Vertreter des Auswärtigen Amtes? Also, war das gängig?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Da waren andere mehr involviert als ich und werden hier auch noch Rede und Antwort stehen können. Der deutsche Outreach des Auswärtigen Amtes fokussierte sich vor allem auf Doha damals. Aber natürlich waren wir ja mit einer Botschaft präsent in Kabul, und es gab dort auch regelmäßige Besuche eben - und das zum Zeitpunkt, wo eben

andere Länder auch schon nur noch einen sehr kleinen Footprint hatten.

Von daher gab es diese Besuche nach Doha und Kabul. Ob das jetzt in diesem Sinne, wie hier diese beschriebene Shuttle-Diplomatie, zu verstehen ist, möchte ich jetzt nicht darunter subsumieren, sondern der Einschätzung anderer überlassen, in Unkenntnis dessen, wie viele Reisen und Gespräche es da wirklich gab.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Nach Abschluss des Doha-Abkommens wurden die innerafghanischen Friedensgespräche zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban vorbereitet. Dabei werden oder wurden als möglicher Verhandlungsort immer wieder drei Länder genannt: Doha in Katar, Oslo in Norwegen und auch Deutschland. Die drei findet man da. Können Sie uns erläutern, warum genau diese drei Länder in der engeren Auswahl waren?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, Doha war natürlich in der Auswahl gesetzt, weil dort einfach viele Verhandlungen abgelaufen waren, weil die Taliban dort ansässig waren - also die Taliban Political Commission -, weil die Taliban auch nicht uneingeschränkt reisefähig waren, weil ihnen beim Verlassen der Grenzen wirklich buchstäblich Handschellen oft hätten angelegt werden müssen.

Oslo hat sich in der Vergangenheit oft als Ort internationaler Konferenzen und Abkommen bewiesen, die auch lange Zeit, auch in den 90ern, eben ohne sozusagen unerwünschten Einblick der medialen Öffentlichkeit vielleicht erfolgen können, was ja auch nicht unerheblich ist für erfolgreiche Verhandlungen.

Deutschland war natürlich als geschätzter Partner der afghanischen Regierung und auch als respektiertes Land aus Sicht der Talibanbewegung, glaube ich, auch deshalb für beide Seiten interessant, weil auch, ja, 2001, 2002 auf dem Petersberg in Bonn Weichen gestellt wurden für Nachkriegs-Afghanistan.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Zu welchem Zeitpunkt haben das Auswärtige Amt oder die Botschaft gegenüber der pakistanischen Regierung signalisiert, dafür zur Verfügung zu stehen?

Zeuge L **S**: Gegenüber der pakistanischen Regierung haben wir nicht signalisiert, dass wir uns da einbringen würden.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Wem gegenüber wurde dann diesbezüglich signalisiert, dass das möglich wäre?

Zeuge L **S**: Nach meiner Kenntnis von Berichten, die ich jetzt aber nur im weiteren Verlauf noch gelesen hatte, war das eben nur gegenüber den Talibanvertretern, gegenüber Akteuren in der afghanischen Regierung und gegenüber engen Partnern, wie den US-Amerikanern.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich bedanke mich. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich fange direkt an mit einer Vorhaltung, und zwar geht es um einen Vermerk zu einem Gespräch vom 23.02.21, also schon in Ihrer späteren Verwendung - ein Gespräch von Markus Potzel mit einem hochrangigen pakistanischen Vertreter. Wir sind auf das Dokument auch schon gekommen; das ist MAT A AA-8.547, Blatt 17. Ich zitiere:

Eine zeitlich begrenzte sechs-monatige Verlängerung der US-Truppenpräsenz sei denkbar, so S., vertage aber das Problem nur. Zudem sei das USA-TLB-Abkommen vom 29.02.20 immer noch black-boxed.

Ich frage mich und jetzt auch Sie, ob Pakistan - und da würde ich jetzt mal sagen, politische Ebene oder militärische oder Geheimdienst - eventuell nicht doch den Inhalt der Annexe des Abkommens kannte, vielleicht informiert durch die Taliban. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Zeuge L **S**: Das wäre pure Spekulation. Kann ich nichts zu sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätte ja sein können. - Das Zweite bezieht sich auch noch mal auf die Zeiten Ihrer zweiten Verwendung. Sie haben am 15. Juli 2021 in der Zentrale in der Morgenrunde, vom Verteiler der Morgenrunde, der Botschaft Islamabad einen VS-NfD-Vermerk zum Gespräch mit einem Thinktanker aus Pakistan bekommen; das ist MAT A AA-2.17. Da heißt es: „... Regierung Ghani kurzfristig noch nicht vor dem Ende ...“. - Wie gesagt, 15. Juli. - Und weiter:

- harter Kern aus Gefolgsleuten und Sicherheitskräften könnten Rumpfregierung in Kabul und Umland noch länger aufrechterhalten ...

Später heißt es dann: „bis zu ein Jahr“.

Wir haben Sie damals diese Einschätzung bewertet?

Zeuge L **S**: Könnte ich das auch noch kurz sehen?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich mir fast gedacht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Antwort lautet immer Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge L **S**: Ja, hier geht es um ein Gespräch des Kollegen an der Botschaft Islamabad - also, es wurde mir zugesandt; ich habe das jetzt nicht kommentiert - mit einem Iraner, der, ja, ein interessanter Thinktanker ist, der zu keinen überbordenden Analysen jetzt - - Also, der ist eben kein Teil dieser schrillen Randmeinung, die man aber auch einbeziehen muss.

Ja, er beschreibt die innere Zerrüttung der afghanischen Regierung. Er beschreibt auch den Anschluss zum Beispiel von Gulbuddin Hekmatjars Hisb-i-Islami an die Taliban. Und er beschreibt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

das ist ungefähr einen Monat vor dem Fall von Kabul - eine Einschätzung, die damals eben vorherrschend war.

Es war ja schon die Zeit - wir müssen uns das vor Augen führen - harter Kämpfe in mehreren Provinzzentren, die langsam begannen, die hauptsächlich durch eben Spezialkräfte der Regierung ausgefochten wurden. Und ich glaube, darauf bezieht sich diese Einschätzung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch ein weiteres Dokument für Sie. In der Berichterstattung vom 31.07.21 zum Antrittsbesuch von Jasper Wieck in Islamabad - das ist ein DKOR, das Sie auch erhalten haben - fasst die Botschaft in Pakistan die Perspektive aus den Gesprächen zu den Entwicklungen in Afghanistan folgendermaßen zusammen - das ist MAT A AA-2.14, Blatt 43 -: „**TLB-Vormarsch ... hat auch hier überrascht und besorgt.**“

Das Datum war, genau, 31.07. - Und weiter:

Einschätzung, **TLB-Momentum werde sich verlangsamen**, zumal es jetzt um direkt ANDSF-kontrollierte Gebiete ginge. TLB-derz. Strategie sei, internen Kollaps der Reg. Ghani zu bewirken; **massives Vorgehen gg. urbane Zentren** sei jedenfalls **bis Ende August unwahrscheinlich.**

Und ein weiterer pakistanischer Gesprächspartner führt anscheinend dort aus:

S. prognostiziert Stagn. der TLB-Gebietsgewinne: Vorstöße in v. ANDSF „directly controlled“ Gebiete u. in „traditional/tribal areas“ dürften nicht so leicht fallen. Bis Sept. würden TLB wg. Abkomm. mit USA unterlassen, Städte direkt zu attackieren ... **S. glaubte nicht, dass TLB ganz AFG einnehmen könnten** - auf AFG Seite breiter Widerstand! Auf Nachfrage: **Widerstand unabhängig von US-Luftschlägen!**

In einem späteren DKOR - das ist MAT A AA-2.14, VS-NfD, 67 - heißt es von - ja, „Quellenschutz“ steht hier noch als Anmerkung - auch einem Gesprächspartner der pakistanischen Seite: **“PAK ist vom Fall Kabuls so überrascht wie jedermann ...“**. - Das war dann schon am 24.08.

Nur wenige Tg. zuvor hatte **Armee** [REDACTED] einigen EU-Bo. Einschätzung der Lage AFGs bis zum Ende der „fighting season“ vorgetragen ... **Fall Kabuls kam darin nicht vor.**

Wie erklären Sie sich die pakistanische Einschätzung in Retrospektive vor dem Hintergrund der raschen Übernahme Kabuls durch die Taliban?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Hm, das waren jetzt sehr viele Ausschnitte. - Ich verzichte erst mal kurz auf die Vorlage in diesem Fall, weil Sie aus zwei Berichten zitiert haben. Ich glaube aber, es zeigt sich, wie ich vorhin beschrieben habe, dass die pakistanische Regierung überrascht war von dem raschen Desintegrieren der afghanischen Armee.

Und - - Also, hier wird ja noch ein anderer Zeitpunkt genannt. Da sagt der Armeechef schon - - Das Ende der Fighting Season ist ja Ende Oktober, Anfang November. Kabul liegt ja auf eins sechs irgendwie. Da wird es einfach zu kalt auch für Truppenbewegungen, auch für eben so Guerillabewegungen. Da ist dann natürlich schon ein bisschen anderer Zeithorizont drin. Aber ich glaube auch, diese Einschätzung von Ende Juli, da hat sich Pakistan wohl ganz gut eingereicht, glaube ich, in die internationale Wahrnehmung dessen, was in Afghanistan passierte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich habe als allerletzte Frage noch mal Referenz auf den Sommer 21. Sie haben das ja vorhin auch schon ausgeführt: Jeder hat im Prinzip alles gemacht, weil die Krise am Laufen war. - Und da habe ich eine Vorhaltung, die Sie auch selbst betrifft; das ist MAT A AA-8.120, Blatt 83.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zum Hintergrund: Sie hatten Kontakt mit der südkoreanischen Botschaft, auf deren Wunsch hin. Die wiederum hatten die Weisung aus Seoul, westliche Partner zu befragen zu ihrer Lageeinschätzung. Ein besonderes Interesse lag dabei auf der Frage zu einer möglichen Evakuierung und einem Militäreinsatz. Und in einem Mailverkehr halten Sie Ihre Antwort damals wie folgt fest - zur Erinnerung: das ist ein E-Mail-Verkehr vom 13. August -:

Selbst wenn es zu einer weiteren Reduktion personell kommen sollte, sei dies aber nicht mit einer Evakuierung gleichzustellen. Eine Schließung unserer Botschaft stehe ebenfalls nicht zur Debatte.

Und später dann weiter:

Insg. habe ich mich bemüht, nicht zu viel über „ungelegte Eier“ unsererseits zu sprechen, auch um keine Verwirrung zu stiften. Als ich auflegte, kam eben die Meldung über den Ticker bzgl. Reduzierung Bo.-Personal ...

„Beste Grüße“ war, glaube ich, der Abschluss dieser E-Mail.

Wie haben Sie diese Zeit in Erinnerung? - Wenn man es liest, hat man das Bedürfnis, noch zwei Sätze dazuzuschreiben, was jetzt auch vielleicht in Ihnen vorgegangen ist, wo Sie dann gerade in Funktion sagen: „Lage ist ruhig, wir versuchen, nicht zu evakuieren“, und kurz danach wird klar: Jetzt rutscht es ab.

Zeuge L **S**: Das würde ich auch gern kurz noch sehen, bevor ich es kommentiere.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kriegen wir hin.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge L **S**: Zunächst natürlich, bevor - - Ich sehe hier die Anmerkung, dass ich in einem Gespräch mit Diplomaten von anderen Staaten unsere offizielle Position und sozusagen abgestimmte Haltung innerhalb des Auswärtigen

Amtes weitergebe und eben keine persönlichen Einschätzungen. Von daher stimmt es natürlich - also, was ich dem Kollegen gesagt habe. Wir sprachen ja auch danach.

Es waren ja weiter Kollegen vor Ort; Hendrik van Thiel und andere waren ja am Flughafen. Technisch handelt es sich ja um eine Verlegung des Botschaftspersonals, was dann weiterhin am Flughafen teilweise arbeitsfähig war. Aber natürlich zeigt auch die Anfrage der Koreaner, die räumlich relativ nahe sind - - Die sind im gleichen Teil von Wazir Akbar Khan, diesem Stadtteil, der so halb in der Green Zone drin ist, in Kabul. Deshalb fragen die uns auch speziell - natürlich auch auf Weisung wahrscheinlich, so habe ich es damals verstanden, aus ihrer Hauptstadt -, wie wir die Lageentwicklung einschätzen. Es war eben schon freitagnachmittags, also am Tag, glaube ich, vor der Räumung des Botschaftsgebäudes und zwei Tage vor der Flucht von Ashraf Ghani aus Kabul.

Ja, was soll ich dazu sagen? Ich meine, es war eine schwierige Zeit. Aber ansonsten würde ich mich eher an die Sache halten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Laut meiner Stoppuhr habe ich keine Zeit mehr. Deswegen würde ich es dabei belassen und bedanke mich herzlich bei dem Zeugen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Genau; jetzt ist sie zu Ende. - Das Fragerecht wechselt an die AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich knüpfe an an die Fragen aus der vorherigen Runde und komme noch mal zurück zu sprechen auf den Review-Prozess USA. In einem Telefonat - das wurde ja jetzt schon mehrmals angesprochen - soll Herr Potzel gesagt haben, dass das Taliban-USA-Abkommen von Doha noch immer eine Blackbox sei; MAT A AA-8.547, Blatt 17. Wie sahen Sie das? Wie war nach Ihrer Einschätzung - - Beeinflusste dieser doch sehr lange Prozess das deutsch-amerikanische Verhältnis? Und, wenn ja, in welcher Weise?

Zeuge L **S**: Auch das Schriftstück würde ich dann gern noch kurz mal sehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hannes Gnauck (AfD): Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Ich muss sagen, das ist mir natürlich immer noch eine Blackbox, weil ich da sozusagen an diesen Themen nicht so nah dran war. Von daher würde ich um Ihr Verständnis bitten. Das kann ich nicht wirklich kommentieren, weil natürlich auch ich diese Annexe und andere Sachen nie gesehen habe.

Hannes Gnauck (AfD): Zur zweiten Frage: Wir haben ja vorhin schon darüber gesprochen, dass dieser Review-Prozess ziemlich lange gedauert hat und, ja, Verwirrung nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt gestiftet hat. Hat aus Ihrer Sicht das die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit beeinflusst?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Ich denke, es gab hier in Berlin Verständnis, dass natürlich unter Präsident Trump und seiner Regierung eine Entscheidung getroffen war, die die Dinge in eine bestimmte Richtung ins Rollen gebracht hat, und damit musste man arbeiten, ob man das mag oder nicht. Die neue US-Regierung sah sich natürlich da in einer noch schwierigeren Lage, weil ihr Manöverraum eingeschränkt war. Sie musste im Endeffekt aus dem Beschlossenen, was aber nach einem Dreivierteljahr nicht so weit war, wie sich alle Seiten erhofften - - Also, ich glaube, das kann man sagen: Selbst - - Also, natürlich mit unterschiedlichen Motivationen, aber selbst die Ghani-Regierung, die Taliban, Pakistan, USA: Alle hätten sich gewünscht, dass es weitergeht, vielleicht nur lanciert mit anderem Outcome.

Von daher gab es schon Verständnis - so ist mein Eindruck -, dass es auch nicht holterdiepolter an Tag eins nach der Inauguration, die sich ja auch unter schwierigen Bedingungen abspielte, dann eben eine neue Entscheidung geben kann. Das hat noch mal zu einer Verzögerung eben geführt, die dann eben erst im April 2021 zu der letztendlichen Fristsetzung des Abzugs, also des Out Together, der Truppen geführt hat.

Ich glaube, diese zeitliche Kaskadierung, ohne das jetzt bewerten zu wollen - - Einfach aus der Tatsache ergeben sich natürlich Zwänge und Probleme. Ich glaube, das haben wir gesehen, das haben Partner gesehen. Das wussten auch die Amerikaner selber.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank. - [REDACTED] soll laut Ihrem Vermerk zu Herrn Potzel gesagt haben, die „AFG Regierungselite“ sei „abgehoben“, forsch und unhöflich, ihre Kinder „kämpften nicht in dem Krieg“, den die afghanische „Regierung fortsetzen“ will; MAT A AA-8.547, Blatt 17 und 18. Konnten Sie diese Aussagen von Herrn [REDACTED] nachvollziehen?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, die sozusagen familiären Verhältnisse der afghanischen Politikerklasse: Da habe ich nicht so starke Einblicke rein.

Hannes Gnauck (AfD): Das war ja auch nicht die Frage. Aber den Eindruck, dass die afghanische Regierungselite abgehoben, forsch und unhöflich sei: Auf diese Aussage zielte ich eigentlich ab. - Teilten Sie diesen Eindruck? Oder konnten Sie die Aussagen von Herrn [REDACTED] verstehen?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, zu mir war Ghani höflich, als ich mal dabei war.

Hannes Gnauck (AfD): Also nein?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Es fällt mir schwer, das zu kommentieren. Wenn das [REDACTED] Einschätzung ist und wir das so niedergeschrieben haben, dann ist das seine Einschätzung.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. - Können Sie etwas zu den Plänen von Präsident Biden sagen, dass es möglicherweise offenbar auch nach dem Ende von RS zur Stationierung von US-Militär in Afghanistan hätte kommen können - und, sagen wir mal, Spezialkräfte - und diese vom pakistanischen Boden aus hätten operieren können? Haben Sie Kenntnis von diesen Plänen?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Das ist im Endeffekt die offene Frage der Over-the-Horizon-Kapazitäten, für die es aber ja viele Optionen gab und



Nur zur dienstlichen Verwendung

deren Ausgestaltung natürlich auch Teil sozusagen einer Lösung zwischen afghanischer Regierung und Taliban, US-Amerikanern hätte sein können. Ich muss an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass es ein gültiges Abkommen zwischen Pakistan - noch unter der Musharraf-Regierung - und den USA gibt, dass die Amerikaner gewisse Militärbasen in Pakistan nutzen können für Over-the-Horizon-Kapazitäten nach Afghanistan rein, und das auch nie aufgehoben wurde.

Hannes Gnauck (AfD): Können Sie diese Standorte noch benennen, eine Anzahl, wie viele das waren, oder welche Standorte das genau waren?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Also, da fehlt mir jetzt die Fachkenntnis. Ich weiß nur von einer Militärbasis, die damals, Anfang der 2010er-Jahre, Ende 2000er-Jahre, in Belutschistan benutzt wurde und die Teil dieses Abkommens war.

Hannes Gnauck (AfD): Ich komme zur nächsten Frage. Sie bedankten sich Anfang März 21 beim Washingtoner Kollegen N ■■■ - deutsche Botschaft in den USA - in einer Mail. N ■■■ hatte Ihnen Informationen zu einem Gespräch mit einer US-Diplomatin gegeben, der N ■■■ - - über den laufenden Review-Prozess gab. Die Amerikanerin habe N ■■■ gesagt, dass Bidens Wunsch nach einer amerikanischen Antiterrorereinheit, die langfristig in Afghanistan stationiert sein solle, eine Illusion sei. Die Amerikaner würden im Verlauf des Jahres 21 komplett abziehen. Besser sei nun ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende; MAT A AA-4.39, Blatt 345.

Hielten Sie es aus Ihrer persönlichen Einschätzung ebenfalls für eine Illusion, dass Bidens Antiterrorpläne nach dem Truppenabzug der US-Amerikaner in die Realität umzusetzen seien?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Dürfte ich auch dieses Schriftstück noch mal kurz sehen, bitte?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

- Also, ich danke dem Kollegen ja hier für seine Mail. Inhaltlich lasse ich mich nicht dazu ein

und, muss auch sagen, würde mir auch die Kenntnis fehlen, um das einzuschätzen in Bezug auf Counterterrorism.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann ist die Redezeit zu Ende. - Ich möchte ganz kurz, bevor ich das Wort an die FDP gebe - wirklich nur für zwei Minuten -, die Sitzung unterbrechen und die Obleute mal eben bitten, nach vorne zu kommen.

(Unterbrechung von
20.45 bis 20.49 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich möchte nicht für allgemeine Verwirrung sorgen, sondern eher für ein bisschen Planungssicherheit. Ich füge hinzu: Das, was ich jetzt sage, muss erst noch in einer internen Sitzung beschlossen werden. - Aber die Einigung unter den Obleuten vorausgesetzt, will ich Ihnen immerhin mitteilen, wie wir verfahren wollen.

Wir haben jetzt noch das Fragerecht für die FDP und würden dann diese Runde mit der Befragung beschließen. Wir würden im Anschluss, wenn das gleich beschlossen worden ist - ich sage das immer im Konjunktiv; das muss beschlossen werden -, eine kurze interne Sitzung machen, um diesen Beschluss zu fassen und dann den Raum wechseln für eine mutmaßlich kurze vertrauliche Sitzung, um den Punkt aufzurufen, der vorhin angesprochen worden ist. Wir würden dann auf eine weitere Befragung eines Zeugen heute verzichten und die Zeugenbefragung, die für heute noch vorgesehen war, auf die nächste Woche verschieben, gemeinsam mit dem Zeugen, der zu diesem Komplex ja auch noch gehört werden soll, den wir schon geschoben haben, und dann in der nächsten Woche praktisch nur diese beiden Zeugen hören und entsprechend die anderen Termine nach hinten schieben.

Das ist nicht die Absicht, dass wir künftig immer schieben - das will ich deutlich sagen -, aber die Einschätzung nach der Dauer für den ersten Zeugen heute ist, dass wir weit nach Mitternacht landen würden. Unser Stenografischer Dienst, dem wir außerordentlich dankbar sind, der ist bis Mitternacht nur da - „nur“ in Anführungszeichen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und insofern würde uns das die Arbeit möglicherweise erleichtern, so zu verfahren.

Das ist die in Aussicht genommene Verfahrensweise, die wir nachher beschließen müssten, wenn wir das machen. Das wollte ich Ihnen eben einmal zurufen, damit alle wissen, woran sie sind. - Jetzt hat die FDP zunächst das Fragerecht, und dann fahren wir weiter. Bitte schön.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, vielen Dank. - Sie haben ja aus Pakistan heraus oder auch aus Berlin heraus, aus dem entsprechenden Referat heraus, Richtung Afghanistan geschaut. Inwieweit war Ihnen denn bekannt, auch aus den verschiedenen Quellen, die Sie benutzt haben, dass das BMVg als ein wahrscheinliches Szenario das „Emirat 2.0“ - so genannt - gesehen hat? Also, war Ihnen dieses Szenario bekannt, und wie haben Sie das eingeschätzt?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Das Szenario war mir natürlich bekannt, weil wir auch aus internen Besprechungen und Diskussionen - - Also, es gab, glaube ich, einzelne Szenarien mit drei verschiedenen Szenarien, einmal irgendwie sieben Szenarien. Da ging es irgendwie - - „Emirat 2.0“. Es gab das Szenario der sogenannten Libanonisierung, also sozusagen Zerfall in einzelne Partikulargruppen. Es gab auch das Szenario der Einigung auf sozusagen eine Regierung der nationalen Einheit, in diesem Fall unter Inklusion der Taliban. Also, ob mir jetzt genau die BMVg-Variante des Ganzen bekannt war, kann ich in Ermangelung jetzt des Schriftstücks nicht kommentieren, aber das war eine Option, die natürlich mitgedacht wurde, wie es einfach unsere Aufgabe ist, mit verschiedenen Möglichkeiten in die Zukunft zu schauen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und ist Ihnen bekannt, ob sich das AA diese Ansicht auch zu eigen gemacht hat oder eine andere Ansicht dazu hatte?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Also, wir als Auswärtiges Amt haben natürlich darauf hingearbeitet - im Geiste des Doha-Abkommens, aber auch vor dem Hintergrund unserer Partnerschaft mit der afghanischen Regierung unter Ashraf Ghani, die

ja sozusagen sich auch manifestiert hat in regelmäßigem Austausch der Regierung, in Unterstützung, durch Entwicklungsprojekte, durch humanitäre Hilfe, durch Stabilisierungsmaßnahmen -, dass natürlich die gewählte afghanische Regierung Teil einer wie auch immer ausgestalteten nationalen Lösung sein sollte, deren letztendliche Ausgestaltung aber unter Fazilierung durch möglicherweise auch deutsche Hilfe in den Händen der Afghaninnen und Afghanen liegen sollte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und was war aus Ihrer Sicht oder aus Ihrer Perspektive der Geist von Doha, den Sie gerade genannt haben - aus Sicht des AAs? Also, was hat den Geist Dohas ausgemacht?

Zeuge L ■■■ S ■■■: Das war jetzt ein bisschen viel gesagt. Mit „Geist von Doha“ meine ich jetzt kein sozusagen Verständnis. Das habe ich nur so gesagt, ehrlich gesagt. - Aber was ich damit meine, ist, dass es eben weitergeht sozusagen auf dem Weg hin zu einer irgendwie gearteten politischen Aussöhnung und Lösung für Afghanistan, weil bei vielen Akteuren jedweder Couleur schon die Gewissheit nach und nach eben gereift ist - und das war ja auch unser Ziel -, dass es nicht noch mal 20 Jahre eben Bundeswehreininsatz und Weiter-so geben sollte.

Wir waren ja alle von dem Glauben und der Hoffnung und auch so ein bisschen handlungsanleitend davon erfüllt, dass es für Afghanistan eine bessere Zukunft geben sollte, bei der wir eben Afghaninnen und Afghanen unterstützen, ihr Land weiter aufzubauen. Und die Gewissheit, die, glaube ich, gereift ist in den 2010er-Jahren, die dann kulminierte in dem Doha-Abkommen mit all seinen möglichen Schwächen, war ja gerade, dass der fortgesetzte Kampf gegen die Taliban nicht zu gewinnen sei, dass die Taliban irgendwie nie ganz weggehen würden - und das, für was sie teilweise stehen - und dass nur eine politische Inklusion, ein irgendwie geartetes Gebilde, diesen Konflikt beenden könnte, der militärisch allein eben nicht zu lösen wäre.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Ich würde gerne noch darauf eingehen, wie der Austausch und Informationsfluss mit den USA waren. Wie haben Sie den Austausch und Informationsfluss mit den US-Kollegen wahrgenommen, also jetzt in Islamabad konkret, sowohl in Ihrer Tätigkeit an der Botschaft in Islamabad, aber dann vielleicht auch noch im Auswärtigen Amt? Können Sie das kommentieren, bitte?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Ich kann nur für Islamabad kommentieren. - Ich meine, durch die Westorientierung Deutschlands sind die USA ein wichtiger Verbündeter für uns. Wir haben einen vertrauensvollen Austausch, was aber auch in beide Richtungen natürlich geht. Wir haben, immer wenn es auch Besuche des Sonderbeauftragten oder des Referatsleiters gab, eben auch im kleineren Kreis uns getroffen und eben manchmal noch andere, wie die Norweger, die mehr engagiert waren, dazugenommen. Der Austausch war wirklich sehr gut und vertrauensvoll, und ich hatte schon den Eindruck, dass wir weitaus mehr Informationen auch zum Mehrwert für Berlin generieren können als andere Vertretungen vor Ort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Herr Krüger, der Referatsleiter, hatte am 17. März 2021 an einen Kollegen in der deutschen Botschaft in Washington folgenden Teilsatz geschrieben - Zitat -:

... (die Informationspolitik unserer US-Kollegen ist an Zurückhaltung ja auch hier kaum zu über treffen; von „Koordination“/„Abstimmung“ ganz zu schweigen) ...

MAT A AA-4.50, Blatt 145. - Für mich liest sich die Formulierung ja auch hier so, dass Herr Krüger ein weiteres Mal frustriert über die Zusammenarbeit mit den USA war. Können Sie die Aussage von Herrn Krüger verstehen, was er damals gemeint haben könnte?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Das würde ich mir gerne kurz vorlegen lassen, weil ich die E-Mail nicht kenne.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt - Der Zeuge liest in diesem Dokument)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir tun das zur Gesunderhaltung unserer Mitarbeiter.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja.

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Und zur Erhaltung der Wälder, wie ich sehe. Das finde ich sehr gut, dass nicht alles gedruckt wird. - Geben Sie mir ganz kurz. - Sie werden ja Andreas Krüger noch sprechen. Ich will jetzt praktisch seine E-Mail nicht kommentieren. Das kann er, glaube ich, selber besser.

Ich habe mich immer redlich bemüht und auch viel erfahren, aber natürlich hatten auch die Amerikaner im Vorfeld der Finalisierung des Doha-Abkommens vielleicht eher den Drang, nicht alles zu sagen. Und das würde ich sogar, wenn ich mich in deren Rolle so ein bisschen reinversetze, nachvollziehen können. Dass das natürlich unserem Interesse, immer alles zu wissen, wie es weitergeht, etwas widerspricht, ist, glaube ich, natürlich.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie sich denn persönlich auch irgendwie mal von Informationen ausgeschlossen gefühlt - also jetzt von den Amerikanern -, dass Sie gedacht haben: „Mensch, das hätten sie uns echt mal sagen können“, oder auch - - selbst vor dem Hintergrund der Interessen, die Sie jetzt gerade geschildert haben?

Zeuge L [REDACTED] S [REDACTED]: Also, wenn es Besuche gab, von denen mir die Amerikaner nichts gesagt hatten, dann wusste ich es trotzdem und konnte die Amerikaner direkt darauf ansprechen, und dann sagten Sie es mir auch. Es gab schon Wege und Mittel, das zu erfahren.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wollen wir das nachher vertiefen? Okay. - Und wie ist es an anderen Partnerländern gegangen, Frankreich zum



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beispiel? Haben die ähnliche Probleme gehabt, oder - - Mussten die sich auch Informationen anderweitig beschaffen?

Zeuge L **S**: Also - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dazu wünscht die Bundesregierung das Wort, bevor Sie antworten.

LR I Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es ist jetzt nicht speziell unmittelbar zu der Frage; nur weil wir sozusagen jetzt so ein bisschen in diesen Komplex hereinkommen. - Wir hatten ja sozusagen als Bundesregierung auch zugestimmt, dass aus VS-NfD-Dokumenten zitiert wird, und hatten aber auch explizit dazu sozusagen mit vermerkt, dass wir, wenn zum Beispiel der Schutz bilateraler Beziehungen zu anderen Ländern betroffen ist, uns da auch vorbehalten, sozusagen auf eine nichtöffentliche Sitzung dann zu verweisen. Ich bitte einfach sozusagen, das mitzudenken. Wir werden das nur tun, wenn es nicht anders geht, aber sozusagen, wenn es da in Details reingeht und so, dass ich dann gegebenenfalls davon Gebrauch machen würde.

Das wollte ich jetzt nur, weil es in diese Richtung jetzt geht, kurz angemerkt haben. - Vielen Dank.

Vorsitzender Ralf Stegner: Ich bin übrigens durchaus der Auffassung, dass die Frage noch so allgemein gestellt war, nicht auf konkrete Gespräche bezogen, dass das, glaube ich, unschädlich ist, sie zu beantworten. Herr Zeuge, Sie haben das Wort.

Zeuge L **S**: Ich würde auch einfach was zum Ablauf da sagen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit auch vor Ort war sehr eng. Wir haben zusammen Dienstreisen unternommen, haben gemeinsam Termine, auch im Außenministerium, jetzt nicht Afghanistan-spezifisch, allgemeiner erst mal gesprochen, durchgeführt. Hatten gemeinsame Besprechungen alle zwei Wochen, und in dem Sinne war auch der Austausch mit den amerikanischen Kolleginnen und Kollegen vor Ort oft gemeinsam mit der französischen Kollegin. Das ist auch im

Geiste natürlich der Zusammenarbeit, die wir generell mit den Franzosen pflegen, und vor Ort hat sich das für mich vorbildlich dargestellt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzender Ralf Stegner: Dann danke ich Ihnen. - Dann schließen wir das jetzt noch nicht, sondern das Einzige, was wir jetzt unmittelbar bitte tun müssten, wäre, die Öffentlichkeit zu bitten, uns zu verlassen. Alle anderen, die berechtigt sind, an internen Sitzungen teilzunehmen, können hierbleiben - sollten das bitte auch.

Den Zeugen müsste ich eigentlich in der Tat auch bitten, kurz nach draußen zu gehen. Wenn Sie in der Nähe bleiben könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 21.02 Uhr -
Folgt Beratungssitzung)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Gregory Bledjian

Berichtigungen zum Stenografischen Protokoll der 9. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der
20. Wahlperiode bzgl. der Zeugenvernehmung von Hrn. Gregory Bledjian am 13. Oktober 2022

S. 65, Spalte 1: „Es gab da kaum einen Modus Vivendi zwischen Botschaft und Stiftung, weil die
~~Botschaft~~ **Berghof Stiftung**, wie gesagt, sehr stark in Doha präsent war und das Verhandlungsteam,
glaube ich, dort trainiert hat.“